



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>



FORUM ZEITGESCHICHTE Band 13

Axel Schildt / Barbara Vogel (Hrsg.)

Auf dem Weg zur Parteiendemokratie

Beiträge zum deutschen Parteiensystem
1848 – 1989

Axel Schildt / Barbara Vogel (Hrsg.)

Auf dem Weg zur Parteiendemokratie

Beiträge zum deutschen Parteiensystem 1848–1989

FORUM ZEITGESCHICHTE Band 13

**Herausgegeben von der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg**

Redaktion: Joachim Szodrzynski

Axel Schildt / Barbara Vogel (Hrsg.)

**Auf dem Weg
zur Parteiendemokratie**

Beiträge zum deutschen Parteiensystem 1848-1989

Hamburg 2002

Die Deutsche Bibliothek - CIP Einheitsaufnahme

Auf dem Weg zur Parteiendemokratie : Beiträge zum deutschen Parteiensystem 1848-1989
Schildt, Axel ... (Hrsg.) - Hamburg : Ergebnisse Verl., 2002
(Forum Zeitgeschichte; Bd. 13)
ISBN 3-87916-068-6

Hamburg 2002

© Ergebnisse Verlag. Alle Rechte vorbehalten

Umschlag und Satz:

Michael Herold, Itzehoe

Satz aus der Sabon und Frutiger

Druck: Runge, Cloppenburg

Titelfoto:

Parteien-Plakate in Hamburg zur Bundestagswahl am 19. November 1972

(Landesmedienzentrum Hamburg, Medienarchiv Bild, Foto Erich Andres)

ISBN 3-87916-068-6

Inhaltsverzeichnis

Axel Schildt / Barbara Vogel	Vorwort	7
Wolfram Siemann	Die Entstehung der Parteien in Deutschland 1848 – 1870 – Forschung und Perspektiven. Eine Skizze	9
Klaus Tenfelde	Die Formierung des deutschen Parteiensystems im parlamentarischen Obrigkeitsstaat 1870 – 1890	19
Barbara Vogel	Selbstmobilisierung und Polarisierung – Für »Kaiser und Reich« gegen den »inneren Reichsfeind« 1890 – 1914/18	37
Klaus Schönhoven	Differenzierung und Erosion – Die Weimarer Republik als ungefestigte Parteiendemokratie 1918 – 1933	59
Manfred Funke	Die NSDAP: Führer- und Protestpartei in Republik und Diktatur – Eine Profilskizze	72
Arnold Sywottek	Kommunistische Erziehungsdiktatur: Das Mehr- parteiensystem in der DDR	82
Lothar Albertin	Westdeutsche »Graswurzeldemokratie« in Traditionen des deutschen Parteiensystems 1945 – 1947	94
Karsten Rudolph	Das Parteiensystem der Bonner Republik 1949 – 1969	118
Elmar Wiesendahl	Überhitzung und Abkühlung: Parteien und Gesellschaft im Zeitenwechsel der siebziger und achtziger Jahre	138
Anhang	Personenregister	170
	Verzeichnis der Autorin und der Autoren	172

Vorwort

Der vorliegende Sammelband dokumentiert Vorträge, die im Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg im Wintersemester 1998/99 zu Ehren des 75. Geburtstags von Dr. Walter Tormin gehalten worden sind. Lediglich der Beitrag von Karsten Rudolph wurde zusätzlich aufgenommen.

Die Vortragsreihe, eine gemeinschaftliche Unternehmung von Historischem Seminar der Universität, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und der Landeszentrale für politische Bildung, galt einem der Nestoren der modernen Parteienforschung in Deutschland, der zugleich mit den genannten Institutionen eng verbunden ist.

Als Schüler von Fritz Fischer wurde Walter Tormin 1952 in der Universität Hamburg mit einer Arbeit über die Rätebewegung 1918/19 promoviert, die zwei Jahre später als Band in der renommierten Reihe der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien unter dem Titel »Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie« erschien. Der hier angedeutete positive Bezug auf die parlamentarische Demokratie markierte gewissermaßen die geschichtswissenschaftliche Grundlage des langjährigen politischen und gesellschaftlichen Wirkens Walter Tormins, der 1946 Mitglied der Hamburger SPD geworden war.

Von 1952 bis 1961 unterrichtete Walter Tormin an verschiedenen Hamburger Gymnasien, beteiligte sich gleichzeitig an der Erarbeitung von Lehrplänen für die Fächer Geschichte sowie – später – Gemeinschaftskunde, engagierte sich in der Lehrerfortbildung und war maßgeblich am Aufbau der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg beteiligt, seit 1963 als Geschäftsführer der Vorläuferorganisation Kuratorium für politische Bildung, dann von 1974 bis 1976 als erster Direktor der Landeszentrale. Von 1966 bis 1976 gehörte Walter Tormin auch der hamburgischen Bürgerschaft an, wo er als ausgewiesener Experte für Bildungs- und Hochschulfragen galt. Seinen beruflichen Weg beschloss er als Amtsleiter und Senatsdirektor in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung zehn Jahre später.

Walter Tormin hat seit seiner erwähnten Dissertation ein umfangreiches Oeuvre vorgelegt, das immer wieder um die Geschichte der Parteien und die deutsche Geschichte in demokratischen und diktatorischen Regimen kreiste. Erwähnt sei nur seine Mitarbeit an den weit verbreiteten, Darstellungen und Dokumente vereinigenden Bänden »Die Weimarer Republik« (Hannover 1962, 25. Auflage 1986) sowie »Das Dritte Reich« (Hannover 1963, 17. Auflage 1981). Seinen Ruf als Parteienhistoriker aber begründete an erster Stelle ein Buch, das unter Studierenden als »der Tormin« wiederum weite Verbreitung fand und drei Auflagen erfuhr: »Geschichte

der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart u.a. 1966, 3. Auflage 1968. In der Reihe »Forum Zeitgeschichte« der Forschungsstelle für Zeitgeschichte ist Walter Tormin schließlich mit einer akribisch gearbeiteten Lokalstudie zur »Geschichte der SPD in Hamburg von 1945 bis 1950« vertreten, die 1994 veröffentlicht wurde. Schon in den frühen Jahren seines Engagements für die politische Bildungsarbeit war er darüber hinaus mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, damals noch »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg«, eng verbunden und gehört deren Fördererkreis an.

Es lag nahe, den Jubilar mit einer wissenschaftlichen Vortragsreihe zu ehren, die der historiographischen Würdigung der Impulse Walter Tormins zur Erforschung des Parteiensystems in Deutschland galt. Im Lichte neuerer Forschungen trugen ausgewiesene Fachleute ihre Sicht der Transformation des deutschen Parteiensystems seit dessen Entstehung Mitte des 19. Jahrhunderts vor und stellten sich der kritischen Diskussion, an der sich der Jubilar engagiert beteiligte.

Die in diesem Band wiedergegebenen Vorträge, die in den Beiträgen der Autoren vor allem durch einige Hinweise auf neuere Forschungsliteratur ergänzt worden sind, sollen einen Gesamtüberblick der Transformationen des Parteiensystems über die verschiedenen Regimewechsel im 19. und 20. Jahrhundert hinweg und für die Zeit nach 1945 im deutsch-deutschen Vergleich ermöglichen. Dabei wird die Parteienentwicklung in die jeweiligen gesellschaftlichen Prozesse eingeordnet. Der Band dient damit auch als historiographischer Hintergrund für die reichlich vorhandene Literatur zu Zwecken der politischen Bildungsarbeit, in der das gegenwärtige Parteiensystem dargestellt wird. Die Geschichte der Parteien ist, abgesehen von den unzähligen Spezialstudien, ansonsten – seit dem frühen Überblick Walter Tormins – nur aus der allgemeinen Literatur zu einzelnen Abschnitten der deutschen Geschichte zu entnehmen.

Dass wir diesen Band erst mit einiger Verspätung vorlegen können, hat einen traurigen Grund. Arnold Sywottek, Professor am Historischen Seminar und Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, der die Vortragsreihe angeregt und maßgeblich organisiert und schon mit der Vorbereitung der Beiträge für eine Veröffentlichung begonnen hatte, verstarb im Alter von 58 Jahren plötzlich und völlig unerwartet im August 2000. Dies erklärt auch, warum der Beitrag Arnold Sywotteks über die Parteien in der SBZ und DDR, der nur in den Vortragsnotizen vorlag, einen etwas fragmentarischen Charakter trägt und keine Anmerkungen enthält. Einige Hinweise zur Literatur über das Parteiensystem in der ostdeutschen Diktatur sind nachträglich aufgenommen worden. Wir gedenken mit diesem Band auch des Zeithistorikers Arnold Sywottek.

Durch die Verzögerung der Veröffentlichung ist aber ein weiterer Grund hinzugekommen, Walter Tormin zu ehren, denn seine bereits erwähnte Dissertation liegt nun fünfzig Jahre zurück. Wir gratulieren sehr herzlich zum Goldenen Doktorjubiläum und wünschen, dass wir weiterhin von seinen engagierten Diskussionsbeiträgen lernen können.

Wolfram Siemann

Die Entstehung der Parteien in Deutschland 1848 – 1870 – Forschung und Perspektiven. Eine Skizze

»Die Partei« heißt ein Gedicht, das Ferdinand Freiligrath im Jahre 1841 veröffentlichte, und darin stehen die Zeilen:

»Der Dichter steht auf einer höhern Warte
als auf den Zinnen der Partei«.

Der demokratische Dichter Georg Herwegh entgegnete zwei Jahre später darauf in seinen »Gedichten eines Lebendigen«:

»Partei! Partei wer sollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war!
Wie mag ein Dichter solch ein Wort erfennen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebar?
Nur offen wie ein Mann: Für oder wider?
Und die Parole: Sklave oder frei?
Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder
Und kämpften auf der Zinne der Partei!«¹

Diese Verse zeigen in einem schönen Gegenüber zwei Grundeinstellungen, wie Partei bereits in der Zeit ihrer Entstehung in Deutschland bewertet wurde. Besonders die Altliberalen hingen der Meinung an, der wahre Staatsbürger, der dem allgemeinen Wohl dienen wolle, dürfe nicht Partei sein. Dem hielten entschiedene Demokraten wie hier Herwegh, aber auffälligerweise auch Konservative entgegen, es sei unvermeidlich, Partei zu ergreifen, wenn man irgendwo überhaupt Einfluss haben wolle. Der Magdeburger Oberlandesgerichtsrat Ernst Ludwig von Gerlach schrieb in der von ihm herausgegebenen »Neuen Preußischen Zeitung«: »Je größer der verfassungsmäßige Anteil des Volkes an der Leitung der Regierungsangelegenheiten, desto notwendiger ist die Gruppierung der Staatsbürger nach politischen Richtungen, mit anderen Worten die Organisation politischer Parteien. Die Bildung einer Partei hat den Zweck, alle Anhänger einer allgemein-grundsätzlichen politischen Richtung zu gemeinsamem Wirken zu vereinigen und hierdurch dieser Richtung den Sieg über abweichende zu verschaffen.«²

1 Die Zitate bei Heinz Stolte (Hrsg.), Drei Dichter von 1848. Heinrich Hoffmann von Fallersleben, Georg Herwegh, Ferdinand Freiligrath, Rudolstadt 1948, S. 77.

2 Zit. bei Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt/M. 1985, S. 110.

Hier erklärte also ein konservativer Revolutionsfeind, Verfassung, politische Mitbeteiligung des Volkes und Partei gehörten untrennbar zusammen. Das war ein modernes Verständnis, weil es den Parteibegriff heraushob aus dem Bereich des Willens. Partei wurde begriffen als notwendige Begleiterscheinung eines bestimmten politischen Systems. Es ist später noch darauf einzugehen, was im besonderen daran modern ist.

Die Verschränkung des Parteibegriffs mit dem politischen System ist keine neue Erkenntnis, denn bereits 1966 schrieb Walter Tormin: »Demokratie ist ohne Parteien nicht denkbar. Sie beruht auf der Einsicht, dass es in der Politik keine absolute Wahrheit gibt und keine geben kann, weil sie sich unter Menschen abspielt, die unvollkommen und fehlbar sind. Keine Staatsführung und keine Regierung kann allgemeingültig und verbindlich bestimmen, welches die ›richtige‹ Politik ist. Die politischen Entscheidungen müssen in der freien Auseinandersetzung der unendlich vielen, grundsätzlich gleichberechtigten Meinungen und Interessen der Staatsbürger ständig neu getroffen werden. Zu diesem Zweck werden Vertreter gewählt, die abstimmen und die Mehrheit ermitteln, deren Auffassung als die relativ beste Lösung gilt. Dafür brauchen die Staatsbürger Organe, durch die sie sich äußern, in denen sie ihre Meinungen und Interessen zu großen Alternativen, die dann zur Wahl gestellt werden, zusammenfassen und in denen sie geeignete Kandidaten für die Wahlen aussuchen können. Diese Organe sind die Parteien.«³ Hier wird geradezu idealtypisch festgehalten, was Partei im modernen Sinne ist und leistet. Es ist zu fragen, seit wann in der deutschen Geschichte Parteien in diesem Sinne existierten. Das ist ein recht alter Streit, der unter der Überschrift »Entstehung der Parteien« geführt worden ist. Der Weg dahin soll in Etappen skizziert werden. Der erste Abschnitt gehört gewissermaßen zur Archäologie des Parteiwesens in Deutschland und umspannt die Zeit von der Gelehrtenaufklärung der 1770er Jahre bis zum Vorabend der Revolution von 1848. Die zweite Etappe könnte man nennen: »Durchbruch und Zerstörung«; sie umfasst die Jahre 1848 bis 1857, schließlich ist noch ein dritter Wegabschnitt zu berücksichtigen: die Rekonstituierung 1858 bis 1870. Dann ist ein Resultat erreicht, von dem an man Parteien zu etwas Etabliertem, Existierendem in der deutschen Geschichte rechnen kann, so dass fortan der Ausdruck »Formierung« für die Geschichte des Kaiserreiches angebracht ist, wie der Beitrag Klaus Tenfeldes in diesem Band darlegt.

Warum nicht gleich mit 1848 beginnen, sondern noch in die Frühzeit zurückgreifen? So kann man mit gutem Grund fragen. Diese Vorgeschichte kennt keine ausgebildeten Parteiorganisationen, so dass man hilfswiese von den politischen Strömungen spricht, konzentriert um prominente Wortführer oder auch spektakuläre Ereignisse.⁴ Was moderne Partei heißt, lässt sich aber erst vor diesem Hintergrund

3 Walter Tormin, *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, Stuttgart u.a. 1966, S. 14.

4 Beispielhaft Fritz Valjavec, *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815*. Mit einem Nachwort von Jörn Garber, Kronberg 1978 (1. Aufl. 1951); Hans Rosenberg, *Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz*, Göttingen 1972.

deutlich machen. Es ist dabei nicht unwichtig, sich darüber klar zu werden, aus welchem Gesichtswinkel man die Geschichte der Parteien betrachtet. Auch Walter Tormin hatte diese Frage schon gestellt, und er unterscheidet zwischen der Geschichte der politischen Ideen, einer Parlaments- bzw. Fraktionsgeschichte und einer Geschichte der führenden Persönlichkeiten. Alle drei Gesichtswinkel gehören einer Geschichtsschreibung an, die sich besonders damit auseinandersetzen musste, dass sie ein Phänomen beschreiben wollte, das als solches noch nicht da war, und dafür fand man dann Begriffe wie Honoratiorenpartei, Gesinnungspartei, Geschichte der politischen Strömungen usw. Walter Tormin entschied sich demgegenüber für die Organisationsgeschichte und schreibt dazu: »Dieser Gesichtspunkt hat bisher in Deutschland selten im Vordergrund gestanden. Neben einigen Spezialstudien gibt es nur eine zusammenfassende Arbeit für einen längeren Zeitraum von Thomas Nipperdey.« Das war dessen Habilitationsschrift von 1961.⁵ Wie richtig und zukunftsweisend diese Entscheidung, Parteigeschichte zu schreiben, letztlich gewesen ist, zeigen noch jüngste Darstellungen zur frühen Parteiengeschichte in Deutschland. Partei wird hier nicht begriffen als »imagined community«, als »gedachte Ordnung«, auch nicht als Element einer sogenannten »Erinnerungskultur«, sondern zentral ist der Begriff der Konstituierung, der stets auch auf organisatorische Elemente verweist. Es wird richtig gesehen, dass das Bestreben, die ständische Ordnung abzustreifen und an ihre Stelle den bürgerlichen Verein zu setzen, bedeutete: Formen der Interaktion und Kommunikation zu finden. Archäologie hat mit Ausgraben zu tun, und die modernen gesellschaftsgeschichtlich orientierten Untersuchungen gruben nach institutionellen Verfestigungen. Solche gab es immer dann, wenn politische Erschütterungen einen Spielraum für gesellschaftliches, von der Obrigkeit unabhängiges Handeln eröffneten. Solche Konjunkturen ergaben sich in Deutschland vor 1848 dreimal, erstens nach der Französischen Revolution von 1789, wobei die deutschen Jakobiner sich am tatkräftigsten an der Parteibildung beteiligten,⁶ ein zweites Mal zwischen 1806 und 1815, insbesondere während der Befreiungskriege, als der Tugendbund in Preußen und die Deutschen Gesellschaften Vorstufen von Parteien zu werden versprachen.⁷ Ein drittes Mal eröffnete sich Spielraum während der französischen Juli-revolution 1830 in Deutschland, wobei der Press- und Vaterlandsverein von 1832 als der bedeutendste überregionale Kristallisationspunkt anzusehen ist.⁸ Man kann eine Folgerichtigkeit in den Bestrebungen erkennen, Institutionen mit politischen Zwecken zu bilden. Ebenso folgerichtig verboten die im Grunde absolutistisch orientierten Regierungen jede Art von Parteibildung im Deutschen Bund durch den

5 Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961.

6 Vgl. etwa Walter Grab, *Leben und Werk norddeutscher Jakobiner*, Stuttgart 1973.

7 Friedrich Meinecke, *Die Deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Deutschland im Zeitalter der Befreiungskriege*, Stuttgart 1891; zum Tugendbund Otto Dann, *Geheime Organisation und politisches Engagement im deutschen Bürger-tum des frühen 19. Jahrhunderts. Der Tugendbund-Streit in Preußen*, in: Peter Christian Ludz (Hrsg.), *Geheime Gesellschaften*, Heidelberg 1979, S. 399-428.

8 Cornelia Foerster, *Der Press- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsfor-men der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes*, Trier 1982.

Bundesbeschluss von 1832, der signalisierte, dass für die Regierungen jede Parteibildung als ein Staat im Staate und damit als eine Infragestellung ihrer eigenen Autorität begriffen wurde. Dieser systematische Rückstau – denn von erfolgreicher Unterdrückung wird man nicht sprechen können – offenbarte sich dann in seiner innewohnenden Kraft während der Revolution 1848. Nach den organisatorischen Plattformen zu fragen, hat sich jedoch gerade für die Parteigeschichtsforschung als höchst fruchtbar erwiesen; das zeigt etwa Karin Luys, welche die nationalen Vereinigungen im Umkreis der Befreiungskriege ans Tageslicht beförderte;⁹ oder Christoph Hauser, der in dem scheinbar politisch windstillen Restaurationsjahrzehnt zwischen 1819 und 1828 »Anfänge bürgerlicher Organisation« in reichhaltiger Weise ausfindig machte, indem er die Bedeutung des Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland zutage förderte.¹⁰ Am meisten muss Andreas Biefangs Untersuchung zu den »Nationalen Organisationen und Eliten« in den Jahren 1857 – 1868 hervor gehoben werden;¹¹ Biefang untersucht die Organisierung des Bürgertums in Deutschland im Medium des Kongresses deutscher Volkswirte, des Deutschen Nationalvereins, des Deutschen Handelstages und Deutschen Abgeordnetentages. Organisation ist überhaupt der zentrale Begriff seiner Untersuchung, und auf die gesamte Periode des 19. Jahrhunderts bis zur Reichsgründung hin betrachtet, erhält man über den Blick für die Organisation überhaupt erst Anhaltspunkte, wie weit sich Parteien jenseits ihrer sozialen Milieus verfestigt und stabilisiert hatten. Und immer, wo diese Organisationsbestrebungen am lebhaftesten hervortraten, herrschte in der historischen Entwicklung Deutschlands eine Phase lebhafter Verfassungsbildung; es sei in chronologischer Reihe verwiesen auf 1789, 1813 – 15, 1830, 1848, und dann auf die langen 1860er Jahre bis zum Ende des Deutschen Bundes und zur Reichseinigung von oben.

Die Revolution von 1848 kann man mit gutem Recht auf diesem Weg durch die Parteigeschichte als Wasserscheide betrachten. Und mit gutem Grund lässt auch Walter Tormin seine Parteigeschichte 1848 beginnen. Er umspannt dabei jenes fünfgliedrige Parteiensystem, das sich im Vormärz in Gestalt der politischen Strömungen herausgebildet hatte und das nun zu eigenen Organisationen drängte. Es waren die Konservativen, die gemäßigten Liberalen, die Demokraten, die Sozialisten und die Klerikalen oder, etwas milder gesagt: der politische Katholizismus. Zu jener Zeit, 1966, hatte man sich noch kaum für die außerparlamentarischen politischen Vereine in der Revolution interessiert; dominierend waren – je nach Provenienz im Westen und Osten – entweder Arbeiten zur Frankfurter Paulskirche oder zu den Anfängen der Arbeiterbewegung in der Revolution. Ja, die Revolution wurde gar als Inbegriff des einen oder anderen verstanden. Der Blick auf das vielgliedrige politische Vereinswesen in der Revolution erweiterte überhaupt erst den Blick für die Komplexität die-

9 Karin Luys, *Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819*, Münster 1992.

10 Christoph Hauser, *Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland*, Göttingen 1990.

11 Andreas Biefang, *Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten*, Düsseldorf 1996.

ses Ereignisses. Im Rückblick ist zu rühmen, dass bei Tormin bereits die Konservativen beachtet wurden, was ja eigentlich überraschend und untypisch scheint für eine Zeit wie 1848, die revolutionär war. Aber es war richtig. Die fünf Jahre später erschienene Darstellung und Dokumentation Werner Boldts über die Anfänge des deutschen Parteiwesens in der Revolution von 1848 jedenfalls vergisst die Konservativen vollständig.¹² Es dauerte bis 1988, als mit der Arbeit von Wolfgang Schwentker die konservativen Vereine und die »Konstituierung des Konservatismus als Partei« ein eigenes, übrigens sehr gutes Buch erhalten haben.¹³ Auch hier findet man im Titel wieder den Schlüsselbegriff der Konstituierung, d.h. der institutionellen und organisatorischen Kenntlichwerdung.

Es bedarf noch einer näheren Begründung, warum 1848 als Beginn der modernen Parteiengeschichte anzusehen ist. Ein grundlegender Aufsatz von Dieter Langewiesche hat hier Klarheit geschaffen, indem er unterschied zwischen Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848.¹⁴ Dieser Beitrag erschien 1978, und das ist eigentlich als das Datum anzusehen, von dem an die Erforschung der außerparlamentarischen Bestrebungen und Vereinigungen in der Revolution überhaupt erst ein Thema von Gewicht in der Forschung wurde. Langewiesche spricht bewusst von den Anfängen moderner Parteien, weil er sich durchaus darüber im klaren ist, dass die deutsche Parteiengeschichte nicht mit 1848 anfängt. Was heißt modern? Modern bezeichnet eine zeitliche Relation, nämlich die Tatsache, dass ein Ereignis aus der Vergangenheit noch bis in die Gegenwart hineinreicht bzw. in ihr prägend ist. Die moderne Partei ist für ihn der im November 1848 gegründete Zentralmärzverein. Diese Vereinigung wurde gebildet von Demokraten im linken Spektrum der Frankfurter Nationalversammlung und von den demokratischen Volksvereinen im Lande außerhalb des Parlaments, als mit dem Erstarken der Reaktion die Errungenschaften der Revolution überhaupt gefährdet schienen. Im Oktober war die Revolution in Wien durch Windischgrätz blutig niedergeschlagen worden, im November folgte der Belagerungszustand in Berlin – das war der konkrete Erfahrungshintergrund. Was war das Moderne an diesem Zentralmärzverein, der angeblich – nach nicht hundertprozentig gesicherten Unterlagen – mehr als 500.000 Mitglieder gezählt haben soll? Es war dasjenige besondere Merkmal, das bis heute die Funktionsweisen unserer modernen Parteien auszeichnet, nämlich das kontinuierliche Zusammenwirken von Parlamentsfraktion und außerparlamentarischem politischem Verein. Die Volksvereine in der Revolution waren – teilweise direkt durch die Paulskirchenabgeordneten – unmittelbar verbunden mit den Fraktionen im Parlament. Das hatte es in der Tat in der Vorgeschichte der deutschen Parteien vor 1848 noch nicht gegeben. Das war ein absolutes Novum, aber richtungsweisend für die Zukunft. Und in dem Moment, wo

12 Werner Boldt, *Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848*, Paderborn 1971.

13 Wolfgang Schwentker, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei*, Düsseldorf 1988.

14 Dieter Langewiesche, *Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324-361.

es wieder möglich war, in Deutschland überregional Parteien zu bilden, war dieser Sachverhalt wieder präsent: die Verbindung von Parlamentsfraktion und außerparlamentarischem politischem Verein. Das war 1861 der Fall bei der Gründung der Deutschen Fortschrittspartei.¹⁵

Die moderne Revolutionsforschung hat zwei Pole, die gerade im Jubiläumsjahr 1998 besonders prägend wurden, nämlich einerseits die Hinwendung zur Region, zum Alltags-, Kultur- und Mentalitätsgeschichtlichen, kurzum zu erfahrungsgeschichtlichen Lebenswelten – andererseits als Gegenpol zu den europäischen Dimensionen in der Revolution. Beide Perspektiven sind ergiebig auch für die parteigeschichtliche Forschung gewesen. Die Hinwendung zur Politik vor Ort, in der Landgemeinde oder der Kommune, offenbarte, wie lebhaft die politische Praxis sich vollzog: in Wahlaufrufen, in Rechtfertigungen der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern, in kontinuierlicher Berichterstattung der Abgeordneten über ihre Arbeit im Parlament, abgedruckt in der Lokalpresse, über Interpellationen und Petitionen, welche Abgeordnete unter dem Druck ihrer Wähler im Parlament vortrugen. Was zu dieser Modernität erstmals auch gehörte, hat eine vor kurzem erschienene Darstellung über den Parlamentarier Moriz Mohl auf eine griffige Formel gebracht: »Politik als Beruf« war etwas, das nun möglich war und das insbesondere den Politiker der entstehenden Parteien hervorbrachte.¹⁶

Umso verhängnisvoller war es, dass die siegreichen gegenrevolutionären Regierungen in Deutschland ausnahmslos diese Ansätze moderner politischer Parteienbildung zerschlugen. Das war bereits in den Bundesreaktionsbeschlüssen von 1851 der Fall. Ganz massiv geschah das auf einzelstaatlicher Ebene in den Vereinsgesetzgebungen der Jahre 1850/51; der Bund sekundierte noch einmal im Jahre 1854 durch den Bundesbeschluss über das Vereinswesen.¹⁷ Gerade weil das Vereinswesen der politischen Betätigung während der Revolutionszeit als wirkungsvollste Plattform gedient hatte, strebten die nachrevolutionären Regierungen in Deutschland danach, es zu disziplinieren oder ganz zu unterdrücken. Wo überhaupt noch politische Vereine zugelassen waren, geschah das ausschließlich auf lokaler Ebene. Der Bundesbeschluss von 1854 schrieb vor: »Jede Verbindung mit anderen Vereinen ist unstatthaft«. Das war das sogenannte Affiliationsverbot. Es wurde den örtlichen Vereinen untersagt, Verbindungen zu Zweigvereinen – den Filialen – aufzunehmen oder sich gar einer nationalen Dachorganisation anzuschließen, wie es während der Revolutionszeit übliche Praxis und geradezu systemnotwendig geworden war. Dieses Affiliationsverbot blieb bis in das Kaiserreich hinein wirksam, nicht zuletzt auch zur Zeit des Sozialistengesetzes. Selbst in Perioden innenpolitischer Lockerung wie während der 1860er Jahre blieb es in den Einzelstaaten in Kraft, so dass die Entstehung der Arbeitervereine und Gewerkschaften von einer lebhaften Spitzel- und Überwachungs-

15 Heinrich August Winkler, *Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der deutschen Fortschrittspartei 1861-1866*, Tübingen 1964.

16 Jörg Westermayer, *Politik als Beruf. Der Parlamentarier Moriz Mohl (1802-1888)*, Düsseldorf 1998.

17 Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. III: Bismarck und das Reich, 3., wesentlich überarb. Aufl., Stuttgart u.a. 1988, S. 134-138.

tätigkeit örtlicher Polizeibehörden begleitet wurde. Ob in Hamburg, Preußen oder Bayern: Die stets anwesenden Polizisten notierten minutiös die Verhandlungen einzelner Vereine und waren aufgrund des fortbestehenden Verbots, Zweigvereine zu bilden, jederzeit ermächtigt, einen solchen Verein aufzulösen, wenn er politische Absichten und die Tendenz zu erkennen gab, Verbindungen zu Filialvereinen zu knüpfen. Das dokumentieren für Bayern, Sachsen, Hamburg, Bremen, Württemberg oder Preußen – um nur einige zu nennen – entsprechende Polizeiakten in den Archiven. Für die freie Stadt Hamburg ist auf diese Weise der reichhaltigste Archivbestand politisch-polizeilicher Tätigkeit überliefert. Und paradoxerweise muss man sagen, sind die nachgeborenen Historiker dafür dankbar, weil sich ihnen so ein schier unerschöpflicher Fundus an Quellen eröffnet, die sich auch unter ganz anderen Fragestellungen umwälzen lassen, hat doch etwa Richard Evans gerade mit solchen Quellen auch den »Tod in Hamburg«, also Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren beschreiben können.¹⁸

Auf den Punkt gebracht, lässt sich feststellen: Im Reaktionsjahrzehnt wurde das differenzierte entstehende Parteiengeflecht von Grund auf zerstört. Es gibt in der Tat keine organisatorische Brücke zwischen den politischen Vereinen 1848 und den neu konstituierten in den 1860er Jahren. Kontinuitäten gibt es in den Parlamentsfraktionen, in Gestalt der politischen Wortführer, die sich seit Beginn der neuen Ära 1858 wieder zu Wort meldeten, aber es gibt keine Kontinuität zwischen den Parteibildungen.

Diese Art des Umgangs mit entstehenden Parteien signalisiert die Rückständigkeit der regierenden deutschen, im wesentlichen aristokratischen Eliten, die in Parteien immer noch, wie seit der Restaurationszeit, ein Sicherheitsrisiko für den Staat erkannten. Diese Art des Umgangs hatte mindestens drei verhängnisvolle Konsequenzen:

1. Die Reaktion seit 1849 vertrieb einen wesentlichen Teil der demokratischen politischen Elite aus Deutschland in die Vereinigten Staaten. Zum Fortleben der Revolution von 1848 gehört die politische Arbeit der deutschsprachigen Forty-Eighters in Amerika. Deren politische Kraft und Phantasie fehlte in Deutschland.

2. Demokratische oppositionelle Politik wurde zugleich ins Exil verdrängt, zunächst auch nach Paris, dauerhaft über die 1850er Jahre hinweg aber nach London. Bekannteste Exponenten waren Karl Marx und Wilhelm Liebknecht. D. h. hier entwickelte sich eine politische Betätigung, die auf dem Boden des Deutschen Bundes keine Plattform mehr hatte, und diese Parteitätigkeit trug, als sie in den 1860er Jahren wieder zurückwirkte auf die deutsche Entwicklung, zu einem guten Maße dazu bei, dass man von einer Theorielastigkeit bei der Neuformierung der deutschen Parteien in den 1860er Jahren sprechen kann.

3. Dazu trug auch ein Konstruktionsdefizit des deutschen Konstitutionalismus bei. Dieser erlaubte nämlich den in die Parlamente gewählten Abgeordneten nicht, Regierung zu werden oder die Regierung aus der Opposition heraus abzulösen.

¹⁸ Richard J. Evans, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910*, Reinbek bei Hamburg 1990.

Denn die Regierungen wurden durch den Spruch des Monarchen gebildet bzw. abberufen. Es herrscht überwiegend Konsens, dass auch diese weitgehende Ausgrenzung von der politischen Verantwortung verhindert hat, die politischen Parteien in dem fünfgliedrigen Spektrum, das sich auch in den 1860er Jahren wieder formierte, mit dem Tropfen pragmatischen Öls zu salben, um eine berühmte Formulierung Ludwig Uhlands zu variieren. Gerhard A. Ritter hat das Defizit in seinem inzwischen klassisch gewordenen knappen Überblick über »die deutschen Parteien 1830 – 1914« auf eine Formel gebracht. Ritter charakterisiert das konstitutionelle Regierungssystem als eines, das die politische Handlungsfähigkeit der Parteien beeinträchtigte, weil es ihnen nicht erlaubte, sich mit anderen Parteien zu gemeinsamen Zielen zu verbünden und die Initiative gegenüber der Regierung zu ergreifen: »Es fehlte [...] der Anreiz zur Überbrückung von Interessengegensätzen und politischen Meinungsverschiedenheiten, den die Aussicht auf die Eroberung der Regierungsgewalt und die Verfügung über politische Patronage in parlamentarischen Systemen bietet.«¹⁹

Die Rekonstituierung der deutschen Parteien vollzog sich in den Jahren 1858 bis 1870. Walter Tormin hatte mit 1861 und 1876 im Detail andere Zeitgrenzen vorgeschlagen; er orientierte sich an der Gründung der Deutschen Fortschrittspartei einerseits, an der Gründung der Deutschen Konservativen Partei andererseits. Diese Differenz ist nicht entscheidend, sondern die Gemeinsamkeit, nämlich der Periode dieser Neukonstituierung ein eigenes Gewicht beizumessen. Mit anderen Worten: In der Periodisierung verließ Tormin die Praxis, die Epoche zwischen 1867 »der Gründung des Norddeutschen Bundes« und 1918 als einheitlichen Abschnitt der Parteigeschichte zu werten. Inzwischen hat sich sein Vorschlag durchgesetzt, eine eigene Periode anzusetzen; dies ist noch verstärkt worden durch einen neuen Blick auf jene Periode zwischen 1849 und 1871 überhaupt, indem man davon abgerückt ist, sie nur im Hinblick auf die Reichseinigung von 1871 zu funktionalisieren. Sie als eigenständige Epoche, als »gesellschaftlichen Aufbruch« zu begreifen, hat inzwischen viele Argumente für sich gefunden, vor allem der fortdauernde Rückbezug der Zeitgenossen auf 1848 ist immer stärker in das Bewusstsein der Geschichtsschreibung getreten.²⁰ Der Neubeginn nach 1848 stand noch ganz unter dem Maßstab der Reichsverfassung von 1849; sie war Richtschnur, und hinter ihr traten alle anderen verfassungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zurück. Mit der Gründung des Deutschen Nationalvereins setzte zugleich auch noch einmal ein Organisationsbestreben ein, wie es für die Frühphase der Revolution 1848 typisch war. Biefang nennt es die außerparlamentarische Bewegungspolitik, die sich zeigte in nationalen Organisationsbestrebungen: Er spricht gar von der »Spätphase des Bewegun liberalismus«, welcher der Revolution von 1848 zugehörig sei. Zu diesem außerparlamentarischen Organisationsverhalten gehörten die großen Vereinigungen des Deutschen Nationalvereins, des Volkswirtekongresses, des Handelstages und des Abgeordnetentages. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes erlahmten diese Bewegungen

19 Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830-1914*, Göttingen 1985, S. 7.

20 Wolfram Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871*, Frankfurt/M. 1990.

und die Aktivitäten verengten sich im schmaleren Horizont der Parteien, insbesondere der Nationalliberalen Partei, der Sozialdemokratischen, Konservativen, Katholischen und der Fortschrittspartei. Blickt man aus der Vogelschau auf die 1860er Jahre, so zeichneten sich als Grundtendenzen ab: Der Liberalismus spaltete sich dauerhaft in einen konstitutionell-nationalen und einen liberal-demokratischen Flügel. Eine unabhängige politische Arbeiterbewegung hatte sich konstituiert, und hierin war Deutschland unter den europäischen Staaten führend, keineswegs eine »verspätete« Nation. Der politische Katholizismus fand zu festen organisatorischen Formen; die ökonomische Entwicklung beschleunigte die Politisierung der Bevölkerung und damit die Parteibildung; Durch die Parteien wurden zunehmend die parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereiche verklammert; schließlich wurde durch die Polarisierungs- und Spaltungsprozesse von 1866 der »Übergang von einer breiten Volkspolitik zu einer Klassenpolitik beschleunigt« (G. A. Ritter). Um 1870, also noch im Vorfeld des geeinten Nationalstaates, war das Fünfparteiensystem voll ausgebildet, das die Politik des Kaiserreiches fortan bestimmte, geteilt in sozialistische Arbeiterbewegung, Linksliberale – die früheren Demokraten – Nationalliberale, Zentrum und Konservative, diese gespalten in Freie Konservative und Deutschkonservative. Auch im Bereich der Parteibildung erwies sich die Epoche zwischen 1848 und 1870 als die eigentliche Konstituierungsperiode, denn vor 1848 existierten im gesellschaftlichen Leben keine organisatorisch verankerten Parteien, nach 1871 waren sie bereits ein fester Bestandteil des öffentlichen politischen Lebens, so verzweigt im einzelnen dann auch ihre Fortentwicklung sein mochte. Was Partei im modernen Sinne war und vermochte, das lehrt für Deutschland erstmals diese Epoche zwischen 1848 und 1870.

Was 1966, zu Zeiten, als Walter Tormin schrieb, noch nicht hinreichend im historischen Bewusstsein verankert war, was nun aber nicht mehr unausgesprochen bleiben darf, ist die geschlechterspezifische Dimension der Parteigeschichte. Die Parteien waren ganz wesentlich von Männern dominiert, und Gleiches gilt für den Blick auf die Parteigeschichte. Frauen hatten zu den meisten politischen Vereinen und auch Interessenverbänden keinen Zutritt, sei es, weil sie nicht die notwendigen beruflichen Voraussetzungen erfüllten, sei es, und das war letztlich entscheidend, weil sie Frauen waren. Das emanzipatorisch wirkende frühliberale Modell einer egalitären Gesellschaft wurde ohne schwerwiegendes Zögern auf die Gemeinschaft der »Hausväter« begrenzt. Die liberalen Vordenker empfanden die rechtliche Ungleichheit der Frau nur selten als fundamentale Inkonsequenz; wurden sie sich ausnahmsweise dessen bewusst, suchten sie argumentativ nach Auswegen, mit denen sich die gewohnte rechtliche Zweiteilung der Gesellschaft als eine scheinbar naturgegebene rechtfertigen und beibehalten ließ.

Die Revolutionsära bedeutete im Selbstverständnis von Frauen und in den Möglichkeiten der eigenen Interessenvertretung einen Durchbruch. Die Anfänge der deutschen Frauenbewegung mit eigener Presse, Politik und selbständigen Vereinen lagen in den Jahren 1848.²¹ Die Organisation von Frauen wurde ein Teil des sich allgemein

21 Vgl. beispielhaft den Überblick bei Gabriella Hauch, *Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848*, in:

formierenden Vereinswesens. Das Motto der Frauenzeitschrift Louise Ottos seit dem April 1849 lautete: »Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen.« Die Reaktion in Sachsen und darüber hinaus in Deutschland setzte durch Haussuchungen, Beschlagnahmungen der Vereinskassen und Vereinsverbote dieser frühen organisierten Emanzipationsbewegung gewaltsam ein Ende. Wo die Regierungen der Reaktionsära politische Absichten unterstellten, war das Verbot schnell bei der Hand.

Angesichts des allgemeinen Aufbruchs im Vereinswesen der 1860er Jahre fanden die Frauen 1865 erneut zu einer organisatorischen Plattform. In diesem Jahr konstituierte sich wiederum unter dem Vorsitz Louise Ottos in Leipzig der »Allgemeine Deutsche Frauenverein«. Was aber wie eine Fortsetzung von 1848 anmutete, war doch weitgehend ein Neubeginn, denn nun betonten die organisierten Frauen ihre Distanz zu politischen Parteien und Verbänden; sie knüpften an ihr ursprüngliches Ziel wieder an, den Frauen gleiche Bildungs- und Erwerbsberechtigung zu erstreiten. Lokalvereine übernahmen das Programm. Wo sich bürgerliche Frauen für ihre »proletarischen Schwestern« einsetzten, hatten sie gleichermaßen Fortbildung und soziale Hilfe im Blick: gewerbliche Fortbildung, Wohnheime, Unterstützungskassen für Arbeiterinnen, insgesamt Sozialfürsorge und soziale Politik. Das war für sie freilich schon viel, aber nicht genug, wenn man über die bürgerliche Verbesserung der Frauen hinaus, die schon die Aufklärungsphilosophie forderte, die politische Gleichberechtigung als ein Ziel ansah. Hier war die Neukonstituierung bis 1870 eher ein Rückschritt als eine Fortentwicklung von 1848. Auch dies gehört in das Gesamtbild der Parteigeschichte, damit nicht der Eindruck entsteht, die Entstehung der deutschen Parteien seit 1848 sei trotz beklagenswerter Einbrüche doch relativ zielstrebig und folgerichtig verlaufen. Vieles wissen wir aber auch noch nicht, und das hängt mit der Eigenart des deutschen Föderalismus zusammen, der oft im Interesse der nationalen Perspektive vergessen oder in den Hintergrund gedrückt wird. Bleibt man im eingangs gebrauchten Bild der Wegstrecke, wäre eher vorzuschlagen, für die Erforschung der deutschen Parteigeschichte nicht eine Straße, sondern ein vielverzweigtes Wegenetz zu erschließen. Das ist aber wohl eher die Angelegenheit von Spezialisten und sollte nicht daran hindern, Mut zur Synthese aufzubringen und einen Wurf zu wagen, wie es chedem Walter Tormin als Pionier vorgeführt hat.

Dieter Dowe, Heinz-Gerhart Haupt, Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 841-900.

Die Formierung des deutschen Parteiensystems im parlamentarischen Obrigkeitsstaat 1870 – 1890

I.

Es ist nicht von vornherein evident, dass derjenige Teil einer Ringvorlesung über die Transformation des deutschen Parteiensystems, der sich mit den Parteien im Zeitalter der Reichsgründung befassen soll, durch die Zäsuren von 1870/71 und 1890 sinnvoll eingegrenzt würde. Denn der Akt der militärisch-obrigkeitlichen Reichsgründung von 1870/71 hat das in den beiden vorhergehenden Jahrzehnten wesentlich begründete deutsche Parteiensystem weder in seinen prägenden Teilen, noch in seinen Organisationsformen wesentlich beeinflusst. Auch erfuhren die Parteien durch die Reichsverfassung von 1871 nicht etwa eine sozusagen umwälzende Kompetenzveränderung oder -erweiterung. Ebenso wenig ließe sich auf den ersten Blick für das Schlussdatum, das Jahr 1890, von einer parteiengeschichtlichen Zäsurbildung sprechen; allerdings war nicht nur am Rande von Bedeutung, dass in diesem Jahr das Sozialistengesetz, da zuvor vom Reichstag nicht mehr verlängert, auslief, so dass die deutsche Sozialdemokratie wieder legale Existenzformen gewinnen konnte.

Es ist vielmehr die Verbindung eines Bündels gewichtiger Komponenten, die diese Epoche zusammenhält und zu einem auch parteiengeschichtlich weit wirkenden Gefüge von Wirkungen formt. Ich möchte diese Wirkungsfaktoren gleich eingangs benennen, um sie im weiteren Beitrag¹ auszuleuchten.

1. Die Epoche wird, das prägte sie nach innen und außen, durch die Persönlichkeit von Bismarck als dem Reichsgründer und Reichskanzler zusammengehalten. Die Reichsverfassung von 1871, die im wesentlichen der Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 nachgebildet war, war seine Verfassung in mehrfacher Bedeutung gewesen: Sie spiegelte weitgehend Bismarcks Verständnis einer konstitutionellen Regierungsform, und sie war auf seine Person, also auch auf seine Regierungskunst zugeschnitten. So gesehen, entfiel mit dem Sturz Bismarcks im Frühjahr 1890 sozusagen eine Verfassungskomponente. Wie immer man zu Bismarck steht, man wird nicht um eine angemessene Würdigung dieser überragenden Führungsfigur gerade auch in verfassungs- und parteiengeschichtlicher Hinsicht herumkommen.²

1 Ich habe die Vortragsform vollständig beibehalten und biete auch in den wenigen, hinzugefügten Anmerkungen nicht etwa eine bibliographische oder gar forschungskritische Übersicht zur Parteiengeschichte der Bismarckzeit.

2 Für die Sozialdemokratie habe ich dies soeben versucht: Klaus Tenfelde, Bismarck und die Sozialdemokratie, in: Lothar Gall (Hrsg.), Otto von Bismarck und die Parteien, Paderborn u.a. 2001, S. 111-135. In diesem Band finden sich weitere Beiträge zur Rolle Bismarcks gegenüber dem sich formierenden Parteiensystem.

2. In den beiden hier in Rede stehenden Jahrzehnten war Deutschland abgesehen von dem Umstand, dass es erstmals überhaupt als Nation politische Einheit erlangte, jenen außerordentlich fundamentalen Wandlungen unterworfen, die man als ein Überschreiten der Schwelle zur modernen Industrienation zusammenfassend deuten könnte. Für die 1880er Jahre lässt sich dieser Übergang relativ präzise dahingehend formulieren, dass seither die Mehrzahl der Erwerbstätigen nicht mehr in der Landwirtschaft, sondern in Handwerk und Industrie beschäftigt war. Die Industrialisierung erreichte also einen ersten Höhepunkt. Dieser schien sich gleich zur Reichsgründung abzuzeichnen, als das Land, wenigstens zum Teil auch beflügelt durch die französischen Reparationsmilliarden, zu einem »Gründerboom« sondergleichen abhob, um freilich schon 1873 nach einer ebenfalls unvergleichlichen Finanzkrise in eine scheinbar anhaltende Phase der Stagnation zu gleiten. »Scheinbar« zu sagen, ist wichtig, denn die sogenannte »große Depression« seit etwa 1874 war tatsächlich am ehesten eine Phase der Preisdeflation, in der, von ganz wenigen Jahren abgesehen, die Wirtschaft weiterhin erheblich wuchs und in deren weiterem Verlauf sich vor allem in den 1880er Jahren jene späterhin durchaus fatale strukturelle Dominanz der Schwerindustrie abzeichnete. Die Herausbildung der Zentren um Kohle und Stahl insbesondere im Ruhrgebiet löste eine wiederum unvergleichliche innere Mobilisierung der Bevölkerung aus, verschob also die Gewichte zwischen Stadt und Land, und so lässt sich auch der Beginn der industriellen Urbanisierung in Deutschland relativ genau auf die 1880er Jahre festlegen. So gesehen war das Sozialistengesetz, von dem gleich noch die Rede sein wird, auch eine gescheiterte Antwort des konservativ-agrarischen Deutschland auf die politischen Folgen von Industrialisierung und gesellschaftlicher Modernisierung. Dabei hat vielleicht weniger die Industrialisierung für sich, sondern vielmehr die Gewinnung urbaner Existenzformen im Zuge der Industrialisierung das Denken und Verhalten der Menschen zutiefst verändert.

3. Trotz einer an sich bis zur Revolution von 1848/49 und teilweise noch weiter zurückreichenden, in wichtigen Ansätzen regional verwurzelten Tradition der Parteilbildung in den Staaten des Deutschen bzw. des Norddeutschen Bundes hat die Reichsgründung doch auch die Spielräume, in denen Parteipolitik fortan stattfand, sehr nachhaltig verändert. Das ist schon daran erkennbar, dass Parteien, wollten sie in der Reichspolitik Einfluss gewinnen, einer nationalen Repräsentanz – in welcher rudimentären Form auch immer – bedurften, was gewisse zentralisierte Prozesse der Entscheidungsbildung wenn nicht sofort, so doch im Laufe der Zeit zunehmend einschloss. Die Existenz des Reichstags und einer von ihm wenigstens in einigen Kernfragen des Regierens abhängigen Reichsleitung begünstigte sicher auch die Fortentwicklung eines Spektrums von politischer Öffentlichkeit, in dem die Presse, und zumal die jeweils parteinahe Presse, trotz Vordringens der Generalanzeiger-Presse eine wichtige Rolle spielen würde. Das Land erhielt die langersehnte nationale »Tribüne«, und auf ihr agierten in erster Linie politische Parteien, auch wenn deren Anerkennung als Akteure im politischen Raum mit ihrem faktischen Bedeutungszuwachs vermutlich wegen gewisser, oft diskutierter Traditionen politischen Denkens wohl nicht Schritt hielt: Parteien blieben im Denken wenigstens der Gebildeten und der Beam-

ten, zu schweigen etwa von den Militärs und großen Teilen des Adels, wenig gern gelitten.

4. Die große Aufgabe, die sich nach der Reichsgründung der Politik, also dem Regierungs- und Parteiensystem, stellte, war die der Konsolidierung der Einheit nach außen und innen. Gerade Bismarck hat dies mit einer hochkomplizierten, ganz an Bündnisstrategien orientierten Außenpolitik, aber auch mit Ansätzen einer Einhegung scheinbar oder tatsächlich systemoppositioneller, nach seiner Überzeugung außenbestimmter – das Zentrum durch den Ultramontanismus, die Sozialdemokratie durch den Internationalismus³ – Strömungen in Politik und Gesellschaft praktisch seit den Wochen der Reichsgründung realisiert; der defensiven Bündnisstrategie eines »saturierten« Reiches entsprach also durchaus eine nach innen gerichtete Strategie der Verteidigung der Reichsgründungs-Errungenschaften.⁴ Über die Jahrhunderte hinweg war die politische Zersplitterung der deutschen Territorien außerhalb der immer prekären Grenzen dieser Territorien wohlgekommen gewesen, und die meisten anderen, geographisch eher begünstigten europäischen Territorialstaaten hatten gerade auch wegen dieser Zersplitterung im Herzen Europas die Prozesse ihrer eigenen Nationenbildung frühzeitig und relativ ungestört vollenden können – nicht hingegen Deutschland selbst, für das die beiden Fundamentalprozesse des 19. Jahrhunderts, Nationenbildung und Industrialisierung, zeitlich gerade deswegen zusammenfielen, weil die Nationenbildung politisch gesehen verspätet gelang. Das musste für Parlament und Regierung unvergleichliche Herausforderungen bringen und kann hier nicht im einzelnen behandelt werden, nur soviel: Einigkeit besteht heute wohl insofern, als man der Ansicht ist, dass die Konsolidierung des Reichs nach außen gelang, freilich um den Preis ihrer starken Verknüpfung mit der ungewöhnlichen Persönlichkeit Bismarcks. Er hatte als Reichskanzler ein kompliziertes Gefüge außenpolitischer Bindungen und Beziehungen geschaffen, in dessen Mitte das Reich in einer Ruhelage schwebte, und diese Ruhelage war von seiner realpolitischen Einschätzung der Interessenlagen der europäischen Großmächte getragen. Als Bismarck stürzte, brach sich ungehemmtes Großmachtstreben Bahn, beflügelt durch einen jugendlichen Kaiser, der die Maße der Politik kaum begriff. Mittel- und langfristig gesehen, geriet damit das durch ein kompliziertes Vertragssystem austarierte Gleichgewicht aus den Fugen.

5. Anders als diese »äußere«, misslang Bismarck die mindestens gleichermaßen erforderliche »innere« Reichsgründung.⁵ Genauer besehen, ist die Sache allerdings weitaus komplizierter. Denn einerseits hat der Reichstag durch eine sehr weitgreifende, ziemlich fleißige Gesetzgebungsaktivität unmittelbar anstehende Prozesse der inneren Reichsgründung zum überwiegenden Teil schon im ersten Jahrzehnt erfolg-

3 Ludolf Herbst, Die Erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität«, Frankfurt/M./Göttingen 1975.

4 Dies hat vor allem Lothar Gall deutlich gemacht: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. 1980, S. 501; s. außerdem Otto Pflanze, Bismarck, 2 Bde. München 1997/98.

5 Dieter Groh, Die misslungene »innere Reichsgründung«. Verfassung, Wirtschaft und Sozialpolitik im Zweiten Reich, in: Revue d'Allemagne 4 (1972) S. 89-112.

reich bewältigt. Das umschließt das hochkomplizierte Problem der Rechtsvereinheitlichung, ein Vorgang, der sich markant in eine Phase zwischen Verkündung des neuen Strafgesetzbuches zu Beginn unserer Zeitspanne und Verkündung des »Bürgerlichen Rechts«, allerdings um ein Jahrzehnt verschoben nach dem Ende unserer Zeitspanne, zusammenfassen lässt. Sehr wichtige, andere Dinge kommen hinzu: die Vereinheitlichung des Münz- und Zollwesens, das allerdings in eine vorläufige Kompromisslage geführte Staatsangehörigkeitsrecht, übergreifende infrastrukturelle Maßnahmen wie die Regelung des Post- und Eisenbahnwesens, natürlich dann das Militärwesen – gerade in den letztgenannten Bereichen sind mehr oder weniger bedeutende Kompromisse zu registrieren, weil den Bundesstaaten gewisse Kompetenzen vorbehalten blieben. Mag man, und muss man also diese Maßnahmen insgesamt für erfolgreich halten, so misslang doch die »innere Reichsgründung« insofern, als es nicht gelang, zu einem demokratischen Konsens über die Verfasstheit des Reichs zu gelangen. Ein etwas unhistorischer Vergleich möge dies in Kürze erhellen:

Die Bundesrepublik Deutschland hatte weitsichtige Verfassungsväter, denen im Parlamentarischen Rat die Verabschiedung eines Regelwerks gelang, das in der Tat die Integration neuer gesellschaftlicher und politischer Kräfte ermöglichte und sogar fundamentale Krisenlagen wie die Herstellung der deutsch-deutschen Einheit überstehen konnte. Die innere Konsolidierung im Sinne eines breiten Verfassungskonsenses aller politischen Kräfte konnte gleichwohl nicht durch die Verfassungsväter bewerkstelligt werden, sie musste das Werk einer konsolidierenden und durch Konsolidation erfolgreichen Politik nach innen und außen sein. Übereinstimmung besteht heute weithin dahingehend, dass die Gewinnung des inneren Verfassungskonsenses in den sechziger Jahren datiert, mit Folgeerscheinungen und Ausläufern bis in die Gegenwart, wie sich an den jeweiligen Öffnungen und Abgrenzungen des Parteiensystems gegen rechts- und linksradikale Bestrebungen erkennen lässt.

Die 1870er Jahre waren hingegen, betrachtet man die Formierung der inneren politischen Kräfte, weit stärker durch Ausgrenzung als durch Konsenspolitik bestimmt. Die Verfassung des Deutschen Reichs, auf die gleich noch zurückzukommen ist, behinderte oder verhinderte die Konsensbildung, statt sie zu fördern. Dabei lag ihr eigentlicher Webfehler in dem Umstand, dass sie aus sich und aus den durch sie geschaffenen Konstellationen keine hinreichend starken Kräfte zur inneren Verfassungsreform ermöglichte. Der deutsche »Konstitutionalismus« war ein transitorisches Regelwerk,⁶ das für eine gewisse Zeit an der Schwelle der Moderne geeignet sein mochte, vor allem rechtsstaatliche, in engen Grenzen auch demokratische Gepflogenheiten zu verwurzeln, das aber andererseits Politiken ermöglichte, die den Sinn eines Verfassungswerks sprengten. Das waren die Politiken, zu denen Bismarck eben auch anhob: die Ausgrenzung von scheinbar nicht integrationsfähigen Bevölkerungsteilen und deren Stigmatisierung unbeschadet des Umstandes, dass sie zu den

6 Zur darin angesprochenen Forschungskontroverse s. jetzt Martin Kirsch, *Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich*, Göttingen 1999, S. 57 ff.

Pfeilern der Konsensbildung hätten gehören müssen. Diese Ausgrenzung bezog sich im »Kulturkampf« zunächst auf die katholischen Bevölkerungsteile, und wenn dieser schwerwiegende Fehler in den 1880 Jahren auch Schritt für Schritt korrigiert wurde, so zeitigte er doch, wie noch zu zeigen ist, weiterreichende Folgen. Ferner richtete sich die Ausgrenzung gegen die anderen »Reichsfeinde« – der polemische Ausdruck trifft die Sache im Kern –, das waren die Sozialdemokraten. Beide Ausgrenzungen haben tiefe Wunden geschlagen und für die Ausgegrenzten das Reichsgründungsjahrzehnt zu einem heroischen Zeitalter werden lassen; die für die politische Konsensbildung so fatale Entstehung und Verzimmerung von Milieus datiert deshalb von hier.

6. Dabei war die eigentliche Parteiengeschichte der beiden Jahrzehnte nach der Reichsgründung, bei allen Sezessionen im liberalen, weniger im konservativen Lager und bei hoher Stabilität der Parteibildungsprozesse bei Katholiken und Sozialdemokraten, im Ganzen weniger von Transformation geprägt, als man hätte erwarten können. Ob man nun von vier oder von fünf großen politischen Lagern spricht, ob man also die Liberalen in nationale, regierungstreue und in linksliberale, bürgerlich-fortschrittliche Kräfte unterteilt oder nicht, diese vier oder fünf Lager fanden sich schon vor der Reichsgründung, und sie bestimmten als parteiorientierte politische Bewegungen die deutsche Geschichte durchgängig zwischen der Revolution 1848/49 und der Machtergreifung Hitlers. Man kann noch weitergehen, man kann diesen vier oder fünf Lagern sogar, gerade auch in der Zeit der Weimarer Republik, eine hohe Stabilität in der Wählerresonanz zuschreiben. Das bezog sich zumal auf das Zentrum, die Partei der katholischen Wähler, den »Zentrumsturm«; verändert, aber nicht erschüttert, wurde hingegen das Gewicht der Parteien durch den beinahe ununterbrochenen Aufstieg der Sozialdemokratie seit 1890 zur stärksten Reichstagsfraktion mit dem Höhepunkt der Reichstagswahl von 1912.

Von »Transformation« des Parteiensystems in der »Bismarckzeit« möchte ich also nur mit Vorbehalten sprechen. Vielmehr hingen Veränderungen im Parteiengefüge eher mit der Stabilisierung bestehender und der Durchsetzung neuer Kräfte unter den Bedingungen der konstitutionellen Regierungsform zusammen. Deshalb ist diese zunächst zu behandeln, um die Handlungsspielräume der Parteien überhaupt zu verdeutlichen; hiernach werde ich die Entwicklung der Parteienlandschaft mit Blick auf die taktischen Feinheiten des Reichskanzlers schildern und schließlich die gewichtigen Kernprozesse: die Gewinnung einer nachgerade atypischen Mehrheitskonstellation am Ende der 1870er Jahre sowie die Milieubildung der politischen Kräfte, verdeutlichen.

II.

Dasjenige Kapitel, das Walter Tormin in seiner deutschen Parteiengeschichte der Entwicklung im Kaiserreich widmet,⁷ beginnt zu Recht mit dem Hinweis, dass die

⁷ Walter Tormin, *Geschichte der deutschen Parteien seit 1848*, Stuttgart u.a. 1966 (u. spätere Aufl.); wenigstens zwei weitere Überblicksdarstellungen seien erwähnt: Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien*

Reichsverfassung von 1871 die Parteien nicht erwähnt; man könnte hinzufügen, dass am Ende des Zeitraums jemand die Kriegsbegeisterung mit dem Ausruf anzufeuern verstand, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. In der Tat, die verfassungsrechtliche Nichtachtung des Parteienphänomens ist Ausdruck einerseits von gewissen ideengeschichtlichen Strömungen, die hier nicht weiter zu behandeln sind, andererseits von Grundüberzeugungen über Funktionen in jenem Verfassungsgefüge, das man mit dem Stichwort »Konstitutionalismus« umschreibt. Erst die Verfassung der Bundesrepublik hat die Parteien zunächst jedenfalls immerhin erwähnt, und zwar hinsichtlich ihrer Aufgabe, an der politischen Bildung mitzuwirken; erst die Bundesrepublik hat dann auch zu einem Parteiengesetz gefunden. Bis dahin waren Parteien nicht-rechtsfähige politische Vereine, unterlagen also den Vereinsgesetzen der deutschen Bundesstaaten jedenfalls bis zum Reichvereinsgesetz, und in dieser Rechtslage orientierte man sich an Preußen, was hieß: Begrenzung der Aktivitäten. Solche »politischen Vereine«, die dauerhaft existieren wollten, durften nach dem preußischen Vereinsgesetz von 1850 Frauen und Jugendliche nicht organisieren und insbesondere nicht, als Lokalorganisationen, miteinander in Verbindung treten. Einzig das vom Reich übernommene Wahlgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869 erwähnte das Recht der Wahlberechtigten, Vereine zu bilden und unbewaffnet öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen abzuhalten – freilich nur »zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten«. Das erscheint auf den ersten Blick als eine unbedeutende, ja, selbstverständliche Bestimmung. Genauer gesehen, begründet es, warum die Sozialdemokratie zwischen 1878 und 1890 trotz des Sozialistengesetzes als Reichstagsfraktion überhaupt Wahlkämpfe bestreiten und für diese wenigstens vorübergehend auch Organisationsformen herausbilden durfte.

Die Reichsverfassung von 1871 begrenzte die Zuständigkeit des Reichstages an sich bereits auf sein Recht zur Mitwirkung an der Gesetzgebung, wobei das allerdings hinsichtlich der Militärausgaben eingeschränkte Budgetrecht immer im Mittelpunkt stand. Der Reichstag konnte die Regierung kritisieren, aber keinen Einfluss ausüben; diese wurde vielmehr vom Kaiser bestellt, wie auch im Rahmen der föderalen Struktur ein gewisser Anteil an der Macht dem Bundesrat zustand. Reichskanzler und Minister waren dem Reichstag nicht verantwortlich, wurden also weder gewählt noch über Vertrauensfragen bestätigt, bedurften mithin zur Installation und Gewährleistung der Exekutive nicht des Votums des Parlaments. Das machte sie nicht völlig unabhängig, denn die Gesetzesvorlagen verlangten nach Mehrheiten, und in wichtigen Fällen konnten diese versagt werden, wobei dem Reichstag dann die Auflösung drohte. Immerhin setzte die Mehrheitsgewinnung Verhandlungen und mehrheitsfähige Koalitionen, mithin Fraktionen und einen Grundprozess an parteiinterner politischer Meinungsbildung voraus.

1830-1914, Göttingen 1985; Peter Lösche, Kleine Geschichte der deutschen Parteien, 2. Aufl. Stuttgart u.a. 1994; generell bleibt, auch wenn das Werk ganz grundsätzlich von der DDR-marxistischen Geschichtswissenschaft geprägt wurde, die 2. Aufl. von Fricke's Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien wichtig: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), 4 Bde., Köln/Leipzig 1983-1986.

Die Kompetenzen des Reichstages sind während der gesamten Geltungszeit der Reichsverfassung, sieht man von den Umwälzungen im Oktober 1918 ab, im wesentlichen nicht verändert worden.⁸ Die Hauptursache für diese zweifelhafte Stabilität war, dass sich der bürgerliche Liberalismus in seinen überwiegenden Strömungen weitgehend von seiner eigentlich aus der Revolution von 1848 herrührenden Reformaufgabe, der Parlamentarisierung und Demokratisierung von Politik und Gesellschaft, entfernt hatte. Die Nationalliberalen, die als stärkste Fraktion im Reichstag Bismarck bis 1878 stützten und im Kern die angesprochenen Aufgaben der Reichsvereinheitlichung trugen, verteidigten die Reichsverfassung, entwickelten sie jedoch nicht fort. Sie wurden deshalb eher zu einer konservativen Partei. Diese Stagnation bedeutete insbesondere, dass der prekäre Rechtszustand der Parteien fortgalt, was andere, nicht oder nur bedingt an Parteien gebundene Formen der politischen Einflussnahme begünstigte. Man kann beispielsweise die unmittelbaren Kontakte zwischen den mächtigen Interessenverbänden der Industrie und der preußischen und der Reichsbürokratie nicht verstehen, ohne die relative Machtlosigkeit der Parteien in Rechnung zu stellen.⁹ Dies erklärt auch, warum diese Interessenverbände manche der Parteien beinahe zu dominieren vermochten. Außerdem erklärt die Konstellation der Verfassung, dass die politischen Eliten des Kaiserreichs nicht etwa den Parteikarrieren entstammten, diese endeten vielmehr abrupt mit dem Verlust des Reichstagsmandats, sondern stark bürokratischer Herkunft waren. Schließlich erlaubte das konstitutionelle Regierungssystem prinzipiell das Regieren mit wechselnden Mehrheiten, deren Zustandekommen auch über Interessen gesteuert und kontrolliert werden konnte. Das bedeutete vor allem, dass auch gänzlich atypische Konstellationen entstehen konnten – etwa zwischen der Elite der Unternehmerschaft und den Spitzen der Agrargesellschaft.

Man muss schließlich erwähnen, dass Konstitutionalismus mehr war als eine Verfassungsform, also ein Gefüge von rechtlich bindenden und grundlegenden Normen. Nicht zufällig fehlten die Menschen- oder Grundrechte, die insbesondere das Recht auf organisierte politische Meinungsbildung hätten umschließen müssen, in der Reichsverfassung. In der Überzeugung der Zeit, und Bismarck löste auch bei den Liberalen kaum Widerspruch in der Behauptung dieser Überzeugung aus, reichte es, wenn Menschenrechte in durchaus unterschiedlicher Weise in den Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten verankert waren. Sie waren außerdem nicht unmittelbar justitiabel, so dass das Reich auch keiner obersten richterlichen Verfassungsinstanz bedurfte. Man mag meinen, und vielfach ist so argumentiert worden, dass der Konstitutionalismus als politische und gesellschaftliche Grundordnung den Übergang vom aufgeklärten Absolutismus in demokratische Verfassungsformen hätte umfassen und gestalten können, aber diese Überzeugung verlangt ein dynamisches Verfassungsbild,

8 S. für die Bismarckzeit: Michael Stürmer, *Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871-1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus*, Düsseldorf 1974.

9 S. etwa Hans-Peter Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 114 ff.; ders., *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Frankfurt/M. 1995.

wonach hinreichend starke Reformkräfte grundlegende Prozesse hätten auslösen können. Das war nicht der Fall, zumal die wichtigste gesellschaftliche Reformkraft durch Stigmatisierung außerhalb des Verfassungsgefüges situiert wurde. Die Sozialdemokraten blieben Reichsfeinde bis 1914. Man machte sie zu dem, was sie nicht hätten werden müssen, wenn man ihre Reformimpulse schrittweise integriert hätte. Ferner hat man argumentiert, dass die konstitutionelle Verfassung die Erledigung der wichtigen Reformaufgaben im Zuge von Industrialisierung und Modernisierung durch das Übergewicht der Exekutive habe erleichtern können. So gesehen, trug das Kaiserreich Züge einer, übertreibend gesagt, »Entwicklungsdiktatur«, mittels derer gesellschaftliche Widerstände gegen strukturelle Reformen leichter hintangehalten werden konnten; historisch lässt sich dies gut durch die hohe Geschwindigkeit sozialen Wandels im Zuge gerade der deutschen Industrialisierung, mithin auch durch eine gewisse historische Nähe zwischen Spätabsolutismus und Moderne begründen:¹⁰ Herrschaftspraktiken und gesellschaftliche Strukturen der Vormoderne wurden stärker als andernorts in die Industriegesellschaft transferiert. Dieses Argument ist nicht völlig von der Hand zu weisen, bedenkt man beispielsweise, dass der soziale Konservatismus, Bismarck selbst und die Sozialgesetzgebung der 1880er Jahre zeigen es, als sozialpolitische Reformkraft die Reformanstrengungen der Liberalen bei weitem übertreffen und insofern Zukunft vorwegnehmen konnte. Fast alle europäischen Staaten haben für die Herausbildung eines sozialpolitischen Interventionismus der Exekutive sehr viel mehr Zeit gebraucht als das Deutsche Reich, gerade der Vergleich mit England weist hier auf einen eklatanten Unterschied hin. Dennoch stand gerade die Sozialgesetzgebung auch in anderen politischen Kontexten, auf die ich noch zurückkommen werde.

Man darf nicht übersehen, dass bei aller relativen Macht- und politischen Einflusslosigkeit der Parteien auf Reichsebene diese gleichwohl insbesondere in den Kommunen und zum Teil auch in den Landtagen der Bundesstaaten einen erheblichen, mancherorts, etwa im Südwesten, auch entscheidenden regierungsbildenden Einfluss ausüben konnten. Auf bundesstaatlicher Ebene kam es außerhalb Preußens zu Parlamentarisierungen der Regierungen. Darin lag, zumal hinsichtlich der Kommunen, eine gewisse Kompensation der politischen Einflusslosigkeit auf Reichsebene insbesondere für den bürgerlichen Liberalismus.¹¹ Man kann sagen, dass den liberalen Strömungen, ungemein begünstigt durch die geltenden Wahlrechte, die Kommunen gleichsam als Spielfeld von Politik überlassen blieben. Das preußische Dreiklassenwahlrecht – und in anderen Bundesstaaten Zensuswahlrechte mit ähnlichen Wirkungen – sicherte für die große Mehrzahl der Städte die konservativ-liberale Herrschaft bürgerlicher Schichten bis zum Ende des Kaiserreichs. Hier fand, in diesem Rahmen, tatsächlich Demokratisierung statt, nicht allerdings eine Demokratisierung unter gleichen Partizipationsbedingungen, und überdies blieben oder wurden die Stadtbürokratien mit Ausbau der städtischen Leistungsverwaltungen einfluss-

10 Etwa: Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, 1973, 7. Aufl., Göttingen 1994.

11 Vgl. bes. J. J. Sheehan, *Deutscher Liberalismus*, München 1983.

reich. Hierin zeigt sich, dass der Konstitutionalismus jenen Habitus bestärkte, der nach einer starken Regierung verlangte und das Ordnungsgefüge dahingehend bestimmte. Man kann dies auch in politikfremden Feldern der Gesellschaft zeigen. In den 1890er Jahren erlangte das Leitbild von der »konstitutionellen Fabrik«, in der der Unternehmer analoge Exekutivbefugnisse wahrnehme, weite Aufmerksamkeit: Krupp zum Beispiel galt vielen als Inbegriff einer solchen Ordnungsfigur.¹² Ironisch gewendet, könnte man auch den Zentralismus und die sprichwörtliche Disziplin innerhalb der sozialdemokratischen Partei als einen Spiegel der konstitutionellen Befindlichkeit jener Zeit verstehen.

III.

Durchwandern wir nun das Parteienspektrum von rechts nach links. Unbeschadet des relativen Gewichts der Parteien in den jeweiligen Lagern¹³ lässt sich dabei für den hier betrachteten Zeitraum, und übrigens auch darüber hinaus, von einer bemerkenswerten Stabilität der politischen Lager mit zwei wichtigen Ausnahmen ausgehen. Die eine dieser Ausnahmen, der Aufschwung der Zentrumspartei im Kulturkampf, war transitorischer Art; der Zentrumsturm von etwa 20 % der Wählerschaft erhöhte sich bei den Reichstagswahlen von 1874 auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes auf 28 %, das bezeichnete eine erhebliche Mobilisierung der katholischen Wahlberechtigten, sank aber danach Schritt für Schritt auf die Normgröße von einem Fünftel wieder ab. Die andere Ausnahme betrifft den unaufhaltsamen Aufstieg der Sozialdemokratie von einer politischen Minorität zu einer wichtigen parlamentarischen Kraft mit einem Ergebnis von ebenfalls einem Fünftel der Wahlberechtigten zum Ende unseres Zeitraums und mehr als einem Drittel bei den letzten Reichstagswahlen von 1912.

Bei allen diesen Angaben muss man allerdings das Wahlsystem bei Reichstagswahlen im Kaiserreich im Blick behalten. Zunächst einmal brachte die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts mit Bismarck als starkem Befürworter – was immer seine Gründe dafür waren¹⁴ – ohne Zweifel einen wichtigen Demokratisierungsschub. Eine hohe Stimmenzahl bedeutete aber keineswegs zugleich eine hohe Mandatszahl, denn das absolute Mehrheitswahlrecht führte zu starken Schwankungen in der Relation zwischen dem Anteil an den Stimmen und dem Anteil an den Mandaten. Parteien, die innerhalb einzelner Wahlkreise weniger zu Wahlbündnissen mit anderen Parteien befähigt waren oder wurden, blieben dadurch dauerhaft im Nachteil;

12 Lothar Gall, *Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums*, Berlin 2000; Heinrich Freese, *Die konstitutionelle Fabrik*, 4. Aufl., Jena 1922.

13 Zum Lager-Begriff s. bes. Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Wahlsysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1992, S. 19 ff. *Wahlergebnisse: Gerhard A. Ritterer unter Mitarb. v. Merith Nichuss, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918*, München 1980.

14 Zu dieser Frage zuletzt Andreas Biefang, *Modernität wider Willen. Bemerkungen zur Entstehung des demokratischen Wahlrechts des Kaiserreichs*, in: Wolfram Pyta/Ludwig Richter (Hrsg.), *Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb*, Berlin 1998, S. 239-258.

das galt etwa für die Sozialdemokraten beinahe bis zum Ende des Kaiserreichs. Sie brachten es etwa 1890 zwar auf ein Fünftel Stimmenanteil, aber nur auf weniger als ein Zehntel Mandatsanteil. Sie wurden schließlich durch die politisch gezielte Fortgeltung einmal geschaffener Wahlkreisgrenzen benachteiligt. Industrialisierung und Urbanisierung brachten immense Verschiebungen der Wahlkreisbevölkerungen mit sich, aber im Ruhrgebiet blieb es, unter sehr weiter Umfassung des Raumes, bei den einmal geschaffenen vier Wahlkreisen, und ebenso blieb es bei den Wahlkreisen in Mecklenburg oder Ostpreußen, wo immer weniger Einwohner damit relativ einen um so stärkeren Einfluss ausübten. 1912 konnte auf diese Weise ein Wahlkreis von 12.000 Wahlberechtigten einem anderen von mehr als 300.000 gleichrangig gegenüberstehen. Dabei zog das allgemeine Wahlrecht einen starken Mobilisierungseffekt in dem Sinne nach sich, dass immer mehr Wahlberechtigte sich auch an der Wahl beteiligten; die Wahlbeteiligung stieg von rund 51 % im Jahre 1871 auf immerhin schon fast 72 % im Jahre 1890 und schließlich auf 85 % im Jahre 1912. Bedingt durch die ungleichen Einflussverteilungen bei Zensus-Wahlrechten, lagen die Wahlbeteiligungen bei Kommunal- und besonders bei Landtagswahlen durchweg viel niedriger; das unterstreicht die überragende Stellung, die der Reichstag in der Wahrnehmung von Politik durch die Öffentlichkeit sehr rasch einzunehmen vermochte. Die an sich schon wegen des hohen aktiven Wahlalters von 24 Jahren und in erster Linie wegen der Beschränkung des Wahlrechts auf Männer keineswegs »gerechte« Wahlrechtsproblematik wurde jedoch durch die stabile Wahlkreiseinteilung und, damit zum Teil zusammenhängend, das Mehrheitswahlrecht noch sehr verschärft. Hinzu kamen, wenn auch in abnehmendem Maße, oft arge Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe, wenn etwa östliche Großgrundbesitzer oder westliche Schwerindustrielle die von ihnen abhängigen Wahlbürger bei der Stimmabgabe zu beeinflussen versuchten.¹⁵

Die Konservativen¹⁶ etwa erreichten durchgängig mindestens eine ihren Stimmenanteilen entsprechende Mandatszahl, in der Regel übertrafen sie aber bei den Mandatsanteilen die Stimmenanteile zum Teil erheblich. Dass sie sich, bei gewissen Verschiebungen zwischen den beiden wichtigen konservativen Parteien, im Reichsgründungsjahrzehnt trotz gewissen Abstands zur Bismarck-Regierung stabilisieren konnten, hing vermutlich am ehesten mit organisatorischen Neuerungen zusammen, die insbesondere in der Deutschkonservativen Partei erfolgreich waren. Anfang der 70er Jahre misslang der Versuch, eine Bismarckfreundliche konservative Fraktion abzuspalten; es war insbesondere der Kulturkampf, der die Konservativen durchaus auch gegen Bismarck auf Linie hielt, denn bei einsichtiger Betrachtung mussten dessen Maßnahmen, darunter die Einführung der Zivilehe, letztlich auch den konserva-

15 Vgl. Margret Lavinia Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton UP 2000, sowie demnächst: Robert Arsenschek, *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität bei den Reichstagswahlen 1871-1914*, Düsseldorf 2002.

16 Als jüngste bedeutende Studie zur Geschichte des parteipolitischen Konservatismus s. Volker Stalman, *Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866-1890*, Düsseldorf 2000.

tiv-protestantischen politischen Herrschaftsraum zumal im mittleren und östlichen Preußen beeinträchtigen. Als Mitte der 1870er Jahre insbesondere der Einfluss führender Schwerindustrieller im politischen Konservatismus wichtiger wurde und, damit einhergehend, in der großen Wirtschaftskrise protektionistische Tendenzen in der Politik breiteren Widerhall zumal bei den Agrariern fanden, näherten sich Konservative und Bismarck einander wieder an. Das bezeichnet bereits die große Wende der deutschen Innenpolitik, die Bismarck selbst einleitete, indem er zur schutzzöllnerischen Politik überging und damit natürlich seine Beziehungen zu den bisher die Regierung weitgehend tragenden Nationalliberalen erschütterte.

Das schwächte die Nationalliberale Partei erheblich.¹⁷ Sie hatte im Reichsgründungsjahrzehnt die innenpolitischen Reformen getragen und wesentlich vorangetrieben, aber indem sie sich von der Reichsverfassungsreform verabschiedete, zunehmend zu einer Interessenpartei weiter Teile der Unternehmerschaft wurde, das Scheitern des Kulturkampfes eingestehen musste und die bürgerlich-demokratischen Forderungen vernachlässigte, begünstigte sie wenigstens zeitweilig den Linksliberalismus, der in Gestalt der Deutschen Fortschrittspartei, seit den 1880er Jahren dann zusätzlich mit der Liberalen Vereinigung, zeitweilig bis zu 20 % der Stimmen erringen konnte. Insgesamt blieb das Stimmenpotential der nationalen und der linken Liberalen einigermaßen stabil bei leicht über 30 %. Gemeinsam waren dem Liberalismus insbesondere die auf Marktfreiheit drängenden Tendenzen, wobei jedoch ein sozialer Liberalismus sich schon in den 1860er Jahren kristallisiert und in einer allerdings wenig erfolgreichen Gewerkschaftsgründung, den sogenannten Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereinen, niedergeschlagen hatte. Auch die nach klarer Trennung von Staat und Kirche drängenden Tendenzen einten den Liberalismus mindestens anfänglich, unter Einschluss der kleineren liberalen Parteien, darunter die Deutsche Volkspartei im Südwesten.

Eine Neugründung des Jahres 1870 war die Zentrumsparlei.¹⁸ Sie ruhte allerdings in älteren Traditionen des politischen Katholizismus, so insbesondere in den Piusvereinen und einer entsprechenden Fraktion in der Revolutionszeit, aber die Gründung des Zentrums anlässlich der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1870 bezeichnete doch eine neue Stufe in dem schon seit vormärzlichen Jahrzehnten etwa im Kölner Mischehenstreit virulenten, im übrigen althergebrachten Kampf zwischen Staat und Kirche. Es steckte mehr dahinter, etwa der große Gegensatz der 1860er Jahre zwischen kleindeutschen Protestanten und großdeutschen Katholiken, seit 1871 dann die relative Minderheitenposition des Katholizismus in einem Reich, dessen Kaiserhaus protestantisch war. Auch innerkatholische Entwicklungen, darunter die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit 1869, die sich ausbreitende Marienverehrung, insgesamt also ein scheinbar bedrohlicher »Ultramontanismus«,

17 Etwa: Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert: Deutschland im europäischen Vergleich*, Göttingen 1988.

18 Vgl. bes. Margaret Lavinia Anderson, *Windthorst: A Political Biography*, Oxford 1981, sowie den Beitrag von Rudolf Morse, in: Gall (Hrsg.), *Bismarck und die Parteien*.

begünstigten die Stabilisierung der Zentrumspartei, deren Führung bald der frühere hannoveranische Minister Ludwig Windthorst übernahm. Er wurde bald zum eigentlichen, dem Reichskanzler intellektuell gewachsenen Antipoden Bismarcks.¹⁹

Oft übersehen wird, dass die Kulturkampfgesetzgebung der frühen 1870er Jahre Vorläufer in den einzelstaatlichen Gesetzgebungen hatte, etwa in dem bayerischen Streit um die Konfessionsschule. Gegen deren Bekämpfung gab es natürlich auch von konservativer Seite erhebliche Vorbehalte, ebenso wie bei der Zivilehe, während die antiklerikalen Maßnahmen des Kulturkampfes auf einer breiteren Basis ruhen mochten. Gerade sie waren aber geeignet, das katholische Stimmenpotential zu mobilisieren, weil mit dem Verbot des Jesuitenordens, der Nichtbesetzung von Bischofsstühlen und vielen weiteren Nadelstichen dieser Art Märtyrer geschaffen wurden.

In gewisser Hinsicht war die Zentrumspartei die modernste Partei des Kaiserreichs, weil sie als konfessionspolitische Partei klassenübergreifend wirkte, aber genau darin lag auch ihr Kernproblem. Anfänglich stärker, wie auch die anderen liberalen und konservativen Parteien, nach dem Honoratiorenprinzip organisiert, drangen sozialpolitische Bestrebungen während der 1870er Jahre vor und führten erstmals 1877, unter Unterstützung übrigens von sozialdemokratischen Stimmen, zur Wahl eines ehemaligen Krupp-Arbeiters namens Gerhard Stötzel in den Reichstag. Stötzel setzte sich im Wahlkreis Essen gegen einen prominenten Zentrumsjuristen durch. Fortan befand sich das Zentrum, das naturgemäß auch gegen Sonntagsarbeit ankämpfte und die Frauen- und Kinderarbeit zu beschränken versprach, auch auf sozialpolitischem Kurs und wurde damit gelegentlich zum Bündnispartner der Sozialdemokraten, ohne dass sich dies irgendwann hätte formalisieren lassen.

Spricht man von Transformationen im Parteiengefüge, so könnte man die Sozialdemokraten²⁰ als Beispiel heranziehen, gelang ihnen doch in Gotha 1875 die Vereinigung der beiden zuvor erbittert zerstrittenen Flügel, der Lassalleaner und der Eisenacher unter Bebel und Liebknecht. Beide Parteien hatten noch in den 1860er Jahren große Hoffnungen auf sich gezogen, die sich allerdings in Wahlen zunächst nicht materialisieren konnten, und in den Reichsgründungsjahren standen die beiden sozialdemokratischen Flügel gänzlich unter dem Eindruck der erfolgreichen Reichseinigung und der in diesem Zusammenhang gewiss nicht ganz glücklichen Politik der Parteiführer. Insbesondere Bebels Rede im Reichstag im Mai 1871 zugunsten der Pariser Commune und des proletarischen Internationalismus war geeignet, sich selbst absichts der nationalen Begeisterungswelle zu verorten und zugleich den Gegnern das spitze Messer der Stigmatisierung in die Hand zu geben. Die folgenden Jahre zeigten, wozu der preußisch-deutsche Staat imstande war; die Nadelstichpolitik begann im Reichstag mit Kontraktbruchvorlagen von Unternehmerseite, womit das Streikrecht

19 Vgl. Hans-Peter Goldberg, *Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag*, Düsseldorf 1998, mit einem eigenen Kapitel zu Windthorst.

20 Vgl. statt vieler Hinweise etwa Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs*, München 1990; s. auch Klaus Tenfelde, *Europäische Arbeiterbewegungen im 20. Jahrhundert*, in: Dieter Dowe (Hrsg.), *Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2001, S. 9-40.

eingeschränkt werden sollte, und sie setzte sich mit unaufhörlichen polizeilichen Maßnahmen in der Ära Tessenlof, so hieß ein Berliner Staatsanwalt, fort. Auch die junge Gewerkschaftsbewegung geriet nach einem vorübergehenden Hoch während des Reichsgründungsbooms mit der anschließenden Gründerkrise in einen Abschwung, kaum dass sie geboren war. Dabei hätten in der Tradition des Lassalleanismus durchaus Tendenzen liegen können, die der Sozialdemokratie eine engere Anbindung an die Reichsinnenpolitik nahegelegt hätten.

Immerhin gelang in den 1870er Jahren, begünstigt durch die Gothaer Einigung, ein Stimmenanstieg für die Sozialdemokraten von drei auf neun %, einhergehend mit einer Zunahme der Anzahl der Mandate im Reichstag von zwei auf zwölf. Dann passierten die Kaiscrattentate, an denen die Sozialdemokratie so unschuldig wie jedermann sonst war, und das zweite dieser Attentate gab Bismarck das Mittel in die Hand, den Reichstag aufzulösen, nachdem der 1877 gewählte Reichstag noch die Zustimmung zu einem Sozialistengesetz verweigert hatte. Dessen Verabschiedung gelang prompt 1878 in einem neugewählten Reichstag, und von nun an waren, auf zwölf Jahre, freigewerkschaftliche und parteipolitische Bestrebungen in den Grenzen des Deutschen Reiches grundsätzlich verboten. Die gesamte, eben aufgebaute Presse der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verschwand, die Parteiführer gingen ins Exil oder verblieben unter dem Schutz der Immunität in der Reichstagsfraktion. Die Folgen des mehrfach verlängerten Sozialistengesetzes sind höchst ambivalent und lassen sich kaum überschätzen. Ganz grundsätzlich symbolisierte es, wie zeitgenössisch die Konservativen meinten, die »Ermannung der Staatsgewalt« gegen scheinbar reichsfeindliche Tendenzen, aber darin schrieb es einen semi-autoritären Modus des Regierungshandelns fest, einen Modus, der während der gesamten Zeit des Kaiserreiches Staatsstreichpläne virulent hielt, die sich etwa auf die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts richten konnten. Das Sozialistengesetz stellte ferner die Sozialdemokraten dauerhaft außerhalb des Parteiengefüges, weil und soweit keine andere Partei, und deshalb auch sie selbst nicht, Koalitionen eingehen würde, die im übrigen durch das konstitutionelle Regierungssystem eben auch nicht nahegelegt wurden. Die gesellschaftliche und politische Marginalisierung der sozialdemokratischen Bewegung begünstigte andererseits ihre Radikalisierung. Das Sozialistengesetz war die Zeit der Marxismus-Rezeption, die im Erfurter Programm der Sozialdemokraten von 1891 ihren Höhepunkt fand. Wer nicht integriert werden soll, der will schließlich nicht integriert werden und sucht sein Heil in einer jenseits der bestehenden Gesellschaftsverfassung situierten, anderen Form. Dabei stand gerade diese Politik im krassen Gegensatz zu den strukturellen Entwicklungen, die das Kaiserreich in den 1880er Jahren durchmachte: Die Anzahl und der Anteil der Industriearbeiter an der Struktur der abhängig Beschäftigten erhöhte sich rasant.²¹ Die Wahrnehmung der betrieblichen und kommunalen Wirklichkeit durch diese Arbeiter war dazu angetan, den Klassenantipoden, Unternehmer und Kapital, mit der politisch herrschen-

21 Ausführlich: Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1870-1914*, Bonn 1992.

den Klasse zu identifizieren, also gerade das wahrzunehmen, was Marx prognostiziert hatte.

Die Ununterdrückbarkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen offenbarte sich angesichts der – nach einem Rückschlag 1878 – rasch zunehmenden Stimmzahlen bei den Reichstagswahlen. Während des Sozialistengesetzes gab es Phasen schärferer und milderer Verfolgung, aber das änderte insgesamt nichts daran, dass beispielsweise durch die Praxis des Sozialistengesetzes allein schon die Ausbreitung der Sozialdemokratie begünstigt werden konnte: War man als Parteiführer aus Sachsen ausgewiesen, so siedelte man sich in irgendeiner Peripherie an, um eben dort dieselben Tendenzen auszubreiten. Unter dem Deckel des Sozialistengesetzes gäerte insbesondere auch die gewerkschaftliche Bewegung. Ein Teil der Politik galt ihrer Unterdrückung, was zugleich, auch unter dem Eindruck der Versöhnung mit den Katholiken nach dem Kulturkampf, konfessionelle Vereinsbestrebungen unter Arbeitern begünstigte.²² So gehörte zu den mittelbaren Folgen des Sozialistengesetzes die Institutionalisierung der christlichen Gewerkschaftsbewegung unter katholischer Führung seit Mitte der 1890er Jahre, denn zu deren Vorläufern zählt die Arbeitervereinsbewegung unter Franz Hitze im vorhergehenden Jahrzehnt. Das Sozialistengesetz wirkte also für die Gewerkschaftsbewegung spalterisch und stärkte dadurch mittelbar die gleich zu behandelnde Milieubildung auch im Katholizismus. Dabei bereitete es allerdings für die Zukunft die Dominanz der freigewerkschaftlichen, sozialistischen Gewerkschaften vor, die seit 1889 in einer kaum noch bekämpfbaren Weise Wurzel fassten. Die freien Gewerkschaften konstituierten sich ebenso wie die Sozialdemokratie nach Bismarcks Sturz im Jahre 1890 dauerhaft und in einer Konstellation, die bis 1933 anhalten sollte.

Ebenso brachten es der verfassungspolitische Konstitutionalismus und das Sozialistengesetz mit sich, dass eben diese Organisationen, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie als Partei, um so fester als Klassenbewegung zusammengeschmiedet wurden. Integrierende politische Koalitionen hätten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion naturgemäß in einen viel schärferen Gegensatz zu der sie tragenden Gewerkschaftsbewegung versetzen müssen, als er dann tatsächlich zeitweise, etwa in der Diskussion der Gewerkschaftsfrage auf dem Mannheimer Parteitag 1904, eintrat. So aber konnte die Sozialdemokratie die Gewerkschaften sogar als eine Schule der Partei betrachten. All dies waren, urteilt man vor dem Hintergrund einer gedachten evolutionären, auf Integration bedachten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung etwa nach dem Beispiel Englands, gleichsam unwirkliche, unnötige Konstellationen, die nicht zuletzt zur Folge hatten, dass Strukturen festgezimmert wurden, die sich in späteren Jahrzehnten, und zumal in der Zeit der Weimarer Republik, eben nicht so leicht beseitigen ließen. Das berührt die Sonderwegsdebatte, die hier nicht eigens aufgerollt werden soll, und sicher waren die englischen und französischen Entwicklungen je eigenstaatlich bestimmt. Eine geschicktere, poli-

22 S. jetzt: Claudia Hiepel, *Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter*, Stuttgart u.a. 1999.

tische Reformen nicht fundamentalistisch abweisende Politik der Bismarckzeit hätte indessen der politischen Konsens- und Entscheidungsbildung mehr Raum geben und die Formierung der gesellschaftlichen Kräfte in der Politik nicht behindern müssen.

Zu erwähnen sind noch, wenn man die Parteienlandschaft der Bismarckzeit behandelt, die stark minoritären partikularistischen und ethnischen Parteien, die durchgängig Besonderheiten spiegelten. Unter ihnen gab es die Welfen, also die alten, annektierten Hannoveraner, dann die Polen in den östlichen Gebieten Preußens, schließlich die Dänen im Norden und vor allem die Elsass-Lothringer. Es gab auch bereits Antisemiten, die einen ersten Aufschwung mit einer neuen christlich-sozialen Parteigründung des Berliner Hofpredigers Stoecker versuchten, aber zunächst scheiterten, um in der Wirtschaftskrise der frühen 1890er Jahre plötzlich in ländlichen Bevölkerungen und im unteren Mittelstand Resonanz zu finden. Die Vertretung partikularistischer und ethnischer Minderheiten war zu erwarten gewesen, aber auch hier wirkte Politik ein, so etwa die Germanisierungsbestrebungen gegenüber den Polen, die deren national-konfessionelle Sonderung zeitweilig geradezu betonten.

Dominant blieb, innenpolitisch gesehen, der Übergang Bismarcks zu einer anderen parlamentarischen Mehrheit gegen Ende der 1870er Jahre, einer Mehrheit aus Großindustrie und Agrariern, die letztlich bis zum Ende des Kaiserreichs Bestand haben sollte. Dominant blieb ferner die Ausgrenzungspolitik, deren Scheitern gegenüber den Katholiken rasch eingestanden werden musste, während sie gegenüber den Sozialdemokraten durchgängig Richtschnur politischen Handelns blieb.

IV.

Die vermutlich am stärksten prägende Hinterlassenschaft der Bismarckzeit bestand deshalb in der Herausbildung und inneren Verfestigung von mindestens zwei politischen Milieus, die bis in die frühe Bundesrepublik hinein das politische Geschehen maßgeblich beeinflussen sollten: dem katholischen und dem sozialdemokratischen Milieu.²³

Nach einem ungemein weitsichtigen Aufsatz, den M. Rainer Lepsius²⁴ bereits in den sechziger Jahren veröffentlicht hat, ist diese Blickrichtung auf die Parteiengeschichte zunächst mit einer Unzahl von Veröffentlichungen zur sozialdemokratischen Arbeiterkultur, später einsetzend dann mit einer ähnlich breiten Forschung zum christlich-katholischen Anhänger- und Wählermilieu nun zu einem Erkenntnisstand getrieben worden, der zusammenfassende Bemerkungen erlaubt. Zunächst: Was sind Milieus? Lepsius verstand darunter »soziale Einheiten, die durch eine Ko-

23 Vgl. zum Folgenden Klaus Tenfelde, *Historische Milieus: Erblichkeit und Konkurrenz*, in: Manfred Hertling/Paul Nolte (Hrsg.), *Nation und Gesellschaft in Deutschland. Festschrift für Hans-Ulrich Wehler*, München 1996, S. 247-268; zur Milieuforschung im Katholizismus: Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte, *Konfession und Cleavages im 19. Jahrhundert. Ein Erklärungsmodell zur regionalen Entstehung des katholischen Milieus in Deutschland*, in: *Historisches Jahrbuch 120* (2000) S. 358-395; dort zahlreiche weitergehende Hinweise.

24 Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, u. a. in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56-80.

inzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden. Das Milieu ist ein soziokulturelles Gebilde, das durch eine spezifische Zuordnung solcher Dimensionen auf einen bestimmten Bevölkerungsteil bestimmt wird.« Dies ist ein Milieubegriff, in dem die gewohnten Kategorien der Gesellschaftsanalyse wie Stand, Klasse, Bürger oder Arbeiter nicht aufgehen. Die Bestimmungsgründe der Milieus können wechseln, können beispielsweise stärker durch die Klassenlage, im anderen Fall durch die Glaubensüberzeugung geformt sein. Die Ränder der Milieus sind unscharf. Sozialwissenschaftler sprechen dort, wo sich in modernen Gesellschaften kollektive Verhaltens- und Wertorientierungen erfassen lassen, die auf durchaus unterschiedlich zustande gekommene innergesellschaftliche soziale Konfigurationen zurückzuführen sind, von Milieus.

Milieus sind freilich keineswegs autonom entstehende Gebilde, sie können auch als unbeabsichtigte Folgen von Politik entstehen oder verstärkt werden. Selbstverständlich gab es ein katholisches Milieu längst vor der Bismarckschen Kulturkampfpolitik; es gehört bekanntlich zu den besonders prägenden Strukturmerkmalen der deutschen Geschichte, dass die Konfessionskarte das Land über Jahrhunderte zerfurchte. Die hohe Mobilisierung der Bevölkerungen unter dem Eindruck der Industrialisierung vervielfachte allerdings die Kontaktzonen zwischen den Konfessionen – mit der Folge jeweils nach innen wirkender Abgrenzungen, wobei die jeweiligen konfessionsinternen Entwicklungen ein Übriges taten. Die Konfliktlage entfaltete sich, wie schon angedeutet, in Preußen bereits im Vormärz, als zu dem ganz überwiegend protestantischen Flächenstaat die vorwiegend katholischen Rheinlande hinzugetreten waren; das versetzte den rheinischen Katholizismus in die Position einer starken Minorität, die auf Selbstbehauptung drang und hierdurch in das klassische Konfliktfeld der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat geriet. Bei der fortwirkenden, starken Verflochtenheit von Kirche und Staat etwa im Bildungswesen konnte nicht ausbleiben, dass Liberalismus und Konfessionalismus in einen scharfen Gegensatz traten, was für sich in dem Augenblick das christlich-katholische Milieu konstituierte, als es durch Gesetzgebungsmaßnahmen eingedämmt werden sollte.

Das sozialdemokratische Milieu war jüngerem Datums, es entstand mit der Wurzel der Arbeiterbildungsvereine vornehmlich seit den 1850er Jahren infolge der raschen Zunahme der Industriearbeiterschaft insgesamt. Es konstituierte sich in den 1860er Jahren sowohl als eine Kulturbewegung, vornehmlich dann als Gewerkschaftsbewegung und als politische Partei. Seit der Reichsgründung ebenfalls in die Position einer minoritären Opposition gedrängt, bald dann verfolgt und mit Sondergesetzen geplagt, zugleich rasch wachsend, verknüpfte es sich um so stärker mit der realen Klassenlage jener »homines novi« des Industriezeitalters. Aus dem Sozialistengesetz entspringend, entfaltete es sich zu einem höchst beeindruckenden Gefüge von Vereinsorganisationen für die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse, für Bedürfnisse vor allem, denen die Gesellschaft und der Staat nicht entsprachen. »Von der Wiege

bis zur Bahre«, für alle Lebensalterlagen, für geschlechtsspezifische Bedürfnisse, für Freizeit und Konsum, Bildung und Kultur, überall hin drang die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Vereinsorganisation.

Überhaupt bildete das Vereinswesen das Rückgrat beider Milieus aus. Man hat vom 19. Jahrhundert als dem »Jahrhundert der Vereine« gesprochen. Tatsächlich hatte der katholische Klerus zunächst gezögert, dem Laienkatholizismus die Vereinsorganisation zuzubilligen; nachdem dies nicht zuletzt unter dem Druck der sozialen Frage geschehen war, bildete das katholische Vereinswesen, seit 1890 unter Führung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, eine wirkliche Säule der überfamilialen Organisation mit der gewerkschaftlichen Zielrichtung auf die eigenen Interessenorganisationen und mit der politischen Zielsetzung auf die Zentrumspartei aus. Dem Anspruch nach blieb dies im Katholizismus klassenübergreifend, und die zahllosen katholischen Arbeitervereine erhielten in der Tat ein gewisses bürgerliches Protektorat. Der Sache nach überwog bald wegen der schieren Zahlen die Organisierung insbesondere der qualifizierteren Arbeiter. Demgegenüber war das sozialdemokratische Milieu in starkem Maße ein Klassenmilieu, auf die Arbeiterklasse bezogen und begrenzt, in diese hineinwirkend und deren Problemlagen befriedigend.

Beide Milieus entwickelten vergleichbare Grundzüge. Sie stützten sich auf einen breiten Urgrund eines vielfältig differenzierten Vereinswesens, sie wurden durch die sie umgebende Gesellschaft und durch die staatliche Politik ab- und ausgegrenzt, das verstärkte ihre innere Homogenität, sie verfügten über außerordentlich große Organisationspotentiale, die sie zunehmend ausmaßen. Ein wichtiges, gemeinsames Merkmal ist die, wenn man so will, Jenseitsbezogenheit der grundlegenden Werthaltungen. Während naturgemäß das katholische Milieu durch die Glaubensüberzeugung, die sich auf eine jenseitige Heilsgewissheit richtete, zusammengehalten wurde, trat im sozialdemokratischen Milieu die Hoffnung auf eine chimärische klassenlose Zukunft ganz und gar in den Vordergrund. Man hat dem marxistischen Radikalismus nicht zu Unrecht Grundzüge einer »Ersatzreligion« zugesprochen. Dies galt vor allem, weil die protestantische Kirche, als eine dicht mit der Obrigkeit verwobene Kirche, kaum imstande war, den sozialen und sozialpolitischen Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu entsprechen; Sozialdemokraten und Freigewerkschafter waren deshalb in hohem Maße protestantischen Glaubens oder wenigstens protestantischen Ursprungs.

Die beiden großen, in der Bismarckzeit verfestigten, ja, verzimmerten Milieus sind in den folgenden Jahrzehnten unter den Bedingungen des kaiserzeitlichen Konstitutionalismus nicht nur erhalten, sondern regelrecht bestärkt, durch eine Fülle von Querverbindungen ausgebaut worden. Sie wurden nun erblich. Die Märtyrergeneration derjenigen, die unter den Verfolgungsmaßnahmen etwa des Sozialistengesetzes gelitten hatten, bestimmte die sozialdemokratische Partei bis in die Weimarer Republik, und als Sozialisationsinstanzen wirkten beide Milieus tief in die jeweilige Anhängerschaft hinein. Die »mündliche Geschichtsschreibung« hat eine Fülle von Quellen über die Selbstzuordnung von Arbeiterinnen und Arbeitern jeweils zum katholischen

und sozialdemokratischen Milieu erbracht.²⁵ Es ist sehr beeindruckend zu lernen, in welchem Maße man von der Selbstverständlichkeit solcher Zuordnung ausging und sie für sein Leben beibehielt. Man wuchs in sein Milieu zwangsläufig schon während der familiären Sozialisation hinein, und man erhielt die Milieugemeinschaft, weil man in ihr Bedürfnisbefriedigung und Daseinshilfe fand.

Weil sie, und insofern sie auf einem identischen Organisationspotential ruhten, traten die beiden großen Milieus in eine energische Konkurrenz zueinander. Gerade hieraus erklärt sich ja die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, ein Prozess, mit dem die beiden Milieus konträr institutionell verfestigt wurden. Dabei stand die Schaffung einer gespaltenen Gewerkschaftsbewegung unüberschbar nicht im recht bescheidenen Interesse der Arbeitnehmer. Einmal geschaffen, bekämpften die konkurrierenden Organisationen einander auf das Heftigste, und auch die Umbruchsituation am Ende des Kaiserreichs war nicht dazu angetan, diese sachlich der liberalkapitalistischen Marktgesellschaft in keiner Weise angemessene Spaltung zu überwinden.

Ich behaupte deshalb, dass die Milieubildung mit der politischen Struktursetzung im Jahrzehnt nach der Reichsgründung, ausgedrückt im für Jahrzehnte stabilen Parteiensystem, noch die wichtigste Transformation des deutschen Parteiensystems in der Bismarckzeit eingeleitet hat. Es war dies die vermutlich fatalste Hinterlassenschaft dieser zwei Jahrzehnte, denn die Milieubildung behinderte die Entstehung von Konsenspraktiken. Die Milieus wirkten weit in die Weimarer Zeit hinein und beeinträchtigten die Koalitionsfähigkeit der Parteien – nicht so sehr diejenige des Zentrums mit der Sozialdemokratie, sondern insbesondere diejenige der bürgerlichen Mitte und natürlich des Konservatismus mit den Parteien der Sozialreform. Die jeweils sehr strikte, im Ganzen konträre Wertorientierung der Milieus und der korrespondierenden politischen Entscheidungslagen vermittelte ein gehöriges Maß an dogmatischer Selbstbeharrung in die Politik. Das machte diese empfindlich für Radikalismen schlechthin, und zwar vor allem in dem Augenblick, in dem wirtschaftliche und politische Krisenlagen die Wertorientierungen erschüttern würden.

So wird die historische Forschung über die Parteiengeschichte der Bismarck-Ära heute bei aller Betonung der erfolgreichen Formations- und Gestaltungsprozesse teilweise auch ein negatives Urteil fällen. Wegen der Vorenthaltung der Teilhabe am politischen Prozess und wegen der gesellschaftlichen Marginalisierung von großen Minderheiten, die sich strukturell und organisatorisch fest fügten, geradezu verzimmerten, schuf die Politik des deutschen Konstitutionalismus eine neue Unfähigkeit zum Konsens, und sie verdeckte damit die Möglichkeiten demokratischer Konsensbildung, die sich in der Revolution von 1848/49 abgezeichnet hatten.

25 Viele überzeugende Zitate bietet etwa Heide Rosenbaum, *Proletarische Familien. Arbeiterfamilien und Arbeiterväter im frühen 20. Jahrhundert zwischen traditioneller, sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Orientierung*, Frankfurt/M. 1992.

Barbara Vogel

Selbstmobilisierung und Polarisierung – Für »Kaiser und Reich« gegen den »inneren Reichsfeind« 1890 – 1914/18

Einleitung

Das deutsche Parteiensystem weist eine deutliche Konstanz und Kontinuität auf,¹ während des Kaiserreichs, aber auch vor- und zurückreichend: Die parteipolitischen Grundströmungen, die sich in den Parteien des Kaiserreichs artikulieren, wurden schon während der Revolution von 1848/49 virulent, und das Überwiegen von Kontinuitäten in den Parteien und insbesondere im Parteiensystem trotz des politischen Systemwechsels der Novemberrevolution von 1918 sind einhelliger Forschungsstand. Kontinuität erweist sich auch in dem niedrigen Prestige, das Parteien und Parteipolitik in der allgemeinen Wertschätzung im Kaiserreich genossen. Die Parteien stellten einen extrakonstitutionellen Faktor im politischen Leben des Kaiserreichs dar und standen stets unter besonderem Legitimationsdruck.

Dieser Beitrag ist in fünf Abschnitte unterteilt:

I. *Neue Trends und Konstellationen in den neunziger Jahren.* Denn unbeschadet von Kontinuität und Stabilität forderte das Ausscheiden des Reichsgründers Bismarck – gewollt und ungewollt – eine Neuformation der deutschen Innen- und Außenpolitik, die nicht ohne Auswirkungen auf die Parteien blieb.

II. *Parteien als »extrakonstitutioneller Faktor«.* Unter diesem Titel steht eine kurze Betrachtung, die bezugnehmend auf Tenfeldes Ausführungen über die auf den Reichskanzler Bismarck zugeschnittene Reichsverfassung den Handlungsbedingungen der Parteien im Kaiserreich nachgeht.

III. *Konkurrenz von Parteien und Interessenverbänden* als besonderes Merkmal des politischen Systems im Kaiserreich.

IV. *Überblick über das Parteienspektrum im Wilhelminischen Deutschland.* Dabei widme ich den Parteien, deren sozialmoralische Milieus nicht – noch nicht oder nicht mehr – so ausgeprägt waren, also den liberalen und den konservativen Parteien, meine besondere Aufmerksamkeit. Denn die politische Polarisierung, die im politischen Leben im Kaiserreich hervorsticht, war nicht allein Folge eines politischen Schachzugs von Regierenden, Hof und Bürokratie, sondern wurde von der bürgerlichen politischen Kultur sanktioniert und immer wieder neu ausformuliert.

V. *Neue Trends und Konstellationen im Ersten Weltkrieg.* Die fundamentale Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland unter der verheerenden

¹ Vgl. dazu die Beiträge von Wolfram Siemann und Klaus Tenfelde in diesem Band.

Erfahrung der unabweislichen Niederlage und der Sorge vor einem Zusammenbruch des Bismarckreiches kann hier nicht geschildert werden. Aber die Konsequenzen, die die Parteien bzw. vornehmlich die Reichstagsfraktionen daraus zogen (oder sich weigerten zu ziehen) und die die Polarisierung vertieften oder erst schufen, wodurch dann der Start in die Demokratie von Weimar von Anbeginn an vergiftet war, sollen kurz genannt werden. Das heute geläufige Definitionskriterium für Parteien, nämlich das Ziel, Stellen im Herrschaftsapparat zu übernehmen, fasste erst jetzt in den deutschen Parteien Fuß.²

I. Neue Trends und Konstellationen in den neunziger Jahren

Das Ausscheiden *Bismarcks* als entscheidender Faktor in der Innen- und Außenpolitik 1890 und die Politik des »Neuen Kurses« unter dem Reichskanzler *Caprivi* sowie bald die Propagierung der »Weltpolitik« mit dem bombastischen Slogan des Staatssekretärs des Äußeren *Bernhard von Bülow*, Reichskanzler ab 1900, vom »Platz an der Sonne«, den Deutschland beanspruche, und die Realisierung dieses »weltpolitischen« Anspruchs im Bau der deutschen Schlachtflotte veränderten die politischen Handlungsbedingungen auch für die Parteien. Das Überschreiten der Schwelle zur modernen Industriegesellschaft in den 1870er und 1880er Jahren schlug sich mit nicht untypischer Verspätung erst in den 1890er Jahren in einer öffentlichen Diskussion nieder, ob das Deutsche Reich ein »Agrarstaat« oder ein »Industriestaat« sein solle.³ Die Tatsache, dass diese Alternative – wenn es denn überhaupt eine offene Alternative gewesen war – längst entschieden war, verhinderte die Kontroversen keineswegs, sondern verschärfte sie mit einem zusätzlichen Quantum an Erbitterung. Sie bildeten den ideologischen Hintergrund für den Streit um die Handelsvertragspolitik des neuen Reichskanzlers *Caprivi*. Dieser wollte dem Exportinteresse großer Teile der Industriegesellschaft Rechnung tragen und setzte deshalb eine Senkung der hohen Getreidezölle durch. Sein Ausspruch – Deutschland müsse exportieren, entweder es exportiere Waren oder Menschen – traf ins Zentrum der Interessengegensätze und machte *Caprivi* zum Hauptangriffspunkt der konservativen Agrarier wie deren Bündnispartner in der Schwerindustrie. Falsch wäre es, *Caprivis* »Neuen Kurs« deshalb als liberal zu bezeichnen. Nipperdey nennt dessen Regiment treffend einen »aufgeklärten Beamten-Konservatismus«.⁴ Doch in *Caprivis* Handelspolitik witterten die Liberalen erstmals wieder Morgenluft. Frischer Wind, den *Caprivi* zu entfachen sich bemühte – ein Bemühen, das in den meisten Punkten an den Machtverhältnissen scheiterte –, ist nicht mit Liberalismus zu

2 Vgl. z. B. die Definition von Ossip K. Flechtheim, in: Lexikon zur Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Carola Stern u. a., 2 Bde., Köln 1971.

3 Hartmut Harnisch, Agrarstaat oder Industriestaat. Die Debatte um die Bedeutung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Ostelbische Agrarwirtschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. von Heinz Reif, Berlin 1994, S. 33.

4 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 - 1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München ²1993, S. 700.

verwechseln, obwohl er am stärksten den Konservativen und den veralteten innenpolitischen Strukturen Preußens ins Gesicht wehte.

Eine besonders einschneidende Folge der mit der Industrialisierung einhergehenden Urbanisierung im kulturellen Bereich erregte in und seit den 1890er Jahren das Bildungsbürgertum, zusammenzufassen als »Krise der Moderne«, die zu erheblicher Verunsicherung in allen bürgerlichen Parteien führte. Der Streit ging um moderne Kunstrichtungen:⁵ In der bildenden Kunst strengte der Impressionismus mit sichtbarer Modernität in Stil und Ausdrucksweise die Sehgewohnheiten an und konnte außerdem auch noch mit dem Stigma der undeutschen, französischen Herkunft belastet werden. In der schreibenden Kunst verletzte der Naturalismus den Erbauungswunsch der saturierten bürgerlichen Gesellschaft durch drastische, sozialkritische Schilderungen von Elend, familiärer Zerrüttung und sexuellen Abartigkeiten und verwies auf viele ungelöste »soziale Fragen«. Diese heftigen Auseinandersetzungen liefen übrigens mit deutlichen Signalen und Weisungen von Allerhöchster Stelle ab. Der Kaiser stärkte seinem Kunstpapst Anton von Werner gegen die rebellischen Künstler immer wieder den Rücken. Und als ein Gericht das polizeiliche Aufführungsverbot von Gerhart Hauptmanns Drama »Die Weber« aufhob, kündigte Wilhelm II. mit großem Aplomb seine königliche Loge im Berliner Deutschen Theater, als dort im September 1894 das Stück aufgeführt wurde.⁶ Sezessionen gab es nicht nur unter Künstlern; sie waren ein Kennzeichen der Zeit zum Beispiel auch im bürgerlichen Parteiwesen.

Die »Krise der Moderne« bewegte oder erschütterte auch die Wissenschaften, insbesondere das Selbstverständnis der bisherigen kulturellen und gesellschaftlichen Leitwissenschaften, der Geisteswissenschaften. Fritz Karl Ringer spricht vom polarisierenden Kampf zwischen den Orthodoxen und den Modernisten.⁷ Der sogenannte Lamprechtstreit in der Geschichtswissenschaft – um ein Beispiel aus der Historikerkunft zu nennen – begann in den 1890er Jahren.⁸ Die größte Herausforderung ging von der rasanten Entwicklung in den Natur- und Technikwissenschaften aus, die Welt und Weltbild unaufhörlich veränderten und die Erklärungskraft der überkommenen Geisteswissenschaften überforderten.⁹ Dass diese Auseinandersetzungen auch soziale Ursachen besaßen und soziale Folgen zeitigten, dass es um einen markanten Wandel innerhalb des Bildungsbürgertums,¹⁰ um dessen Differenzierung

5 Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, Kap. XV.

6 Illustrativ für die antimodernistische Stimmung im Berlin der 1890er Jahre: Alfred Kerr, *Wo liegt Berlin?*. Briefe aus der Reichshauptstadt 1895-1900, hrsg. von Günther Rühle, Berlin 1997 (zu Hauptmanns »Die Weber« vgl. z. B. S. 22).

7 Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933*, Stuttgart 1983.

8 Luise Schorn-Schütte, *Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik*, Göttingen 1984.

9 Pierangelo Schiera, *Laboratorium der bürgerlichen Welt. Deutsche Wissenschaft im 19. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1992.

10 Ulrich Engelhardt, »Bildungsbürgertum«. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts, Stuttgart 1986; Jürgen Kocka (Hrsg.), *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, Stuttgart 1989.

und Verlust traditioneller Wertorientierung und sozialen Prestiges ging, zeigen besonders auch die Entwicklungen im Bildungsbereich.¹¹ Große Schulkonferenzen fanden in den 1890er Jahren statt und förderten Schulreformen und Reformen der Lehrerbildung. Insbesondere über den sekundären Schulzweig waren die Meinungen kontrovers, in hohem Maße ideologisch aufgeladen. Der Vormarsch der Oberrealschule auf Kosten des traditionellen humanistischen Gymnasiums hob die Exklusivität des traditionellen Bildungsbürgertums auf, indem neue bürgerliche Schichten an dem hohen Gut der Bildung partizipierten, dabei freilich den Bildungsbegriff veränderten.

Der Vormarsch der Frauen bei der Realisierung ihres Anspruchs auf Abitur, Gymnasiumszugang und Studium fand in den 1890er Jahren immer noch nicht die Zustimmung oder gar Unterstützung des »Staates«; gerade darum erregte die Selbstmobilisierung der bürgerlichen Frauenbewegung für gleichberechtigte Bildung die männlichen Staatsbürger so nachhaltig.¹² 1896 bestanden die ersten jungen Frauen in Berlin das Abitur, auf das sie in den von der Frauenbewegung (Helene Lange) eingerichteten selbstorganisierten Gymnasialkursen präpariert worden waren.¹³ Frauen mit Abitur und Studienwunsch wurden als Indiz für die Brüchigkeit der bürgerlichen Familie, dem Kernstück der bürgerlichen Gesellschaft, interpretiert und wirkten auf die Mehrheit insbesondere der männlichen bürgerlichen Gesellschaft traumatisierend.

Alle diese sozialen und kulturellen Erscheinungen beschäftigten vor allem bürgerliche Schichten sowie die durch Hof und Bürokratie bestimmte politische Kultur. Im parteipolitischen Spektrum tangierten sie vor allem die bürgerlichen und konservativen Parteien. Demgegenüber stellten die schon deutlich ausgeprägten sozialkulturellen Milieus des katholischen Zentrums sowie der Sozialdemokratie ihren Anhängern und Anhängerinnen Erklärungen und Orientierungshilfen bereit, die eine innerparteiliche Zerreißprobe ausschlossen oder zumindest dämpften. Die Parteien jenseits der beiden ausgegrenzten Lager, Zentrum und Sozialdemokratie, aber machten, derartig kulturell herausgefordert, einen erheblichen Wandel in ihrer Gruppierung und programmatischen Orientierung durch, überwiegend mit Verlust an Liberalität.

Der auffallendste Wandel in der politischen Kultur der 1890er Jahre zeigte sich in dem neudeutschen Reichsnationalismus.¹⁴ Trotz weiter bestehender Differenzen verband er Liberale und Konservative aller Schattierungen, und er fand Eingang

11 Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4, 1870-1918, hrsg. von Christa Berg, München 1991, 4. Kap.

12 Handbuch der Frauenbewegung, hrsg. von Gertrud Bäumer u. Helene Lange, 5 Bde., Berlin 1902-1915 (ND Weinheim 1980); Barbara Greven-Aschoff, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894-1933, Göttingen 1981.

13 Zu Helene Lange vgl. neuerdings: Angelika Schaser, Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln/Weimar/Wien 2000.

14 Dieter Langewiesche, Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift 254, 1992, S. 341-381.

auch – unbeschadet des Vorwurfs angeblicher »nationaler Unzuverlässigkeit« – in das katholische und sozialdemokratische Milieu. Insofern bildete der Nationalismus eine äußerst erfolgreiche innenpolitische Integrationsideologie – allerdings mit am Ende zerstörerischen Konsequenzen: Die »Weltpolitik« in einer charakteristischen Verbindung von imperialistischen Zielen und dem Anspruch auf deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent (diese Verbindung sprach sowohl die außenpolitischen Traditionalisten an als auch die modernen Imperialisten) führte nach kurzer Zeit in den Ersten Weltkrieg. Der innere Nationalismus mit immer aggressiver werdendem Rassismus, der sich im Kaiserreich vor allem gegen die jüdische Minderheit richtete (schon im Kaiserreich wurde es üblich, die deutschen Juden nicht mehr als Angehörige der deutschen Nation zu betrachten¹⁵), stellte die wichtigste Bedingung für die spätere Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten dar.

Initiatoren und Träger dieser Entwicklung waren zum mindesten die Parteien. Sie reagierten auf außenpolitische Vorhaben und Aktionen der Reichsleitung, die den Nationalismus für ihre Politik instrumentalisierte, und sie wurden getrieben durch die lebhafteste Agitation der zahlreich sich bildenden Vereine und Verbände, die auf unterschiedliche Weise die Integrationssehnsucht verschiedener Bevölkerungsschichten zu erfüllen strebten. Diese Konkurrenz war für die Parteien umso schwerwiegender, als das in Deutschland überwiegende Parteienverständnis »Partei« nicht als integrative Kraft ansah, sondern im Gegenteil als eine die Nation spaltende, lediglich partikulare Interessen verfolgende.

In die 1890er Jahre fällt eine in diesem Zusammenhang zu erwähnende Verbandsgründung, die das Parteiwesen im Deutschen Reich nachhaltig beeinflusste: Der Bund deutscher Frauenvereine, der 1895 als Dachverband zahlreicher lokaler Frauenorganisationen gegründet wurde. Wirken und Ziele der bürgerlichen Frauenbewegung sind jetzt nicht das Thema, wohl aber ihre Auswirkung auf die politischen Parteien. Die Artikulation von Forderungen nach politischer Partizipation der Frauen an öffentlichen Angelegenheiten, seit dem ausgehenden Jahrhundert dann auch zugespitzt in der Forderung nach dem weiblichen Stimmrecht, blieb weit davon entfernt, sogleich politische Erfolge einheimen zu können; das sollte ein langwieriger Prozess werden. Stattdessen erzeugten sie eine weitere Polarisierung der Geschlechter durch die Reaktion der Parteien auf diese Art von weiblicher Emanzipation.¹⁶ In der Abwehr der weiblichen Partizipationsansprüche und dem Versuch zur Behauptung des eigenen Terrains konstituierten sich die Parteien allererst als Männergemeinschaft. Die männerbündische Figuration der Parteien trug wesentlich dazu bei, dass die Früchte der politischen Erfolge der Frauenbewegung rar und mickrig blieben. Sowohl nach der gesetzlichen Zulassung der Frauen zu

15 Vgl. zum Beispiel: Norbert Kampe, *Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus*, Göttingen 1988.

16 Ute Planert, *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*, Göttingen 1996.

Parteien durch das Reichsvereinsgesetz von 1908 als auch nach Verleihung des Wahlrechts 1918 in der Novemberrevolution. Die Frauen errangen (bis heute) keinen nennenswerten Einfluss auf Programmatik, Organisation, Politik und Stellenbesetzung der Parteien. In der Parteigesichtsforschung spiegelt sich diese Entwicklung wider in der Nichtbehandlung des Themas der männlichen Exklusivität der Parteien.

II. Parteien als »extrakonstitutioneller Faktor«

Die Parteien stellten im Kaiserreich einen »extrakonstitutionellen Faktor« dar; extrakonstitutionell nicht wie die monarchischen Machtsäulen Militär und Bürokratie,¹⁷ aber da Parteien in der Verfassung überhaupt nicht vorkamen, konnten sie sich folglich nicht auf die Autorität der Verfassung berufen. Diese fehlende »Verfassungsgarantie« für die Parteien machte sich im Verlauf des Kaiserreichs immer wieder bemerkbar, zum Beispiel bei den verschiedentlichen Staatsstreichdrohungen: Wenn der Reichstag nicht pariere, werde er mit einer Handvoll Soldaten auseinandergejagt. Auch das Mehrheitswahlrecht setzt Parteien nicht notwendig für die Durchführung von Wahlen voraus.

Gleichwohl war das politische System im Kaiserreich auf Parteien angewiesen. Je älter das Kaiserreich wurde, umso bedeutender wurde die Funktion der Parteien für die Organisation der Wahlkämpfe. Die Fraktionen waren für die Mehrheitsbildung bei der Abstimmung über Gesetze erforderlich. Alle Reichskanzler waren interessiert, sichere Mehrheiten zu gewinnen, um den Gesetzgebungsprozess störungsarm abzuwickeln. Seit den 1880er Jahren überwogen Abstimmungscoalitionen von Konservativen und Zentrum. Die bedeutendste Ausnahme war der sogenannte Bülow-Block aus Liberalen und Konservativen gegen das Zentrum als Folge der mit nationalistischen und imperialistischen Parolen geführten »Hottentottenwahlen« von 1907.¹⁸ Die Mehrheitsbeschaffung wird oft als wichtiger Indikator für zunehmende Macht des Reichstags angeführt, sogar als »heimliche« oder »stille Parlamentarisierung«.¹⁹ Das ist jedoch nicht schlüssig. Denn es gehört zu den grundlegenden Bedingungen der konstitutionellen Monarchie, dass sie Mehrheiten für Gesetze erringen muss. Die Zunahme an Gesetzen folgte aus der Zunahme regelungsbedürftiger Materie. Mehr Arbeit für die Parlamentarier ist nicht mit mehr Macht zu verwechseln.

Die Mehrheitsbeschaffung durch die Reichskanzler wurde gerade nicht entlang der Fraktionsgrenzen angestrebt, sondern sollte sie möglichst überspringen. Hier

17 Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, 4. Aufl. Göttingen 1980, S. 62.

18 Gerd Fesser, *Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow*, Berlin 1981; Wolfgang J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918*, Berlin 1995; Frank Morgenthal, »Ohne Knüffe und Püffe geht es da nicht ab«. Die »Hottentottenwahlen« 1907 im Regierungsbezirk Düsseldorf, Siegburg 1995.

19 Manfred Rauh, *Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches*, Düsseldorf 1977.

haben die diversen Ansätze zu einer »Sammlungspolitik«²⁰ ihren Ursprung. Unter verschiedenen Parolen – Schutz der nationalen Arbeit, Kartell der schaffenden Stände, nationale Sammlung, (im Weltkrieg dann) Politik der Diagonale – sollten die Parlamentsfraktionen unter Druck gesetzt werden. Zugleich mobilisierte das Wort Sammlung den Antiparteienaffekt, nämlich das Klischee ihrer fortwährenden Uneinigkeit. Die mehr oder weniger ausgeprägte Bildung sozial-kultureller Milieus in der Gesellschaft schuf den Parteien mehr oder weniger sichere Erwartungen auf ein Wählerpotential.²¹ Wo diese Sicherheit prekär war, machte sich umso stärker bemerkbar, dass in der Öffentlichkeit die Existenz der Parteien mit keinem hohen Prestige verbunden war. Parteien schienen eher die Spaltung der Gesellschaft zu repräsentieren als anerkannt zu sein als Vermittlungsinstanzen bei politischen und sozialen Gegensätzen mit dem Ziel der Entscheidungsfindung und politisch tragfähiger Kompromisse. Die immerfort erhobene Klage, das deutsche Volk sei innerlich zerrissen, es mangle ihm an Einheit, berief sich geradezu sprichwörtlich auf den »Parteihader« – mit der Folge, dass die deutsche Innenpolitik stets auf der Suche nach Integrationselementen und Integrationsideologien jenseits der Parteien war.

Eine solche Integrationsfigur war anfangs Bismarck gewesen. Als »Reichsgründer« und Reichskanzler vermochte er, gestützt auf sein hohes Ansehen, Wähler zu mobilisieren, auch gegen die Parteien. In der Wilhelminischen Ära trat an diese Stelle die Bismarckverehrung. Deren fatale Folge war nicht nur, dass sie beliebig manipulierbar war, sondern dass sie außerdem die Autorität der jeweiligen Regierung untergrub.

Die Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen mit einem vermeintlich unsicheren Bekenntnis zur deutschen Nation als »Reichsfeinde« bildete eines der frühen Integrationselemente. Auch schon in der Bismarckzeit trat der Antisemitismus als Integrationsideologie hinzu. Seit den 1890er Jahren fand er in nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen und Milieus Eingang.²² Antisemitische Abgrenzungen und »Arierparagraphen« in immer mehr Organisationen und Vereinen geben Zeugnis davon. Besonderes Gewicht für die Gesellschaftsfähigkeit des Antisemitismus kam dessen Eindringen in die Studentenschaft, die Verwaltungs-, Justiz- und Bildungsbeamten der Zukunft, zu. Die Distanzierung einzelner Personen und Organisationen von dieser antisemitischen Grundstimmung betraf meist nur den hässlichen Radau-An-

20 Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918*, Köln, Berlin 1970; Geoff Eley, *Sammlungspolitik, Sozialimperialismus und das Flottengesetz von 1898*, in: ders., *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*, Münster 1991, S. 99-143.

21 Die Kontroverse über die Erklärungskraft des Milieubegriffs für die Parteiengeschichte wird hier außer Acht gelassen. Um den Zusammenhang zwischen Klasse, Region und Kultur mit dem Wahlverhalten zu thematisieren, eignet sich der Begriff sehr gut: M. Rainer Lepsius: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft* (zuerst 1966 erschienen), in: *Deutsche Parteien vor 1918*, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Köln 1973, S. 56-80; ders.: *Machtstrukturen und soziokulturelle Milieus*, Göttingen 1993; Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt/M. 1992.

22 Werner Jochmann, *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945*, Hamburg 1988; Shulamit Volkov, *Antisemitismus als kultureller Code*, in: dies., *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 13-36.

tisemitismus, nicht die Anerkennung einer »Judenfrage«. Diese Feststellung gilt auch für viele Parteien, für deren Mitglieder und Anhänger. Ausnahmen bildeten nur die Sozialdemokratie und mit Einschränkung die Linksliberalen. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus unter Führung prominenter Linksliberaler (seit 1909 des Reichstagsabgeordneten Georg Gothein) gehört zu den schwachen Meinungsbildnern im Wilhelminischen Deutschland.²³ Als Folge dieser Entwicklung bildete die jüdische Minderheit in Deutschland immer intensiver ein eigenes jüdisches Milieu heraus, das zwar weiterhin bei Wahlen in den liberalen Parteien sowie vereinzelt auch bei der Sozialdemokratie eine Heimat suchte, aber hier wie dort aus unterschiedlichen Gründen nicht als Milieugruppe willkommen war.

III. Konkurrenz von Parteien und Interessenverbänden

Im Spektrum von Institutionen zur politischen Willensbildung konkurrierten die Parteien mit vielen anderen Vereinen und Verbänden. Zu den einflussreichsten Agitationsverbänden zählten:

- der Alldeutsche Verband, gegründet 1890 als nationaler Agitationsverband (im Zusammenhang mit der innenpolitischen Empörung über den Helgoland-Sansibar-Vertrag),²⁴
- der Bund der Landwirte, gegründet 1893, der sich eine Gutsbesitzer, Groß- und Kleinbauern erfassende Milieubildung im landwirtschaftlichen Bereich zum Ziel setzte und sich dazu auch antisemitischer Parolen als Integrationsklammer bediente,²⁵
- der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, ebenfalls 1893 gegründet, der erfolgreich die schnell wachsenden Berufsgruppen der Angestellten zu organisieren verstand (insofern eine Gewerkschaft) und sie in ihrem Selbstverständnis, den neuen Mittelstand zu repräsentieren, stärkte.²⁶ Kennzeichnender Ausdruck des Konkurrenzverhältnisses zwischen männlichen und weiblichen Angestellten war es, dass der DHV von Anfang an Frauen von der Mitgliedschaft ausschloss. Wie der BdL benutzte auch der DHV den Antisemitismus als symbolischen Ausdruck seiner »deutschnationalen« Gesinnung und hielt Juden durch einen »Arierparagraphen« von der Mitgliedschaft fern.

23 Barbara Suchy, *The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I). From its Beginnings to the First World War*, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* 28, 1983, S. 205-239.

24 Roger Chickering, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886-1914*, Boston 1984; neuerdings Rainer Hering, *Zur Konstruktion einer alldeutschen Nation. Studien zur Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Habilitation Hamburg 2001.

25 Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich 1893-1914*, Hannover 1966, Bonn ²1975; Geoff Eley, *Antisemitismus, agrarische Mobilisierung und die Krise der Deutschkonservativen Partei. Radikalismus und seine Eindämmung bei der Gründung des Bundes der Landwirte, 1892-1893*, in: ders., *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus*, (vgl. Anm. 20), S. 174-208.

26 Iris Hamel, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der »Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband« 1893-1933*, Frankfurt/M. 1967.

Gemeinsam war diesen neuen Organisationen, bei aller Verschiedenheit ihrer Funktion und Zielsetzung, dass sie die Wählerklientel der liberalen und konservativen Parteien indoktrinierten und den »modernen Antisemitismus« in seiner nationalistischen, nämlich »völkischen« und d. h. rassistischen Variante in Ideologie und Agitation aufnahmen. Die Verbände konkurrierten mit den Parteien um die Definitionsmacht in programmatischen und tagespolitischen Fragen, und teilweise sogar um Parlamentsmandate.

Weitere nationale Agitationsverbände aus den 1890er Jahren sollen wenigstens erwähnt werden, weil sie beachtliche Agitationserfolge verbuchten: Der Flottenverein²⁷ wurde zur Werbung für die ausgreifenden Flottenbaupläne gegründet; er erfüllte seine Aufgabe mit einer ungeheuren Mobilisierung der Öffentlichkeit für die Schlachtflotte und das freilich äußerst vage Programm der »Weltpolitik« bravourös. Viele Universitätsprofessoren ließen sich für diese Propagandakampagne einspannen. Der Geschichtspräsident Dietrich Schäfer, einer der sogenannten Flottenprofessoren, interpretierte die Weltgeschichte entsprechend um, indem er einen Doktoranden im Jahre 1898 die These verteidigen ließ, das Reich Karls des Großen sei untergegangen, weil es über keine Flotte verfügt habe. Der Flottenverein gibt ein Beispiel dafür ab, dass die Parteien nicht führend an der öffentlichen Willensbildung mitwirkten, sondern ihrerseits durch außerparteiliche Willensbildung unter Druck gesetzt wurden. Ähnliche Wirkung versuchten der »Wehrverein« und der »Ostmarkenverein« auszuüben. Der 1903 gegründete »Reichverband gegen die Sozialdemokratie« setzte sich ausdrücklich das Ziel, alle bürgerlichen Parteien weiterhin auf die kompromisslose Bekämpfung jeglicher sozialdemokratischer Einflüsse einzuschwören.

Ein noch wirksames Instrument, den Einfluss der Parlamentsfraktionen, und damit den der Parteien, zu beschneiden, lag in der schon von Bismarck kräftig geförderten Bildung von wirtschaftlichen Interessenverbänden,²⁸ die auf politische Entscheidungen, auf die Meinungsbildung der Öffentlichkeit (der Presse) und damit auf die Abstimmungen der Fraktionen im Parlament einwirkten. Die Organisation wirtschaftlicher Interessen verwirklichte in gewisser Weise die konservativen Ideen berufsständischer Vertretungskörperschaften als Ergänzung oder Ersatz von »politischen«, und damit »unsachlichen« Parlamenten. Mit der Expansion der Verbände korrespondiert die »Schwäche der Parteien«. In der Geschichtsschreibung hat dieser Sachverhalt kontroverse Deutungen erfahren. Exemplarisch lassen sich die Urteile Ernst Rudolf Hubers und Heinrich August Winklers gegenüberstellen: Huber sieht in den Interessenverbänden einen Faktor der Demokratisierung; die Reichsleitung habe bewusst die Verbände-Demokratie als Alternative zum Parlamentarismus gefördert.²⁹ Dagegen

27 Geoff Eley, Die Umformung der Rechten: Der radikale Nationalismus und der Deutsche Flottenverein 1898-1908, in: ders., (vgl. Anm. 20); S. 144-173.

28 Hans-Peter Ullmann, Interessenverbände in Deutschland 1800-1986, Frankfurt/M. 1986; ders., Organisierte Interessen im Deutschen Kaiserreich, in: Helmut Rumpler (Hrsg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Mobilisierung in Österreich und Deutschland 1867/71-1914, München 1991, S. 91-106.

29 Ernst-Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde, Stuttgart u. a. 1957-1990, Bd. 3, S. 11-26 u. Bd. 4, S. 973-1037.

sagt *Winkler*: »Die Eigenarten des Verbandswesens [...] erweisen sich [...] als eine der wesentlichen Vorbelastungen der deutschen Demokratie überhaupt.«³⁰ Ein Überblick über das Verbandswesen in vertretbarer Kürze ist an dieser Stelle nicht möglich, nur einige Stichworte seien genannt, die meine Bewertung nachvollziehbar machen sollen, dass sich in der Konkurrenz zwischen Parteien und Verbänden das Demokratisierungspotential, das in der Gesellschaft (noch) vorhanden gewesen sein mag, verschliss.

Das wirtschaftliche Verbandswesen erlebte einen ersten Organisationshöhepunkt in den 1870er Jahren. Auslöser waren die Wirtschaftskrise und die Wendung zur schutzzöllnerischen Handelspolitik, zu deren Durchsetzung sich »Roggen und Stahl«, d. h. die Großlandwirtschaft und die Schwerindustrie verbündeten.³¹ Mit diesem Bündnis hatte *Bismarck* die Stellung der Nationalliberalen als Quasi-Regierungspartei beenden können. Die konservative Wende im Bismarckreich war eine Konsequenz solcher Verbandsagitation. Erst in den 1890er Jahren kam es zu einem Zusammenschluss von Industrieverbänden, die sich bei dem schwerindustriell dominierten, politisch reaktionären Centralverband deutscher Industrieller nicht richtig aufgehoben sahen. Erst 1895, nachdem *Caprivi* seine liberale Handelspolitik mit seinem Rücktritt als Reichskanzler hatte bezahlen müssen, schlossen sich im Bund deutscher Industrieller die große Masse der Fertigungsindustrien, überwiegend mittlere und kleinere Unternehmen mit deutlicher Exportorientierung, zusammen. Syndikus eines zum BdI gehörenden Verbandes war seit 1902 übrigens *Gustav Stresemann*.

Auf dem Industriesektor verstärkte und differenzierte sich das Verbandswesen seit den 1890er Jahren auf dem sozialpolitischen Kampfplatz, wenn auch die mächtige Fusion der »Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände« erst 1913 nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl von 1912 zustande kam. 1893 war das Gründungsjahr des schon erwähnten Bundes der Landwirte, der einerseits ein durchsetzungsfähiger Verband zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Landwirte war, aber andererseits seinen Erfolg auf intensive sozial-kulturelle Milieubildung im ländlichen Bereich gründete – Interessen- und Agitationsverband zugleich.

In der Auseinandersetzung über Industrie- oder Agrarstaat organisierte sich eine dritte Verbandsgruppe. Eine rabiate, antisemitisch eingefärbte Mittelstandsbewegung. Führend in der Agitation gegen »Gewerbefreiheit«, Warenhäuser und Konsumvereine trat der ebenfalls schon erwähnte DHV auf, der 1895 versuchte, eine »Mittelstandspartei« zu gründen. 1903/04 entstand der Dachverband »Deutsche Mittelstandvereinigung«. Seit den 1890er Jahren gab es Ansätze zu einem deutschen Beamtenbund.

Auf der anderen Seite des sozialpolitischen Spektrums gehört auch die Ausdifferenzierung der Gewerkschaftsbewegung, verbunden mit wachsender Stärke, in

30 Heinrich-August Winkler, Pluralismus oder Protektionismus? Verfassungspolitische Probleme des Verbandswesens im deutschen Kaiserreich, in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 163-174, hier S. 174.

31 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, München 1995, S. 662 ff.

die 1890er Jahre. 1890/91 schufen sich die freien Gewerkschaften mit ihrer Generalkommission eine Dachorganisation.³² Nach den Impulsen, die der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland³³ gab, entstanden in den 1890er Jahren christliche Gewerkschaften, die sich 1900 zu einem Gesamtverband zusammenschlossen.³⁴

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik besaßen die Verbände Startvorteile vor den Parteien, erstens weil sie nicht über die Einheit von Idee und Interesse debattieren mussten, sondern sich auf die Durchsetzung ihrer Interessen spezialisieren konnten. Das Argument, die wirtschaftliche Zugehörigkeit bilde die Grundlage für die eigentliche Gliederung der Gesellschaft, fand allenthalben große Resonanz. Zweitens erhielten die Verbände Rückenwind, weil die Regierenden ihnen freundlicher als den Parteien gegenüberstanden. Eine »Volksvertretung« – so auch Huber³⁵ –, die sich auf die Vertretung von Standes- und Klasseninteressen ihrer Wählerschichten beschränkte, gefährdete den politischen Vorrang der monarchischen Regierung nicht. Dagegen konnten Parteien den monarchischen Herrschaftsanspruch in Frage stellen, wenn sie beanspruchten, die Vielfältigkeit der gesellschaftlichen Interessen und Wünsche zu integrieren und die Einheit der Nation zu repräsentieren. Mit den Verbänden entstand ein Raum außerparteilicher Diskussion, den die Regierungen als Austausch von Sach Gesichtspunkten unter dem Etikett »Überparteilichkeit« vermarkten konnten.

Im Laufe des Wilhelminischen Deutschlands verstärkten die Verbände ihren Einfluss auf die Parteien und die Parlamentarier. Sie wirkten ein auf die Nominierung von Kandidaten einschließlich des Versuchs, die Kandidaten auf eine bestimmte Politik zu verpflichten; sie unterstützten finanziell und agitatorisch bestimmte Kandidaten im Wahlkampf (die Verschärfung der Wahlkämpfe seit 1893 geht nicht zuletzt darauf zurück); sie stellten Verbandsfunktionäre als Kandidaten auf (Stresemann zum Beispiel war seit 1907 Mitglied des Reichstags in der nationalliberalen Fraktion); sie beteiligten sich aktiv an der Finanzierung von Wahlkämpfen; sie drohten mit der Gründung eigener Wirtschaftsparteien oder gründeten sie, um die Parteien unter Druck zu setzen.³⁶

Die Parteien mussten – wenn sie ein gesamtpolitisches Konzept behaupten wollten – bemüht sein, mit mehreren Verbänden zusammenzuarbeiten. Dadurch verschärfte sich die Flügelbildung in den Parteien (insbesondere bei den Nationalliberalen). Bei Verhandlungen mit der Regierung besaßen die Abgeordneten, die zugleich Verbandsfunktionäre waren, ein besonderes Prestige als »Experten«. Das Wirken der Verbände verstärkte die soziale Segmentierung der Gesellschaft. Fried-

32 Klaus Schönhoven, *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt/M. 1986; ders., *Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890-1918*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1990, S. 345-378.

33 Wilfried Loth, *Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17, 1991, S. 279-310.

34 Michael Schneider, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933*, Bonn 1982.

35 Huber, (Vgl. Anm. 29), Bd. 3, S. 19.

36 Thomas Nipperdey, *Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln 1968, S. 369-388.

rich Naumann konjugierte anlässlich der Auseinandersetzung um den Zolltarif von 1902: Wir bekommen Zoll, ihr bekommt Zoll, sie bekommen Zoll.³⁷ Im Ergebnis lief das auf ein Mehr an Privilegierung für verschiedene Teile der Gesellschaft, nicht auf ein Mehr an Demokratisierung der Gesellschaft oder des politischen Systems hinaus.

IV. Überblick über das Parteienspektrum im Wilhelminischen Deutschland

Unter solchen Voraussetzungen konnten die Parteien ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung³⁸ nur in höchst unterschiedlichem Maße ausfüllen. Die Sozialdemokratie war stark an der politischen Willensbildung ihrer Klientel beteiligt. Ihre Bildungsarbeit und Organisationsform waren von hoher Bedeutung für die Herausbildung eines sozialdemokratischen Milieus im Deutschen Reich.³⁹ Auch das Zentrum prägte die politischen Einstellungen und Optionen seiner Klientel intensiv; vielleicht war für die Herausbildung des katholischen Milieus aber weniger die Partei selbst initiativ als der 1890 vornehmlich zu diesem Zweck gegründete »Volksverein für das katholische Deutschland«.⁴⁰

Bei den anderen Parteien war die Fähigkeit und Bereitschaft, zur politischen Willensbildung ihrer Mitglieder und Wählerschaft beizutragen, schwach ausgeprägt. Die Konservativen hatten dem Parteiwesen lange Zeit reserviert bis ablehnend gegenüber gestanden.⁴¹ Sie folgten mehr aus taktischen Einsichten denn aus Überzeugung dem Zwang zur Parteiorganisation, um im Reichstag des »allgemeinen Wahlrechts« nicht jeden Einfluss zu verlieren. Diese Motivation spielte auch eine Rolle auf dem Tivoli-Parteitag vom Dezember 1892, dem ersten richtigen Parteitag der Deutschkonservativen Partei überhaupt, auf dem sich eine populistische Richtung mit der Übernahme antisemitischer Parolen in das Parteiprogramm durchsetzte. Das durchaus vorhandene stabile konservative Milieu war mehr durch regionale und soziale Gegebenheiten, zum Beispiel der Gutswirtschaften und Bauernhöfe Ostelbiens, sowie durch die traditionelle Nähe der Konservativen zu Hof, Militär und Regierung geprägt als durch die Parteiarbeit. In diesem Milieu störte übrigens an den Beschlüssen des Tivoli-Parteitags weniger das Ressentiment gegen Juden als der »unvornehme« Populismus.⁴²

37 Ebd., S. 387 f.

38 So die Formulierung in Art. 21 Abs.1 Satz 1 Grundgesetz, das erstmalig in Deutschland Parteien und deren Funktion unter den Schutz der Verfassung stellte.

39 Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Arbeiterkultur, Königstein 1979; ders., u. Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, Bonn 1992.

40 Horstwalter Heitzer, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890-1918, Mainz 1979; Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

41 James N. Retallack, Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1876-1918, Boston 1988; Axel Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.

42 Ralf Christian Schubert, Die Rezeption des Antisemitismus in der Deutschkonservativen Partei in der Caprivizeit, unveröff. Magisterarbeit Hamburg 1998.

Die Liberalen, die während des 19. Jahrhunderts lange Zeit die stärkste Kraft in der öffentlichen politischen Willensbildung gewesen waren, verloren mit der zunehmenden Differenzierung im Bürgertum im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung ihre sichere Klientel. Das im Laufe des 19. Jahrhunderts entstandene bürgerlich-liberale Milieu schrumpfte oder war in Auflösung begriffen. Das von Liberalen getragene Konzept einer Bürgergesellschaft⁴³ gleichberechtigter Staatsbürger verlor im Kaiserreich rasch an Attraktivität. Die Reichsgründung »von oben« begünstigte andere Wertvorstellungen, zum Beispiel des fürsorglichen Obrigkeitsstaats und eines gesellschaftlichen Militarismus. Wie weitgehend die bürgerlichen Liberalen ihre alten Ideale aufgeben hatten, rieb der sozialdemokratische Partei- und Fraktionsvorsitzende August Bebel ihnen am 18. März 1898 im Reichstag anlässlich einer Debatte über eine Novelle des Militärstrafrechts unter die Nase. Am fünfzigsten Jahrestag der Berliner Barrikadenkämpfe hielt Bebel seinen Parlamentskollegen vor, das deutsche Bürgertum sei so tief gesunken, »dass es nicht den Mut besitzt, gegenüber der Anmaßung gewisser Gesellschaftsschichten sein Recht und seine Freiheit zu wahren.«⁴⁴ Bebel beendete die von ihm ausgelöste ›Geschichtsstunde‹ über die 48er Revolution im Reichstag, während der sich Sprecher aus fast allen Fraktionen zu Wort meldeten, mit der Bemerkung, dass offensichtlich »die Sozialdemokratie, die keinen besonderen Grund hat, den Verherrlicher der bürgerlichen Revolution zu spielen, der einzige Verteidiger dieser bürgerlichen Revolution ist [...]«.«

In dem in Auflösung begriffenen liberal-bürgerlichen Milieu versuchten seit den 1880er und 1890er Jahren immer mehr politische Parteien Fuß zu fassen, sie gruppieren sich um den populären Antisemitismus und um mittelständlerische wirtschaftliche Interessen.

In diesen unterschiedlich stabilen soziokulturellen Milieus kämpften die Parteien um Wählerstimmen. Stimmenzuwachs folgte weniger aus sogenannten Wechselwählern zwischen den Milieus denn aus dem Reservoir bisheriger Nichtwähler.⁴⁵ Es gab für die Wähler schließlich auch wenig Grund, milieufremd zu wählen, da es bei der Stimmabgabe nicht um die Entscheidung über Regierungsbildung und Regierungspolitik ging. Daraus erklärt sich die auffallende Konstanz des prozentualen Anteils der Parteilager bis zum Ende des Kaiserreichs – und darüber hinaus, wie ein Vergleich der Ergebnisse der letzten Wahl zum kaiserlichen Reichstag vom Januar 1912 mit der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 zeigt. Die Wahlbeteiligung stieg kontinuierlich zwischen 1871 und 1912. In der Bismarckzeit betrug sie durchschnittlich 60,1 %, in der Wilhelminischen Ära 76,1 %. Hier liegt ein wichti-

43 Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 27 ff.; Lothar Gall, *Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«*, in: ders., (Hrsg.), *Liberalismus*, Köln 1976, S. 163-186.

44 August Bebel in der Reichstagsdebatte am 18. 3. 1898, in: *Sten. Berichte über die Verhandlungen des Reichstages*, IX. Leg.periode, V. Session 1897/98, 64. Sitzung, S. 1581-1615, Zitate S. 1585 u. 1605.

45 Vgl. den knappen Überblick bei Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830-1914*, S. 23 ff.; ferner *Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871-1933*, hrsg. von Otto Büsch u. a., Berlin 1978.

ger Grund für das stetige Anwachsen der Wählerstimmen der Sozialdemokratie: das Gewinnen von Nichtwählern aus einem durch den sozialen Wandel ständig wachsenden ihr geneigten sozialen Milieu.

Die Milieutheorie zur Erklärung des Wählerverhaltens läßt nicht automatisch Rückschlüsse auf die gewählten Parlamentarier zu. Die Mitglieder der Fraktionen waren soziologisch betrachtet kein Spiegelbild ihrer Wähler. Zwar gab es im Kaiserreich keine homogene politisch-parlamentarische Führungsschicht, aber es lassen sich doch Ansätze zu einem »politischen Stand« ausmachen. Das erste Kennzeichen ist der hohe Anteil von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, insbesondere von Juristen einschließlich von Anwälten.⁴⁶ In der Wilhelminischen Ära drangen andere Kategorien öffentlich Tätiger vor, insbesondere aus Interessenverbänden (deren Berufsangabe lautete oft Journalist oder Redakteur). Die Berufsgruppen Geschäftsleute, Handwerker, Arbeiter etc. bildeten immer nur eine Minderheit. Nebenbei: erst seit 1906 gab es für die Reichstagsabgeordneten Diäten.

Bevor die Programmatik der Parteien vorgestellt wird, soll das Thema der Nähe oder Ferne der Parteien zum Regierungsapparat betrachtet werden, weil es Aufschluss über die Reformfähigkeit des Regierungssystems geben kann. Die Sozialdemokratie ist durch größte Distanz und Gegnerschaft gekennzeichnet, teils erzwungen durch ihre kompromisslose Exklusion von Seiten der staatstragenden Kräfte, teils freiwillig übernommen. Reste einer Protestbewegung in der SPD und ihr utopischer Gegenentwurf einer Gesellschafts- und Staatsverfassung wirkten zusammen. Diese Traditionen wirkten sich als Schwäche der Partei aus, als sie 1919 die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen musste.

Das Zentrum besaß stets eine Schlüsselfunktion bei Abstimmungen im Reichstag aufgrund der Mehrheitsverhältnisse. Daher waren Zentrumspolitiker durchaus Verhandlungspartner der Regierungen im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen. Die Stellung des katholischen Zentrums als »Reichsfeind« darf über diese Einbindung des Zentrums nicht täuschen trotz aller Distanz zur Regierungsmacht. Auch die soziale Heterogenität des Zentrums steigerte dessen Kompromissfähigkeit – was allerdings nicht idealisiert werden darf. Es siegten im Zentrum meistens die »Rechten«. Doch trat das Zentrum mit dieser Art von Regierungserfahrung in die Weimarer Republik ein (in den Kabinetten der Weimarer Republik saßen am häufigsten Reichskanzler aus dem Zentrum).

Die Nationalliberalen öffneten sich nach der innenpolitischen Wende der späten 1870er Jahre konservativen Werten und Zielen, um ihre Nähe zur Regierungsmacht zurückzugewinnen. In der Wilhelminischen Ära gab es in Preußen wieder oder noch den einen oder anderen Minister nationalliberaler Herkunft (z. B. Johannes v. Miquel). Die Linksliberalen verharren dagegen in größerer Distanz zur Regierungsmacht, weil sie die konservative Anpassung nicht mitmachten. In der Caprivizeit hatten sie die Chance verpasst, den »Neuen Kurs« in ihrem Sinne zu be-

46 Heinrich Best, Politische Mobilisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867-1918, in: Historische Sozialforschung 13, 1988, S. 5-74.

einflussen. Um die Reformprogrammatik, die der Freisinn entwickelte, zu verwirklichen, fehlte es ihm an der Nähe zur Regierungsmacht.

Die Regierungsnähe der Konservativen war groß; sie beruhte auf dem Konservatismus der Regierungen und des Beamtenkörpers.⁴⁷ Die Parlamentskonservativen im Reichstag und mehr noch im preußischen Abgeordnetenhaus hatten fast durchgehend die Gewissheit, dass der Regierungsapparat einschließlich der Behördenspitzen fest in konservativer Hand lag. Allerdings gab es durchaus Friktionen, weil die Fraktion (besonders im preußischen Abgeordnetenhaus) agrarisch, die Beamten aber staatsloyal waren. Die Nähe der Konservativen zur Regierungsmacht war der beherrschende Faktor im Parteien- und Regierungssystem. Die Kontinuität im Beamtenkörper sicherte den Konservativen auch nach 1918 Nähe zum Regierungsapparat trotz der Demokratisierung.

Für die Programmatik der Parteien in der Wilhelminischen Ära helfen die allgemeinen Bestimmungen der Begriffe liberal, konservativ oder demokratisch, wie sie in der Darstellung des sogenannten Fünfparteiensystems vorgenommen werden,⁴⁸ wenig. Am ehesten läßt sich die Sozialdemokratie nach diesem Schema, nämlich als sozialistisch, beschreiben, weil sie sich ein philosophisch begründetes Programm gegeben hatte. Doch kann auch sie nur angemessen charakterisiert werden, wenn daneben die durchaus auch programmatisch begründete politische Praxis einbezogen wird.

Die Konservativen huldigten einer antimodernistischen Programmatik.⁴⁹ Sie waren anfangs gegen den Nationalstaat gewesen; sie waren antiparlamentarisch sowie gegen jegliche Demokratisierung (z. B. bis zum Ende des Kaiserreichs glühende und erfolgreiche Verteidiger des preußischen Dreiklassenwahlrechts). Sie waren antikapitalistisch oder (besser) antiindustriell. Sie waren antimodernistisch in Kultur- und Bildungsfragen. Unter der Geltung des »allgemeinen Wahlrechts« war die ehemals »kleine, aber mächtige Partei« gezwungen, eine »Massenbasis« zu gewinnen. Sie suchte sie unter den »vorindustriellen« Bevölkerungsschichten, die Bereitschaft zeigten, konservativ zu stimmen, nicht aus genuinem Konservatismus, sondern weil sie antiliberal, antisozialistisch und antikatholisch waren. Der Versuch, auch Teile der Arbeiterschaft (»zurück«!) zu gewinnen, den der Hofprediger Stoecker mit einer Partei, die ihren Antikapitalismus antisemitisch verkaufte, unternahm, war trotz großen Aufwands ein Misserfolg, blieb aber dennoch auf der konservativen Tagesordnung, so dass sich in der Wilhelminischen Ära drei programmatische Richtungen im Konservatismus unterscheiden lassen: die Stoeckersche Christlich-soziale Volkspartei (antisemitisch), die agrarische Interessenpartei des BdL (antisemitisch) und die »Regierungspartei« des Beamtenkonservatismus, der sich mit der Ideologie der Überparteilichkeit kaschierte.

47 Peter Christian Witt, Konservatismus als »Überparteilichkeit«. Die Beamten der Reichskanzlei 1900-1933, in: Deutscher Konservatismus, hrsg. von Dirk Stegmann u. a. (Fs. f. Fritz Fischer), Bonn 1983, S. 231-280.

48 Huber spricht schon für den »Vormärz« von einem Fünfparteiensystem, in: Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1960.

49 Schildt (vgl. Anm. 41).

Das Zentrum⁵⁰ stand auf der Grundlage des Föderalismus; wirtschaftspolitisch verlangte es verschwommen den »Ausgleich zwischen Kapital und Grundbesitz« sowie zwischen beiden und der »Arbeit«, Förderung des Mittelstands und Lösung der »sozialen Frage«. Konfessionelle und föderalistische Programmatik begründeten seine Zusammenarbeit mit der polnischen Fraktion und mit der elsässischen Protestpartei. In Verfassungsfragen war das Zentrum außer in den Paragraphen, die das Verhältnis von Kirche und Staat betrafen, uneins. Die katholische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus war durchschnittlich konservativer als die Reichstagsfraktion, doch in der Ablehnung des parlamentarischen Regierungssystems stimmten beide überein.

Die Nationalliberalen⁵¹ waren seit der Reichsgründung notgedrungen auf der Suche nach programmatischen Zielen. Denn mit der Schaffung des Deutschen Reiches hatten sie ihren am stärksten integrierenden Programmpunkt verloren. Ihre Verfassungsforderungen waren in die konstitutionelle Monarchie eingemündet. Weitergehende Parlamentarisierungsforderungen kamen von ihnen nicht, weil sie sich durch das »allgemeine Wahlrecht« selbst bedroht fühlten. Auffälliges Kennzeichen der Nationalliberalen wurde deshalb in den nächsten Jahrzehnten ihre verfassungspolitische Abstinenz zum Beispiel gegenüber der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts oder der Parlamentarisierung des Regierungssystems. Da ihr Reformpaket klein geworden war, traten ihre wirtschaftsliberalen Grundsätze besonders hervor, so dass der katholische Publizist Josef Edmund Jörg 1877 mit seiner damals keineswegs zutreffenden Behauptung »Der Liberalismus hat seine Seele aus Manchester und hier allein ist er sterblich«,⁵² auf große Resonanz stieß. Der so begründete Antiliberalismus ließ sich leicht mit dem Antisemitismus gegen die Nationalliberalen verbinden: Die »goldene Internationale« sei dem deutschen Geiste fremd, argumentierten sowohl die konservative Kreuzzeitung als auch der politische Katholizismus.

Seit dem Ende des Jahrhunderts kam in die Partei programmatisch neuer Schwung, repräsentiert zum einen durch die »Jungliberale« Bewegung (1901 Verband der nationalliberalen Jugend), die nationalistisch und imperialistisch, wirtschaftspolitisch für Sozialpolitik und gegen die enge Anbindung an die Großindustrie agitierte. Zum anderen entwickelten sich die Nationalliberalen seit den 1890er Jahren zu der Partei der imperialistischen »Weltpolitik«. Wolfgang Mommsen nennt das den »schwerwiegendsten Sündenfall des Liberalismus in seiner wechselvollen Geschichte«.⁵³ Denn dadurch seien dessen Ideale – so wenig Staat wie mög-

50 Loth (vgl. Anm. 40).

51 Langewiesche (vgl. Anm. 43); James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus im postliberalen Zeitalter 1890-1914, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 29-48; Günter Trautmann, Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus, in: Karl Holl u. a. (Hrsg.), *Sozialer Liberalismus*, Göttingen 1986, S. 34-56.

52 James J. Sheehan, *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770-1914*, München 1983, S. 190.

53 Wolfgang J. Mommsen, Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Liberalismus, in: Karl Holl (Hrsg.), *Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890-1914*, S. 109-147, hier S. 116.

lich, Menschenwürde und Freiheit für alle – diskreditiert worden. Die »liberalen Imperialisten« traten als wortgewandte und wirkungsvolle Propagandisten der deutschen Weltpolitik auf, gerade weil sie gleichzeitig innenpolitische Reformen verlangten. Max Weber ist einer der bekanntesten Vertreter dieser Gruppierung. Friedrich Naumann, selbst bei den Linksliberalen beheimatet, versuchte diesem reformorientierten Programm einen Titel zu geben: »Demokratie und Kaisertum« hieß sein 1901 erschienenes Buch. Zu dieser Zeit setzte Naumann noch auf die plebiszitär legitimierte Führungskraft Wilhelms II. Schon 1896 hatte Naumann den »National-Sozialen Verein« mit dem Zweck gegründet, die breiten Massen, d. h. die Arbeiterschaft, für die deutsche Weltpolitik zu gewinnen. Diesen Zweck verfehlte der Verein jedoch, so dass Naumann ihn 1903 auflöste. Wenn auch wenig Wähler hatte der »National-Soziale Verein« doch viel Zustimmung erfahren, insbesondere in der linksliberalen Partei.⁵⁴

Auch bei den Linksliberalen⁵⁵ nämlich galt die Versöhnung von Nationalismus und Sozialismus unter der parteipolitischen Parole »von Bassermann bis Bebel« als attraktiv. Die Linksliberalen waren jedoch zugleich die einzige liberale Gruppierung, die dem Imperialismus programmatisch etwas entgegenzusetzen versuchte. Ihr Antikolonialismus in der Bismarckzeit wurde seit den 1890er Jahren durch pazifistische Ideen weiterentwickelt, die allerdings nur von einer Minderheit vertreten wurden. Ludwig Quidde und Walther Schücking propagierten internationale Zusammenarbeit und kollektive Rüstungsbeschränkung, befanden sich damit allerdings außerhalb des nationalen Konsenses. In den pazifistischen Organisationen arbeiteten übrigens von Anfang an Frauen mit.

1894 gaben sich die Linksliberalen ein demokratisches Programm (Reichstagswahlrecht für die Einzelstaaten, im Reich parlamentarische Regierungsweise, Abgeordnetendiäten, jährliche Verabschiedung des Rüstungsetats, Unabhängigkeit der Schule von der Kirche). Ihr demokratisches Credo machte die Linksliberalen zum Hoffnungsträger für die bürgerliche Frauenbewegung. Nachdem es Frauen gesetzlich erlaubt war, in politischen Parteien mitzuarbeiten, nämlich seit dem Reichsvereinsgesetz von 1908, suchten viele Frauen den Weg in diese Partei, die sich zwar bewegen ließ, in allgemeinen Wendungen für die politische Gleichberechtigung der Frauen einzutreten, aber vor der Aufnahme des Frauenstimmrechts in ihr Programm zurückschreckte.⁵⁶

Die Geschichte des Linksliberalismus im Kaiserreich ist eine Geschichte von Spaltungen, Sezessionen und Fusionen, auf deren Nacherzählung verzichtet werden muss. Hintergrund für diese Geschichte bildet die Herausforderung, vor die sich liberale Grundsätze durch die nationale und reformfeindliche Stimmung im Kaiserreich gestellt sahen.

⁵⁴ Dieter Düding, *Der Nationalsoziale Verein 1896-1903*, München 1972.

⁵⁵ Mommsen (vgl. Anm. 53).

⁵⁶ Schaser (vgl. Anm. 13), S. 248 ff.; Kirsten Heinsohn, *Politik und Geschlecht. Zur politischen Kultur bürgerlicher Frauenvereine in Hamburg*, Hamburg 1997, S. 315 ff.

Der Vollständigkeit halber müssen die vielen, zum Teil im Namen wechselnden kleinen Parteien erwähnt werden. Dazu zählen die Polen, Dänen, Elsass-Lothringer einerseits, die Antisemitenparteien, die Wirtschaftliche Vereinigung andererseits. Sie erhielten zusammen immerhin 13,9 % der Stimmen im Jahre 1898 und 10,6 % im Jahre 1912 – genug, um sie als typische Erscheinung des Parteienwesens wahrzunehmen und das Kontinuitätskriterium eines Fünfparteiensystems nicht überzustrapazieren.

Die Sozialdemokratie im Kaiserreich kann hier trotz oder wegen ihrer Sonderstellung nicht als »eigene« Geschichte vorgestellt werden, sondern muss sich in den Rahmen der Geschichte des Parteiensystems einpassen. Leitend ist dabei die Frage, welche Rolle die Sozialdemokratie im Parteiensystem des Wilhelminischen Reichs einnehmen konnte – in einer Konstellation, in der sie von ihren Gegnern zu einer Gefahr für Staat und Gesellschaft erklärt worden war.⁵⁷ Die im Kaiserreich oft artikuliert Forderung nach Integration der Arbeiterschaft in den Staat war stets mit der Hoffnung verbunden, dadurch die Sozialdemokratie überflüssig zu machen. Im Sprachgebrauch fallen immer wieder Zerstörungsbegriffe auf. Zwei Beispiele nur: Henry Axel Bueck, von 1887 bis 1910 Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, behauptete 1910: Die »Niederwerfung und Zertrümmerung« der Sozialdemokratie sei die Hauptaufgabe der deutschen Industriellen.⁵⁸ Im Jahre 1914, wenige Wochen vor Kriegsausbruch, sagte Matthias Erzberger, der im Zentrum zum linken Flügel gehörte: Die »Zertrümmerung der gewaltigen Macht der Sozialdemokratie« sei die »Kernfrage des innerpolitischen Lebens«.⁵⁹

Dem Nebeneinander von Repression und Sozialreform bei den Regierungen ebenso wie in den bürgerlichen Schichten entspricht das die politische Haltung der Sozialdemokratie kennzeichnende Nebeneinander von Revolution und Sozialreform.

Das Erfurter Programm von 1891 enthielt beide Möglichkeiten. Der allgemeine Teil verknüpfte kausal eine Analyse und Prognose der Gesellschaftsentwicklung mit der sozialistischen Zielsetzung. Die Revolutionserwartung folgte aus der prognostizierten Begründung eines mit »Naturnotwendigkeit« eintretenden Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft. Der praktische Teil des Programms dagegen zielte nicht auf totale Ablehnung, sondern indirekt auf Akzeptanz des bestehenden Staates, indem viele konkrete Forderungen an ihn gerichtet wurden, die vom Wahlrecht über direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr und Gleichberechtigung der Frau bis zu sozial- und arbeitspolitischen Verbesserungen reichten. Diese Widersprüche des Erfurter Programms und die Aufgabe, sich mit den gebe-

57 Dieter Groh, *Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. 1973; Gerhard A. Ritter, *Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive*, in: *Historische Zeitschrift* 249, 1989, S. 295-362; ders., (Hrsg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1990.

58 Zit. nach Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 53.

59 Ebd., S. 47.

nen Verhältnissen auseinanderzusetzen, erfüllten die unendliche innerparteiliche Kontroverse über Strategie und Taktik einer – seit 1890, seit Aufhebung des Sozialistengesetzes – legal agierenden Partei. Sie beschäftigte als »Revisionismusstreit« und »Massenstreikdebatte« die Parteitage seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert.

Programmatisch blieb das Ziel des Sozialismus unangetastet. Dessen Funktion, den innerparteilichen Zusammenhalt zu bewahren und zu festigen, darf nicht unterschätzt werden. Für die reformistische Praxis hatte die Kanonisierung des Erfurter Programms allerdings ungünstige Folgen. Denn die Reformisten blieben ständig Gegenstand mißtrauischer Aufmerksamkeit in der Partei, was ihre Handlungsfähigkeit in der ihnen ohnehin feindlich gesonnenen bürgerlichen Gesellschaft zusätzlich einschränkte. Dennoch schien sich in der Praxis die reformistische Strategie zu bewähren, was allerdings wegen der überall vorgenommenen Gegenmaßnahmen von Staat und bürgerlicher Gesellschaft in der sozialdemokratischen Anhängerschaft oft nicht wahrgenommen wurde. Auf vielen Ebenen sahen sich die Sozialdemokraten in ihrer Bewegungsfreiheit und politischen Handlungsmöglichkeit beschränkt:

- Rechtsordnung und Rechtswirklichkeit beeinträchtigten die Arbeit der Gewerkschaften (Einschränkung des Koalitionsrechtes);
- Die Justiz im Kaiserreich ist zu Recht »Klassenjustiz« genannt worden;
- Die Unternehmer schufen sich Organisationen, um die »Fabrikdisziplin« ungeschmälert aufrechtzuerhalten: Manipulation und Repression gleichermaßen.
- An der Gründung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie waren Unternehmerverbände führend beteiligt.
- Im Generalstab lagen ausgearbeitete Pläne, bei Streiks und Unruhen militärisch einzuschreiten.
- Jeder Wahlsieg der Sozialdemokraten provozierte die Forderung nach einem Ver-nichtungsschlag gegen sie (als Staatsstreich gegen Reichstag und Wahlrecht).

Der Kurs für Sozialreformen war vor diesem Hintergrund für beide Seiten schwer zu steuern: für die Sozialdemokraten und für die bürgerlichen Sozialreformer.

Der wichtigste Bereich sich verwirklichender Integration war die Tätigkeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen, insbesondere der Ortskrankenkassen.⁶⁰ Auf dem Gewerkschaftskongress von 1902 wurden Zahlen genannt: Reichsweit stellten Gewerkschaften 118.255 Beisitzer in den Selbstverwaltungsorganen und rund 500.000 Delegierte in den Krankenkassen. Das Selbstvertrauen der hieran beteiligten Sozialdemokraten wuchs bei dieser Tätigkeit.

Das Selbstvertrauen stieg außerdem vor allem durch die kontinuierlichen Wahlerfolge, schienen sie doch das Konzept, Revolution mit dem Stimmzettel herbeizuführen, zu bestätigen. Bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 errang die Sozialdemokratie ein Drittel der abgegebenen Stimmen und wurde erstmals die stärkste

⁶⁰ Gerhard A. Ritter, Sozialversicherung in Deutschland und England im Vergleich, München 1989; ders., Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München ²1991.

Fraktion im Parlament. Bei ihren Gegnern löste dieses Wahlergebnis allerdings nahezu eine Panik aus. Das Jahr 1912 stellt ein Schlüsseljahr in der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs dar. Die Erwartung, dass irgendetwas geschehen müsste, wuchs. Der Kriegsausbruch im August 1914 wurde deshalb von vielen Seiten in der Erwartung auf eine Lösung aller innenpolitischen Probleme begrüßt. Dabei wirft es noch einmal ein bezeichnendes Licht auf die fehlende Wertschätzung der Parteien, dass der berühmte Ausspruch Kaiser Wilhelms II., er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche, nahezu überall begeistert aufgenommen wurde.

V. Neue Trends und Konstellationen im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg mit seinen unermesslichen Anforderungen an alle Bevölkerungsschichten wirkte in vielen innenpolitischen Bereichen als Motor zur Modernisierung, was hier nicht erörtert werden kann. Auswirkungen auf das Parteiensystem zeigten sich unübersehbar aber erst seit 1917 (oder seit Herbst 1916), als die militärische Lage des Deutschen Reichs und deren Wirkungen auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung die Hoffnungen auf einen gloriosen Erfolg illusorisch machten. Ein erstes Anzeichen für die dramatische Situation war die offen vollzogene Spaltung der Sozialdemokratie in die »Unabhängigen« und die »Mehrheitssozialdemokraten«: Friedenssehnsucht und Hunger breiter Bevölkerungsschichten, die Identifizierung der SPD-Mehrheit mit diesem Krieg, der offensichtlich kein Verteidigungskrieg war; das Beispiel oder der Schock der russischen Februarrevolution und der Kriegseintritt der USA kumulierten bis zur Gründung der USPD im April 1917. Die MSPD drängte seitdem, obwohl sie ihre auf Integration zielende Politik fortsetzte, verstärkt auf innen- und verfassungspolitische Reformen.

Politische Modernisierung der Reichsverfassung geriet jetzt auf die Tagesordnung des Reichstags.⁶¹ Die faktische Diktatur der OHL hatte die Autorität der zivilen Reichsleitung und der Reichsbehörden ausgehöhlt. Und vor dem Hintergrund von Kriegsmüdigkeit und immer wieder aufgeputschter Siegeshoffnung polarisierten sich die innenpolitischen Kräfte in und außerhalb des Reichstags.

Auf der einen Seite bildete sich eine Koalition derjenigen, die politische Reformen für unvermeidbar oder sogar wünschenswert hielten. Seit Frühjahr 1917 fanden sich Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen zu regelmäßigen Besprechungen zusammen: SPD, Fortschrittliche Volkspartei, Zentrum und Nationalliberale. Damit war der »Interfraktionelle Ausschuss«⁶² (IfA) geboren, in dem in den nächsten Wochen und Monaten einerseits über die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens und andererseits über die Weiterentwicklung des politischen Systems in Richtung auf eine parlamentarische Regierungsweise nachgedacht wurde. Meine verklausulierte Ausdrucksweise soll anzeigen, dass es nicht eindeutig um Parlamentarismus

61 Volker Ullrich, *Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, Frankfurt/M. 1997, Teil IV, 3 u. 4.

62 Ebd., S. 523 ff.

ging; dazu waren bei den meisten beteiligten Abgeordneten die Vorbehalte gegen eine »Parlamentsherrschaft« und die Hochschätzung des durch überparteiliche Beamte repräsentierten Staats zu ausgeprägt. Aber es ging zumindest um parlamentarische Regierungsverantwortung (Im IfA hatte sich übrigens die spätere »Weimarer Koalition« aus MSPD, DDP und Zentrum zusammengefunden).

Auf der anderen Seite sammelten sich die Konservativen und große Teile der sich als staatstragend verstehenden Schichten, die den gesellschaftlichen und machtpolitischen Status quo unbedingt verteidigen wollten. Unterstützung fand diese Richtung in der sich seit Herbst 1916 außerparlamentarisch organisierenden »Vaterlandspartei«,⁶³ obwohl sich in deren Programmatik Vorstellungen auftaten, die mit traditionellem Konservatismus nichts mehr zu tun hatten. Die Vaterlandspartei repräsentierte mit rabiatem Chauvinismus, völkischer Ideologie und plebiszitären Appellen eine neue Qualität im Parteienspektrum. Der Historiker Friedrich Meinecke sah in ihr um 1930 rückblickend eine Keimform der nationalsozialistischen Bewegung.⁶⁴ Im Reichstag setzten sich die Konservativen, flankiert vom größeren Teil der Nationalliberalen und auch einigen Zentrumsmitgliedern, gegen die verfassungspolitischen Reformabsichten des IfA und die Friedensresolution des Reichstags zur Wehr. Auch die Konservativen kritisierten die Reichsleitung heftig, aber nicht wegen deren fehlender parlamentarischer Legitimation, sondern wegen ihres Mangels an Konsequenz und Härte. Praktisch spendeten sie den diktatorischen Eingriffen der OHL Beifall. In der Kritik an der Entscheidungsschwäche der »Zivilisten«, der Bewunderung für die »durchgreifenden« Militärs entstanden die Voraussetzungen für den Ruf nach einem »Führer«. Ihre Führeridee trug Züge eines verklärten Bismarckbildes. Diese polarisierte politische Konstellation setzte sich in der Weimarer Republik fort.

Die einzige Partei, die unbeirrt eine parlamentarische Regierung forderte, war die SPD/MSPD. Der »Burgfrieden«, der auch die Sozialdemokratie einbezogen hatte, war zwar aus der Einsicht – z. B. bei General Groener – entstanden, dass der Krieg nicht gegen die Arbeiter gewonnen werden könnte. Aber es war in der Regierung und bei konservativen und bürgerlichen Kräften höchst umstritten, ob der Preis, den die SPD forderte – verfassungs- und gesellschaftspolitische Reformen – wirklich werde gezahlt werden müssen. Zu Ansätzen parlamentarischer Regierungsweise kam es erst bei der Bildung des Kabinetts Max von Baden am 3. Oktober 1918. Verfassungsändernde Gesetzentwürfe gelangten also erst in den Reichstag, nachdem oder weil General Ludendorff Ende September die militärische Niederlage eingestanden und eine Parlamentarisierung des Reiches verlangt hatte. Die Verfassungsänderungen, die am 28. Oktober vom Reichstag beschlossen wurde, waren unscheinbar, in Fachterminologie eingekleidet und spielten sich im Übrigen ohne

63 Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997.

64 Friedrich Meinecke, *Nationalsozialismus und Bürgertum* (Kölnische Zeitung v. 21. 12. 1930), in: ders., *Werke*, Bd. 2: *Politische Schriften und Reden*, hrsg. von Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 441-445.

Anteilnahme der Öffentlichkeit ab.⁶⁵ Der Reichstag mobilisierte zu dieser Zeit, in dieser politischen Katastrophenstimmung, kaum öffentliches Interesse für den Verfassungswandel, dessen Gewicht zu beurteilen auch fast unmöglich ist, weil die Ereignisse ihn rasch überholten. Die Vorstellung, die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems hätte unbemerkt und ohne Beteiligung der Staatsbürger(innen) gelingen können, hat schon etwas Bizarres. Die Revolution aber schuf neue Verhältnisse und Möglichkeiten.

⁶⁵ Rauh (vgl. Anm. 19); Dieter Langewiesche, Das Deutsche Kaiserreich. Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung, in: Archiv für Sozialgeschichte 19, 1979, S. 628-642.

Differenzierung und Erosion – Die Weimarer Republik als ungefestigte Parteiendemokratie 1918 – 1933

Im Jahr 1932, also unmittelbar vor dem Untergang der Weimarer Republik, veröffentlichte der damals 28jährige Politikwissenschaftler Sigmund Neumann eine Studie über die Parteien der Weimarer Republik, die bis heute zu den Pionierleistungen der Parteienforschung zählt. Am Ende dieser Studie formulierte Neumann die Prognose, dass trotz der typischen Bürgerkriegslage, in der sich der Weimarer Staat befinde, die innere Widerstandskraft der demokratischen Integrationsparteien nicht unterschätzt werden dürfe: Die Errichtung einer absoluten Parteidiktatur werde in Deutschland viel größeren Schwierigkeiten als in Italien begegnen; die Möglichkeiten der weiteren politischen Entwicklung seien völlig offen.¹ Bekanntlich erwies sich diese Prognose als zu optimistisch. Ein Jahr später, im Sommer 1933, waren alle Anstrengungen zur Rettung des Parlamentarismus in Deutschland gescheitert, hatte das NS-Regime die Parteien aufgelöst und war die Einparteiendiktatur des Nationalsozialismus Wirklichkeit geworden.

Die Frage, warum die deutschen Parteien, deren historische Wurzeln bis in das Revolutionsjahr 1848 zurückreichten, am Beginn der dreißiger Jahre dem Ansturm des Nationalsozialismus nicht standhielten und in überraschend kurzer Zeit von ihm zerrieben und zerschlagen wurden, hat die politikwissenschaftliche, soziologische und historische Forschung nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder beschäftigt. Dies belegt schon ein flüchtiger Blick in einschlägige Bibliographien.² Die für die Erosion des deutschen Parteiensystems in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren von der Forschung angebotenen Deutungsmuster beleuchten eine Vielzahl von Problemen. Die Bandbreite der Interpretationen reicht von ideologisch-programmatischen Verortungen der verschiedenen Parteien über Studien zur parteipolitischen Lagerbildung bis hin zu verfassungsgeschichtlich akzentuierten Analysen, die auf die Verspätung der Demokratisierung in Deutschland verweisen und daraus besondere konstitutionelle Erblasten für die deutsche Parteiengeschichte

1 Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965, S. 109 f. Die Originalausgabe dieses Buches war 1932 in Berlin unter dem Titel »Die politischen Parteien in Deutschland« erschienen.

2 Weiterführende Angaben zu den verschiedenen Parteien finden sich in den neueren Überblicksdarstellungen: Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992; Peter Lösche, Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart u.a. 1993; Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn u.a. 1994.

in den Jahren der Weimarer Republik ableiten. Daneben existieren mittlerweile eine ganze Reihe von Monographien zur inneren Struktur einzelner Parteien und zu ihrer Verknüpfung mit den subkulturellen Lebenswelten von Klassen- oder Konfessionsmilieus.³

Unbestritten ist in der Parteienforschung, dass die Periode der Weimarer Republik als »Krisenjahre des Parteiensystems«⁴ klassifiziert werden muss, weil in den knapp anderthalb Jahrzehnten zwischen Gründung und Auflösung der ersten deutschen Demokratie das tradierte Parteiengefüge zunächst bis in seine Grundfesten erschüttert und schließlich zum Einsturz gebracht wurde. Der Durchbruch der NSDAP zur Massenpartei wurde zu einem Signum dieser Epoche, das auch im internationalen Vergleich einmalig war. Parallel zum rasanten Aufstieg dieser rechtsradikalen Münchener Sekte zu einer republikfeindlichen Protestbewegung, die reichsweit auf große Resonanz stieß und praktisch alle Sozialgruppen erfasste, vollzog sich der Niedergang von Konservatismus und Liberalismus, die noch in der Phase der Republikgründung das weite Feld der bürgerlichen Interessen politisch gemeinsam abgedeckt hatten. Die fast völlige Auszehrung des liberal-konservativen Lagers und die dramatischen Umbrüche im Wahlverhalten von breiten Bevölkerungsschichten deuten auf fundamentale Veränderungen in der politischen Soziokultur hin, die aus parteipolitischer Perspektive allein nicht zu erklären sind. Um diesen grundlegenden Einstellungswandel analysieren zu können, muss man die »Erschütterung der soziokulturellen Tektonik«⁵ während der Weimarer Republik in das Blickfeld rücken, die sich im politischen Prozess und seinen parteipolitischen Ausdifferenzierungen durchzeichnete.

Jede Analyse des Weimarer Parteiensystems kann mit folgendem knappen Befund von Walter Tormin beginnen: »Kennzeichnend für den Übergang vom Kaiserreich zur Republik war weniger der Wandel als die Kontinuität.«⁶ In der Tat waren die Parteien in der Anfangsphase der Weimarer Republik keine Neuschöpfungen, sondern knüpften – teils unter anderen Namensschildern – an das überkommene politisch-ideologische Spektrum des Kaiserreichs an. Im konservativen Lager konstituierte sich mit der Deutschnationalen Volkspartei eine gegenrevolutionäre und antirepublikanische Integrationspartei, die verschiedene Rechtsparteien unter einem Dach zusammenführte. Die DNVP entfaltete in den frühen zwanziger Jahren vor allem in den protestantischen Landgebieten, aber auch bei den städtischen Mittelschichten eine hohe Bindekraft und konnte 1924 auf dem Höhepunkt ihrer Aus-

3 Hier werden oft Überlegungen aufgegriffen und empirisch ausgeleuchtet, die M. Rainer Lepsius vor mehr als dreißig Jahren erstmals in einem bahnbrechenden Aufsatz formuliert hat: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. Dieser zuerst 1966 publizierte Aufsatz ist erneut veröffentlicht in: M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 25-50.

4 Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte, S. 151.

5 Wolfram Pyta, Politische Kultur und Wahlen in der Weimarer Republik, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997, S.197-237, hier S. 213.

6 Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Zweite, veränderte Auflage, Stuttgart 1967, S. 127.

dehnung ein Fünftel der Wählerstimmen bei Reichstagswahlen für sich verbuchen. Der politische Katholizismus erweiterte sich nicht zu einer interkonfessionellen Volkspartei, sondern sammelte auch weiterhin nur die bekenntnistreue katholische Bevölkerung im Zentrumsturm. Die regionale Absplitterung der Bayerischen Volkspartei schwächte jedoch das katholische Lager und machte die in ihm vorhandenen verfassungspolitischen Differenzen zwischen einem republikanisch ausgerichteten linken Flügel und einem den monarchischen Traditionen des Kaiserreichs verhafteten rechten Flügel territorial sichtbar. Dem Liberalismus gelang es nicht, eine »große demokratische Partei für das einige Reich« zu schaffen, wie ein gemeinsamer Aufruf von Links- und Nationalliberalen im November 1918 gefordert hatte.⁷ Vielmehr kam es zur Wiedergeburt der alten nationalliberalen Partei unter dem Namen Deutsche Volkspartei und zur Fortführung der Fortschrittlichen Volkspartei unter dem Namen Deutsche Demokratische Partei. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung polarisierte sich organisatorisch und ideologisch zu Beginn der zwanziger Jahre in Kommunisten und Sozialdemokraten, nachdem die im Frühjahr 1917 als pazifistische Protestpartei entstandene USPD ihre Mittelposition zwischen Reformismus und Radikalismus nicht auf Dauer hatte behaupten können. SPD und KPD knüpften an bereits im Wilhelminischen Deutschland kontrovers diskutierten Strategien an, die den Weg zum sozialistischen »Zukunftsstaat« entweder über den bürgerlichen Parlamentarismus oder über die Diktatur des Proletariats bahnen wollten.⁸

Diese knapp skizzierten programmatisch-ideologischen und organisatorischen Kontinuitätslinien dürfen jedoch nicht überzeichnet werden. Hinter ihnen verbargen sich Verwerfungen und Brüche in der deutschen Parteienlandschaft, die durch die nominelle Fortexistenz der vier Hauptströmungen Konservatismus, Katholizismus, Liberalismus und Sozialismus lediglich überdeckt wurden. Die strategische Ausdifferenzierung der alten Arbeiterbewegung in eine staatstragende sozialdemokratische Partei und eine systemfeindliche kommunistische Partei verweist auf die fundamentale Erschütterung von parteipolitischen Loyalitäten innerhalb der Arbeiterschaft und ihrer politischen Deutungskulturen. Das bürgerlich-liberale Milieu, das schon im Kaiserreich nie die parteiiche Geschlossenheit wie das katholische oder das sozialdemokratische Milieu besessen hatte, verfügte in der Weimarer Republik nicht mehr über die Integrationskraft, um seine innere Auszehrung und den schleichenden Parteierfall aufzuhalten. Im politischen Katholizismus schwächte sich die schichtübergreifende Prägekraft der Konfession während der zwanziger Jahre weiter ab; gleichzeitig verschärfen sich die inneren Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen bauerlichen, bürgerlichen und aus der christlichen Arbeiterbewegung stammenden Sozialgruppen in dieser konfessionell begrenzten Volkspartei. Und im Lager des Konservatismus begann schon unmittelbar nach

7 Zitiert nach Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 241.

8 Vgl. dazu Klaus Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1988.

der Revolution die Gründung von völkisch-antisemitischen Verbänden, die zu den ersten Kristallisationskernen der NSDAP wurden.

Die scheinbare Stabilität des Parteiengefüges im späten Kaiserreich und in der frühen Republik, die von der historischen Wahlforschung in vergleichenden Analysen des Abstimmungsverhaltens zwischen den letzten Reichstagswahlen von 1912 und den ersten republikanischen Wahlen von 1919 und 1920 quantifizierend abgebildet wurde,⁹ überdeckte soziokulturelle Basiskonflikte innerhalb der Milieus und regionale Verschiebungen in den Parteipräferenzen der Wähler. Da es aber immer noch an detaillierten wahlsoziologischen Untersuchungen mangelt, die den Zusammenhang von Wahlrecht, Wahlverhalten und Wahlkultur für die Weimarer Republik systematisch analysieren, besitzen wir bislang nur bruchstückhafte Kenntnisse über die politisch-kulturellen Auswirkungen des 1919 eingeführten Verhältniswahlrechtes.¹⁰ Die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und die Einführung des Frauenwahlrechtes hatten eine quantitative Ausdehnung des Wahlkörpers von den 14 Millionen Wahlberechtigten des Jahres 1912 auf fast 36 Millionen Wahlberechtigte im Jahr 1920 zur Folge. Zu dieser Verjüngung und Feminisierung des Elektorats kam hinzu, dass die männlichen Altwähler des Jahres 1912 in den Jahren des Ersten Weltkrieges durch die hohen Sterberaten noch stärker als in normalen Zeiten dezimiert worden waren und 1920 nur noch eine Minderheit unter den Wählern stellten.¹¹ Wie groß die Zahl der Milieudissidenten unter diesen männlichen Altwählern des Kaiserreichs war, lässt sich allerdings nicht genau errechnen, weil der vergleichenden historischen Wahlforschung keine Individualdaten und keine verwertbaren Aussagen zum Votum dieser Wählergruppe zur Verfügung stehen. Dass sich das Abstimmungsverhalten von Frauen bei den ersten Nachkriegswahlen von 1919 und 1920 für den Konservatismus und Katholizismus positiv auswirkte, während die jugendlichen Wähler stärker zu radikalen Varianten auf der politischen Rechten und Linken tendierten, ist eine plausible Hypothese der historischen Wahlforschung, die aus regionaler und sozialer Sicht noch breiter untermauert werden müsste.

Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass der revolutionäre Umbruch im November 1918 den Wandel der politischen Kultur in Deutschland erheblich beeinflusste, wobei allerdings sehr widersprüchliche Verarbeitungsformen zu beobachten sind. Das neue Wahlrecht löste einen partizipatorischen Schub aus, der nicht nur Frauen und Jungwähler erfasste, sondern auch Sozialgruppen wie die Landar-

9 Vgl. dazu die statistischen Befunde bei Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Niehuss, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918*, München 1980, sowie bei Jürgen Falter, Thomas Lindenberger und Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933*, München 1986.

10 Vgl. dazu die methodischen Überlegungen und den Forschungsüberblick von Thomas Kühne, *Wahlrecht, Wahlverhalten, Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 33, 1993, S. 481-547.

11 Vgl. dazu die Hinweise bei Gerhard A. Ritter, *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920*, in: ders., (Hrsg.), *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*, Berlin 1970, S. 342-359; ferner Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen*, S. 121 ff.

beiter, die im Kaiserreich in der parochial und paternalistisch abgeschotteten Welt der ostelbischen Güter politisch sozialisiert worden waren. Sie wandten sich zwar bei der Nationalversammlungswahl von 1919 der Sozialdemokratie zu und gründeten auch eine mitgliederstarke Landarbeitergewerkschaft, doch diese Neuorientierung war nicht von langer Dauer. Bereits 1920 musste die SPD auf dem flachen Land wieder den Deutschnationalen das Feld räumen, weil es ihr nur unzureichend gelungen war, im agrarisch-konservativen Milieu, in dem Gutsherr, Pastor und Landlehrer als Autoritäten der Dorfgemeinschaft fungierten, organisatorische Stützpunkte zu bilden und die dörflichen Meinungsführer für sich zu gewinnen. Hinzu kam die Enttäuschung der Revolutionserwartungen des ländlichen Proletariats, dessen Hoffnungen auf eine Bodenreform nach der Republikgründung nicht erfüllt worden waren.¹² Trotz dieses Misserfolgs ihrer Landagitation war die Sozialdemokratie nun nicht mehr eine rein städtische Partei.

Generell trug die Einführung des Verhältniswahlrechtes zu einer Politisierung von Stadt und Land bei, weil nun alle Parteien über ihre alten regionalen und lokalen Hochburgen hinauswachsen mussten, um möglichst viele Wählerstimmen für sich zu mobilisieren. Die Parteienkonkurrenz wurde überall schärfer, überkommene Bindungen lockerten sich auf. Der in den agrarisch-konservativen, katholischen und sozialdemokratischen Stammländern einsetzende Kampf um Wähler hinterließ seine Spuren, wenn man auf die Erfolge von bürgerlichen Parteien im »roten Berlin« blickt, wo die SPD 1919 deutlich schlechter abschnitt als 1912, oder wenn man die Verluste des politischen Katholizismus in nahezu rein katholischen Regierungsbezirken im Rheinland oder in Bayern gewichtet.¹³

Der nach der Republikgründung in allen Regionen des Reiches einsetzende parteipolitische Konkurrenzkampf zwischen den Alteingesessenen und ihren milieufremden Herausforderern hatte durchaus ambivalente Auswirkungen. Zum einen etikettierten sich nun die Parteien als Volksparteien und bemühten sich um eine soziale Verbreiterung ihrer Wählerbasis und ihrer interessenpolitischen Vorfeldorganisationen, zum anderen agierten sie aber weiterhin als Milieuparteien, um ihr angestammtes Terrain vor dem Eindringen anderer Parteien abzuschirmen. Die durch das neue Wahlrecht beförderte Politisierung der Parteiprovinsen des Kaiserreichs mündete also in einer reichsweiten Polarisierung der Parteien, die sich in ihren Diasporagebieten als Angreifer und in ihren Hochburgen als Verteidiger profilieren mussten.

Diese Doppelrolle überforderte die Parteien programmatisch und parlamenta-

12 Vgl. dazu ausführlich Wolfram Pyta, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996, S. 273 ff.; Jens Flemming, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925*, Bonn 1978.

13 Der politische Katholizismus schnitt 1919 in seinen Parteihochburgen in Niederbayern und in Oberbayern, in Schwaben und im Rheinland deutlich schlechter ab als 1912 und hatte hier bis zu 15 % weniger Stimmen; ähnliche Verluste mussten die Linksparteien in ihren städtischen Hochburgen hinnehmen, weil nun auch andere Parteien in den proletarischen Wohnquartieren auf Stimmenfang gingen. Vgl. dazu Gerhard A. Ritter, *Kontinuität und Umformung*, S. 261 ff.

risch. Programmatisch scheiterte beispielsweise die Öffnung des Zentrums zur interkonfessionellen Volkspartei oder der Sozialdemokratie zur Partei des »arbeitenden Volkes in Stadt und Land«,¹⁴ weil beide Parteien mit dieser Erweiterung ihres weltanschaulichen Spektrums das Risiko hätten eingehen müssen, neue milieufremde Mitglieder zu integrieren und dabei ihre Stammwähler zu irritieren. Parlamentarisch stand der Weimarer Gründungskompromiss von Sozialdemokratie, Liberalismus und politischem Katholizismus von Anfang an auf schwachen Füßen, wie der Bruch der verfassungsgebenden Koalition nach der gemeinsam getragenen Kanalisierung der revolutionären Unruhen zeigt. Die Bereitschaft zum sozialen Klassenkompromiss und zum koalitionspolitischen Brückenschlag zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung zerbröselte in dem Augenblick, in dem die Republik innen- und außenpolitisch gegründet war. Dass sie auf äußerst wackeligen Fundamenten stand, offenbarten die ersten Reichstagswahlen von 1920 dramatisch, bei denen die Dreierallianz der Republikgründer fast zehn Millionen Wähler weniger sammelte als 1919 und im Parlament die absolute Mehrheit der Mandate verlor.

Die 1920 bereits zu beobachtende Erosion im Wähleranhang der Weimarer Koalition lässt sich zunächst als Wählerwanderung in zwei verschiedene Richtungen analysieren: als Linkswendung sozialdemokratischer Wähler hin zur USPD und als Rechtswendung linksliberaler Wähler hin zur DVP. Hinter diesen Wanderungsbewegungen verbargen sich milieuinterne Konfliktlagen und politische Irritationen, deren Sprengkraft von der historischen Parteienforschung noch zu wenig beachtet wurde. Neben der Stabilität der sozialmoralischen Ordnungsgefüge, auf die in Studien zum Weimarer Parteiensystem immer wieder verwiesen wird, muss nämlich auch die Labilität der traditionellen Bindungen gesehen werden. So wurde häufig unterschätzt, wie schnell sich unter dem Druck des revolutionären Systemwechsels 1918/19, der bürgerkriegsähnlichen Unruhen zu Beginn der zwanziger Jahre und der Inflationskatastrophe von 1922/23 bereits in der frühen Republik die milieukonstituierenden Korsettstangen des Kaiserreiches lockerten und politische Grundüberzeugungen an Plausibilität verloren.

Alte Verfolgungserfahrungen, die bei den Katholiken und bei den Sozialdemokraten bis in den Vormärz zurückreichten, wurden nun überlagert von neuen generationellen Brüchen, die während der Weltkriegsjahre zwischen den Sozialisationskohorten des Bismarckreiches und der Generation der sogenannten »Frontkämpfer« entstanden waren. Die von der Gemeinschaft des Schützengrabens geprägte Generation der nach 1890 Geborenen ging zwar verschiedene Wege bei der Aufarbeitung ihrer Kriegserlebnisse, deren politische Richtungen vom Stahlhelm bis zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold reichten. Aber die militanten Nationalisten der antirepublikanischen Kampfverbände und die militanten Sozialisten in den Reihen der Sozialdemokratie teilten miteinander die Extremenerfahrung der Kriegszeit, die sie von

14 Dies dekretierte das Görlitzer Programm der SPD von 1921, das vier Jahre später durch das Heidelberger Programm von 1925 wieder revidiert wurde. Vgl. dazu Klaus Schönhoven, *Der Heidelberger Programmparteitag von 1925: Sozialdemokratische Standortbestimmung in der Weimarer Republik*, Heidelberg 1995, S. 21 ff.

den älteren Parteipolitikern der Weimarer Republik unterschied: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann oder Otto Wels gehörten zwar gemeinsam mit Carlo Mierendorff, Kurt Schumacher und Wilhelm Leuschner der Sozialdemokratie an, aber die drei zuletzt Genannten waren als Kriegsteilnehmer aus der generationellen Perspektive mit den Freikorpsführern oder mit Ernst Jünger enger verbunden als mit ihren älteren Genossen.¹⁵

Ferner wurden in der Nachkriegszeit traditionelle parteipolitische Fundamentallüberzeugungen, die im Katholizismus auf religiösen, im Sozialismus auf säkularen Weltdeutungen basierten, in Frage gestellt oder in lagerinternen Glaubenskriegen umgedeutet, wie die Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten über den richtigen Weg zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft dokumentieren. Und im Bürgertum folgte auf den Zusammenbruch der wilhelminischen Wertewelt eine Phase der politischen Desorientierung, deren Pendelausschläge zunächst auch nach links, dann aber immer eindeutiger nur nach rechts gingen. Milieuerosion und Wertezerfall setzten nicht erst in den späten zwanziger Jahren ein, sondern begleiteten das Weimarer Demokratieexperiment von seiner Geburtsstunde an. Selbst die sogenannten »goldenen Jahre« der Republik, die Phase der wirtschaftlichen und politischen Scheinstabilisierung zwischen 1924 und 1929, waren von diesen Krisenphänomenen überschattet, wie ein knapper Blick auf die Entwicklung der Weimarer Gründungsparteien verdeutlichen kann.¹⁶

Schon in den frühen zwanziger Jahren wurde deutlich, dass der Linksliberalismus, der 1919 kurzzeitig zu einer Massenpartei mit fast 800.000 Mitgliedern angeschwollen war, es nicht vermochte, seinen heterogenen Anhang im städtischen Bürgertum, bei den Beamten, Angestellten und Intellektuellen dauerhaft organisatorisch an sich zu binden. Sein Schrumpfungsprozess zu einer honoratiorengesteuerten Kleinpartei ging einher mit einem Aufschwung der DVP, die als rechtsliberale Alternative aber auch nur zeitweise die politischen Interessen der liberalen Klientel zu bündeln vermochte. Die personenzentrierte Politik beider liberalen Richtungen, die auf parteitragende Gestalten wie Friedrich Naumann oder Gustav Stresemann existentiell angewiesen waren, konnte den Parteiverfall von DDP und DVP nicht aufhalten. Dieser wurde noch beschleunigt, weil beide Parteien auch aufgrund ihrer Mitgliederverluste finanziell von den Zuwendungen kapitalkräftiger Spender immer abhängiger wurden und es zu einer »Ökonomisierung liberaler Politik« kam.¹⁷ Die interessenpolitische Verengung des Liberalismus zum parlamentarischen

15 Vgl. dazu jetzt Benjamin Ziemann, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: *Historische Zeitschrift*, Bd.267, 1998, S. 357-398. Ziemann hebt die Unterschiede der Kriegsverarbeitung zwischen rechts und links hervor, verweist aber auch auf die große Rolle von emotional wirksamen »Sinngeneratoren« für die Generation der Frontkämpfer.

16 Zur politischen Geschichte der Weimarer Republik, die hier ausgeklammert bleiben muss, vgl. vor allem Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*. 4. durchges. und erg. Aufl., München 1998; gesellschafts-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte beleuchtet Detlev J.K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987.

17 So Langewiesche, *Liberalismus*, S. 249.

Sprachrohr einzelner Wirtschaftsbranchen ließ den Volksparteianspruch der beiden liberalen Parteien immer fragwürdiger werden. Ihren Wählern erschien in dieser Situation die Abwanderung zu anderen Interessenparteien, die in der Mitte der zwanziger Jahre wie Pilze aus dem Boden schossen, als plausible Alternative. Diese Parteien spielten aber nur die Rolle von Zwischenwirten, die das durch die Inflation gebeutelte und während der vielen Regierungskrisen demokratieverdrossen gewordene Bürgertum kurzfristig beherbergten, bevor dieses sich für den braunen Extremismus entschied.

Das liberale Kapital war also schon aufgezehrt, als die NSDAP ihren Siegeszug antrat. Zu Beginn der dreißiger Jahre fand der Linksliberalismus für seine verfassungspolitischen Vorstellungen nämlich kaum noch Resonanz bei den Wählern. Er hatte bei der Republikgründung und bei den Verfassungsberatungen in Weimar eine Verständigung von Kapital und Arbeit im Rahmen einer pluralistischen und sozialstaatlich geprägten Demokratie angestrebt. Nach dem Bruch der Großen Koalition im Frühjahr 1930 besaß dieses Konzept keine Zukunft mehr, weil nun diejenigen Kräfte im bürgerlichen Lager die Oberhand hatten, die gegen eine Fortführung der Politik des Klassenkompromisses auftraten. Mit den linksliberalen Herzens- und Vernunftrepublikanern mussten aber auch die rechtsliberalen Vorbehaltsrepublikaner die Segel streichen. Die DVP zerfiel nach dem Tode Stresemanns im Herbst 1929 zu einer antirepublikanischen Splitterpartei im Windschatten des Nationalsozialismus, während die Linksliberalen durch ihren Namenswechsel – sie nannten sich ab 1930 »Staatspartei« – ihre Treue zur Republik nochmals untermauerten, ohne damit den eigenen Sturz in die Bedeutungslosigkeit aufhalten zu können.

Der im frühen 19. Jahrhundert als Gegenbewegung gegen die aufklärerische und industriegesellschaftliche Moderne entstandene Politische Katholizismus hatte seine parteipolitische Profilierung und organisatorische Stabilisierung im Kulturkampf der 1870er Jahre erfahren. Seit dieser Zeit der Verfolgung artikulierte er die Interessen des heterogenen katholischen Sozialmilieus, das vor allem durch die schichtenübergreifende Prägekraft der Religion zusammengehalten wurde. Schon im wilhelminischen Deutschland war aber aus der »reichsfeindlichen« Partei der Kulturkampfzeit eine Stütze des Staates geworden, die ihre nationale Zuverlässigkeit immer wieder dokumentierte. Die zugleich nachlassende Bedeutung von Konfessionskonflikten für das Wahlverhalten – am Ende des Kaiserreichs wählte nur noch die Hälfte der stimmberechtigten Katholiken das Zentrum – schwächte jedoch den Zulauf zum Zentrum und ließ die Differenzen innerhalb der Partei wachsen. Der konfessionelle Kitt des katholischen Milieus begann sich bereits im späten Kaiserreich zu lockern.¹⁸

In den Revolutionsmonaten 1918/19 dramatisierte die Zentrumsführung die Bedrohung durch den glaubensfeindlichen Sozialismus und stabilisierte auf diese Weise die eigene Partei nochmals eindrucksvoll. Doch der Verfassungssieg, den der

18 Vgl. dazu Wilfried Loth, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands*, Düsseldorf 1984.

politische Katholizismus errang, als er die strikte Trennung von Staat und Kirche verhinderte,¹⁹ wurde für ihn zu einem Pyrrhussieg als Konfessionspartei. Nach der Erfüllung von wichtigen kirchen- und kulturpolitischen Forderungen verlor die Konfession ihre konkurrenzlose Kraft als politisches Bindemittel der katholischen Wähler, während die sozialen Binnendifferenzen zwischen den bekennnistreuen Bauern, Bürgern und Arbeitern stärker in den Vordergrund traten. Hinzu kam, dass das Zentrum sich als unfähig erwies, seine christliche Programmatik zu konkretisieren. Die von seinen Politikern gerne beschworene »Einmütigkeit über die letzten großen Fragen allen Seins«,²⁰ konnte die Alltagsorgen der Mitglieder und Wähler der Partei nicht lindern und die von scharfsichtigen zeitgenössischen Beobachtern entdeckten »Risse im Zentrumsturm« überdecken.²¹

Das Zentrum gehörte bekanntlich zwischen 1919 und 1932 allen Reichskabinetten an und stellte vier Reichskanzler. Als Partei der Mitte nahm es eine koalitionspolitische Scharnierposition ein, die es ihm erlaubte, die ganze Breite des Parteienspektrums von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen als Regierungspartner zu akzeptieren. Doch die pragmatische Orientierung der Partei auf die Regierungsgeschäfte und die Wahrung katholischer Interessen machte aus dem Zentrum noch keine republikanische Partei: Es war eine Staatspartei, die sich dem katholischen Staatsbegriff verpflichtet fühlte, dem jedoch kein positives Demokratieverständnis zugrunde lag. In der Partei profilierten sich in den Anfangsjahren der Republik überzeugte Demokraten wie Erzberger, Wirth oder Adenauer als Repräsentanten des demokratischen Katholizismus und entfalteten besonders große Wirkung. Nach dem Rechtsruck der Partei in den späten zwanziger Jahren hatten hingegen Politiker wie Brüning oder Kaas das Sagen, denen das parlamentarische System der Weimarer Republik nicht mehr als erhaltungsfähig erschien. Die unbestreitbare Resistenz der katholischen Wähler gegen den Nationalsozialismus²² bedeutete nicht, dass es sich hierbei um eine demokratisch inspirierte Widerstandskraft handelte. Vielmehr war die Ablehnung des Nationalsozialismus religionspolitisch begründet. Parteipolitisch suchte man während der Agonie der Demokratie in der Zentrumsführung nach Auswegen aus der Staatskrise, ohne die Rückkehr zur Republik anzuvizieren. Schließlich war man sogar zur Bildung einer schwarz-braunen

19 Vgl. dazu Ludwig Richter, *Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung*, Düsseldorf 1996.

20 So der Reichstagsabgeordnete Karl Anton Schulte in einem 1929 veröffentlichten Artikel zur Programmatik des Zentrums. Zitiert nach Karsten Ruppert, *Die Deutsche Zentrumspartei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik: Selbstverständnis und politische Leitideen einer konfessionellen Mittelpartei*, in: Winfried Becker (Hrsg.), *Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871-1933*, Paderborn 1986, S. 71-88, hier S. 72; s. auch Karsten Ruppert, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930*, Düsseldorf 1992.

21 Vgl. dazu die zeitgenössische Studie von Johannes Schauff, *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928*, hrsg. und eingel. von Rudolf Morsey, Mainz 1975; s. ferner die lokalhistorische Pionierstudie von Cornelia Rauh-Kühne, *Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918-1939*, Sigmaringen 1991.

22 Vgl. dazu Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 186 ff.

Regierungsallianz bereit, wobei die gemeinsame Frontstellung gegen den Bolschewismus und den Sozialismus zur ideologischen Brücke zwischen politischem Katholizismus und Nationalsozialismus wurde.

Die Gründungspartei der Republik, die Sozialdemokratie, hatte ihren Höhepunkt in der Wählergunst bereits 1919 erreicht. In der Folgezeit gelang es ihr nicht, die aus dem Kaiserreich überkommene negative Integration ihrer Anhängerschichten in den Staat zu einer uneingeschränkt positiven Identifikation mit der Demokratie umzuformen. Zwar verstand sich die Sozialdemokratie als Staatspartei der Republik, aber sie wurde nicht zur Volkspartei der Republik, und sie fühlte sich in der Rolle der Oppositionspartei immer noch wohler als in der Rolle der Regierungspartei. Diese halbherzige Akzeptanz Weimars spiegelte sich vor allem im programmatischen Immobilismus der SPD wider, den man 1921 in Görlitz kurzfristig korrigiert hatte, zu dem man aber bereits vier Jahre später nach der Vereinigung mit der Rest-USPD unter dem Druck des nun gestärkten linken Parteiflügels im Heidelberger Programm wieder zurückkehrte.

Die Enttäuschung über die 1918/19 nur ansatzweise gelungene Demokratisierung des Obrigkeitsstaates zeichnete sich auch in den parteiinternen Debatten durch, in denen das sozialdemokratische Republikverständnis, die politische Hegemoniefähigkeit der SPD in einer pluralistischen Demokratie und ihre Doppelrolle als »Arzt und Erbe des Kapitalismus« immer wieder kontrovers diskutiert wurden.²³ Während der zwanziger Jahre geriet die Partei in die schwierige Situation, ihr emanzipatorisches Selbstverständnis, das auf gesellschaftlichen Fortschritt und die partizipatorische Erweiterung der politischen Demokratie zur Wirtschaftsdemokratie ausgerichtet war, realpolitisch permanent zügeln zu müssen. Zur Sicherung der Republik musste die Sozialdemokratie defensive Politikkonzepte verfechten, die ihren Bewegungskarakter immer stärker erlahmen ließen und ihre Anziehungskraft namentlich auf junge Wähler merklich schwächten.

Ferner wurde die ausgeprägte Milieuverwurzelung zu einer sozialmoralischen Erblast der sozialdemokratischen »Solidargemeinschaft«.²⁴ Mit den Kommunisten, die sich während der Revolution ideologisch endgültig von der alten Mutterpartei entfremdet hatten, teilte man noch die gemeinsame Milieubindung. Diese wirkte über den Arbeitsalltag und die Wohnverhältnisse, proletarische Nachbarschaftsbeziehungen und Kontakte im Netzwerk der gewerkschaftlichen und kulturellen Vorfeldorganisationen auch noch in der Weimarer Republik weiter.²⁵ Doch die subkulturelle Nähe und Konkurrenz mit der KPD erwies sich als Bürde der Sozialdemokratie in ihrer Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien und als Barriere bei ihren

23 Vgl. dazu ausführlich die monumentale dreibändige Darstellung von Heinrich August Winkler zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Berlin/Bonn 1984 ff.; Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus*, passim.

24 Siehe dazu Peter Lösche/Franz Walter, *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei*, Darmstadt 1992.

25 Darauf verweist insbesondere Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

Ausbruchversuchen aus den Quartieren ihrer Stammwähler. Von links wurde sie des Klassenverrats bezichtigt, der schließlich im Vorwurf des »Sozialfaschismus« gipfelte, von rechts schlug ihr massives Misstrauen entgegen, wenn sie für eine Politik des Klassenausgleichs im Rahmen einer sozialen Demokratie eintrat.

Die permanente Nachbarschaft zu den Kommunisten in der proletarischen »Nischengesellschaft« und die permanente Zurückweisung durch die bürgerliche Gesellschaft ließen aus der Weimarer Sozialdemokratie eine zweifach diskriminierte Partei werden, der in dieser komplizierten Situation die ihr abgeforderte Vermittlung von Milieutreue und Demokratieloyalität immer schwerer fiel. Als streitbare Demokraten, die für die Weimarer Republik gegen den Radikalismus von links und von rechts kämpften,²⁶ gerieten die Weimarer Sozialdemokraten schließlich in eine parlamentarische und gesellschaftliche Minderheitssituation. Aus der konnten sie koalitionspolitisch nicht herausfinden, weil es ihnen an zuverlässigen Bündnispartnern im Bürgertum fehlte, aus der konnten sie aber auch auf eigene Faust nicht ausbrechen, weil sie für einen Massenstreik zur Rettung der Republik weder die nötigen Machtmittel besaßen noch über die erforderliche Mobilisierungskraft verfügten, um eine republiktreue Einheitsfront aufzubauen. Die von der SPD in den Krisenjahren zwischen 1930 und 1932 praktizierte Politik der Tolerierung des Präsidialkabinetts Brüning und ihr Festhalten an der Strategie des Legalismus bis zum Parteiverbot 1933 waren das Ergebnis dieser parteipolitischen Zwangslage zwischen allen Fronten.

Der Durchbruch der NSDAP zur Massenpartei, der 1929 auf lokaler und regionaler Ebene einsetzte und dann ab 1930 den Rechtsradikalismus reichsweit zur politischen Alternative zu Weimar werden ließ, war nicht nur das Produkt einer politischen Systemkrise und das Ergebnis von Massenarbeitslosigkeit oder sozialer Panikstimmung im Mittelstand. Der NSDAP gelang es, zu einer Sammlungsbewegung mit volksparteilichem Charakter zu werden, weil sie Milieugrenzen propagandistisch einebnete und Wähler aus allen sozialen Schichten für sich gewann. Die größten Erfolge erzielte sie dort, wo die Parteiidentität der Wähler nur schwach entwickelt war oder wo sie an eingewurzelte Ressentiments gegen den katholischen »Ultramontanismus« und gegen den Sozialismus und Bolschewismus anknüpfen konnte. Dies war im national-protestantischen und im national-liberalen Bereich der Fall.

Weniger erfolgreich war der Nationalsozialismus in den organisationszentrierten und subkulturell vernetzten Kernregionen des politischen Katholizismus und den städtischen Wohnquartieren, in denen die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterbewegung dominierte. In diesen festgefühten Hochburgen des katholischen und des proletarischen Milieus war eine kaum überwindbare Resistenzkraft der Wähler gegen den Nationalsozialismus vorhanden. Diese Beobachtung gilt vor allem für die vom Katholizismus oder Sozialismus lebensweltlich mit Vorfeldvereinen und sinnvermittelnden Angeboten für ihre Anhänger gestalteten Sozialräume.

²⁶ Vgl. dazu jetzt Klaus Schönhoven/Hans-Jochen Vogel, *Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus. Ein historisches Lesebuch*, Bonn 1998.

Wo diese lebensweltliche Vernetzung der Wähler fehlte oder nur schwach entwickelt war, veränderten Regionen ihre parteipolitische Einfärbung, wie wahlanalytische Untersuchungen für die Sozialdemokratie in Sachsen und Thüringen gezeigt haben.²⁷ Im Falle des Katholizismus haben Regionalstudien zum Schwarzwald ähnliche Befunde ergeben.²⁸

Im protestantischen Deutschland überwand der Nationalsozialismus die parteipolitische Kluft zwischen der städtisch-bürgerlichen Gesellschaft und der agrarisch geprägten Welt der Dörfer, indem er die ökonomischen Gegensätze zwischen Produzenten und Konsumenten mit seinen hemmungslosen Attacken und seiner schrillen Agitation gegen die »Systemparteien« des Sozialismus, des Liberalismus und des Katholizismus scheinbar aufhob. Die NSDAP wurde in den Kommandozentralen der Reichswehr und von einflussreichen Repräsentanten in Großgrundbesitz und Großindustrie als Bündnispartner für das gemeinsame Ziel der Republikzerstörung akzeptiert, wobei die alten Eliten die Nationalsozialisten als nützliche Idioten für ihre eigenen Pläne instrumentalisieren wollten. Die Unterschätzung der populistischen Energien des Nationalsozialismus teilten Schleicher und Hugenberg, Papen und Hindenburg miteinander, als sie Hitler, Göring und Strasser »als Garanten bürgerlicher Vernunft in der NSDAP« umwarben,²⁹ ohne wahrnehmen zu können oder zu wollen, dass diese NS-Führer die Exponenten eines Massenradikalismus waren, der sich in einem autoritären Staat nicht einhegen ließ.

Die NSDAP profitierte nämlich auch von der enormen Politisierung breiter Nichtwählerschichten, wie an der seit 1930 ständig ansteigenden Wahlbeteiligung ablesbar ist. Auf diese Oppositionspartei ohne Milieuprofil und ohne parteipolitischen Traditionsballast konzentrierten sich die partizipatorischen Erwartungen der nirgendwo Beheimateten und der aus alten Bindungen Herausgerissenen, also von Menschen, die in den fragmentierten politischen Teilkulturen der Weimarer Republik nie eine persönliche Verankerung gefunden oder diese während der zwanziger Jahre verloren hatten. Diese wurzellosen oder entwurzelten Wähler erhofften sich im vom Nationalsozialismus propagierten Einparteienstaat der »Volksgemeinschaft« eine bessere Zukunft als im pluralistischen Parteienstaat. Ihre Aversionen gegen die demokratische »Streitkultur«, die ihnen fremd geblieben war, schlug um in Parteienverdrossenheit, die sie in der Wahl der Anti-Partei des Nationalsozialismus abregierten.

27 Vgl. dazu Franz Walter, Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift 32 (1991), S. 207-231; Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Bonn 1993; Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar-Köln-Wien 1995.

28 Oded Heilbronner, Der verlassene Stammtisch. Vom Verfall der bürgerlichen Infrastruktur und dem Aufstieg der NSDAP am Beispiel der Region Schwarzwald, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 19, 1993, S. 178-201. Diese Zerfallsprozesse des sozialen und politischen Lebens im Schwarzwald zwischen 1929 und 1933 hat Heilbronner jetzt auch in einer Monographie untersucht: Die Achillesferse des deutschen Katholizismus, Gerlingen 1998.

29 So Axel Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 172.

Die Befunde der neueren Wahlforschung verweisen auf die schnelle Erosion der politischen Kultur der Weimarer Republik. Diese war von Anfang an nicht besonders gefestigt gewesen, weil die zwischen den republikgründenden Parteien gefundenen Basiskompromisse kaum Belastungen aushielten. Zur politischen und sozialen Grunderfahrung der deutschen Gesellschaft wurden in den zwanziger Jahren Unsicherheit, Angst und Orientierungslosigkeit, weil in dieser »Krisenzeit der Klassischen Moderne« (Detlev Peukert) Vertrautes zu schnell entwertet und von Neuem zu schnell abgelöst worden war. Es blieb zu wenig Zeit, um den revolutionären Legitimationsverlust der alten Ordnung zu verarbeiten und die Demokratiegründung als Legitimationsgewinn zu begreifen. Der rasante Zerfall der liberalen Parteien, die Einigelung des politischen Katholizismus im Zentrumsturm und die gescheiterte Öffnung der Sozialdemokratie zur Volkspartei spiegelten die Zerrissenheit der Weimarer Gesellschaft und die Risikoscheu der Republikgründer wider.

Als sich die Weimarer Koalition nach der Wahlniederlage von 1920 auf der Reichsebene auflöste, öffnete sie das Feld für Interessenparteien und einen republikfeindlichen Radikalismus von rechts und von links. Die regionalen Bündnisse der Republikgründer in Preußen, Baden oder in den Hansestädten erwiesen sich zwar in den zwanziger Jahren immer wieder als Bollwerke der Demokratie, aber ihre Widerstandskraft wurde mehr und mehr zermürbt und schließlich durch die Wählerwanderungen nach rechts oder die Staatsstreichpolitik der Reichsregierung zerstört. Gleichwohl dokumentiert beispielsweise die Stabilität der parlamentarischen Regierungsverhältnisse in Preußen, deren tragende parteipolitische Pfeiler zwischen 1919 und 1932 die Sozialdemokratie, der Linksliberalismus und der politische Katholizismus waren, dass im deutschen Föderalismus während der Weimarer Republik nicht nur der republikfeindliche Partikularismus, sondern auch der republikstützende Parlamentarismus regional einen Rückhalt besaß.³⁰

Der Nationalsozialismus wurde im Januar 1933 zum Nutznießer heterogener Kräfte, die gemeinsam die Destabilisierung der Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Seinen Durchbruch zur Macht verdankte er aber letztlich nicht den Wählern, die der NSDAP nie eine parlamentarische Mehrheit sicherten, sondern den alten Eliten, die mit seiner Hilfe die Republik zum Einsturz bringen wollten. Dass dieser demokratiefeindliche Konservatismus unter den Trümmern des von ihm mitgegründeten »Dritten Reiches« begraben wurde, war die Voraussetzung für die Neu- und Wiederbegründung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland nach 1945.

30 Vgl. zu Preußen in der Weimarer Republik Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen 1919-1932*, Düsseldorf 1985; Herbert Hömig, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979; Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt/M. 1977; Dietrich Orlow, *Weimar Prussia 1918-1925. The Unlikely Rock of Democracy*, Pittsburgh 1986.

Manfred Funke

Die NSDAP: Führer- und Protestpartei in Republik und Diktatur – Eine Profilskizze

Am 29. April 1945 schickte Hitler drei Boten mit den Kopien seiner Heiratsurkunde und seiner letzten Verfügung aus dem Bunker der Reichskanzlei los. Sie waren bestimmt für Großadmiral Dönitz, Chef der Reichsmarine und designiertes Staatsoberhaupt, für Feldmarschall Schörner als letzten Hoffnungsträger sowie für die Parteizentrale in München.¹ Die drei Adressaten verkörperten die Kernelemente der Diktatur: militärische Gewalt, politische Indoktrination, Führer-Glaube, soldatische Zucht, rassistisches Pathos, hierarchischen Integralismus, völkische Erziehung, Ergebung und Gefügigkeit. Die beiden letzten Begriffe bildeten sich besonders ab in Goebbels, von Hitler zum neuen Reichskanzler bestimmt, und im von *Hitler* vorgesehenen künftigen Minister für Parteiangelegenheiten, »meinem treuesten Parteigenossen Martin Bormann«.² Hermann Göring war als Kronprinz wegen Usurpationsverdacht verstoßen worden. Ebenso Heinrich Himmler, der erbarmungslos den rassistischen Vernichtungskrieg betrieb, am Ende jüdische Kinder für Tauschgeschäfte gegen zeugungsfähige deutsche Kriegsgefangene in England anbot³ und ohne Wissen Hitlers bei Eisenhower Teilkapitulationen ventilierte, um sodann gemeinsam die Bolschewisten zurückzuwerfen. In seinem Baumeister und Rüstungsminister Albert Speer hatte der Diktator einen technokratischen Milchbruder, den trotz Hintertreibung des Nero-Befehls Hitler mit flauem Abschied entließ. Außenminister von Ribbentrop, Repräsentant eines Konzeptionspluralismus, war aus Hitlers raumpolitischen Visionen mit dem Kontinentalblock-Projekt einer antienglischen Zangenpolitik von Moskau bis Madrid zeitweilig ausgesichert.⁴ Gleichsam als Gegenpol zum großbürgerlichen Bohemien Hermann Göring sah sich Goebbels. Er konnte es »den Kommunisten nicht verdenken, dass sie die Bourgeoisie hassen wie die Pest«.⁵ Im »General von Icks« hat Joachim Fest die Persönlichkeiten zwischen Fanatismus und Widerstand, Fachkönnen und Devotion als Chiffre verdichtet, um

1 Joachim Fest, *Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches. Eine historische Skizze*, Berlin 2002, S. 124.

2 Ebd.

3 Manfred Funke, *Auswanderung, Aussiedlung, Ausrottung*, in: Manfred Funke u.a. (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Düsseldorf 1987, S. 247.

4 Vgl. Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1980.

5 Ulrich Höver, *Joseph Goebbels - ein nationaler Sozialist*, Bonn 1992, S. 401.

die Nichtexistenz einheitlicher Auffassung unter den Offizieren zu spiegeln.⁶ Konkurrenz statt Identität bestimmte zumal die durchstaatlichte Privatwirtschaft im Wirrwarr von Planungsunsicherheit, Improvisation und Ämterivalität.

Der hier kurz skizzierte Antagonismus der Machtfunktionen war nach Karl-Dietrich Bracher »einzig in der omnipotenten Schlüsselstellung des Führers aufgehoben«. Franz Halder urteilte rückblickend, dass Hitler der treibende Motor war, »der wohl unzählige Rädchen in wirbelnder Bewegung hielt«. Für Goebbels war und blieb Hitler »der zentrale Mittelpunkt unseres nationalen Lebens«.⁷

Als diese Kern-Gravitation im Mai 1945 endgültig wegfiel, zeigte sich im Vorgang der Entnazifizierung, dass die Propagandaformel »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« ein Popanz war. Hinter ihm stand die Wirklichkeit einer sperrigen Kompression der Interessenvielfalt moderner arbeitsteiliger Gesellschaftsorganisation und der durch Krieg und »Versailles« zutiefst gekränkten Machteliten, stand die geistig-moralische Zersplitterung mit der Diversionsgewalt der Weltwirtschaftskrise. Massen-Aggressivität aus defensiver Verzweiflung in der Phase der Erbitterungswahlen wurde für den Aufstieg der NSDAP entscheidender als die Wucherung völkischer Tendenzen, ohne dabei die konjunkturalen Impulse Spenglers, Chamberlains, Rosenbergs, Möller van den Brucks, der Alldeutschen und der Geopolitik zu leugnen und ohne die wenngleich späte Stützung der NSDAP aus Industriekreisen zu verharmlosen.⁸

Die soziale Entsicherung des Lebens öffnete die Kapillaren der Staatsräson und Verfassungsdisziplin für Hitlers Botenstoffe grandioser Vereinfachung der komplizierten Welt. In ihr machte der pathetische Allerweltscharakter des NSDAP-Programms eher ratlos. Doch beflügelte er durch die Vagheit der Erfolgswege zugleich allerlei Phantasien zur Selbstbedienung, wie etwa der von Großsynthesen aus alter Macht und neuem Geist, aus Mythos und Moderne, Restauration und Revolution. Wie einst aus Patriziern und Plebejern in Notzeiten wieder wahre Römer wurden, so wollte Hitler, wie er drohend verhieß, aus Parteideutschland Volksdeutschland machen und im bunten Strauß der Versprechungen fanden fast alle ihre Blütenträume. Ernst von Weizsäcker notierte am 30. März 1933: »Ich las das jetzt etwas veraltete Buch von Hitler »Mein Kampf«. Am meisten Eindruck machte mir – zu Beginn – die Warmherzigkeit gegenüber dem sozialen Elend. Das ist kein Reaktionär! [...] Die anti-jüdische Aktion zu begreifen fällt dem Ausland besonders schwer, denn es hat diese Judenüberschwemmung eben nicht am eigenen Leib verspürt [...] Wir lesen in der Familie, nachdem uns einige Abende die Odyssee unterhalten hat, jetzt den Jud Süß von Hauff.«⁹

6 Joachim C. Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft*, 6. Auflage, München 1977, S. 319 ff.

7 Zu den Belegstellen vgl.: Manfred Funke, *Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen. Ein Essay*, Düsseldorf 1989, S. 72 ff.

8 Vgl. Höver, Goebbels, a.a.O., S. 401; George Mosse, *Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus*, Königstein/Taunus 1979, S. 234 ff.; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, 4. Auflage, München 1991, S. 11.

9 Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, Frankfurt/ M. 1974, S. 70/71. Im Vorfeld der »Machtergreifung« schattete Hitler seinen Antisemitismus ab. Bereits im Mai 1923 hatte er vom Judentum als »Rassentuberkulose der Völker« gesprochen. Vgl. Joachim C. Fest, *Hitler. Eine Biographie*, Berlin 1973, S. 303.

Demagogisch raffiniert bediente Hitler antisemitische Ressentiments mit dem hohen Anteil jüdischer Politiker in der Rätephase 1919, oft wiederholt und vermengt mit Hitlers Klage über die Veruntreuungen von Staatsgeldern durch Julius Barnat, einem Großunternehmer ostjüdischer Herkunft, der am 30. März 1928 zu elf Monaten Gefängnis verurteilt worden war und Hitler Anlass bot für gewaltige Hasstiraden gegen angeblich unterschiedliche Strafzumessungen für große und kleine Diebe. Das Interessengeklügel der Parteien, den politischen Konfessionalismus oder die Verelendung der Bauern abstrafend, wollte Hitler selbst »mit eiserner Energie« und »rücksichtslosem Willen« dagegen eintreten »für unser Volk und Vaterland und nicht für Föderalismus oder Unitarismus, nicht für Republik oder Monarchie sondern allein für Deutschland«. ¹⁰

Friedrich Meinecke kommentierte verwundert-widerwillig die »suggestive Wirkung« Hitlers auf die gute Gesellschaft. Ihr erscheine als das eigentlich Wertvolle der Hitler-Bewegung »das starke nationale Wollen, das leidenschaftliche Empfinden unserer politischen Unfreiheit und die ethische Aufbäumung gegen Großstadtschmutz [...] Man lacht über ihre wirtschaftlichen Forderungen, schilt auch in den Kreisen der oberen Zehntausend gesittet über ihren Straßenradau- und doch, merkwürdig, geht in diesen selben Reihen das Geraune über die Nützlichkeit und dermaleinstige Verwendbarkeit des Nationalsozialismus sachte weiter. Was steht eigentlich dahinter?« ¹¹

Dahinter steckte Hitlers Überzeugung seit dem missglückten Putsch von 1923, nur mittels taktischer Versäulung seiner Ziele mit denen der Inhaber der politischen und ökonomischen Kommandozentralen die eigenen Interessen etappenweise durchsetzen zu können. Zugleich glaubten die gefährdeten alten Eliten, mittels einer Art befristeter Machtvergemeinschaftung mit der NS-Bewegung Hitler als Rammbock wider Reparationen, Parlamentarismus, Klassenkampf-Sozialismus einspannen und die revolutionäre Druckwelle auf die Räder ihrer eigenen Intentionen leiten zu können. Denn in den Massen stieg *Hitler* mittlerweile auf zur letzten Alternative gegenüber allen bisherigen missglückten Regierungskoalitionen (20 Kabinette in 13 Jahren). Und nur so ist die Raison der Verzweiflung im Wahlverhalten ab September 1930 erklärbar.

Die NSDAP als Volkspartei des Protestes offerierte sich als positive Diagonale im Parallelogramm des Ungewollten, Unverschämten, Ungewissen, Unerträglichen. Dies spiegelt sich tiefgründig im Resümee Falters: »Fasst man alte und neue Mittelschicht zusammen, so kamen aus der Mittelschicht insgesamt rund 60 % der NSDAP-Wähler [...], Wähler aus der Arbeiterschaft oder Arbeiterhaushalten dagegen stellen bis zu 40 % der NSDAP-Wählerschaft.« ¹²

Das NS-Ziel der Machteroberung durch blutige Entschlossenheit, durch Anti-

¹⁰ Vgl. exemplarisch Hitlers Rede am 29.2.1928, in: Bärbel Dusik (Hrsg.), *Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. II, Teil 2: August 1927- Mai 1928, München 1992.

¹¹ Friedrich Meinecke, *Politische Schriften und Reden*, Darmstadt 1958, S. 443.

¹² Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, Darmstadt 1992, S. 371 f.

marxismus, Antiparlamentarismus, Antikapitalismus, Überkonfessionalismus, durch Spenglers »preußischen Sozialismus« statt Klassenkampf beließ aufgrund programmatischer Verschwommenheit vielerlei Hoffnung auf leidliche Restituirung von Bürgertum und vertrauten Werten. Damit erschien diabolischerweise *Hitler* als kleineres Übel im Machtkampf um Demokratie und Diktatur vor dem 30. Januar 1933, gleichsam als deutsche Variante des »Duce«-Faschismus und damit als dritter Weg zwischen westlichem Liberalismus und sowjetischem Kommunismus.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Entscheidungshandeln im Reich auf die stärksten Repräsentanten des »Sozialismus« reduziert: NSDAP, SPD und KPD. Auch nach dem schweren Einbruch der Hitler-Partei bei der Reichstagswahl im November 1932 verfügten die Feinde der Republik NSDAP und KPD zusammen über die absolute Mehrheit im Reichstag. Die SPD mit ihrer Tolerierung des Kabinetts Brüning und ihrem Votum für Hindenburg zur Verhinderung der Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten (Tolerierungs-Strategie) hatte sich als älteste deutsche sozialistische Partei selbst auf Defensive verlegt. Überdrüssig des Taktierens der SPD, des Fintierens des Zentrums gegenüber der NSDAP, verunsichert durch deren Erfolge in den Landesparlamenten entsperreten sich DNVP, DVP und DDP gegenüber den nationalistischen Verlockungen der Hitler-Bewegung. Opposition gegen Hitler gab es reichlich, doch blieb sie in Partikularinteressen zersplittert. Immer zaghafter wandte sich die Vernunft der Demokraten gegen das Trommelfeuer der propagierten nationalen Wiedergeburt, der inneren Versöhnung und äußeren Stärke. *Hitlers* Rhetorik berauschte. Verführung verstärkte sich durch die Gewalt der NSDAP, der SA, SS auf der Straße. Schauernd beobachtete Hans Werner Richter, wie im Zuge der NS-Machtergreifung kommunistische Parteigenossen plötzlich im Braunhemd erschienen und ihre Spielmannszüge in die NS-Kohorten einreichten.¹³ Doch der Triumph der Nazis zeigte sich nicht nur im anschwellenden Mitläufertum, sondern in der Herstellung von Entmutigung innerhalb der Opposition. Bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz hatte die SPD im Reichstag, mehrfach Hitlers außenpolitische Ziele gutheißen, zuletzt allein mit Nein gestimmt. Zur »Friedensrede« *Hitlers* am 17. Mai 1933 sagte die malträtierte Rumpf-Fraktion gequält Ja. Man kann den Erfolg Hitlers nicht begreifen, wenn »man außer Rechnung stellt, dass er in einer seelisch gebrochenen Nation nach oben kam.«¹⁴

Das System von Weimar stürzte zusammen, weil die einzelnen Elemente seiner tragenden Gesamtstatik nicht füreinander standen, sondern gegeneinander wirkten. Aus mancherlei Rinnsalen bildete sich zugleich ein Strom der Hoffnung auf eine »wahrhaft unparteiliche Staatsführung« zugunsten des Ganzen statt einzelner Segmente.¹⁵

13 Vgl. Hans Werner Richter, Briefe an einen jungen Sozialisten, Hamburg 1974, S. 53. Zur Tolerierungspolitik vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Band 1, München 2002, S. 497.

14 Fest, Untergang, S.52.

15 Vgl. Hans Mommsen, Von Bonn nach Weimar. Demokratieverständnis der Deutschen, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998 (Studienausgabe), S. 751.

Dass dabei die NSDAP sich als allumfassende Protestpartei am ehesten glaubhaft machen konnte, bewies ihre ebenso blutige und opferreiche wie junge Geschichte. Unter den sechzehn beim Münchener November-Putsch 1923 Gefallenen gab es Bankbeamte, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter. Man findet neben einem Rittmeister und Landgerichtsrat einen Kellner, Diener, Schlosser, Studenten. Politische Erbitterung, soziale Verzweiflung, Hitlers Propaganda und sein Querverbund zwischen Restauration und Revolution, die Nutzung programmatischer Teilidentitäten innerhalb der Eliten (Militär, Diplomatie und Großbürgertum), die Massenverzweiflung im Taifun der Weltwirtschaftskrise und die kommunistische Weltbedrohung boten Einbruchstellen in Geist, Politik und Moral der belagerten Civitas. Die nazistische Protestgewalt fand dazu Unterstützung in der schäumenden europäischen Demokratie- und Liberalismus-Kritik sowie im Staunen über Mussolinis faschistischen Erfolgskurs.¹⁶ Der von Entlassung bedrohte Arbeitnehmer setzte auf Hitler als Nothelfer,¹⁷ der Gelehrte auf Hitler als Prophet neuen Aufstiegs,¹⁸ das Bürgertum auf eine modernisierte autoritäre Kulturtradition.¹⁹ Intellektuelle und Publizisten liberaler oder linksliberaler Prägung lieferten mit ihrer ätzenden Kritik an den bedrückenden Zuständen keine Stabilisierung der Republik.²⁰ Ihre geistig-politischen Lebensbedingungen wurden vielmehr zunehmend bestimmt von Tendenzen, wonach nicht nur der Erste Weltkrieg sondern auch der Friede danach als »Katastrophe« empfunden wurde.²¹ Selbstpreisgabe, Eigenentmachtung, Auflösung der Republik bezeichnen einen Erosionsprozess, an dessen Ende das System der kommunizierenden Röhren im Leben des Einzelnen als Staats-, Erwerbs-, Bildungs-, Rechts- und Familienbürger nirgendwo mehr aus eigener Kraft zum Ausgleich des Leidensdrucks fähig zu sein schien.²² Damit kam für Hitler und seine NSDAP die zweite Chance nach dem missglückten Putsch in München vom 9. November 1923.

Die Krise des Liberalismus in der Epoche des Ersten Weltkrieges zeugte nationalsozialistische Formationen in vielen Staaten Europas. Sie versuchten sich an einer Synthese aus Sozialismus, Nationalismus, Kapitalismus und Mythen-Erbe mit dem Ziel einer klassenübergreifenden Versöhnungsgemeinschaft, die nach außen fest und nach innen geschlossen zusammenstand.²³ Abgesehen von einer besonderen

16 Vgl. Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, bes. S. 53; Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 176 ff; Francois Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1996.

17 Exemplarisch dafür Wilhelm Böhm, *Meine Jugend in Schweinfurt während des Dritten Reiches*, Schweinfurt 1999, S. 32: »Im Jahre 1931 erhielt mein Vater die Mitteilung, dass er zu Beginn des Jahres 1932 mit seiner Entlassung aus der Firma rechnen müsse. Damals trat er in die NSDAP ein. Er hoffte auf die große nationale Bewegung, die Deutschlands Not ein Ende setzen würde.«

18 Wilhelm Mommsen, *Politische Geschichte von Bismarck bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1935, 260 f.

19 Vgl. Christoph H. Werth, *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996.

20 Kurt Sontheimer, *Die politische Kultur der Weimarer Republik*, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 3. Auflage, Bonn 1998, S. 454 ff.

21 Ludwig Dehio, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1961, S. 18.

22 Vgl. Manfred Funke, *Republik im Untergang. Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur*, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.), S. 529.

23 Vgl. Karlheinz Weißmann, *Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890 bis 1933*, München 1998.

Akzentuierung des Völkischen, Antisemitischen, Antimarxistischen und eines ökonomischen Harmonismus fiel die am 5. Januar 1919 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei nicht aus dem Spektrum radikaler Volkstümelei. Auch nach der Umbenennung in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, deren 25-Punkte-Programm Hitler am 24. Februar 1920 im Münchener Hofbräuhaus vor 2.000 Teilnehmern verkündete, zeigte sich noch nicht das Singuläre dieser Bewegung. Erst als Hitler am 29. Juli 1921 zum Vorsitzenden mit diktatorischen Vollmachten gewählt worden war, verpuppte sich die Protest-Partei zur militanten »Führer«-Partei, zu Hitlers antisemitischem, antiparlamentarischem, antimarxistischem und agitatorischem Stoßtrupp. Paramilitärisch durchorganisiert, war sein Ziel die politische Macht in Deutschland. Stimuliert durch Mussolinis erfolgreichen Marsch auf Rom im Oktober 1922, versuchte Hitler unter Mitwirkung rechtskonservativer Verschwörer bereits 1923 die gewaltsame Machtübernahme. Doch wurde er von denen im Stich gelassen, auf die er gesetzt hatte. Konsequenz daraus war nach Hitlers Haftentlassung aus Landsberg eine Doppelstrategie: Arrangements mit Schlüsselfiguren und Gesellschaftsgrößen, die in Distanz zur Republik standen, und gleichzeitig brutaler Kampf gegen Links um die Herrschaft auf der Straße und um die Geister mit geschulten Partei-Rednern und der Propaganda des »Völkischen Beobachters« (ab 1923 als Tageszeitung erscheinend). Mit dem Aufstieg vom Trommler zum Führer seiner Partei, mit dem Ausbau ihrer Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS) sowie nach Hitlers Ausschaltung aller Konkurrenz um die Parteiführung im Anschluss an die Bamberger Tagung 1926 waren die Gründungs- und Konsolidierungsphasen abgeschlossen. Ab 1930 wurde die NSDAP von Hitler in den Entscheidungskampf um die politische Macht in Deutschland geführt, die Krise der Strasser-Sezession rasch überwindend. Zuvor hatte die Agitation wider den Young-Plan 1929 Hitler international bekannt gemacht. Seine Zeugenaussage beim Ulmer Reichswehrprozess am 25. September 1930, auf dem Weg zur Macht die Legalität zu respektieren, machte ihn für rechte Kreise ebenso attraktiv wie *Hitlers* Ankündigung, dass nach seinem Sieg ein autoritärer Staatsumbau erfolgen werde.

Eine breite Bresche schlug für Hitler dabei die nach der Inflationskatastrophe von 1923 entfachte dumpfe Angst vor erneutem Ruin angesichts der Wirtschaftskrise. Gräben vertieften sich zwischen Hass, Vernunft, Konsens und Solidarität. »Das ungeheure Erlebnis des Krieges selbst«, umschreibt Ferdinand Friedensburg die Haltung der Deutschen, »und die niederdrückende Erfahrung seines Ausgangs bewirkten nicht nur Müdigkeit und raschen Umschlag aus dem Opferwillen in krasse materielle Selbstsucht, sondern auch gleichzeitig eine bisher beispiellose Politisierung, die die Probleme selbst verflachte, aber die Gegensätze gefühlsmäßig vertiefte.«²⁴ Als Außenstehender registrierte der britische Botschafter Sir Horace Rumbold in einem Bericht nach London vom 29. Mai 1931, dass die Deutschen nach jedem Ausweg aus ihrem Elend gesucht hätten. »Doch alle Auswege scheinen einer nach dem anderen verschlossen, ob es die Zollunion, die Reparationen oder der all-

24 Ferdinand Friedensburg, *Die Weimarer Republik*, Hannover 1957, S. 249.

gemeine Aufschwung der Weltwirtschaft war. Es ist dieser Mangel an Hoffnung, der die Situation für sie so deprimierend erscheinen lässt.«²⁵

Der Substanzverlust parlamentarisch-demokratischer Lebenskultur zeigte sich besonders bei den Wahlen im April zum Reichspräsidentenamt. Die 36,4 Millionen abgegebenen Stimmen verteilten sich auf den greisen Gesinnungsmonarchisten Paul Hindenburg, den Rechtsextremisten Hitler und den Linksextremisten Thälmann. In Thüringen stellte die NSDAP im Januar 1930 erstmals im neuen Kabinett den Innenminister. In Anhalt, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Thüringen kamen 1932 Nazis sogar ins Amt des Ministerpräsidenten. Es setzte sich der Machtzuwachs seit September 1930 fort, als die NSDAP ihren Stimmenanteil von 2,6 % (1928) auf 18,3 % bei den Reichstagswahlen steigerte. Im Juli 1932 wurde die NSDAP mit 230 Mandaten stärkste Fraktion im Reichstag und blieb es trotz des Rückgangs auf 196 Sitze im November. Die Schlappe wurde propagandistisch kompensiert mit dem Erfolg in Lippe (39,5 %) am 15. Januar 1933. Den Weg aus dem Parlamentarismus plante zudem in der Phase der Präsidialkabinette Reichskanzler Franz von Papen mit seinem Slogan von einer »neuen unabhängigen Staatsführung«. Papens Nachfolger Kurt von Schleicher dementierte am 24. Januar 1933 die Nazi-Proklamation des »staatlichen Notstands«, während Papen bereits mit der Hindenburg-Kamarilla dem alten Reichspräsidenten ein Kabinett Hitler mit konservativer Verrahmung aufdrängte. Hitler, der klugerweise nicht mehr »Alles oder Nichts« forderte, sondern sich mit lediglich zwei Ministerposten begnügte, wurde akzeptabel. Unter Missbrauch der »Reichstagsbrand«-Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar und des »Ermächtigungsgesetzes« vom 23. März erfolgte sodann eine blitzartige Machtmonopolisierung, die Opposition und Kritik mit direkter Gewalt erstickte. Die etablierten Parteien erwiesen sich rasch als Eliten der Ohnmacht. Mit dem Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (1. Dezember 1933) schloss das Jahr der Machtergreifung. Gemäß Gesetz vom 14. Juli 1933 gegen die Neubildung von Parteien gab es nurmehr die NSDAP im Deutschen Reich. Alle anderen waren verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen worden. Ihren Parteitag 1933 feierte die NSDAP als »Parteitag des Sieges«.

In der sogenannten Parteierzählung hat Hitler immer wieder diese Magistrale des Triumphs seiner NSDAP beschrieben, die 1919 mit 7 Männern begonnen hatte,²⁶ im Januar 1933 850.000 Mitglieder zählte, auf 2,5 Millionen im März anstieg und einen Aufnahmestop gegen den Zustrom von Opportunisten im selben Monat verfügte.²⁷

25 Zitat nach: Manfred Funke, Was führte zum Scheitern der Weimarer Republik?, in: Peter R. Weilmann u.a. (Hrsg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999, S. 45. Mit Schreiben vom 23. Januar 1931 an das Nobelpreiskomitee empfahl Thomas Mann einen deutschen Kandidaten, weil dies eine Rolle spielen könnte beim Gedanken »an Deutschlands derzeitige überaus schwere wirtschaftliche Lage«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. April 2002, S. 45.

26 Vgl. Völkischer Beobachter vom 21. Februar 1931, in: Constantin Goshler (Hrsg.), Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. IV, Teil 1, München u. a. 1994, S. 206 ff.

27 Zum Vorstehenden: Albrecht Tyrell, Nationalsozialistische Arbeiterpartei, in: Walter Schlangen (Hrsg.), Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Düsseldorf 1979, S. 119 ff.; Wolfgang

Mit der »Machtergreifung« konnte Hitler an die praktische Umsetzung seiner »Mein Kampf«-Visionen gehen, d.h. die Partei als Träger einer neuen Weltanschauung von »prinzipieller Bedeutung« (Hitler) mobilisieren. Sie sollte Quellkraft werden für einen Frieden, der sich nicht »auf die Palmwedel tränenreicher pazifistischer Klageweiber stützte«, sondern sich begründete »durch das siegreiche Schwert eines die Welt in den Dienst einer höheren Kultur nehmenden Herrenvolkes«. ²⁸

Die Partei als Ferment und Koordinator für die Erzeugung und Erziehung »physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen« und damit als Gegenmittel zum »deutschen Überindividualismus« ²⁹ wurde in ihrer Ziel-Dynamik freilich gelähmt durch das nunmehrige Fehlen des politischen Gegners, an dem die NSDAP gewachsen war. Die Jahre der blutigen Dauerproben in Saal- und Straßenschlachten waren vorbei. Zudem hatte Hitler selbst die revolutionären Heißsporne innerhalb seiner Gefolgschaft beim »Röhmputsch« liquidiert. Vor allem aber empfahlen das Misstrauen des Auslandes und die Schwäche des Regimes während der Aufbau- und Risikozone bis 1936/37 die Taktik grandioser Selbstverharmlosung. Die Partei, zumal die Auslandsorganisationen der NSDAP, sollten deshalb vor allem als gesittete Werbeträger für das neue Regime fungieren. Die NS-Regierung selbst forderte unterdessen, durchaus die diplomatischen Spielregeln beachtend, auf dem Parkett, auf der Straße und im Rundfunk Gleichberechtigung für Deutschland im Rüstungs- und Wehrbereich. Forderungen solcher Art federte Hitler zugleich mit innigen Bekenntnissen zur Friedensliebe ab. Der offene Antisemitismus wurde mit der Versicherung umflort, lediglich auf den Abbau der disproportional zur Gesamtbevölkerung hohen Präsenz von Juden in exponierten Berufen und Branchen zu drängen. Verwundert registrierten ebenfalls die Fanatiker in der Partei, die gegen Warenhäuser und Kapitalismus-Metropolen vorgehen wollten, dass dies von oben untersagt wurde, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden. ³⁰

Hitlers spektakulärer Austritt aus dem Völkerbund wurde sofort auswärtig mit dem Angebot eines Viererpaktes zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und England zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit. Als Nachweis der Kontinuität mochte im Ausland gelten, dass Hitler die Führungsstruktur des Auswärtigen Amtes bis Anfang 1938 unverändert ließ.

Mit der usurpatorischen Selbstbestellung Hitlers zum Nachfolger des Reichspräsidenten als »Führer und Reichskanzler« am 2. August 1934 verkörperte der Diktator auch offiziell die Doppelspitze des »dual state«. Parallel zu den tradierten Verwaltungseinheiten vom Gemeindevorsteher bis zum Ministerpräsidenten eines Landes etablierte die NSDAP eine Führer-Organisation mit Reichs-, Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitern bis hinunter zum Blockwart. Die zivile und uniformierte Repräsentanz von Normen- und Maßnahmenstaat (zuweilen in Personalunion von

Benz, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), in: Wolfgang Benz u.a. (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 601 ff.

28 Adolf Hitler, Mein Kampf, Zwei Bände in einem Band, 12. Auflage, München 1942, S. 438.

29 Ebd., S. 430, S. 433.

30 Vgl. Wolfgang Benz, Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 47.

Parteiwürdenträgern und Staatsbeamten) ideologisierte und kontrollierte bei steigender Rechtswillkür den deutschen Alltag.³¹ Dabei oblag in den sogenannten Friedensjahren der NSDAP samt ihren Gliederungen neben Ausbildung und Erziehung vor allem die Inszenierung des schönen Scheins der NS-Allmacht bei Aufmärschen, KdF-Aktionen, bei den Reichsparteitagen, bei den Olympischen Spielen 1936.

Mit der Zurücknahme der revolutionären Dynamik und der Verstaatlichung der Partei verstärkte sich freilich die Neigung zur Bonzokratie (»Wenn das der Führer wüsste!«). »Mit mehr als acht Millionen Parteimitgliedern und einer Plethora von Nebenorganisationen stellte die NSDAP einen extrem aufgeschwemmten und politisch weitgehend sterilen Apparat dar, dessen Ansehen bei der Masse der Bevölkerung infolge der verbreiteten Korruption der Parteifunktionäre und deren unangemessene Bevorzugung bei der Gewährung von UK-Stellungen tief unter den Nullpunkt gesunken war.«³²

Als Hoffnungsträger des Endsiegs sollte die NSDAP jedoch neben der Wehrmacht nach der Katastrophe von Stalingrad neue Bedeutung erlangen. Goebbels, neuer Beauftragter für den totalen Kriegseinsatz, erinnerte aufpeitschend an die einstige Überlegenheit der Gegner beim letztlich erfolgreichen Kampf der NSDAP um die Macht und forderte mit der gläubigen Rückkehr zu den Ursprüngen absolute Hingabe an den totalen Kriegseinsatz. »Ein Aktionsprogramm für die Aktivierung der Partei« wurde zur Grundlage für leidenschaftliche Durchhalte-Propaganda, für Auskämmung von Personalreserven, für die Indoktrination und Bildung des »Volkssturms«, für den Bau von Befestigungsanlagen oder die Durchführung von Evakuierungen, für Rettungseinsätze nach Bombardierungen.

Die Bestellung der Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren gab ihnen im Untergang des »Dritten Reiches« eine praktisch unbegrenzte Machtfülle, die vor allem Goebbels als Gauleiter und damit Verteidigungskommissar Berlins zur rücksichtslosesten Drohpropaganda autorisierte: »Es gibt nur eine Möglichkeit, am Leben zu bleiben: die Bereitschaft kämpfend zu sterben und damit den Sieg zu erzwingen.«³³ Gerade die Gauleiter eigneten sich zur Allzweckwaffe, weil ihre Position von der Parteihausmacht, vor allem von ihrem persönlichen Prestige bei Hitler abhängig war. Dabei wogen Erfolge als »Volkserzieher« weniger als die Einsätze der Gauleiter in den Grenzgaue des Altreichs bzw. bei der Neuordnung annektierter Gebiete.³⁴ Auch hier waren Führungskompetenz, persönliches Durchsetzungsvermögen, Haltung und Wille entscheidender als der Glaube an das Parteiprogramm.³⁵ Dieses hatte Hitler 1926 für unabänderlich erklärt und dennoch in seinen Allianzen mit den tra-

31 Vgl. Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt/M. 1974; Bernd Rüthers, *Entartetes Recht. Rechtslehren und Kronjuristen im Dritten Reich*, München 1994.

32 Hans Mommsen, *Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche*, Stuttgart 1999, S. 310.

33 Ebd., S. 320.

34 Vgl. Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969, S. 119, S. 147.

35 Vgl. zur Frage der Macht-Diversifikation in der NSDAP die Literatur in Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1990, S. 44 f.

dierten Eliten in Diplomatie, Wirtschaft und Reichswehr nach seinem persönlichen Gutdünken missachtet oder verformt. Dass Hitler dies zu tun vermochte, beweist seine Position oberhalb aller Machtkonkurrenzen. Der Chef der Staatskanzlei, Hans Heinrich Lammers, verkündete im Reichsverwaltungsblatt: »Der Führer Adolf Hitler als Träger der höchsten Souveränität des Großdeutschen Reiches ist alleiniger Ursprung allen Rechts.«³⁶ Da die Vollmacht des Rechts die beliebige Schaffung und Anwendung von Sonderrecht beinhaltete, war das Zusammenspiel von Normen- und Maßnahmenstaat jederzeit möglich. Es wurde gebunden durch das auch im 25-Punkte-Programm der NSDAP³⁷ gespiegelte Prinzip: »Innerhalb der Gemeinschaft gelten Friede, Ordnung und Recht. Außerhalb der Gemeinschaft gelten Macht, Kampf und Vernichtung.«³⁸

Die monströse Unmenschlichkeit der NS-Diktatur nahm dem Geist der NSDAP, Hitlers Heimat, Werkzeug und letzte Bastion, nach Kriegsende jedes politische Lebensrecht. Die Bewegung ging mit Hitler zugrunde, gerichtet und erledigt vor dem offiziellen Verbot der NSDAP am 10. Oktober 1945 durch den Alliierten Kontrollrat.

36 Zitiert nach Manfred Funke, *Starker oder schwacher Diktator*, S. 50.

37 Vgl. Benz, *Geschichte*, S. 85.

38 Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, S. 172.

Arnold Sywottek

Kommunistische Erziehungsdiktatur: Das Mehrparteiensystem in der DDR

In anderer Weise als die nationalsozialistische bildet die kommunistische Diktatur in der DDR einen besonderen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Parteiensystems und seiner Transformationen. Hatte die nationalsozialistische Diktatur damit begonnen, dass die mit der NSDAP konkurrierenden politischen Parteien ausgeschaltet oder zur Selbstauflösung gedrängt wurden, so begann die kommunistische Diktatur damit, dass in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und in Berlin neben der Kommunistischen Partei sehr schnell auch andere Parteien zugelassen wurden, die sich allerdings programmatisch auf einen Antifaschismus festzulegen hatten, dessen Ausformung zunächst von der KPD, ab 1946 von der SED bestimmt wurde. Für die Geschichte auch des westdeutschen Parteiensystems ist bemerkenswert, dass die Parteiengründung nach dem Zweiten Weltkrieg von der Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone vorgeprägt wurde und dass sie in gewisser Hinsicht den vier bis fünf Milieus entsprach, welche die Parteienlandschaft in Deutschland seit ihrer Entstehung kennzeichnete. Allerdings wurden 1945 von vornherein einige neue Akzente gesetzt, auf die noch einzugehen ist, und 1948/49 wurden in Ostdeutschland einige sich als dauerhaft erweisende Änderungen eingeführt, die dem politischen und Parteiensystem in der DDR ihr besonderes Gepräge verliehen. Damit ist auch die Gliederung des Beitrags angesprochen, der sich zunächst ausführlicher der Zeit bis 1949 widmen wird, um dann in größeren Schritten die folgenden Jahrzehnte zu durchmessen. Von Einschnitten Ende der fünfziger und Ende der sechziger Jahre wird nur knapp die Rede sein, um das Ende der DDR und ihrer Parteien sowie deren Übergang in das Parteiensystem der Bundesrepublik etwas intensiver zu betrachten.

1. 1945 – 1949: Grundlegung und Erweiterung

Die Vorgeschichte des öffentlichen Wiederauftretens der KPD auf der politischen Bühne und ihres Aufrufs vom 11. Juni 1945 ist seit Wolfgang Leonhards Erinnerungen, die Mitte der fünfziger Jahre unter dem Titel »Die Revolution entlässt ihre Kinder« erschienen, oft erzählt und untersucht worden. Die neueren Studien, die sich auf sowjetisches Archivmaterial stützen können, haben an dem Bild, das damals entstand, wenig geändert. Danach stand für die Kommunisten, die im sowjetischen Exil im Umfeld der sowjetischen Entscheidungsinstanzen agierten, seit etwa 1943 fest, dass es im künftigen Deutschland mehrere Parteien geben würde. 1945

trat die KPD mit dem Anspruch auf, mit ihren Vorstellungen in ungebrochener Kontinuität zu ihren Bemühungen um »Einheits- und Volksfront« seit 1935 zu stehen – eine Sicht, die manche Wendungen der KPD-Politik der Zwischenzeit ausblendete. Besonders die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes für die politische Orientierung der Partei wurden nicht angesprochen, und auch die Mitwirkung im »Nationalkomitee ›Freies Deutschland‹«, das seit 1943 von der Sowjetunion her versuchte, der deutschen Widerstandsbewegung programmatisches Profil zu geben, durfte offenbar nicht erwähnt werden. Erst seit 1957 wurde diese Traditionslinie offengelegt.

Mit diesem Rückgriff auf das antifaschistische Programm der dreißiger Jahre, das damals nicht erfolgreich gewesen war, aber, wie der Parteivorsitzende Wilhelm Pieck einmal sagte, Kommunisten erstmals mit Vertretern anderer politischer Richtungen ins Gespräch gebracht hatte, war für die KPD das Bekenntnis zur Demokratie als Staatsform verbunden, soweit sich diese Demokratie dem Kampf gegen den Faschismus verschrieb. Faschismus – auch dies war für die Kommunisten seit 1935 festgeschrieben und galt bis 1990 – wurde von ihnen als fortgeschrittenstes Stadium des Imperialismus, als terroristische Herrschaft des Kapitals definiert. Demokratie war also von der KPD nicht primär als politische Lebensform, sondern vor allem als politisches Instrument gefasst, das die Verhältnisse langfristig dem von ihr nach wie vor als erstrebenswert angesehenen »Sozialismus« nach sowjetischem Vorbild näher bringen sollte. Historisch-politisch wurde damit argumentiert, dass der Prozess der 1848 begonnenen, aber nicht vollendeten bürgerlichen Revolution zuende geführt werden müsse. Dementsprechend wurde 1945 von der KPD-Führung betont, es sei falsch, den Deutschen das »Sowjetsystem« aufzuzwingen, das den »gegenwärtigen« Bedingungen nicht entspreche. In den 1946/47 verabschiedeten Länderverfassungen wurde deutlich, dass sich die Besatzungsmacht, die diese Verfassungen zu genehmigen hatte, in dieser Hinsicht für Deutschland am Modell der Weimarer Republik orientierte. Freilich fasste auch die sowjetische Besatzungsmacht die antifaschistische Demokratie lediglich instrumentell auf.

Wie stark die Vorstellungen besonders der parteipolitischen Verhältnisse von der Erfahrung der Weimarer Republik geprägt waren, ist daran zu erkennen, dass die KPD bei ihrer Zulassung davon sprach, dass auch die Zentrumspartei sich wiedergründen könnte. Die traditionelle katholische Zentrumspartei hat es dann zwar für einige Jahre in Westdeutschland gegeben, im Osten und in Berlin spielte sie jedoch keine nennenswerte Rolle. Hier im protestantisch dominierten Osten gewann Form, was die Bundesrepublik bis heute kennzeichnet: eine konfessionsübergreifende Partei, die schon mit ihrem Namen Christlich Demokratische Union (Deutschlands) signalisierte, dass sie breitere Bevölkerungskreise als nur die Katholiken integrieren wollte. Historisch gesehen spiegelt sich darin auch die Bereitschaft, die Grenzen des traditionellen katholischen Milieus nicht länger politisch wirksam werden zu lassen. Mit Andreas Hermes, dem ersten Vorsitzenden, der zu Beginn der Weimarer Republik Landwirtschafts- und Finanzminister, und seinem Nachfolger Jakob Kaiser, der in der Weimarer Republik Geschäftsführer der westdeutschen christlichen Gewerkschaften gewesen war, repräsentierte die CDU zwar die Spannweite der gesellschaftlichen

Schichten, auf die sich das Zentrum gestützt hatte, doch entscheidend für die CDU war, dass sie jetzt auch die entsprechenden protestantischen Kreise, die früher konservativ, d. h. zu Weimarer Zeiten an die DVP oder DNVP gebunden waren, ansprach.

Die liberalen Traditionen, die zu Zeiten der Weimarer Republik in der DDP (am Ende Staatspartei) und der DVP parteiorganisatorisch Ausdruck gefunden hatten und sich vielerorts schnell revitalisierten, wurden in der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) zusammengeschlossen; in Westdeutschland fanden sie in der FDP ihr Pendant. Klar war für die aus Moskau zurückgekehrte KPD-Führung auch, dass sich die Sozialdemokraten wieder organisieren würden, obgleich es seit 1933 wiederholt Bemühungen gegeben hatte, die, wie immer wieder gesagt wurde, verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden – eine Haltung, die auch unter den Sozialdemokraten zunächst weit verbreitet war. Doch die KPD-Führung wies 1945 entsprechende Avancen selbst prominenter Sozialdemokraten wie Gustav Dahrendorf zurück und bestand auf der getrennten Reorganisation der Arbeiterparteien. Wenn man auch die spätere Entwicklung nicht als strategisch geplantes Vorgehen nachweisen kann, ist doch ein Kalkül deutlich: Die KPD sollte wiedererstehen, weil nur mit ihr jenes Politikmodell realisierbar war, das sich im sowjetischen Parteienzulassungsbefehl in den Worten niederschlug, die Tätigkeit der zugelassenen Parteien – gleichzeitig wurden Gewerkschaften erlaubt – werde »unter Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen«. Dass die Rede von den »Instruktionen« ernst zu nehmen war, haben zahlreiche Erinnerungsberichte und Analysen bestätigt, und zentral erlaubt wurden diese Parteien erst, nachdem sie sich zur Zusammenarbeit mit der KPD im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« bereit erklärt hatten. Wenn man so will, wurden die übrigen Parteien, die in zahlreichen örtlichen Zirkeln mit zunächst eigenen Programmen entstanden waren, am Ende in den in Berlin gebildeten »Block« hineingegründet, den formal die KPD vorgeschlagen hatte. Zwar wurde der auf allen Ebenen des politischen Systems etablierte »Block« dann nicht das vorparlamentarische Beratungsgremium, das er hätte sein sollen; er verdeutlichte den Zeitgenossen jedoch schnell, dass es in der sowjetisch-kommunistischen Demokratie eines nicht geben sollte: förmliche Opposition gegen die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr abhängigen deutschen Verwaltungen und (ab 1946) Regierungen. Wegen ihrer Weigerung, die sowjetischerseits angeordnete, der Form nach durch deutsche Rechtsverordnungen der Länder- und Provinzverwaltungen verkündeten und von der KPD intensiv propagierten »Bodenreform« zuzustimmen, wurde die erste CDU-Führung unter Andreas Hermes und Walter Schreiber kurzerhand im Dezember 1945 von zentralen sowjetischen Verwaltungsinstanzen abgesetzt.

Etwa zur selben Zeit, als sich diese Opposition bemerkbar machte, schaltete die KPD auch in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie um. Die vorausgegangenen Monate hatten gezeigt, dass die SPD mehr Mitglieder-Zulauf erhielt und dass die KPD in weiten Kreisen der Bevölkerung als »Russenpartei« auf Ablehnung stieß. Nachdem im November 1945 in Ungarn und Österreich die Kommunisten bei freien Wahlen ein äußerst schlechtes Ergebnis erzielt hatten, zwang die KPD die ost-

deutsche SPD zum Zusammenschluss. Unter Beteiligung der sowjetischen Behörden kam die Einwilligung der zentralen Vorstände im Februar und März 1946 zustande, und am 21. April wurde die neue Partei SED gegründet. Über diese Vorgänge ist viel geschrieben worden. Deshalb nur einige thesenartige Bemerkungen zu ihrer Bedeutung für die Geschichte des deutschen Parteiensystems:

1. Mit der Entscheidung für die SED-Gründung nur in Ostdeutschland machten die sowjetischen und KPD-Instanzen deutlich, dass für sie die politische Kontrolle Ostdeutschlands Priorität hatte. Diese Priorität galt bis 1990, allerdings zwischen 1947 und 1955 und auch danach noch gelegentlich immer wieder unterbrochen durch Phasen, in denen sich andere Prioritäten abzeichneten, die auf die Ermöglichung eines wiedervereinigten Deutschlands zielten. War es 1947 die Erwägung, die SPD in der Ostzone wieder zuzulassen, so waren es in den fünfziger Jahren interne sowjetische Überlegungen, der Forderung nach freien Wahlen stattzugeben, die die Priorität, Ostdeutschland politisch zu kontrollieren, und damit Deutschland zu teilen, in Frage stellten.

2. Mit der ablehnenden Reaktion auf die »Zwangsvereinigung«, wie Sozialdemokraten in West- und zunächst auch noch in Ostdeutschland sagten, wurde diese politische Teilung gewissermaßen vorweggenommen und zugleich bestätigt. Dies zeigte sich besonders in West-Berlin, dessen politische Existenz auf die von den West-Berliner SPD-Mitgliedern indirekt gebilligte Herauslösung ihres Landesverbandes aus der Ostzonen-SPD vor der SED-Gründung zurückgeht. Für die alliierte Deutschlandpolitik ist von Belang, dass der britische Außenminister Bevin angesichts der Erfahrungen bei der SED-Gründung im Mai 1946 die Weichen für die Errichtung eines westdeutschen Staates zu stellen begann.

3. Für die Kommunisten war mit dem Übergang zur SED das programmatische Eintreten für den »Sozialismus« verbunden, der 1945 zunächst erklärtermaßen nur von den Sozialdemokraten angestrebt worden war, darüber hinaus – als »christlicher Sozialismus« – auch von Kreisen der CDU. Diese in der deutschen Kommunistengeschichte nicht sonderlich betonte programmatische Verdichtung des Jahres 1946 liefert wohl das bezeichnendste historisch-politische Argument für die in den siebziger Jahren polemisch betonte Alternative »Freiheit oder Sozialismus«, der, auf diese Situation 1946 bezogen, Realitätsangemessenheit nicht abzusprechen ist, die in der Bundesrepublik der siebziger Jahre aber der aktuellen Grundlagen entbehrte.

Auch der Zusammenhang zwischen der Parteienfusion, die äußerlich zwar für kurze Zeit noch der Gleichwertigkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten Rechnung trug, und der gleichzeitig stattfindenden Enteignung der Konzerne und Großbetriebe durch sowjetische Befehle und ihre Überführung zunächst in Treuhandverfügung, dann in das Eigentum der Länder wird wenig betont, ist aber m. E. nicht ganz belanglos für die SED-Gründung. Für die KPD-Führung und die sowjetischen Behörden kam es darauf an, die Neuorganisation der verstaatlichten Industrie gemäß ihren Vorstellungen sicherzustellen und sozialdemokratische Vorstellungen, die erarbeitet waren, nicht zur öffentlichen Diskussion zuzulassen. Die Differenzen lagen dabei im Maß der direkten Regierungs- bzw. Staatsverwaltungsabhängigkeit der entprivatisier-

ten Unternehmen in der Industrie und dem Handel einschließlich der Banken. Stattdessen wurde die Bevölkerung um ihr »Ja« zur Überführung der »bisher für den Krieg arbeitenden Betriebe der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen in die Hände der Selbstverwaltung« gebeten – eine Maßnahme, die nach dem Willen der SED nicht als Sozialisierung verstanden werden sollte, deren Ergebnis aber später bei Proklamation des Übergangs zum »Sozialismus« als Rechtfertigung diente.

Solche Ungereimtheiten wird man angesichts der bis heute nur schwer durchschaubaren sowjetischen Politik zu Zeiten Stalins und auch danach vorerst stehen lassen müssen und davon ausgehen können, dass sie auch für Zeitgenossen Ungereimtheiten waren. Erst allmählich erfahren wir davon, dass auch die sowjetische Militärverwaltung, die ihre Instruktionen aus Moskau erhielt und sie entsprechend, u. a. durch Anweisungen an die Parteien, weitergab, kein zentral gelenkter Apparat war, sondern ein nicht selten von Widersprüchlichkeiten gekennzeichnetes Gebilde mit territorial und personell unterschiedlicher Prägung. Wichtige Grundentscheidungen hat offenbar damals Stalin persönlich gefällt oder besiegelt; wann und in welcher Form, ist noch weitgehend unbekannt. Wichtig ist, dass wir zwar Stalin als Letztinstanz aller Entscheidungen annehmen können, aber das Maß an Polykratie im Stalinschen Herrschaftssystem noch unbekannt ist. Besonders der NKWD scheint in Ostdeutschland eigenständig operiert zu haben, und auch die übrigen Instanzenzüge der Sowjetischen Militärverwaltung scheinen nicht immer koordiniert gewesen zu sein. Jedenfalls wird es manchmal schwierig, in der sowjetischen und der SED-Linie den verbindenden gemeinsamen Nenner zu erkennen – kein Wunder, bedenkt man das riesige sowjetische Imperium und die geringe Vertrautheit des sowjetischen Diktators mit den Verhältnissen fern von Moskau.

Vor diesem Hintergrund ist wohl nicht zu bezweifeln, dass es Stalin 1945/46 durchaus ernst war mit der Parole von den jeweils spezifischen nationalen »Wegen zum Sozialismus«. Für die SED fand sie in der Formel vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« Ausdruck, die im Februar 1946 von der KPD erläutert wurde. Dieser Weg sollte demokratisch sein, d. h. die zum »Sozialismus« führende SED sollte in Wahlen von der Bevölkerung für ihre Führungsrolle legitimiert werden. Da sie in den Wahlen im Herbst 1946 nur knapp die Mehrheit der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte – in Sachsen-Anhalt konnte sie in der üblichen Allparteien-Regierung nicht einmal den Ministerpräsidenten stellen – konnten sich die Kommunisten bestätigt sehen, die dieses Konzept von vornherein für nicht tragfähig gehalten und es deshalb nur taktisch befolgt hatten, denn ein Aufgeben des Führungsanspruchs war nicht vorgesehen. Vorgesehen hatte die SED allerdings durch die programmatische Festlegung, dass sie zu revolutionären Mitteln greifen würde, wenn die kapitalistische Klasse den Weg der Demokratie zum Sozialismus verlasse.

Die politische Entwicklung seit 1946 war freilich komplizierter, als dass sie in solchen Festlegungen hätte angemessen vorausgesehen werden können. Besonders der sich seit der SED-Gründung verdichtende Trend zur Teilung Deutschlands bzw. zum Aufbau zweier deutscher Staaten mit konkurrierenden Geltungsansprüchen brachte manche Orientierungsschwierigkeiten. So war der SED die offenbar erhoff-

te Ausdehnung nach Westdeutschland durch die dortigen Besatzungsmächte versperrt, die mit ihrer Haltung auch jener der sozialdemokratischen Führung, die sich in Hannover mit Kurt Schumacher etabliert hatte, entsprach. Dies hatte Folgen vor allem für die KPD in Westdeutschland, die sich zunächst als Teil der von Berlin aus geführten KPD verstand und nun in mehreren Schritten formal verselbstständigt wurde, gleichwohl aber von der SED-Führung gesteuert blieb. Bei den Liberalen und Christdemokraten stellten sich solche Probleme nicht; sie waren bis 1949 allenfalls auf Zonenebene organisiert und begnügten sich mit interzonalen Konsultationen, in die allerdings die Ostzonen-Parteien nicht gleichberechtigt einbezogen waren. Die sowjetischen Besatzungsbehörden waren bei diesen Parteien ebenfalls an einer gesamtdeutschen Ausdehnung nicht interessiert, jedenfalls nicht in Formen, die die ostdeutschen Parteigruppen westdeutscher Fremdbestimmung ausliefern konnten.

Nicht nur die Demokratie, sondern auch und vor allem die Parteien und anderen Verbände, die bald Massenorganisationen genannt wurden, besaßen für die sowjetischen Behörden Instrumentenqualität. D. h. Parteien waren nicht dazu da, Vorstellungen aus der Bevölkerung zu bündeln und zu profilieren, um damit programmatisch bei Wahlen in Konkurrenz um Regierungsämter zu treten, sondern dazu, den Regierungswillen auf zweckmäßige Weise in die Bevölkerung hineinzutragen und die Bevölkerung zur Erfüllung der Regierungsziele zu mobilisieren. In dieser Mobilisierungsaufgabe, die auch und besonders der SED gestellt war, unterschieden sich die ostdeutschen Parteiverbände von vornherein von den westdeutschen. Zwar entsprach das Verhalten in den bürgerlichen Parteien CDU und LDPD 1947/48 in der Praxis oft nicht dieser Norm, und auch die SED ließ, wie die Kontrollinstanzen feststellten, dabei oft zu wünschen übrig, dies hatte jedoch keine Lockerung der Normen, sondern am Ende ihre Verschärfung zur Folge.

Für die SED, zunächst als Gemisch sozialdemokratischer und kommunistischer Traditionen konzipiert, wurde Mitte 1948 der Übergang zur »Partei neuen Typs« beschlossen; praktisch bedeutete dies das Abstreifen der noch vorhandenen sozialdemokratischen Traditionen und das Rekurrieren allein auf kommunistische Normen, die in ihrer je aktuellen Akzentuierung in Moskau festgelegt wurden. In der Praxis hieß dies, dass das Bekenntnis zum Leninismus und zu Stalin nun gewissermaßen zur Parteiprogrammatik der SED gehörte, darüber hinaus das Bekenntnis zur Vorbildhaftigkeit der KPdSU und des Geschichtsbildes, das ihr zum Teil von *Stalin* persönlich vorgeschrieben wurde. Wichtiger als die Programmatik dürften für die SED die organisatorischen Konsequenzen gewesen sein, die die Partei zu einem zentralistisch nicht nur geführten, sondern dirigierten Verband machte, bei dem insbesondere die Bestellung des Leitungspersonals auf allen Ebenen der Verbandshierarchie eine Führungsangelegenheit war, wenngleich die Leitungen formal durchaus in Parteiwahlen bestätigt wurden.

Wer seit Februar 1948 die einschlägigen Weisungen zur Transformation der SED gegeben hat, ist bis heute nicht völlig geklärt. Bekannt sind allein die Hintergründe, die sich unter drei Aspekten zusammenfassen lassen:

1. der eskalierende Kalte Krieg, besonders die sich seit dem Scheitern der Lon-

doner Außenminister-Konferenz im Dezember 1947 abzeichnende Vorbereitung der Gründung eines westdeutschen Staates, die es nicht länger zweckmäßig erscheinen ließ, gesamtdeutsche Rücksichten zu nehmen;

2. die anstehende administrative Konsolidierung der SBZ, besonders ihrer zentral geleiteten und geplanten Industrie nach sowjetischem Vorbild, zu dem die anleitende und mobilisierende Rolle der kommunistischen Partei gehörte, die SED sollte sich von jetzt an primär auf Betriebsgruppen stützen;

3. der Konflikt zwischen Stalin und Tito im 1947 gegründeten Kominform, bei dem die nicht zu dieser neuen internationalen Kommunismus-Zentrale gehörende SED zugunsten Stalins Stellung nahm.

Ebenfalls noch nicht völlig geklärt ist auch, warum die sowjetischen Behörden parallel zur Transformation der SED seit dem Frühjahr 1948 die Gründung zweier neuer Parteien betrieben: der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands. Funktional gesehen scheint das Motiv eindeutig: Es ging darum, den Einfluss der vorhandenen bürgerlichen Parteien CDU und LDPD zu schwächen, indem ihnen in ihrem gesellschaftlichen Einzugsbereich Konkurrenten zur Seite gestellt wurden, bei denen von vornherein die Kontrolle seitens der SED bzw. der sowjetischen Behörden sichergestellt war. Die Vorsitzenden waren ihre Vertrauensleute, der NDPD-Vorsitzende Lothar Bolz war im Weltkrieg am Moskauer *Marx-Engels*-Institut tätig gewesen, und der Bauernpartei-Vorsitzende Bruno Goldenbaum altgedienter Kommunist und bis 1948 SED-Mitglied. Solche Personen waren leichter dirigierbar als der CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser, der seit 1946 mit dem von ihm entworfenen Programm eines »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« beträchtliche Resonanz gewonnen hatte und im Frühjahr 1948 abgesetzt wurde. Weitgehend unstrittig ist die Deutung, dass sich die NDPD besonders um die ehemaligen Soldaten – die Kriegsgefangenen sollten Anfang 1948 entlassen sein – sowie um die ehemaligen Nationalsozialisten – die Entnazifizierung galt ebenfalls im Frühjahr 1948 als formal abgeschlossen – kümmern sollte. Zu prüfen bleibt m. E., ob diese Parteigründungen nicht auch mit der von Stalin 1948 offenbar noch für aussichtsreich gehaltenen gesamtdeutschen Orientierung seiner Deutschlandpolitik zusammenhängen; SED-Vorstöße, die ihn 1948 zur Gründung eines Ostzonenstaates drängten, wies er jedenfalls zurück und ermahnte die SED-Führung, die nationalpolitische, auf die Einheit Deutschlands gerichtete Propaganda nicht zu vernachlässigen.

Foren dieser nationalpolitischen Propaganda waren die im Dezember 1947 und März 1948 einberufenen »Volkskongresse für Einheit und gerechten Frieden«, der vom 2. Volkskongress gewählte Volksrat, der eine deutsche Verfassung auszuarbeiten begann, und die daran geknüpfte »Volkskongressbewegung«, die die zentralen Debatten bis in die einzelnen Orte tragen sollte. An diesen Foren nahmen jeweils alle zugelassenen Parteien und Massenorganisationen teil – in Westdeutschland war diese Bewegung von den Besatzungsbehörden verboten worden – und aus ihnen ging im Oktober 1949 dann die »Nationale Front des demokratischen Deutschland« hervor, jene Dachorganisation aller politischen Verbände, die bis 1990, seit 1973 unter dem Namen »Nationale Front der DDR«, existierte und weithin die ursprünglich dem

»Block« zugeordneten Funktionen übernahm. Zeitgenossen haben diesen politischen Integrationsmechanismus in Anlehnung an die SED-Interpretation als Ausdruck oder Instrument der »Bündnispolitik« der SED gedeutet. Das ist sicherlich nicht falsch, denn es weist auf den Gedanken der Repräsentation einzelner Klassen und Schichten hin, der in den politischen Parteien und Verbänden Ausdruck fand. Zugleich war diese Nationale Front zweifellos auch ein Disziplinierungs- und Kontrollinstrument, mit dem sich die SED die Folgsamkeit der anderen politischen Organisationen sicherte. Und die Nationale Front war ein Mobilisierungsinstrument, wie sich gut an dem ihr anvertrauten »Nationalen Aufbauwerk« zeigen lässt, das in den fünfziger Jahren Arbeitseinsätze besonders beim Wiederaufbau der zerstörten Städte organisierte. Ihre letzte erkennbar große Stunde hatte die Nationale Front, als ihr Leitungsgremium 1962 das »Nationale Dokument« verabschiedete, in dem festgestellt wurde, der sozialistische deutsche Staat verkörpere die »Zukunft der ganzen Nation«. Nach wenig mehr als einem halben Jahr seit dem Bau der Berliner Mauer war dies eine Absage an alle Hoffnungen auf einen einheitlichen deutschen Nationalstaat, an den 1949 und auch danach noch des öfteren in der DDR gedacht worden sein mochte.

II. Funktionsweise und Strukturen 1949 – 1990

Mit diesem Hinweis auf das »Nationale Dokument« von 1962 ist auch an ein zentrales Mittel erinnert, mit dessen Einsatz die SED ihre »führende Rolle« aufrechterhielt: die Verpflichtung der übrigen politischen Organisationen auf ihre Sicht der Verhältnisse, die in grundlegenden Proklamationen und Sprachregelungen fixiert wurde. Sich selbst schrieb die SED zu, eine wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen, die sie im Laufe der Jahre mit wechselnden Bezeichnungen belegte; in der Praxis erwies sich diese Weltanschauung als die Anerkennung der von der Führung gebilligten Einsichten und Parolen. Allerdings war diese weltanschaulich-programmatische Einbindung der anderen Parteien nur ein in der Öffentlichkeit benutztes Mittel; die entscheidenden Steuerungsinstrumente bestanden in der Personalkontrolle – der »Kaderpolitik« – und der Festlegung von Verfahrensregeln, die sicherstellten, dass die übrigen Parteien gegen den Willen der SED nichts Wesentliches unternehmen konnten. So stellten beispielsweise Vorschriften über den Schriftwechsel in den Ministerien Anfang der fünfziger Jahre sicher, dass keine Verfügungen die Häuser ohne die Billigung seitens der innerministeriellen Parteigruppe bzw. ihres Leiters verlassen konnten. Gleichwohl wird man die Parteien nicht nur als Vollstrecker eines zentral formulierten Willens sehen dürfen, obgleich der in allen Statuten nach und nach eingeführte »demokratische Zentralismus«, d. h. die Befolgung der Beschlüsse der durch Bestätigung legitimierten zentralen Gremien, dies nahe legt. Alle Parteien waren in die zentrale und regionale praktisch politische Verantwortung einbezogen, und schon dies gab an der jeweiligen Basis Anlass zur Kommunikation und zuweilen auch zur Initiative sowohl in der SED als auch in den anderen Parteien. Freilich hatte dies wenig mit einem Mehrparteiensystem im pluralistischen Verständnis des Wortes zu tun, wie es dies im Ansatz bis 1948/50 trotz der Block-Politik noch gegeben hat. Hatte es damals noch öffentliche Kontroversen

über die Zweckmäßigkeit einzelner Reformen und sonstiger Maßnahmen gegeben, so war ab 1949 Einstimmigkeit bei Parlamentsbeschlüssen üblich. Allenfalls im vorparlamentarischen nicht öffentlichen Willensbildungsprozess konnte durch die überparteilichen Gremien Einfluss ausgeübt werden. In nennenswerter Form überliefert ist er bisher allerdings nur für einen Fall: Als die CDU-Führung 1976 signalisierte, sie könne einen Gesetzesbeschluss, der die Hochschulen auf die Weltanschauung des Atheismus verpflichte, nicht mittragen, entfiel die entsprechende Festlegung im Gesetz.

Als diese Entscheidung fiel, war in der SED die anfangs durchaus verbreitete Zukunftsvision vom Sozialismus der eher als resignativ und konservativ zu kennzeichnenden Auffassung gewichen, es bestehe für einige Zeit der »reale Sozialismus«, und ihn gelte es mit allen Mitteln zu verteidigen. Die DDR hatte damals die internationale Anerkennung als zweiter deutscher Staat erreicht; in der Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit war dies unübersehbar zum Ausdruck gekommen. Freilich war die innere Sicherheit der DDR damit nicht gewachsen, sondern stärker bedroht als zuvor. So kann es jedenfalls heute erscheinen, und so ist es auch in Führungskreisen der DDR wahrgenommen worden, die sich in diesen Jahren daran machten, das Gewicht der polizeistaatlichen Elemente zu erhöhen (Stasi). Vor diesem Hintergrund entsprach das Nachgeben gegenüber der CDU der Strategie der Konfliktvermeidung. Darüber hinaus hätte die SED mit der verpflichtenden Einführung des kämpferischen Atheismus eine Verschärfung der Beziehungen zu den Kirchen riskiert, zu denen die DDR-Führung gerade ein neues, auf gegenseitigen Respekt gegründetes Verhältnis aufzubauen bestrebt war. Die Kirchen, nicht die anderen Parteien, waren bekanntlich der einzige nicht den SED-Weisungen unterstehende gesellschaftliche Verband in der DDR, und es sollte u. a. die Aufgabe der CDU sein, kirchlich gebundene Kreise der Bevölkerung für die Loyalität gegenüber dem Staat zu gewinnen.

Wie weit dies gelungen war, ist erst nach flächendeckenden Lokal- und Regionaluntersuchungen zu sagen. Festzustehen scheint, dass die Amtskirche die Beziehungen zur CDU mied. Nur wenige protestantische Pfarrer waren Mitglieder der CDU, und den katholischen Pfarrern war jegliche Parteimitgliedschaft untersagt. Wie viele Menschen es gleichwohl für zweckmäßig hielten, gleichermaßen eine Kirchen- und CDU-Bindung einzugehen, ist noch unbekannt – ein Problem, das auch mit den lockeren Formen der Kirchenbindung zusammenhängt, wie sie auch in Westdeutschland seit langem an der Tagesordnung waren.

Bezeichnend scheint, dass die CDU sich seit den fünfziger Jahren nicht als christliche Weltanschauungspartei programmatisch zu profilieren suchte; einen letzten Anlauf hatte der damals neue Generalsekretär Gerald Götting unternommen, aber schnell zurückgesteckt, als sich Opposition gegen seinen »Christlichen Realismus« zeigte, mit dem er die CDU, deren Mitgliedschaft damals noch weithin oppositionell gegenüber der DDR eingestellt war, auf den neuen Staatskurs zu verpflichten suchte. Dass nennenswerte Kreise der CDU-Mitgliedschaft in den späten fünfziger Jahren oppositionell eingestellt waren, konnte erst nach Öffnung der DDR-Archive ermittelt werden. Auf den zentralen Parteitag und in den CDU-Zeitungen, die es überall in der DDR gab, war davon nichts zu lesen, wohl aber haben es örtliche Beobachter, die

der SED oder der Stasi berichteten, wahrgenommen. Denn die CDU wie auch die LDPD und die anderen beiden Parteien, die ebenfalls keine weltanschaulich spezifischen Programme entwickelten, sondern allenfalls das jeweilige SED-Programm im Sinne ihrer speziellen Klientel auslegten, lebten lediglich in ihren Ortsgruppen; auf den überregionalen Treffen wirkten die von der SED mitbestimmten Funktionäre.

Diese grundsätzlich oppositionelle Haltung, die ansatzweise noch 1972 bei der letzten großen Verstaatlichungswelle der Handwerksbetriebe zu spüren war, dürfte mit der allmählich nachrückenden Generation der Mitglieder abgeklungen sein. Plausibel scheint, was der Historiker der CDU Michael Richter annimmt: dass die CDU sich noch bis in die sechziger Jahre hinein aus dem Weitergeben der oppositionellen Traditionen der Jahre bis 1948 aufrechterhielt. Damals, Anfang der sechziger Jahre, war sie auf ein Drittel des Umfangs von 1948, dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, zurückgegangen und zählte DDR-weit nur noch 70.000 Mitglieder; bis Ende der achtziger Jahre hat sie ihre Mitgliedschaft dann wieder verdoppelt und, wie es scheint, ihre Klientel zu großen Teilen ausgewechselt. Angestellte und Akademiker stellten in den achtziger Jahren über 50 % der Mitgliedschaft, für nicht wenige von ihnen war der Mitgliedsausweis sicherlich auch gewissermaßen die Eintrittskarte in ein Beschäftigungsverhältnis bei staatlichen Einrichtungen.

Gleichwohl waren es dann diese neuen Mitgliederkreise, die der CDU in den achtziger Jahren ansatzweise zu neuem Leben verhalfen. Dienten in den fünfziger und sechziger Jahren die örtlichen Parteiversammlungen mit ihrem Stammtisch-Charakter eher der Bekräftigung des kleinbürgerlichen Restmilieus, so begannen in den achtziger Jahren fachliche Arbeitskreise das Parteileben zu prägen – eine Folge auch der neuen Zusammensetzung. Aus einem solchen Arbeitskreis in Greifswald ging der spätere erste Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, der Wasserbau-Ingenieur Alfred Gomolka, hervor. Für einzelne Regionen werden vielleicht später andere Geschichten zu erzählen sein; ich denke besonders an das katholische Eichsfeld. Doch noch liegt kein differenzierter Forschungsstand vor.

Dies gilt auch für die anderen bürgerlichen Parteien. Lediglich deren Gründungs- und Frühgeschichte bis in die fünfziger Jahre hinein ist bisher ausgeleuchtet worden. Besonders für die sechziger und siebziger Jahre wissen wir über das Organisationsleben kaum etwas, abgesehen von der Mitgliederentwicklung, die für alle diese Parteien ähnlich wie bei der CDU verlief. Gegen Ende der siebziger Jahre hatte die CDU ca. 75.000, der DBD ca. 90.000, die LDPD ca. 75.000, die NDPD ca. 85.000 Mitglieder; – zusammen also weniger als 350.000 Menschen engagierten sich damals in diesen Parteien. Ihnen standen 2 Mio. SED-Mitglieder gegenüber; genauer gesagt: sie standen neben und über ihnen, denn bei aller zahlenmäßigen Unterlegenheit, die der SED in der Volkskammer zugemutet wurde, stand ihre »führende Rolle« seit 1948 stets außer Frage, sieht man von Situationen ab, in denen in der SED oppositionelle Bewegungen diese »führende Rolle« in der Weise in Frage stellten, dass sie die Legitimationsgrundlagen, besonders die Praxis des »demokratischen Zentralismus«, in Zweifel zogen. Unübersehbar geschah dies 1953, als die Aufständischen vielerorts »freie Wahlen« forderten, in Ansätzen auch 1956/57, als nach dem XX. Parteitag der KPd-

SU Angehörige der neu heranwachsenden intellektuellen Parteilite um Wolfgang Harich eine neue, auf die Wiedervereinigung gerichtete Politik forderten, in der die SED zusammen mit der westdeutschen SPD einem »demokratischen Sozialismus« in ganz Deutschland den Weg ebnen sollte.

Die von der KPdSU übernommenen Muster der Kontrolle der Parteimitglieder – und bei Bedarf ihrer Relegation – haben verhindert, dass solche Tendenzen zur Öffnung der SED breite Resonanz gewinnen konnten. 1949 beschloss die Parteiführung die Anlehnung ans Modell der KPdSU. Eine Folge war die Bekämpfung der noch in der SED gebliebenen ehemaligen Sozialdemokraten, 1950/51 begann mit dem Umtausch der Mitgliedsbücher eine intensive Überprüfung der Mitglieder; am Ende der Säuberung war die SED um ca. ein Drittel ihres Umfangs von 1949 auf 1,2 Mio. Mitglieder geschrumpft. Sie war damit zwar immer noch eine Massen- und keine reine Kaderpartei – dies war auch die KPdSU nicht –, aber konspirativ im Sinne der Bolschewiki 1917 eine Revolution einzuleiten, war ja auch nicht das Ziel der SED, wengleich Angehörige ihrer Führung offensichtlich in entsprechenden Kategorien dachten. Die programmatische Rhetorik von 1951/52, in der die SED den »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« propagierte, 1952 den »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« beschloss und eine massive Bedrohung der Kirchen begann, weist unübersehbar darauf hin. Bekanntlich hat die sowjetische Führung diese Ausrichtung 1953 zu bremsen versucht, unter anderem mit der Ablösung Walter Ulbrichts, der als Generalsekretär für diese Politik verantwortlich zeichnete. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 hat solche Pläne obsolet werden lassen. Der kurz zuvor aus Moskau befohlene »neue Kurs« ist dann mit und von ihm in Gang gesetzt worden. Dieser Kurs lief darauf hinaus, die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen der DDR nicht länger in scheinrevolutionärem Überschwang zu gefährden. Gleichwohl blieb das Sozialismus-Ziel leitend, und auch der kampagnenhafte Stil der Politik wurde nicht abgeschafft, wie sich an der Vollkollektivierung der Landwirtschaft seit 1958 ablesen lässt. Sie trug zur Krise bei, die die SED-Führung dann durch den Bau der Mauer 1961 einzudämmen hoffte.

Eingeleitet worden war in der SED inzwischen eine Entwicklung, die sie auf eine stärker technokratisch akzentuierte Politik, wie sie ab 1963 dann unter dem Stichwort »neues System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« betrieben wurde, vorbereitete. Kennzeichnend waren zwei Tendenzen:

1. der einsetzende Generationenwechsel in den Reihen der aktiven Funktionäre – jetzt traten erstmals die Leute in den Vordergrund, für die ihr Politikerleben nach 1945 begonnen hatte –,
2. die zunehmende fachlich-akademische Ausbildung der leitenden Funktionäre – ein Vorgang, der zweierlei reflektiert: den wachsenden Bedarf an Fachkompetenz angesichts der »zweiten industriellen Revolution«, die diagnostiziert wurde, und der Studienabschluss der ersten Generation von Akademikern, die ihre Ausbildung der SED-Politik verdankten. Die schon zu Zeiten der SBZ begonnene gezielte Förderung des Studiums der Arbeiter- und Bauern-Kinder ist bekannt. Sie hat, so denke ich, zur späteren Stabilität der DDR und auch zur Stabilität der SED, die nie massiv von Krisen geschüttelt wurde, beigetragen.

Literaturverzeichnis

- Beatrix Bouvier*, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996.
- Jan Foitzik*, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.
- Jürgen Frölich* (Hrsg.), »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.
- Rüdiger Henke*, Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994.
- Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler*, Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.
- Manfred Jäger*, Kultur und Politik in der DDR. 1945-1990, Köln 1994.
- Andreas Malycha*, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u.a. 2000.
- Hartmut Mehringer* (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995.
- Sigrid Meuschel*, Legitimation und Parteienherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/M. 1992.
- Klaus Schroeder/Manfred Wilke* (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analyse, Berlin 1994.
- Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath* (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002.
- Heiner Timmermann* (Hrsg.), DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 76, Berlin 1995.

Westdeutsche »Graswurzeldemokratie« in Traditionen des deutschen Parteiensystems 1945 – 1947

Deutschland 1945: Mentale Unwägbarkeiten der Besiegten

Eine deutsche Journalistin notierte am 8. Mai 1945 in ihr Tagebuch: »Plötzlich überkommt uns der ganze Jubel des Befreitseins. Frei von Bomben! Frei von Verdunkelung! Frei von Gestapo und frei von Nazis!«¹ Klaus Mann schrieb an seinen Vater Thomas Mann aus Innsbruck: »Ich sehe befreite Häftlinge aus Konzentrationslagern und befreite Zwangsarbeiter: Polen, Italiener, Russen, Holländer, Franzosen...«² In einem Aufruf der Sozialdemokratie schrieb Kurt Schumacher am folgenden Tage: »Der erste Tag der politischen Freiheit dämmert herauf.«³ Würden die Deutschen erkennen, wovon sie befreit waren – und wozu?

Die Entnazifizierung wurde zu einem Massenvorgang. Feindbilder aus der alliierten Deutschlandplanung standen am Anfang der Besatzungspolitik. Deutschland war ein besiegtes – und ein verachtetes Land. Am Tage der Kapitulation meldete die Nachrichtenagentur Reuter: »Deutschland ist ein unterworfenes, erobertes, besetztes Land, das keine unabhängige Existenz hat.«⁴

Umso erstaunlicher ist es, dass bereits im August 1950 die Delegierten der Bundesrepublik in der beratenden Versammlung des Europarates Platz nahmen. 1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vereinbart. 1957 wurden die Römischen Verträge geschlossen.

Es erscheint wie ein historisches Wunder, dass die Transformation von der Diktatur zur Demokratie nach dem zweiten Weltkrieg so rasant ablief. Das Wunder ist aber lediglich eine Metapher für historisch ungewöhnliche, wenn nicht einzigartige, indessen erklärungsbedürftige Sachverhalte. Dieser Übergang ist von keiner der Besatzungsmächte so vorausgesehen geschweige denn geplant worden.

Bei der Realisierung ihrer Kriegsziele standen die Westalliierten vor einem Dilemma. Sie wollten einerseits Bestrafungen vornehmen, die militärischen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen aufheben, die sie für Diktatur und Krieg haftbar machten, sowie Entschädigungen für Verluste und Zerstörungen, Opfer und Entbehrungen einfordern. Sie hatten andererseits versichert, den Aufbau einer demo-

1 Chronik deutscher Zeitgeschichte: Politik, Wirtschaft, Kultur, Bd. 3/1, Manfred Overesch, Das besetzte Deutschland 1945-1947, Düsseldorf 1986, S. 13.

2 Ebd., S. 14.

3 Ebd., S. 18.

4 Ebd., S. 12.

kratischen Ordnung und Geisteshaltung freizugeben und zu fördern, die dauerhaft sein und die Rückkehr der Besiegten in die Völkergemeinschaft gewährleisten würde.

War somit einerseits das Diktat kraft militärischer Zwangsgewalt und unter Berufung auf die bedingungslose Kapitulation das maßgebende Herrschaftsprinzip, so verlangte andererseits eine Demokratisierung die Freisetzung von Bedingungen für Selbstfindung und Selbstbestimmung der Besiegten. Reeducation war schon vor der Kapitulation ein zentraler Punkt ihrer Nachkriegspläne.

Der Aufbau einer Demokratie war aber auch für die Deutschen, die zunächst die lokalen und regionalen Führungspositionen übernahmen, ein ungewisser Prozess. Sie brachten zwar meistens einen originären Demokratiewillen und Erfahrungen aus der Weimarer Republik mit, mussten aber unter neuartigen Bedingungen tätig werden und eine Bevölkerung aktivieren, die mit dem Kriegsende überwiegend aus vielfältigen Bindungen an den Nationalsozialismus entlassen wurde.

Die leitenden Fragen der Besatzungspolitik waren letztlich: Wie friedensfähig waren die Deutschen – und: wie demokratiefähig waren sie?

Die erste Frage ergab sich aus jüngsten Erinnerungen. Viele hatten noch durchgehalten, als es militärisch zwecklos war. Nicht bei allen Deutschen endete mit der Niederlage das indoktrinierte Unvermögen, sich einen Nachkriegszustand ohne eigenen Sieg vorzustellen. Aber auch die Zeichen ihrer friedfertigen Unterwerfung gegen Ende des Krieges erübrigten nicht das alliierte Sicherheitsinteresse. Gewiss, aus vielen Gründen war es verständlich, dass die Amerikaner seit September 1944 in den Landkreisen um Aachen von der Bevölkerung freudig begrüßt wurden. Zweifellos waren auch das Hissen der weißen Fahne und die Übergabe einer Ortschaft noch bis zuletzt ein Wagnis. Die Deutschen hatten aber in großer Mehrheit zwischen 1933 und 1945 ihre Demokratiefähigkeit eingeübt und sich aktiv oder passiv – auf den vielen Stationen der Inhumanität – an Verbrechen beteiligt oder sie hingenommen. Nun versuchten sie womöglich, ihre Haut zu retten. Wer durfte da annehmen, dass es eine kollektive Katharsis über Nacht geben würde? Insofern war das Gros der Deutschen auch für das eigene, demokratische Führungspersonal eine große Unbekannte.

Wie sich diese auflösen würde, hing hauptsächlich von der Führungsfähigkeit der neuen lokalen Akteure ab, die dieser Bevölkerung am nächsten waren und sie mit den besatzungspolitischen Zwängen und Auflagen sowie deren historischen Voraussetzungen vertraut machen mussten. Die Siegermächte begleiteten diesen Prozess – als externe Akteure – wachsam und durch vielfache Intervention. Die politischen Parteien schlossen ihre Formierungs- und vorläufige Konsolidierungsphase vor den Kommunalwahlen im Oktober 1948 ab. Ihre Arbeit in den historisch unvergleichbaren Ausprägungen einer Graswurzeldemokratie trug wesentlich dazu bei, dass die Westalliierten sich früher als beabsichtigt aus ihren besatzungspolitischen Zuständigkeiten zurückzogen und die Aufnahme Westdeutschlands in den Kreis der friedlichen Völker beschleunigten. Die gelegentlich kolportierte Meinung, die westdeutsche Demokratie sei aus »Fremdbestimmung« entstanden, aufgestülpt durch die Siegermächte, ist nicht haltbar. Auch der Einfluss der bipolaren Konstel-

lation des Kalten Krieges auf die westeuropäische Einbindung der drei Zonen ist ohne die frühe lokale Rolle der deutschen Akteure nicht hinreichend erklärbar.

Im Folgenden sollen die politischen Parteien, die in diesem nachhaltigen, örtlich vielfach verankerten und gebundenen Prozess der ersten Nachkriegsjahre tätig wurden, unter mehreren Aspekten vergegenwärtigt werden. Es sind dies: die Bedingungen ihrer frühen Unentbehrlichkeit; ihr lokales Führungspersonal und seine Herkunft aus der Weimarer Republik; die lokalspezifischen Erfahrungs- und Handlungsprofile ihrer Wieder- und Neugründungen bis zu ihren übergreifenden Zusammenschlüssen; ferner ihre lokale »Sachpolitik« im ursächlichen Kontext der Folgen des nationalsozialistischen Krieges; schließlich ein folgenreiches Beispiel aus der Jugendarbeit, das zeigt, dass die lokalen und regionalen Repräsentanten aus Verwaltung und Politik in der Frühphase der Nachkriegsgesellschaft die Behandlung des Nationalsozialismus als Voraussetzung kognitiver und moralischer Demokratisierung begriffen und betrieben haben.

Lokale Aufgabenlast und Unentbehrlichkeit der Parteien

Vor welche Probleme sahen sich die demokratischen Parteien gestellt? Der Aufbau ihrer Organisation, die Rekrutierung ihres Führungspersonals, die Wähler- und Mitgliederwerbung war ihnen aus dem Aufbau der ersten deutschen Nachkriegsdemokratie bekannt.

Die Politik, die den Parteien ab 1945 abverlangt wurde, beruhte aber andererseits auf historisch ungewohnten und teils einzigartigen Sachverhalten. Die mit 1918 nicht mehr vergleichbaren, ungeheuren Verluste an Menschen, materiellem Gut und an Territorien hatten ungekannte Folgen. Der Strom der Ostvertriebenen und Flüchtlinge, die Rückkehr der Evakuierten und die neuerlichen Evakuierungen überstiegen alle historischen Erfahrungen. In den wichtigsten materiellen Bereichen wie Ernährung, Wohnung, Gesundheit, Energieversorgung war für viele Menschen die dringliche Hilfe zur Überlebensfrage geworden.

Das war die ungeheure Aufgabenlast, die vor allem den provisorischen Leitungen und Vertretungen der Kommunen und Kreise zufiel. Der Staat war faktisch kaum existent und baute sich erst mühsam und etappenweise auf, über Ernennungen und mit Tätigkeitsmerkmalen unter Besatzungsrecht. In dieser Konstellation traten Mitglieder demokratischer Parteien – mancherorts bereits vor deren Gründung – ersatzweise in Vakuen öffentlicher Tätigkeit ein. Und sie engagierten sich zugleich in den Gründungsprozessen der Parteien.

Auf der lokalen Ebene entstand eine »Graswurzeldemokratie«, die durchaus der anglo-amerikanischen Vorgabe eines Aufbaus »von unten nach oben« entsprach. Sie entfaltete sich aus »autochthonen Demokratiepotentialen« (Everhard Holtmann), die von Anfang an ins Spiel kamen. In den örtlichen Beziehungen und Interaktionen mit der Besatzungsmacht gab es die größten Handlungsvorteile der Besiegten. Die Macht der Sieger endete nämlich an den Grenzen ihrer Kenntnis der Besiegten. Deren Chance begann bei der Fähigkeit ihrer Führungskräfte, die Herr-

schaft der Sieger durch den Vollzug ihrer Auflagen und Forderungen, aber auch durch die substitutive Ausfüllung von Entscheidungsvakuen funktionsfähig zu halten. Sie wurden damit für die Sieger früh unentbehrlich.

Zweifellos war die Transformation von der Diktatur zur Demokratie auf allen Ebenen der Politik mit den Haltungen und Handlungen der Alliierten verflochten. Reaktionen und originäre Aktionen der Besiegten konkretisierten sich aber am frühesten und intensivsten an der lokalen Basis. Hier zeichnete sich früh eine Grundtendenz ab: Die von dem neuen deutschen Führungspersonal gewollte Abwendung von der Diktatur ging meistens über die von den Siegern auferlegte hinaus. Schon die ersten Bemühungen der neubestellten oder selbsternannten Vertretungen, ihre besetzten Städte und Gemeinden lebens- und arbeitsfähig zu machen, wurden in der Sache und im Verfahren mit dem Aufbau demokratischer Ordnung gerechtfertigt. Auch die eigenmächtigen Sanktionen gegen ehemalige Nationalsozialisten waren mit diesem Anspruch verbunden. Insgesamt gesehen, setzte die lokale Demokratisierung praktisch gleich nach dem Kriege ein und manifestierte sich schließlich in einer Renaissance kommunaler Selbstverwaltung.

Die frühe Dominanz der Parteien war überwiegend ihre eigene Leistung. Gewiss gab es Planungen zum deutschen Parteiensystem von den Alliierten in verschiedenen Kontexten: Vororientierungen für die Hand der amerikanischen und britischen Besatzungsoffiziere, die Überlegungen der intellektuell brillanten deutschen Wissenschaftler in der amerikanischen Deutschlandplanung wie Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse, die Diskussionen des Sozialdemokratischen Parteivorstands im Exil und anderer Widerstandsgruppen.⁵ Nicht so klar war zunächst bei den Franzosen zu erkennen, welche Rolle sie den Parteien in der deutschen Nachkriegsordnung zusprachen.

Lokales Führungspersonal: Herkunft aus der Weimarer Republik

In der Nachkriegsplanung der Westalliierten bildeten somit die politischen Parteien einen Faktor, von dessen voraussichtlicher institutioneller und praktischer Bedeutung sie trotz anspruchsvoller Studien nur vorläufige historische, aus der Weimarer Republik abgeleitete Vorstellungen hatten.⁶ Ihre vorsorglich eingeholte Personenkenntnis für leitende Ämter war gering. Zumal für die kommunale Ebene waren die meisten personellen Optionen offen. Nur die Sowjetunion kannte bereits den Kern der deutschen Führungskader, die sich in ihrer Obhut und Steuerung auf die administrativen und politischen Aufgaben in der eigenen Zone vorbereitet hatten.

In den westlichen Besatzungszonen war zunächst die eindeutige Hervorhebung politischer Parteien unterblieben. Für viele Kommandanten der kämpfenden Truppe hatte nach dem Einmarsch die Devise gegolten, erst solle gesiegt werden, dann

⁵ Vgl. Lothar Albertin, *Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945-1948*. Mit einem Beitrag von Petra Gödeke, Paderborn 1998, S. 60 f.

⁶ Ebd.

wolle man weitersehen. Sie bestellten kommunale Verwaltungschefs oder Bürgermeister eigenmächtig, oft nach Befragung von ad hoc versammelten Honoratioren aus Gesellschaft, Kirchen und Politik. Die ernannten Verwaltungsausschüsse, Räte oder Beiräte boten dann ein buntes Kaleidoskop politischer und sozialer Repräsentativität: Sozialdemokraten, Kommunisten, Politiker des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, Liberale, Gewerkschaftler, aber auch »Bauern«, »Verbraucher«, Vertreter der Kammern und von Gruppen, deren Legitimation sie nicht besaßen. Oft verdeckte die »ständische« Komponente den Vorlauf zu einer bürgerlichen Partei.

In den größeren Städten legten immerhin namentlich die nachrückenden britischen Besatzungsoffiziere großen Wert darauf, dass die Neubestellten Spitzenleute fachlich qualifiziert waren und sich unter dem Nationalsozialismus nicht belastet hatten bzw. 1933 entlassen worden waren. Dies traf etwa für Heinrich Weitz zu, ehemaliges Zentrumsmitglied, der auf Empfehlung des katholischen Stadtdechanten am 18. Mai in Duisburg als Oberbürgermeister eingesetzt wurde.⁷ Unter den Oberbürgermeistern von 51 Städten der britischen Zone mit über 50.000 Einwohnern (1946) hatte etwa die Hälfte 1933 ihr Amt verloren. Ein weiteres Viertel hatte Fachleute unter dem Nationalsozialismus gestellt und galt als unbelastet. Nahezu alle banden sich früh in Gründungsprozesse einer Partei ein. Die meisten wandten sich – vor allem im Rheinland und in Westfalen – der CDU zu, drei kamen aus den liberalen Parteien, einer aus der DNVP. Sieben waren Sozialdemokraten und einer, der Wattenscheider Oberbürgermeister, wurde Kommunist.⁸ Der Vorsprung der ehemals bürgerlichen Parteien wie des Zentrums in seinen Hochburgen oder der Bayerischen Volkspartei zeichnete sich auch in den anderen westlichen Zonen ab.

Es dauerte indessen nach der Besetzung oft nur wenige Tage oder Wochen, bis die ernannten Verwaltungschefs – mitunter die Militärregierung selbst – sich mit Forderungen politischer Gruppierungen, vorwiegend linker Observanz, nach Einfluss und Beteiligung konfrontiert sahen. Es begann die Phase der ernannten oder auch selbsternannten Aktionsausschüsse und Beiräte unter verschiedensten Namen. Die eingesetzten Oberbürgermeister oder Bürgermeister bemühten sich, deren Kompetenzen – im Rückgriff auf das Weimarer Muster – zu regeln und zu beschränken.⁹ Die Militärregierung intervenierte in diesem Sinne, wo sie Störungen befürchtete. Der ungewöhnliche Handlungsbedarf des Nachkriegsalltags ließ sich aber nur begrenzt der früheren kommunalen Aufgabenverteilung zuordnen. Der Zugriff solcher Gruppen auf akute Problemfelder gewann da und dort seine eigene Dynamik. Soweit Aktionsausschüsse das politische Eigengewicht von Antifa-Gruppen annahmen, wurden sie bereits im Frühsommer in der amerikanischen und britischen Zone unterbunden.

Eine andere Dauer und Rolle sprach ihnen die französische Besatzungsmacht in

7 Vgl. Hartmut Pietsch, *Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebiets 1945 bis 1948*, Duisburg 1978, S. 46.

8 Ebd., S. 48 f.

9 Ebd., S. 54 f.

Baden zu, namentlich im Kreis Rastatt und im Bodenseegebiet. Emile Laffon wollte sie zeitweilig als Aufklärungs- und Erziehungsorganisationen für seine Demokratisierungspläne und Tagesaufgaben nutzen. Manche seiner Offiziere mit sozialistischen oder kommunistischen Résistance-Erfahrungen förderten sie bis zum Spätherbst 1945.¹⁰ Hauptsächlich fanden sich hier Vertreter der beiden Arbeiterparteien zusammen, neben den Christlich-Sozialen.

Mit ihren Richtlinien vom 1. Februar 1946 über die »Verwaltung, die örtliche und Gebietsregierung« knüpfte die britische Militärregierung an die lokalen Entwicklungen an. Sie betonte nunmehr für leitende Stellen, dass man nicht bloß »Nicht-Nationalsozialisten«, sondern nachweisbare »Anti-Nationalsozialisten« brauche.¹¹ Sogar sie ihre pauschale Kritik an den Parteien in der Weimarer Republik wiederholte, so sehr anerkannte sie nun, dass politische Parteien »für das reibungslose Funktionieren demokratischer Selbstregierung unerlässlich« seien. Sie bedürften der Förderung, »denn ohne Parteipolitik kann keine moderne Demokratie gedeihen«.¹²

Damit bestätigten die Briten eindeutig die herrschende Tendenz dieser Frühphase: Es waren vor allem die Deutschen selber, die die politischen Parteien, die wiedergegründeten und die neuen, von Anfang an mit großer Bestimmtheit ins Spiel brachten, und zwar über lokale Aufgaben, die sie von sich aus übernahmen, über kommunale Ämter, für die sie sich zur Verfügung stellten, von der besetzenden Truppe gebeten oder bestätigt wurden.

Selbst wo die Phase der Ersternennungen politisch ungebundener Personen länger dauerte, hatten sich die Parteien früh ins lokale Geschehen eingefädelt. In Bielefeld waren die Amerikaner nach dem Einmarsch dem Vorschlag lokaler Honoratioren gefolgt und hatten den farblosen Josef Nestroy, der nur Erfahrungen aus der Schutzpolizei mitbrachte, als »Stadthauptmann« an die Spitze eines »Verwaltungsausschusses« gestellt. Tonangebend waren aber früh die Sozialdemokraten, die vor 1933 die stärkste Fraktion gestellt hatten, die neben Gewerkschaftlern und Kommunisten dringliche Erfordernisse der Versorgung anpackten, die Produktion in einigen Betrieben wieder ankurbelten und das belastete Leitungspersonal für Aufräumarbeiten einsetzten. Die nachgerückten Briten bestellten endlich, Ende Dezember, Arthur Ladebeck, den Landrat des Kreises, zum Oberbürgermeister. Er war bekannt aus den Weimarer Jahren durch Führungsämtler im Reichsbanner und in der SPD.¹³

Ernannte Amtsinhaber wussten oft selber, wie wichtig die Abstützung durch ausgewiesene Weimarer Demokraten war. So Hamburgs Bürgermeister Rudolf Petersen. Vorgeschlagen vom Hamburger »Verwaltungsausschuss« auf Empfehlung der

10 Vgl. Edgar Wolfrum, *Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der »vergessenen Zone« bis zur Bildung des Südweststaates 1945-1952*, Düsseldorf 1991, S. 41. Vgl. E. Wolfrum/Peter Fässler/Reinhard Grohnert, *Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945-1949*, München 1996, S. 40-46.

11 Richtlinien der Militär-Regierung für die Verwaltung, die örtliche und die Gebietsregierung, sowie für den öffentlichen Dienst. Teil I. 2. Aufl. (revidiert am 1.2. 1946), S. 14.

12 Ebd., S. 69.

13 Vgl. I. Albertin, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 221-230, hier S. 224.

Handelskammer, hatte der britische Militärgouverneur ihn bestellt, nachdem sein Vorgänger sowie nationalsozialistische Senatoren wenige Tage nach der Besetzung aus ihren Ämtern entfernt worden waren. Petersen, dessen Großvater und Bruder schon diese Position innegehabt hatten, verhandelte mit führenden Sozialdemokraten und gewann den früheren Polizeisenator und Heinrich Landahl, der sich vor 1933 von der DDP der SPD zugewandt hatte.¹⁴

Bezeichnend war ein weiterer Schritt auf diesem Wege. Schon ab 1946 konzentrierten sich die Westmächte immer mehr darauf, den Aufbau und die Arbeit einer Parteiendemokratie, statt sie als solche, wie in den Anfängen, zu kontrollieren, nunmehr durch Überwachung und Abwehr aller extremistischen Gruppierungen und Formationen zu schützen. Insofern sagt Daniel E. Rogers aufgrund seines Studiums angelsächsischer Akten zutreffend: »The Allies may not have known exactly what kind of political system they wanted but they certainly did know what they did not want.«¹⁵

Im Rückblick auf die ersten Besatzungsjahre hat Carl J. Friedrich den Wunsch der Amerikaner dargestellt – aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen aus der »letzten großen Wirtschaftskrise« – die lokale Selbstverwaltung als »Wurzel der Demokratie« freizulegen und zu fördern.¹⁶ Der Amerikaner spreche geradezu von »grass-roots democracy«.¹⁷ In den deutschen Gemeinden hätten die westlichen Alliierten eine »ältere und bessere deutsche Tradition am Leben« gefunden, »wenn auch schwer mitgenommen«. Gerade im engeren lokalen Bereich hätten sich deshalb die Nationalsozialisten erst zuletzt durchsetzen können.¹⁸ Er lobte unter diesem Begriff den Rückgriff auf Bewährtes, die »volkstümliche« Verwaltung, die konkrete Problembehandlung mit Durchsetzungspflicht, den Vorrang von Personen vor Programmen.¹⁹ Die westlichen Alliierten haben die enge Verflechtung der frühen Nachkriegsgeschichte der deutschen Kommunen und Kommunalverbände mit der Genesis der Parteien so nicht vorausgesehen, jedoch nach und nach erkannt und dann gefördert.

SPD: Lokale Gründungsprozesse und Aufbruchsstimmung

Jede wieder- oder neugegründete Formation nahm Rekurs auf die Weimarer Republik und betonte ihren Neuanfang. So hieß es in einer Distriktversammlung der SPD: »Alle Parteien sprechen vom Wiederaufbau, wir aber wollen im besonderen den Neuaufbau. Das neue Deutschland muss sich wesentlich von der Weimarer Repu-

14 Vgl. Walter Tormin, *Der schwere Weg zur Demokratie. Politischer Neuaufbau in Hamburg 1945/46*, Hamburg 1995, S. 54-56.

15 Daniel E. Rogers, *Politics after Hitler. The Western Allies and the German Party System*, London 1995, S. IX.

16 Carl J. Friedrich, *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953, XIII. Die lokale Selbstverwaltung als Wurzel der Demokratie, S. 272 ff.

17 Ebd., S. 273.

18 Ebd., S. 291.

19 Hierin auch seine Hinweise auf John Deweys Glauben an die »Rationalität des Bürgers« sowie weitere Aspekte über das tatsächliche Funktionieren der Demokratie »an ihren Wurzeln«. Ebd., S. 278 f.

blik unterscheiden [...] Der preußische Geist hat die Geschichte überdauert und fand seine Auferstehung im Nationalsozialismus. Wäre das deutsche Volk 1933 politisch reifer gewesen, dann hätte eine Nazidiktatur niemals in Deutschland Boden gewinnen können.«²⁰

Die SPD eröffnete den proklamierten »Neuaufbau« mit der Wiederanknüpfung an die eigene, zwangsweise unterbrochene Organisation. Die Initiatoren waren in der Regel lokale und regionale Politiker und Funktionäre aus der Zeit vor 1933. Ihre informellen Treffen setzten mit dem Einmarsch der kämpfenden Truppe ein, am nachhaltigsten in den ehemaligen Hochburgen. Das geübte und geordnete Verfahren bot sofortige Vergewisserung der historischen Überlebensfähigkeit der Partei. So gründete in Oberhausen Willi Schönen mit 20 Genossen einen provisorischen Vorstand und tat Gewohntes: »Wir haben die Kartei eingerichtet und Beiträge eingezogen.«²¹ Im Bezirk Niederrhein war der Organisationsaufbau bereits beendet, als Parteien offiziell genehmigt wurden.²²

Die traditionellen, bodenständigen Bezirke erwiesen sich rasch wieder als wichtigste Einheit der Partei. Ihre provisorischen Vorstände koordinierten die örtlichen Gründungen oder stimulierten sie durch eigene Mitwirkung. In den ersten Versammlungen der Distrikte, Orts- und Kreisvereine stellte in der Regel ein kleiner Kreis lokal und regional bekannter Politiker und Funktionäre den Redner oder die Rednerin. Zu ihrem Profil gehörten entweder Erfahrungen aus Widerstand und Verfolgung in Deutschland und im Exil oder Haltungen passiver, innerlicher Distanz zum nazistischen Regime. Alle hielten ihre Partei für historisch legitimiert, die führende Kraft beim Aufbau der Nachkriegsdemokratie zu sein. Sie rechneten zu den Lehren aus Weimar, nunmehr ungeduldig auf Mitwirkung an lokalen und regionalen Aufgaben zu drängen.

Dieser Anspruch verlangte auch die kritische Rückbesinnung und Selbstbefragung. Sie war am nachdrücklichsten an der Basis: Man kannte sich persönlich und das jeweilige Verhalten unter dem Nationalsozialismus. In den Ortsvereinen der Partei wurde der Rekurs auf die jüngste Vergangenheit notwendig, seit es Beitrittsanträge gab. Rolle und Verhalten des Bewerbers konnten nicht ohne die konkreten Rahmenbedingungen und Umstände unter der Diktatur geprüft werden. Die Sozialdemokraten nahmen dies so ernst, dass die Behandlung der Anträge sogar aus den provisorischen Vorständen zeitweilig in die Mitgliederversammlungen verlagert wurde, die über jeden einzelnen befinden wollten.

Aus den früh präsenten Gründerkreisen der Sozialdemokratie brachten einige die Kompetenz gouvernementaler und parlamentarischer Funktionen aus der Reichs- und Landespolitik mit, viele aus der Kommunalpolitik der Weimarer Jahre.

20 StA Bielefeld, SPD OWL 109/1 Notiz o. D.(1945) Zit. bei L. Albertin, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 221.

21 Udo Vorholt, *Die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet – Über den Wandel von politischen Milieus*, in: Rainer Bovermann/Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen*, Essen 1996, S. 144-172, hier S. 149.

22 Ebd., S. 153.

Neben Carl Severing in Bielefeld rangierte für Lippe dessen Landespräsident Heinrich Drake in der Spitzengruppe für Ostwestfalen-Lippe. Zu ihr gehörte auch Emil Gross, mit Erfahrungen aus der sozialistischen Jugendarbeit, Pressetätigkeit im Exil, Verhaftung und Zuchthaus und nunmehr mit frühen Funktionen im Parteivorstand und im Landtag, als Zeitungslizenzträger und bald als Vorstandsmitglied im Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verein; oder Carl Schreck, Parteisekretär ab 1911, mit »Stallgeruch«, Leiter des Gewerkschaftskartells und Mitbegründer der »Eisernen Front«, bis 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrates, mit großen Verdiensten in der Jugendarbeit.²³

Ähnlich vielseitig war die Biographie einiger Oberbürgermeister im Ruhrgebiet. Sie begegneten den Zwängen des örtlichen Nachkriegsalltags mit praktisch zupackender Entscheidungsfähigkeit. Die meisten waren wenig theoretisch interessiert oder ideologisch festgelegt. Es genügte ihnen, grundlegende, biographisch längst internalisierte Überzeugungen gleichermaßen schlicht und verbindlich zu formulieren, wie die Auffassung, dass das »Streben nach sozialer Gerechtigkeit« nur auf dem »Boden einer echten Demokratie« denkbar sei.²⁴ Extrem realistisch war der Blick für das Nächstliegende bei Drake im kleinen Land Lippe. Er mahnte die Bevölkerung in seinem ersten Aufruf: »Steht nicht umher und bekakelt die Lage. Sie wird dadurch nur schlechter. Arbeitet!« Er empfahl Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe und schloss lapidar und konkret: »Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse! Pflügt die Obstbäume!« Von einer »volkstümlichen« Verwaltung in den Kommunen unter Nachkriegsbedingungen hatte er einen einprägsamen, bürgernahen Begriff.²⁵

Zu ihrer Größe und Geschlossenheit wurde die Partei durch Kurt Schumacher von Hannover aus geführt. Durch Reisen und Reden, Korrespondenzen und Schriften meldete er eine Meinungsführerschaft in der Partei an, die gegensätzliche oder abweichende Auffassungen kaum zuließ. Er holte sich rasch das schriftliche »Mandat« der meisten Bezirks- und Landesorganisationen zur »politischen und organisatorischen Führung der Partei im gesamten Reich«.²⁶

Schumacher war eindeutige in der Abweisung des reichsweiten Anspruchs des Berliner Zentralausschusses unter Otto Grotewohl, der dann im April 1946 die 619.000 Mitglieder in der SBZ – mit vielen ehemaligen SPD-Hochburgen – in die SED führte. Schumacher war ebenso bestimmt in der Abgrenzung von der KPD und hat auch örtlich interveniert, wo Neigungen zur Kooperation oder gar Fusion aufkamen. Diese dauerten am längsten, bis November 1946, im badischen Sonderweg der Partei in der französischen Zone.

Zu den lokalen Erfahrungsprofilen gehörte aber auch der koalitionspolitisch geübte Umgang mit bürgerlichen Parteien und Gruppierungen. Er führte mitunter

23 Ebd., S. 221-230.

24 Udo Vorholt, Sozialdemokratie (wie Anm. 21), S. 152.

25 Vgl. Drakes Plädoyers für die kleine Gemeinde nach dem Kriege bei Lothar Albertin/Eris Keim/Raymund Werle, Die Zukunft der Gemeinden in der Hand ihrer Reformer. Geplante Erfolge und politische Kosten der kommunalen Neugliederung. Fallstudien in Ostwestfalen-Lippe, Opladen 1982, S. 45-52.

26 L. Albertin, Demokratische Herausforderung (wie Anm. 5), S. 229.

zu Kontroversen zwischen Peripherie und Zentrum der Partei, die in den drei Westzonen Ende 1946 711.000 Mitglieder zählte. Stand der erste Parteitag in Hannover im Mai 1946 im Zeichen traditioneller Ziele wie Sozialisierung oder Vergesellschaftung von Eisen, Stahl, Kohle und anderer Industriezweige, so meldeten einige basisnahe Bezirksverbände, wie Ostwestfalen-Lippe, Korrekturen an. Sie gaben die traditionellen Sozialisierungsideen nicht preis, kombinierten sie aber mit bürgerlich-liberalen Prinzipien des freien Leistungswettbewerbs. Die politischen Akteure aus dem Bezirk waren – durch ihre örtlichen Positionen und kommunikativen Funktionen – der sachbezogenen Arbeit in den Kommunen wesentlich enger verbunden als die Autoren der überlieferten Programmatik auf den höheren Stufen der Parteihierarchie. Im Bielefelder Raum wirkte auch die »lange Symbiose der städtischen Arbeiterbewegung mit dem liberalen Bürgertum« (Karl Ditt) nach, und in den Gewerkschaften die »Nähe zum Betrieb«.²⁷

KPD: Lokale Wiedergründungen und Aufbau unter Fremdsteuerung

Wo immer in den befreiten Westzonen Kommunisten sich trafen, um politisch tätig zu werden, nutzten sie dazu verschiedene Formen und Gelegenheiten: die Antifa-Ausschüsse, Betriebsräte, mitunter noch mit der Legitimation aus der Weimarer Republik, die selbstbestellten oder ernannten Leitungen oder Ausschüsse für Städte und Gemeinden, und nicht zuletzt die Hilfsorganisation der Arbeiterwohlfahrt, später der eigenen »Volkshilfe«. Die Fehden mit der SPD waren vergessen oder wurden für überholt erklärt.²⁸ Ansätze spontaner Zusammenarbeit ergaben sich in Betrieben und Kommunen bei den ersten Entnazifizierungen mit oder ohne Billigung der Besatzungsmacht, bei der Behebung akuter Ausfälle in der Energieversorgung und Ernährung, bei der vorläufigen Wiederherstellung des Verkehrsnetzes und der Inangsetzung kleinerer Betriebe.

In der konkurrierenden Einwerbung neuer Mitglieder verhielt sich die KPD opportunistisch geschickt: Wer sich belastet fühlte, konnte durch seine Aufnahme in die Partei Reue und Lernfähigkeit zeigen und Absolution erlangen. Schwerbelastete blieben ausgeschlossen, wie in den anderen Parteien. Am stärksten war die KPD im Ruhrgebiet, mit ihren Bastionen im Bergarbeiterverband; in manchen Betriebsräten hielt sie sogar die Mehrheit. Ihre lokale Arbeit war ohnehin dichter in den Betrieben und Gewerkschaften als in den Wohngruppen.

Die personelle und organisatorische Rekonstruktion litt unter den Verlusten aus der Verfolgung, mit der sie ihre historische Legitimität auswies. Der Aufruf der KPD Östliches Westfalen und Lippe vom 15. September 1945 erinnerte beispielsweise an 60 ermordete und 50 vermisste Genossen. Zehn Bielefelder Antifaschisten waren noch im September 1944 hingerichtet worden, weil sie den englischen Rundfunk gehört hatten.

27 Vgl. L. Albertin, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 249 f.

28 Ebd., S. 297. Vgl. das dortige Kapitel über die KPD S. 297-368.

Seit die Fusion von KPD und SPD in der SBZ mit der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945 beschlossene Sache war, geriet auch die lokale und regionale Agitation der KPD in den Westzonen unter den Einfluss dieser Politik. Die Partei thematisierte den »demokratischen Block« aller »antifaschistisch-demokratischen Parteien« auf ihrem ersten Bezirksparteitag Ruhrgebiet-Westfalen. Gleichzeitig suchte sie die Nähe der SPD durch konkrete Basisarbeit. Als die ersten Gemeindewahlen in der amerikanischen Zone im Januar 1946 die Schwäche der KPD offenbarten, verschärfte diese ihre Schlagworte von der »Aktionseinheit«. Tatsächlich war aber die Abgrenzung führender Sozialdemokraten inzwischen eindeutig.

Die KPD gewann noch einmal Auftrieb in der Zuspitzung der Ernährungslage nach dem schweren Winter 1946/47. Anfang Februar 1947 leitete eine Demonstration von 15.000 Krupparbeitern und Bergleuten eine Serie von Protestveranstaltungen in Essen ein, am 11. Februar in Recklinghausen. In der zweiten Märzhälfte streikten bis zu 20 Metallbetriebe im Bielefelder Raum.²⁹ Sowohl Gewerkschaftsführer als auch Leitungsgremien der SPD fürchteten den Generalstreik und stabilisierten die Situation. Die KPD nutzte diese Situation für die Landtagswahlen im April, bei denen sie in den meisten Städten des Ruhrgebiets mehr als 20 %, im Landesdurchschnitt 14 % der Stimmen erhielt.

Sie verlor bald darauf und in massivem Ausmaß Anhänger. Einerseits wirkten sich die ökonomischen Strategien aus der westalliierten »Außenstützung der Demokratisierung« (Wolfgang Merkel) aus: die Entspannung der Versorgungslage dank der Hilfen des Marshallplans, andererseits der Transfer entlarvender Informationen aus der SBZ und UdSSR, und nicht zuletzt die abweisende Geschlossenheit der SPD unter der entschiedenen Steuerung durch Kurt Schumacher.

Bei keiner Partei schlugen die interalliierten Spannungen so sehr auf die lokale Ebene durch wie bei der KPD, zumal der Einfluss der originären örtlichen Kräfte in der Partei – und in ihrer Presse – rückläufig war. Verglichen mit den Resultaten bei den ersten Bürgerschaftswahlen in den traditionellen Hochburgen Bremen und Hamburg (11,5 %, 10,4 %) oder den Kreiswahlen in Nordrhein-Westfalen (9,4 %) im Oktober 1946, brachten die kommunalen Wahlen zwei Jahre später der Partei deutliche bis schwere Verluste.³⁰

CDU/CSU: Lokale Gründungsimpulse einer neuen Partei

Den Rückblick auf die Weimarer Republik fasste die CDU in die hypothetische Retrospektive: »Hätten wir schon vor 1933 eine christliche Volkspartei gehabt, so wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Wir wollen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.«³¹ Auch die Gründungsinitiativen von CDU und CSU beruh-

²⁹ Ebd., S. 322.

³⁰ Ebd., S. 338.

³¹ Josef Kannengießer, Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens, im November 1945. Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, I 182 Nachl. Kannengießer. Vgl. Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988, S. 87 f.

ten hauptsächlich auf Persönlichkeiten aus den Weimarer Parteien. Auch sie begannen mit informellen Treffen und Vorgesprächen längst vor der Konstituierung von Orts- und Kreisvereinen, mitunter noch in den Monaten vor Kriegsende. Die Idee einer interkonfessionellen Partei war vielerorts der zündende Funke. Die Erinnerung an das Essener Programm von Adam Stegerwald im November 1920 regte an, ein historisches Versäumnis wettzumachen. Der ehemalige Vorsitzende des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus den Anfängen und Reichsarbeitsminister aus der Endphase der Weimarer Republik war eine historische Leitfigur. Er sorgte auch für räumlich übergreifende Kontakte mit Andreas Hermes und Ernst Lemmer in Berlin und wirkte in wichtigen Gründungszentren der bayerischen CSU mit, deren endgültigen Namen er mit beeinflusste.³²

Die Resonanz entsprach der ökumenischen Annäherung beider christlichen Kirchen, die nach dem Kriege auf der lokalen Ebene den stärksten Aufschwung erfuhr. Über eine interkonfessionelle Partei hatten auch andere Zirkel diskutiert, wie ein Bielefelder Arbeitskreis aus Theologen und Laien um den Juristen Alfred Bozi vor 1945, in den auch die Erfahrungen ökumenischer Tagungen durch den Dompropst Paul Simon einfließen.³³ Er hatte Kontakt mit dem Paderborner Gesprächskreis um den dortigen Präses Kaspar Schulte, der in der Männerseelsorge arbeitete. Christliche Gewerkschaftler und führende Mitglieder der Katholischen Arbeiterbewegung, die aus der Zentrumspartei kamen, unterstrichen die soziale Dimension einer Neugründung und den Aufbruch als Volkspartei. Zeitweilig schien – um Kaspar Schulte³⁴ – eine der britischen Labour Party nachempfundene große, nicht-sozialistische Partei Konjunktur zu haben, ähnlich wie in den Gründungskreisen in Rothenburg und Würzburg.³⁵

Um Kontakte zu protestantischen Kreisen bemühten sich in Paderborn Josef Kannengießer, ehemaliger Geschäftsführer des westfälischen Zentrums und Mitglied des Preußischen Staatsrates von 1930 bis 1933, sowie Johannes Gronowski, Oberpräsident von Westfalen von 1922 bis 1933. Bereits im Mai 1945 lag ein »Programmewurf für eine Christlich-Demokratische Volkspartei« vor. Die Werbung protestantischer Gruppen aus den liberalen Herkunftsparteien, der Bekennenden Kirche und dem christlich-sozialen Flügel der DNVP besorgte Friedrich Holzapfel, der Oberbürgermeister von Herford und spätere zweite Vorsitzende der CDU.³⁶ Er wurde zur Bezugsperson für solche Kreise um den Präses der westfälischen Provinzialsynode sowie in Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein. Den Gedanken einer evangelischen Partei hat er nur flüchtig erwogen.

Als ernannte, später gewählte Amts- und Mandatsinhaber in der kommunalen

32 Vgl. Winfried Becker, Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 69-107, hier S. 79.

33 L. Albertin/Petra Gödecke, Demokratische Herausforderung (wie Anm. 5), S. 385 f.

34 Ebd., S. 410.

35 Winfried Becker, Gründung (wie Anm. 33), S. 78.

36 L. Albertin/Petra Gödecke, Demokratische Herausforderung (wie Anm. 5), S. 389.

Verwaltung und Politik verfügten zahlreiche Mitglieder der Gründungskreise über die bescheidenen Mittelvorteile, um mit den Adressaten ihrer Erstaktivitäten, aber auch mit den örtlichen Besatzungsmächten zu kommunizieren. Der dringliche Aufgabendruck in Städten, Gemeinden und Kreisen leitete ihren praktischen Sinn für die Erfordernisse des Nachkriegsalltags.

Wo das katholische Milieu den Zusammenbruch des Nationalsozialismus überdauert hatte, stellte sich auch mancher Geistliche als Initiator oder Helfer zur Verfügung. Der Paderborner Diözesanklerus favorisierte mehrheitlich und aktiv – unter dem mit dem Aufbau der dortigen Stadtverwaltung beauftragten Präses Schulte – die CDU gegenüber der Zentrumspartei. Ähnlich verhielt sich die katholische Geistlichkeit in der Gründungsphase der CSU. Der große Vorsprung für CDU und CSU ergab sich daraus, dass die Kirchen mit ihrem Personal und ihrer Arbeit nach dem Kriegsende in nahtlosem Übergang örtlich sichtbar fortexistierten. Wenn es 1945 eine »Stunde der Kirchen« gab, so galt diese aktive Präsenz vor allem für die »Mobilmachung der Barmherzigkeit« durch karitatives Handeln.³⁷ Lokal war die umstandslose, direkte Hilfe sofort auf dem Plan: seitens evangelischer Frauenvereine und der Inneren Mission oder der Caritas. Die interkonfessionelle Zusammenarbeit war hier praktisch geboten und ging über die kirchlichen Grenzen hinaus, wie in der Detmolder »Christlichen Nothilfe«, die Modell für die britische Zone sein wollte. Die konkrete Aufmerksamkeit für die Not der Schwachen prägte nicht zuletzt eine soziale Sensibilität in den lokalen Verlautbarungen, wie sie in der späteren Programmatik höherer Parteiebenen nicht wiederkehren sollte.

In dieser Transformationsphase nutzten die lokalen Initiativen die Chancen einer offenen Situation. Nahezu alle gesellschaftlichen Segmente aus dem traditionellen nichtsozialistischen Parteienfeld der Weimarer Republik sahen sich bei ihnen aufgehoben. Für einen Neuanfang sprachen der interkonfessionelle und schichtenübergreifende Auftakt, da und dort beflügelt von dem reformerischen Geist der katholischen Soziallehre. Das örtliche Führungspersonal aus den ehemaligen Parteien nahm deren Anhänger in die neue Formation mit und bot ihnen mentale Überbrückungshilfen aus den früheren Bindungen und Orientierungen.

Mit diesen Vorteilen konnte die Zentrumspartei nicht mithalten, zumal die christdemokratischen Initiatoren auch die Gründungen in den Provinzen und Zonen rasch bewerkstelligten. Schon das zweite Treffen in Wattenscheid am 13. August brachte die eindeutige Option für eine CDP, ihre Landesverbände Rheinland und Westfalen konstituierten sich in Köln und Bochum Anfang September; alle Verbände planten einen Zonenausschuss, wie ihn die Briten verlangten, und einen übergreifenden Zonenverbindungs-ausschuss. Während die Mitgliederbewegung vorläufig günstig blieb, trafen sich die führenden Akteure bereits am 15./16. Dezember zu einem Reichstreffen in Bad Godesberg. Von den Berliner Parteigründern konnte nur Heinrich Krone kommen, der Partei in der französischen Zone war die Teilnahme untersagt.

37 Ebd., S. 212.

Eine nachhaltige Wende brachte bereits die zweite Sitzung des Zonenausschusses in Neheim-Hüsten mit der Verabschiedung des Zonenprogramms. Es sprach nicht mehr vom »christlichen Sozialismus« und verschob die Sozialisierungsforderungen, von der Kohleförderung abgesehen, auf später.³⁸ Es beendete bereits – auf Geheiß Konrad Adenauers – die programmatische Vielfalt des lokalen Parteilebens. Die Partei sollte durch Geschlossenheit nach außen politisch schlagkräftig sein. Die sozial- und wirtschaftsreformerischen Elemente des Ahlener Programms, die noch einmal lokale Impulse aufnahmen, blieben zeitlich begrenzt. Der Motivationschwund an der Basis ergab sich auch mit der bürokratischen Straffung der Organisation und trug ihr die Kritik ein, eine »Partei der Generalsekretäre« geworden zu sein.³⁹ Die CDU verabschiedete sich spätestens 1948 von der bunten Pluralität spontaner Energien örtlich verwurzelter Demokratiegründung.

Die Zentrumspartei, die es um die Jahreswende 1947/1948 auf 54.000 Mitglieder brachte, blieb noch – dank ihrer Verankerung in katholischen Räumen, am beständigsten in Westfalen und im südoldenburgischen Münsterland⁴⁰ – bei den Landtagswahlen 1950 eine gefährliche Gegnerin, ihr Abstieg begann aber bereits bei den ersten Bundestagswahlen.⁴¹

Die Initiatoren der CSU-Gründungen kamen größtenteils aus der Bayerischen Volkspartei, hatten kommunale Ämter und parlamentarische Mandate oder auch Funktionen in der Partei, in katholischen Vereinen und den Christlichen Gewerkschaften bis 1933 innegehabt. Zum allgemeinen Bekanntheitsgrad im lokalen Umfeld kam das Ansehen einiger Spitzenkräfte hinzu, die von der amerikanischen Besatzungsmacht früh in administrative Leitungspositionen berufen wurden. Fritz Schäffer war von Mai bis September 1945 Ministerpräsident. Er setzte auf praktische Arbeit, lobte die Bewährung in der Selbstverwaltung und warnte vor zu frühem Einfluss der Parteien durch Wahlen. Die ziemlich vorbehaltlose Wertschätzung der Kirchen seitens der westlichen Alliierten begünstigte auch hier die interkonfessionelle Devise der neuen Partei.

Gesprächskreise politischer Gesinnungsfreunde unter dem Nationalsozialismus galten als besondere Legitimation. Bereits am 26. Januar 1945 war in Regensburg ein Christlich-Demokratischer Volksbund Bayerns gegründet worden, mit Leitsätzen von Herbst 1944. Schon hier waren auch frühere Liberale beteiligt. Die im Juni 1945 gegründete, aber erst Mitte November lizenzierte Christlich-Soziale Einigung band auch Funktionäre der Katholischen Jugend und des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes ein. Die Gründung in Bamberg am 16. September hielt durch den Domkapitular Georg Meixner sowohl Verbindung zur Deutschen Bischofskonferenz als auch zu Friedrich Holzapfel. Bei den gleichzeitigen Gründungsakten in Nürnberg, Würzburg und Aschaffenburg am 13. Oktober gelang es, Mitglieder der

38 Ebd., S. 401.

39 Ebd., S. 429.

40 Vgl. Richard Stöss, *Parteien-Handbuch*, Band 2, S. 1211, S. 1227.

41 L. Albertin/Petra Gödecke, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 440.

Evangelisch-Lutherischen Kirche zu gewinnen. Einige protestantische und viele katholische Geistliche halfen mit Hinweisen auf mögliche Vertrauensleute aus ihren Pfarren.

In diesem landesweiten Gründungsprozess gab es ebenfalls eine Fülle von Parteinamen,⁴² die auch programmatische Varianten spiegelten, bis sich die Denomination CSU aus München (mit der dortigen Zulassung am 25.11.1945)⁴³ durchsetzte. Zwischen Oktober und Ende Dezember standen die Spitzen aller Kreis- und Bezirksverbände fest.⁴⁴ Die Koordination bis zur Zulassung der Landespartei im Januar 1946 gelang nicht zuletzt durch Zurückhaltung in der programmatischen Festlegung; die »dreißig Punkte der Union« wurden erst Ende Oktober 1946 gebilligt.⁴⁵ Josef Müller stand für die Befürworter einer Partei des Aufbruchs, die alle Schichten erreichen und Massenpartei werden sollte. Große Gewinne unter den Arbeitnehmern – in den Randgemeinden um Augsburg am 27. Januar 1946 sogar 70 % – blieben aber sporadisch. In den immer heftigeren Flügelkämpfen gewannen eher konservative Auffassungen des »Besitzmittelstandes« in ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden die Oberhand.⁴⁶

Nach dem Anstieg der Mitglieder von knapp 70.000 in 1946 auf rund 82.000 im folgenden Jahr setzte deren rapide Abwanderung ein, im Sog der im März 1948 zugelassenen Bayernpartei und unter den materiellen Zwängen der Währungsreform. Der Wählerschwund war in diesem Zeitraum eklatant. Bei den frühen Gemeindewahlen im Januar sowie den Land- und Stadtkreiswahlen im April und Mai 1946 gewann die Partei 43,6 und 60,1 %, bei den Wahlen im späten Frühjahr 1948 blieben ihr nur 28,3 und 37,8 %.

FDP: Aussichten und erste Resultate des Neuanfangs

Die Aussichten eines Neuanfangs für den Liberalismus als Partei waren 1945 wenig günstig. Sein historisches Ansehen war gering. Als diskreditiert galt die Deutsche Volkspartei. Die Mehrheit ihrer Mitglieder und Wähler war vor 1933 in den Sog der extremistischen Rechten und des Nationalsozialismus geraten. Die Deutsche Demokratische Partei war auch in der Form der Deutschen Staatspartei seit 1930 nicht imstande gewesen, den Niedergang des linksliberalen Bürgertums aufzuhalten.⁴⁷ Soweit

42 Winfried Becker, Gründung (wie Anm. 33), S. 87 f.

43 Vgl. Christoph Henzler, Die Christlich-Soziale Union in den ersten Nachkriegsjahren, in: Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 109-161, hier S. 117.

44 Winfried Becker, Gründung (wie Anm. 33), S. 90.

45 Ebd., S.91; Richard Stöss, Parteien-Handbuch, Band 2, S. 672.

46 Richard Stöss, Parteien-Handbuch, Band 2, S. 669.

47 Vgl. Lothar Albertin/Konstanze Wegner, Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei, Düsseldorf 1980, Einleitung S. XI-LI; ferner L. Albertin, Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niedergangs, in: Hans Vorländer (Hrsg.), Verfall oder Renaissance des Liberalismus? München 1987, S. 57-89; L. Albertin, Die Auflösung der bürgerlichen Mitte und die Krise des parlamentarischen Systems von Weimar, in: Eberhard Kolb/Walter Muhlhausen (Hrsg.), Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, München 1997, S. 59-111.

liberale Politiker gegen das nationalsozialistische Regime opponiert hatten, wie die Robinsohn-Strassmann-Gruppe in Hamburg 1934 – 1942, waren ihre Haltungen und Handlungen öffentlich kaum bekannt geworden.

Nur in einigen Räumen, den ehemaligen Hochburgen der DDP/Deutschen Staatspartei und der Süddeutschen Volkspartei, hatten Reste eines liberalen »sozial-moralischen Milieus« überlebt. Hier waren Auffassungen und Gesinnungen tradiert worden, die sich durch historische Erinnerung und privaten Austausch bewahrt hatten.

Die länger währende Erosion liberaler Milieus, die der Nationalsozialismus auf seine Weise beschleunigt hatte, war die faktische Voraussetzung dafür, dass die Gründungsinitiativen räumlich verstreut, auf örtlicher Ebene, ungleichzeitig und von einzelnen oder winzigen Gruppen betrieben wurden. Zudem entfiel die Hilfe großer gesellschaftlicher Kräfte, der Gewerkschaften oder Kirchen, mangels traditioneller Affinität. Stattdessen fungierten ältere oder neue Kontakte mit Gruppierungen disparater Provenienz als Verstärkung: mit Angehörigen der liberalen Berufe, Bekannten aus Handel, Gewerbe und Industrie, wie dem ehemaligen Hansabund, Freimaurerlogen,⁴⁸ und mit Haus- und Grundbesitzervereinen. Oft begann die Mitglieder- und Wählersuche im Bekannten- und Freundeskreis. In den Anfängen war die Zahl der Ehemaligen aus den liberalen Parteien oft so spärlich, dass die Initiatoren reisen mussten, um weitere zu finden, wie Beispiele aus Süd- und Mittelbaden zeigten.⁴⁹

Mit der historisch gegebenen Schwäche und der traumatischen Erinnerung liberaler und bürgerlicher Zersplitterung hingen anfängliche Überlegungen und Bestrebungen einer bürgerlichen Sammlung zusammen. Die Vorstellungen der westlichen Besatzungsmächte nährten solche Tendenzen. Theodor Heuß, damals Kultusminister in der ernannten Stuttgarter Regierung unter Reinhold Maier, verfolgte diese Idee. Es gab sie anderswo in kleinen räumlichen Horizonten, und auch im großen Hamburg, wo sich ein vergleichsweise starkes »bürgerliches Lager« im »Bund Freies Hamburg« fand. Da sich hier die rasch etablierte CDU spernte, formierte sich dieses zumeist in der »Partei Freier Demokraten«, ab Januar 1946 FDP. Während liberale Sammlungsideen an anderen Orten oft zum verzögerten Start einer eigenen Partei führten, erreichte die FDP in diesem großen Einzugsgebiet um die Jahreswende bereits 1.654 Mitglieder. Immerhin gehörten zu ihrem Führungspersonal aus der Weimarer Republik zwei Reichstagsabgeordnete und Christian Koch, der bereits im November 1945 Verkehrssenator wurde.⁵⁰

In einem Monatsbericht des britischen Militärgouverneurs für Westfalen wurde

48 Vgl. Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986, S. 195 f.

49 Vgl. Dietrich Berger, *Das Erbe der Väter. Für Demokratie und freie Wirtschaftsordnung*, in: Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.), *Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979, S. 181-200, hier S. 184.

50 Vgl. Walter Tormin, *Der schwere Weg zur Demokratie* (wie Anm. 14), S.104 f.; ferner L. Albertin/Hans F.W. Gringmuth, *Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP*, Düsseldorf 1995, S. 22 f.

der FDP bescheinigt, die einzige Partei zu sein, die der Anordnung der Militärregierung gefolgt sei, wonach Parteien auf dem untersten Level beginnen und sich hocharbeiten sollten.⁵¹ Was meistens auch in der amerikanischen Zone die Gründungen kennzeichnete, hat der Altliberale Wolfgang Haußmann für die südwestdeutschen Anfänge als »buntes Spektrum demokratischer Varianten«, als »Vielfalt demokratischer Möglichkeiten« gepriesen.⁵² Derartige Äußerungen einer »bodenständigen Demokratie«⁵³ – zu deren Vorstufe hier die »Murrhardter Landratsdemokratie« gerechnet wird – charakterisierten die Rückkehr der Liberalen in die Politik fast überall.

Anders sah das Zulassungsmuster der Franzosen aus. Es verlangte, Ende des Jahres 1945, Neugründungen auf Landesebene. So konnten zwar die Liberalen nahezu zeitgleich mit den anderen Parteien ihre Anträge im Januar stellen, die aber in Baden erst im Mai, in Südwürttemberg-Hohenzollern im Juli zur Zulassung führten.⁵⁴ Die lokale Verankerung wurde von den Initiatoren geradezu vorsorglich geplant. Als sich am 20. Januar 1946 47 Personen aus dem südbadischen Raum von Lörrach bis Baden-Baden zu einer Gründungsversammlung in Freiburg trafen, bemühten sie sich bei der Wahl des Erweiterten Vorstandes um eine geographisch ausgewogene Vertretung der Ortsverbände.⁵⁵ Die Diskussion mehrerer Vorschläge zum Parteinamen endete mit der Option für »Demokratische Partei in Süd- und Mittelbaden«.

Die vorläufigen Parteien spiegelten auch im späteren Nordrhein-Westfalen die örtlichen Nuancen der Grundorientierung wider. Es konstituierten sich beispielsweise die »Deutsche Demokratische Bewegung« im Oberbergischen Kreis, die »Sozialliberale Partei« in Mönchengladbach, die »Aufbaupartei« im Rhein-Wupper-Kreis, die »Demokratische Partei« in Krefeld und Wuppertal, die »Partei der aktiven Volksdemokraten« in Duisburg-Hamborn, die »Liberaldemokratische Partei« in Essen, Mühlheim und Remscheid. In Ostwestfalen-Lippe setzten sich mit Verspätung und vorläufig die »Demokratische Partei« und »Liberal-Demokratische Partei« durch.⁵⁶

Mehr als die SPD, CDU und KPD hatte die Partei ihren Anfang bei originär lokalen, gegeneinander unabhängigen Gründungsinitiativen genommen. Aufbau, Selbstdarstellung, Zugang zu den ernannten Räten und Vertretungen auf höherer Ebene sowie die Vorbereitung der ersten Wahlen verlangten indessen immer dringlicher ein klares, einheitliches Profil und Geschlossenheit. In der britischen Zone konstituierte sich nach den Gründungen von Landesverbänden der Zonenverband am 7./8. Januar 1946 in Opladen. Die Hamburger setzten ihren Namen FDP durch.

51 L. Albertin, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 471.

52 Vgl. H.G.N., *Demokratie im Stammland*, in: Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.), *Die F.D.P./DVP* (wie Anm. 50), S. 201-219, hier S. 211.

53 Ebd., S. 212.

54 Vgl. Uwe Dietrich Adam, *Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten von 1945-1978*, in: Paul Rothmund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.), *F.D.P./DVP* (wie Anm. 49), S. 220-253, hier S. 225.

55 Dietrich Berger, *Das Erbe der Väter* (wie Anm. 49), S. 183.

56 Vgl. die Angaben zur politischen Herkunft der Akteure aus der Weimarer Republik bei Gerhard Papke, *Libérale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966*, Düsseldorf 1998, S. 9-20.

Der südwestdeutsche Liberalismus entstand über die Vernetzung örtlicher Schwerpunkte und Kontakte seines Führungspersonals aus den Weimarer Jahren. Der Landesverband Württemberg-Baden entstand hier Mitte Dezember 1945. Er bildete aber erst im September 1946 mit den Liberalen aus Hessen und Bayern eine Zonenpartei unter Theodor Heuß. Die westlichen Zonen- und Landesverbände – diejenigen aus der französischen Zone mit Beobachterstatus – tagten gemeinsam am 17. März 1947 in Rothenburg ob der Tauber.

Das zäh verfolgte Projekt einer »Demokratischen Partei Deutschlands« unter der Doppelspitze von Theodor Heuß und Wilhelm Külz zerschlug sich dann früh, im Januar 1948, angesichts der Zusage der LDP zum »Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden«. ⁵⁷ In Heppenheim konstituierte sich am 11. und 12. Dezember 1948 die Bundespartei.

Eindeutig gelang die Erneuerung historischer Stärke der DVP/FDP bereits in den lokalen Wahlen Januar, April und Mai 1946 im amerikanisch besetzten Württemberg mit 16,5 %, mit verspätetem Anlauf im Landesbezirk Baden. Bei der Landtagswahl Ende November 1946 wurden es für beide Landesbezirke 19,5 %. In der französischen Zone konnte sich die »Demokratische Partei« in Baden – mit spätem Start – bereits bei den Kreiswahlen 1946 auf 14,3 %, in Württemberg-Hohenzollern bei den ersten Landtagswahlen auf 17,7 % verbessern. Der südwestdeutsche Liberalismus trat früh mit einem eigenen programmatischen und personellen Profil in die deutsche Nachkriegspolitik ein.

Lokale »Sachpolitik«

Wenn sich namentlich die Briten und Amerikaner – entgegen früheren Plänen – mit der Lizenzierung der Parteien an der Basis beeilten, so taten sie dies einerseits unter dem öffentlichen Druck der frühen Zulassungen eines gesteuerten Parteiensystems in der SBZ. Sie entschlossen sich andererseits dazu aufgrund ihrer unmittelbaren Beobachtung der frühen Handlungsfähigkeit des politisch profilierten Leitungspersonals im Besatzungsalltag. Es lag nur nahe, für politische Parteien einzutreten, damit Wahlen abgehalten werden konnten, in denen die administrativen und sonstigen Positionsinhaber ihre Legitimation erhielten. Nichts versprach in der Unruhe der Zeit mehr Stabilität, als sie mit dem Mandat ihrer Bevölkerung auszustatten.

Wo Parteien sich dem kommunalen Handlungsbedarf widmeten, agierten ihre Mitglieder in den Verwaltungen und Räten nach lokaler Sachlichkeit und gewannen dafür eine wirkungsvolle Kompetenz. Sie kooperierten untereinander und schotteten sich folgerichtig gegen ideologisch-programmatische Vorgaben aus den eigenen Parteizentralen ab. Problemlos war dies nicht, weil sie oft genug – namentlich vor den ersten Kommunal- und Landtagswahlen – auf zwischenparteiliche Profilierung verzichteten.

57 L. Albertin/Hans F.W. Gringmuth, *Politischer Liberalismus* (wie Anm. 50), S. XXXIV.

Diese »Sachpolitik« der Parteien war nicht fachlicher Purismus. Die lokalen Demokraten sahen sich vielmehr in schwierigen Situationen geradezu genötigt, die jeweiligen Probleme der Nachkriegsnot und die eigenen unbequemen Lösungen vor dem Hintergrund jüngster historischer Zusammenhänge zu erläutern. Diese Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit bleibt in der Literatur meistens unerwähnt.

Einer der großen Tests für die Parteien an der Basis war die kritische Ernährungslage auf der Durststrecke von 1945 bis zu den ersten Krediten aus dem Marshallplan. Sie betraf die »Mitte der materiellen Existenzkrise«. ⁵⁸ Die Besiegten konnten weder arbeiten noch sich demokratisieren, wenn sie hungern mussten. Briten und Deutsche rückten vor Ort eng zusammen. Die britischen Lieferungen von Weizen und Kartoffeln seit Ende 1946 retteten zwar die deutsche Bevölkerung »vor dem Verhungern, nicht aber vor dem Hunger«. ⁵⁹ Die Streiks der Kohle- und Metallarbeiter im Ruhrgebiet und in Ostwestfalen wurden von der KPD zur massiven Agitation ausgeschlachtet. Währenddessen warnte die SPD: Generalstreik sei Generalunsinn. Sie beschwor ihre Anhänger und die Öffentlichkeit, sich der Ursachen zu erinnern, des Nationalsozialismus und seines Krieges. Die demokratischen Parteien haben damals die explosive Stimmung in ihren Städten und Gemeinden mit einer erstaunlichen Nervenkraft unter Kontrolle gehalten. Ohne sie wäre der rasante »Aufstieg aus dem Nichts« (Arnold Sywottek) der politisch prekären »Hungerjahre« nicht gelungen.

Für alle demokratischen Parteien galt, dass sie – wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz – der Rückbesinnung auf das zerbrochene System nicht ausweichen. Bei der SPD konnte beispielsweise das Verdikt zum Nationalsozialismus einfach lauten: »Adolf Hitler bedeutete Vernichtung der Menschheit«, und zum Krieg: »Das war das größte Verbrechen der Weltgeschichte«. ⁶⁰ Auch die Gründungszeugnisse anderer demokratischer Parteien verbanden ihre Forderungen und Vorhaben mit historischen Bezügen. In Lippe-Detmold verlangten die Liberalen die entschiedene Entnazifizierung von Schule, Verwaltung und sonstigem öffentlichem Dienst und erklärten nach selbstkritischem Rückblick: »Die Tyrannei des Nazi-Systems ist durch das Schwert derer, die es angegriffen hat, vernichtet. Jetzt gilt es, dass unser Volk die Irrlehren auch geistig überwindet.« ⁶¹

Die frühen Ansätze einer Aufarbeitung des Nationalsozialismus behinderten keineswegs die lokale »Sachpolitik«, sondern gehörten zu ihren argumentativen Voraussetzungen. Die »Verdrängung« setzte später und auf höheren Ebenen des politischen Prozesses ein.

Verwaltungshandeln war auch auf der kommunalen Ebene politisches Handeln. Niemand unter den deutschen Nachkriegspolitikern hat dies so deutlich gesehen wie Kurt Schumacher. Seit den Erfahrungen mit der Weimarer Republik genügte es

58 Vgl. zu den folgenden Ausführungen über die Ernährungslage L. Albertin, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 94-103.

59 Ebd., S. 101.

60 Ebd., S. 230.

61 Vgl. ebd., S. 474 f.

ihm nicht, dem Sach- und Fachverstand von Leuten in der Administration zu vertrauen. Schon in seinen »Richtlinien« Ende August 1945 warnte er vor einer »Pseudosachlichkeit des Aktenbetriebes«: »Die moderne Demokratie kann nur in einem Parteienstaat funktionieren«. Er verlangte die »Demokratisierung der Verwaltung« und dachte damit zugleich an den Aufbau eines demokratischen Staates aus den Wurzeln einer bürgernahen kommunalen Selbstverwaltung.⁶²

Wenn in Deutschland nach 1945 die Gebiets- und Funktionalreformen der Kommunen unterblieben, obwohl diese längst der Modernisierung bedurften, so erklärte sich dieser Verzicht nicht zuletzt aus der Tatsache, dass die Städte und Gemeinden sich unter der ungewöhnlichen Aufgabenlast bewährt hatten.

Dies galt zweifellos auch in der Flüchtlingsfrage. Dass es zu dieser großen, zwangsweisen Wanderungsbewegung kommen würde, war für die Briten seit 1943 voraussehbar. Sie waren aber darauf ebenso wenig wie die Amerikaner vorbereitet, und sie vermochten sie auch nicht zu verzögern. Bis zum Eintreffen am Zielbahnhof unterstanden die Transporte der Militärregierung, von dort wurden sie durch die deutschen Behörden in Sammellager gebracht und dann auf Städte und Gemeinden verteilt. Die technischen und mentalen Hemmnisse waren in der Bevölkerung am größten, »die von materieller Kriegsnot wenig zu spüren« bekommen hatte,⁶⁴ schrieb damals ein Bürgermeister. Die praktischen Antworten der Aufnahmegesellschaft reichten von spontaner Hilfs- und Opferbereitschaft bis zur gelegentlichen Obstruktion.

In Regionen mit hoher Flüchtlingsdichte und geringer wirtschaftlicher Aufnahmefähigkeit ergab sich eine ungewöhnliche Belastungsprobe. Wenn sie bewältigt wurde, so war dies primär die Leistung der politischen Repräsentanz der Kreise, Städte und Gemeinden, im Verbund mit DRK, Caritas und Innerer Mission, jüdischer Wohlfahrtspflege und Arbeiterwohlfahrt.

Eine zureichende Aufnahme und Versorgung wurde dabei nicht zuletzt durch die wahlkämpferischen Vorgaben aus den Parteizentralen erschwert, wonach die endgültigen Grenzen in einem Friedensvertrag festgelegt würden, die Rückgabe eines Teils der Ostgebiete gefordert und erwartet werden könne, zumindest die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat zu erreichen. Diese populistische Rhetorik, die zeitweilig sogar die KPD und in der SBZ die SED artikulierten, diente den Einheimischen mancherorts als Vorwand, ihre Flüchtlingshilfe gering zu halten. Es war jedoch vor allem die Leistung der politisch unbeirrt arbeitenden kommunalen Selbstverwaltung, dass die Vertriebenen und Flüchtlinge möglichst konsequente Hilfe erhielten. Wenn es in den weiteren Jahren nicht zur sozialen oder politischen Radikalisierung der Flüchtlinge kam, so war dies hauptsächlich der Bewährungsprobe einer politisch sensibilisierten kommunalen Selbstverwaltung – und somit einer Frucht der Graswurzeldemokratie – zu verdanken.

Ein anderes großes Problem, ab 1945 mit einer neuen historischen Qualität,

62 Ebd., S. 260-263.

63 Ebd., S. 197. Zum Folgenden das Kapitel insgesamt ebd., S. 195-220.

freilich ohne unmittelbare soziale Sprengkraft, überforderte dagegen offenbar die Wahrnehmungs- und Handlungsfähigkeit der lokalen Politik: die Rolle der Frauen. Angesichts der Leistungen und Belastungen, die ihnen der Krieg und die Lebensumstände danach abverlangt hatten, erschienen Forderungen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Gleichstellung objektiv und subjektiv gerechtfertigt. Politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und Vereine sowie die späteren exekutiven und legislativen Körperschaften sahen sich mit Frauenaktivitäten hauptsächlich in drei Dimensionen konfrontiert: in der Sozialarbeit zur Linderung der Not, in der selbstorganisierten Tätigkeit zur gesellschaftlichen Gleichstellung und in den Bemühungen, Frauen politikfähig zu machen.

In den Jahren der Überlebens- und Aufbaugesellschaft waren die Hilfen evangelischer und katholischer Frauenvereine, der Caritas, des Diakonischen Werkes, der Arbeiterwohlfahrt und Volkshilfe und der spontan gegründeten Fraueninitiativen sozial und ökonomisch unentbehrlich und verstärkten die Forderungen nach gesellschaftlicher Gleichstellung. Dafür setzten sich parteipolitisch ungebundene und originär demokratische Fraueninitiativen ein. Sie vertraten verschieden weitgehende Auffassungen von der künftigen Stellung der Frauen im Wirtschaftsleben, in berufsständischen Vertretungen und Gewerkschaften, in der Ernährungsverwaltung, in der Sozialgesetzgebung, im Arbeitsschutz.

Es gab lokale Fraueninitiativen, wie in einem ostwestfälischen Regierungsbezirk im Frühjahr 1947, die ihre Ansprüche mit historischem Rekurs formulierten: Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, dem »Fiasko der Männergesellschaft«, erforderten demnach eine »stärkere Zulassung und Eingriffsmöglichkeit der Frauen im öffentlichen Leben«. ⁶⁴ In diesem Umfeld verlangten Frauen, nach dem leidvollen Bankrott deutscher Geschichte im Zeichen männlich stilisierter Ideale, eine spezifische Zuständigkeit für das Erziehungswesen und für die »Friedenserziehung«. Die Parteien beeilten sich vor den ersten Nachkriegswahlen in den Kommunen und Kreisen, Frauen in ihre Gremien aufzunehmen oder Frauenausschüsse zu gründen. Alles kam in der Regel spät und verfehlte die Ansätze an der Basis.

Demokratisierung der Jugend

Überall in Deutschland nahmen zahlreiche junge Menschen die militärische Niederlage des »Dritten Reiches« befreit auf: Sie beendete extreme physische Belastung und die Todesfurcht und – für manche, die es wussten – ein Regime des Schreckens. Geistig erschöpft und seelisch ausgebrannt, vermieden viele jedes aktive Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten. Die amtliche Jugendpflege und die kirchliche Jugendarbeit sprachen von den organisatorisch »absichtsstehenden achtzig Prozent«.

Überall blieben auch diejenigen unerreicht, die Niederlage und Zusammenbruch nicht verstanden, das Besatzungsregiment für unerträglich hielten, sogar an einen Umschwung glaubten und diesen durch Terror erzwingen wollten. Mehrere

64 Zit. ebd., S. 188; vgl. ebd., S. 187-190.

Tage nach der Besetzung des Kreises Herford in Westfalen ermordete noch ein Fanatiker im Zeichen des »Werwolfs« einen Amtsbürgermeister, der seine Gemeinde, wie es auch sonst geschehen war, kampfflos übergeben hatte. Der Wahnsinn sporadischer »Werwolf«-Aktivitäten beunruhigte die Region bis Ende 1946. Auf der Jubiläumsfeier eines SPD-Distrikts Ende 1945 wurden die Versammelten ermahnt, einen »zweiten Kapp-Putsch« zu verhindern. Die britische Zone sei ein »Tummelplatz« für ehemalige Nazis, hieß es anderswo.⁶⁵

Ein führender Lokalpolitiker beobachtete dort um die Jahreswende, dass große Teile der Jugend in »starker Zurückhaltung gegenüber dem demokratischen Staat und den politischen Parteien« verharrten, und befürchtete, sie könnten zu »Gegnern der Demokratie werden, von politischen Hochstaplern ausgenutzt und zu politisch unüberlegten Taten gedungen werden.«⁶⁶

Als der Zonenbeirat sich Anfang Mai zum erstenmal mit der Lage der jungen Generation befasste, sah Adolf Grimme, der preußische Kultusminister der Weimarer Jahre, in der »katastrophalen beruflichen Arbeitslosigkeit« einen Grund dafür, dass weite Kreise der Jugend anfällig seien für die Parolen eines »erneuten antideokratischen Frondeurtums«. Er berichtete von einem Gymnasium in Hannover, auf dessen Türen und Fenster Schüler eine Flut von Hakenkreuzen geschmiert und dessen Direktor sie die Fensterscheiben mit Steinen eingeschlagen hatten. Er fügte hinzu: »Wäre die Besatzungsarmee nicht im Lande, - ich möchte die Zahl der Rathenauorde nicht sehen.«⁶⁷

Die Sorge blieb. Eine Beobachterdelegation britischer Jugendverbände, die sich im Herbst 1946 in den westlichen Besatzungszonen und in Berlin umgesehen hatte, berichtete ihrer Regierung: »Die meisten jungen Leute unter 21 zeigen nicht viel politischen Enthusiasmus. Nach ihren Erfahrungen unter dem Naziregime sind sie gegenüber Parteien misstrauisch und geistig apathisch.« Und an anderer Stelle: »Die Masse junger Leute ist weder verzagt noch hoffnungsvoll - sie warten vielmehr abformbares Material für einen anderen Führer, der ihre Imagination benutzen und sie von ihrer Last befreien wird. Während Leute über 30 Jahren im allgemeinen versuchen, die Hitlerperiode zu ignorieren und sich einen Sinn von Kontinuität von der Weimarer Periode zur gegenwärtigen Zeit aufzubauen, erinnern sich die jungen Leute unter 30 an die Hitlerperiode und blicken zurück mit Sehnsucht nach ihrer Ordnung, ihren materiellen Vorteilen und nach ihrer Effizienz [...] Sie lamentieren: Hitler gab uns viel – Die Demokratie gibt uns nichts.«⁶⁸

Was war zu tun? Die Briten setzten auf die Reform des Schulwesens. Sie rechneten es zu den Schlüsselbereichen im künftigen Deutschland. Sie betrieben zunächst die Entnazifizierung des Personals und der Lehrmittel, arbeiteten mühsam an neuen Schulbuchkonzepten – zusammen mit Deutschen. Langsam liefen pädago-

65 Ebd., S. 122. Zum Folgenden das Jugend-Kapitel insgesamt ebd., S. 107-176.

66 Ebd.

67 Ebd.

68 Ebd., S. 124.

gische Tagungen für Lehrer verschiedener Schulgattungen an. Sie fielen am ergiebigsten für die Volksschulen aus. Da wurde konkret deutlich, welches geistige Trümmerfeld der Nationalsozialismus hinterlassen hatte. Für den Geschichtsunterricht wurden einige Grundsätze unabweisbar: Er sollte gegen die Verherrlichung von Kriegen und die Übersteigerung der nationalen Idee angehen, das Nebeneinander von Sozial-, Kultur- und politischer Geschichte verfolgen, ja sogar als zentrales Fach der Friedenserziehung dienen. Vieles blieb in den schulpolitischen Polarisierungen – insbesondere beim höheren Schulwesen – früh auf der Strecke.

Die eigentlich politische Bildungsaufgabe, die junge Generation mit dem Aufbau der Demokratie bekannt und vertraut zu machen, kam aber offenbar über tastende Versuche nicht hinaus: sowohl in der Jugendarbeit der Kirchen als auch in der amtlichen und freien Jugendpflege. Die politischen Jugendorganisationen durften noch nicht in Erscheinung treten.

Die hervorstechendste und nachhaltigste Initiative, diesen allseitigen Zustand der Hilflosigkeit zu überwinden, sollte die Arbeit auf dem Jugendhof Vlotho an der Weser bilden, einer ehemaligen Bannführerschule der HJ. Sie begann mit einem biographischen Zufall: mit *Klaus von Bismarck*, einem jungen hochdekorierten Offizier aus dem liberalen Adel Pommerns. Sein Onkel, der Landrat von Herford, war von den Briten gefragt worden, was er zu tun gedenke, »um mit dem Schutt nationalsozialistischer Jugendbildung aufzuräumen und für junge Menschen einen neuen Anfang zu setzen«. ⁶⁹ Der Neffe lieferte das Konzept und erhielt freie Hand. Die Briten konzedierte ihm sogar, dass an den ersten Lehrgängen auch einige ehemalige HJ-Führer und BDM-Führerinnen aus einem nahen Internierungslager – zunächst inkognito – teilnehmen durften.

Die Lehrgänge schlossen eine empfindliche Lücke. Die deutsche Leitung zerstreute den Verdacht, es handle sich um britische Reeducation. Das Leitungsteam repräsentierte weltanschauliche und konfessionelle Pluralität. Die Praxis hieß: ungefärbte Information, wechselseitige Offenheit in der Diskussion. Die Mitarbeit von Ausländern und Emigranten setzte sogar eine europäische Perspektive und verhinderte nationale Selbstbespiegelung.

Was hatte diese Initiative mit der »Graswurzeldemokratie« zu tun? Das Vlothoer Modell wäre ohne sie gar nicht zustande gekommen. Es verdankte seine Genesis personell, konzeptionell und praktisch der stützenden Initiative aus dem lokalen politischen Umfeld. Dessen Führungskräfte plädierten schon um die Jahreswende 1945/46 – im Austausch mit Klaus von Bismarck, der damals als Kreisjugendpfleger amtierte – für eine politische Bildung, die parteipolitische Beeinflussung vermeiden sollte: Der

69 Ebd., S. 166 f. Zum Vlothoer Modell ebd., S. 166-170. Zur Fortsetzung und politischen Bedeutung der Arbeit auf dem Jugendhof Vlotho vgl. auch die Beiträge der späteren Gruppenleiter eines studentischen Ost-West-Arbeitskreises, in: *Bildung - Entfaltung des ganzen Menschen. Jugendhof Vlotho*, hrsg. vom Jugendhof Vlotho, Vlotho 1996; ferner: Lothar Albertin, *Politische Jugendarbeit und nationale Frage im geteilten Deutschland 1945-1961. Zu wenig Diskurse im Kalten Krieg*, in: Arnd Bauernkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Berlin 1998, S. 32-43.

junge Mensch sollte urteilsfähig werden, die politische Option indessen ihm überlassen bleiben. Stadt und Kreis Herford betrieben früh in diesem Sinne Öffentlichkeitsarbeit: durch Veranstaltungen mit bis zu 800 Besuchern und Themen, wie Demokratie und Familie, Jugend und Frieden, Demokratie und Faschismus oder: Gebt der Jugend eine Zukunft. Die Referenten waren bekannt und persönlich glaubwürdig.⁷⁰ Sie wichen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht aus.

Bei keiner anderen Altersgruppe war die Erfahrung der verantwortlichen lokalen Führungskräfte so unstrittig: dass demokratisches Bewusstsein sich nicht ohne Reflexion auf die unmittelbare Vergangenheit konstituieren ließ.

Die nazistische Flüsterpropaganda machte diese dringlich. Im Frühjahr 1946 demonstrierte dies der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Rudolf Amelunxen, durch eine drastische Intervention. Er ließ Wandplakate zur »Bekämpfung der Nazipropaganda« für alle Schulen und andere öffentliche Einrichtungen herstellen, auf denen die Folgen von nationalsozialistischer Herrschaft und Krieg zahlenmäßig verdeutlicht wurden. Die Londoner »Times« berichtete im Mai 1946 darüber: »Auf diesen Plakaten wird jedes Kind lesen können, wie viele Männer, Frauen und Kinder Westfalens im Krieg umgekommen sind und wie groß der materielle Schaden ist, den die Provinz erlitten hat. Es sind genaue Einzelheiten darüber angegeben, wie viele Pfarrer und Arbeiterführer verhaftet oder getötet wurden, wie viele Männer und Frauen in Konzentrationslagern gefangen gehalten wurden, wie vielen westfälischen Frauen die Asche ihres ermordeten Ehemannes mit der Post zugeschickt wurde, wie viele Söhne Westfalens bei Stalingrad umkamen [...] Die amtliche deutsche Erklärung fügt hinzu: wenn irgendjemand angesichts einer solchen Bilanz weiterhin herumschwätzt, dass Deutschland und er selbst unter Hitler besser dran war, so sollte man ihn in ärztliche Pflege geben.«⁷¹

Politiker in den westfälischen Kommunen haben sich dieser Informationen in öffentlichen Versammlungen bedient. Der Bürgermeister Paderborns, *Christoph Tölle*, der sich immer wieder mit dem Nationalsozialismus befasste, fügte seinen handschriftlichen Notizen für Jugendkundgebungen das Stichwort hinzu: »Plakat Amelunxen«.

Tölles Reden waren auch beispielhaft für die Bemühungen lokaler Politiker, ihren Zuhörern die verheerende Bedeutung historisch-ideologisch geprägter Mentalitäten für die Orientierungssuche der Nachkriegsgesellschaft bewusst zu machen. Sein Paradigma für historisches Bewusstsein konzentrierte sich auf die Geschichte der »Armen und Bedrängten, Erniedrigten und Beleidigten« einerseits und der Leistungen in Technik, Wissenschaft und Medizin sowie den Fortschritt der politischen Moral andererseits.⁷²

Derartige Engagement in der deutschen Demokratie der Jahre 1945-1947 trug dazu bei, dass die politische Radikalisierung in der jungen Generation unterblieb.

70 L. Albertin, *Demokratische Herausforderung* (wie Anm. 5), S. 170-173.

71 Ebd., S. 173 f.

72 Ebd., S. 174.

Karsten Rudolph

Das Parteiensystem der Bonner Republik 1949 – 1969

Im Zentrum dieses Beitrags steht nicht die innere Entwicklung der politischen Parteien – mithin deren Mitgliederstruktur, Organisation, Willensbildung oder programmatische Ausrichtung¹ –, sondern die Strukturgeschichte des bundesdeutschen Parteiensystems zwischen 1949 und 1969.² Diese zeitliche Begrenzung wird durch zwei politische Zäsuren markiert: Die Gründung des westdeutschen Staates durch die Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai, die erste Wahl zum Deutschen Bundestag am 14. August, die Wahl Theodor Heuß' zum Bundespräsidenten und Konrad Adenauers zum Bundeskanzler am 12. bzw. 15. September 1949 einerseits, sowie durch den »Machtwechsel«³ von der zwanzigjährigen Regierungsführung der CDU/CSU auf die seit 1930 erste von der Sozialdemokratie geführte deutsche Regierung unter Willy Brandt am 21. Oktober 1969 andererseits.

Rudolf Morsey folgt dieser Phasenbildung in seinem Grundriss der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und lässt ihn 1969 enden, weil die »Wende vom Herbst 1969« den »Charakter der ›Republik im Wandel‹« bestätigt habe.⁴ Auch Manfred Görtemaker betont diese Schwelle in seiner wesentlich breiter angelegten Darstellung, die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 abschließt, auch wenn er nicht so recht klar machen kann, warum von einer »Umgründung der Republik« seit dem Ende der sechziger Jahre die Rede sein soll, wenn sich bereits wenige Jahre später eine allgemeine »Tendenzwende« vollzog, die das lange Sterben der sozial-liberalen Ära einleitete.⁵ Meldete bereits die sozialgeschichtlich orientierte Historiografie Zweifel an einer solchen politischen Zäsuren-

1 Vgl. hierzu den Überblick bei Helga Grebing, Die Parteien, in: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik, hrsg. von Wolfgang Benz, aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Frankfurt/M. 1993, S. 71-141. Zur Parteienforschung und zu den einzelnen Parteien vgl. ausführlich: Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland hrsg. von Oskar Niedermayer u. Richard Stöss, Opladen 1993. Enttäuschend dagegen der Beitrag von Eva Kolinsky, Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Forschungsthemen und Entwicklungslinien, ebd., S. 35-56.

2 Zur »Vorgeschichte« und zur Entwicklung nach 1969 vgl. die Aufsätze von Lothar Albertin und Elmar Wiesendahl in diesem Band.

3 Zum »Machtwechsel« von 1969 vgl. – wenngleich teilweise überholt, aber immer noch unübertroffen – die Darstellung von Arnulf Baring, (in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker): Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983.

4 Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1995, S. 115.

5 Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 475, S. 563 ff.

bildung an, so deutet sich seit geraumer Zeit auch in der politikgeschichtlichen Forschung eine Neuorientierung an. Dietrich Thränhardt unterteilt die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte in eine Phase der »Gründung und Konstituierung der Bundesrepublik« zwischen 1945 und 1961 und in eine Periode der Durchsetzung sozial-liberaler Reformen in den Jahren von 1962 bis 1973.⁶ Marie-Luise Recker schiebt in ihrer Einführung in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die sechziger Jahre als »eine Zeit großer gesellschaftlicher Veränderungen« zwischen die Adenauer- und die sozial-liberale Ära.⁷ Damit nimmt Recker in ihrem knappen Abriss neueste Befunde der zeithistorischen Forschung auf, welche gegen eine scharfe Trennung zweier Epochen in den Jahren 1968/1969 sprechen. Nach ihnen ist die Inkubationszeit struktureller politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandlungsprozesse deutlich früher anzusetzen, so dass sich die sechziger Jahre nicht länger als eine »bleierne Zeit« deutscher Nachkriegsgeschichte begreifen lassen, die erst durch den posthum stilisierten Sturm und Drang einer »68-Bewegung« beendet wurde. Viel eher erscheint die Zwischenetappe westdeutscher Geschichte als eine eigene Phase beschleunigten Wandels und dynamischer Veränderungsprozesse.⁸ Für eine solche Sicht spricht auch die schärfere Akzentuierung der gesellschaftlichen Modernisierungsleistungen der Großen Koalition 1966 – 1969, wie sie inzwischen auch in politikgeschichtlicher Hinsicht nahezu durchgehend erfolgt.⁹

Diese Tendenz der historiografischen Periodisierung der bundesdeutschen Geschichte, die tiefen Zäsuren nicht länger 1949 und 1969 zu setzen, kontrastiert zunächst mit einer hergebrachten, systematischen politikwissenschaftlichen Betrachtung des westdeutschen Parteiensystems, für die sich dessen Kontinuität nach 1945 in einem Konzentrationsprozess darstellt. Danach sorgte der Ausbau eines »Zweieinviertelparteisystems« (Klaus Beyme)¹⁰ aus zwei Großparteien – der CDU/CSU und der SPD – und einer kleineren Partei – der FDP – bis zur Etablierung der Grünen 1980 für eine Parteienkonzentration, die von der weit überwiegenden Zahl der Politikwissenschaftler als eine zentrale Bedingung für die Stabilität der politischen

6 Vgl. Dietrich Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, erweiterte Neuausgabe Frankfurt/M. 1996, S. 16 ff.

7 Marie-Luise Recker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2002, S. 46.

8 Vgl. hierzu vor allem die Beiträge in: *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, hrsg. von Axel Schildt, Detlef Siegfried u. Karl Christian Lammer, Hamburg 2000.

9 Vgl. Klaus Schönhoven, *Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 123–145; die Leistungen der Großen Koalition für die Modernisierung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft unterstreichen bereits Thomas Ellwein, *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*, München 1989, S. 43 ff., und Thränhardt, *Bundesrepublik* (1996), S. 167 ff. Auch Kleßmann setzt das Ende der Nachkriegszeit mit der Rezession und der Bildung der Großen Koalition 1966 an. Dagegen betrachtet Winkler aus einer »teilungsgeschichtlichen« Perspektive das Jahr des Mauerbaus, 1961, als für die Deutschen »tiefste Zäsur seit der doppelten Staatsgründung von 1949, wenn nicht seit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945«. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988; vgl. auch Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 204.

10 Klaus Beyme, *Institutionelle Grundlagen der deutschen Demokratie*, in: *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Max Kaase u. Günther Schmid (WZB-Jahrbuch 1999), Berlin 1999, S. 27.

Verhältnisse in der zweiten deutschen Demokratie und eine daraus erwachsene Reformfähigkeit der deutschen Gesellschaft gesehen wird. Eine Minderheit des Faches betrachtet diese Ausformung der Parteienlandschaft als einen Ausdruck der Sterilität des politischen Systems und als eine Ursache für politisch versteinerte Verhältnisse, die selbst durch die 68er-Bewegung nicht aufgelockert wurden.¹¹ Mit dieser gegensätzlichen Beurteilung geht eine entsprechend gegensätzliche Bewertung der Durchsetzung des Volkspartei-Konzepts einher. Sieht die eine Position in der Überwindung der Weltanschauungsparteien durch Volksparteien eine wesentliche Bedingung für die erfolgreiche Stabilisierung der Parteiendemokratie, betrachtet die andere diese Umformung insbesondere bei der SPD als einen Weg in den »Einparteiensstaat«.

Entgegen dieser besonders in den siebziger Jahren ausgeprägten Frontstellung kann argumentiert werden, dass die Verfestigung des hochkonzentrierten westdeutschen Parteiensystems und die Ideologie der Volkspartei innen- und außenpolitische Reformen verzögerte. Auf den Punkt gebracht lautet diese These, dass dem stabilen bundesdeutschen Parteiensystem eine Tendenz zur politischen Stagnation und Exklusion der parteilich nicht gebundenen Aktivbürger an politischen Entscheidungen eigen war. Anders als in den USA oder in Großbritannien verspätete sich in der Bundesrepublik die Bildung »einer erklärten Reformregierung«,¹² was deren Wirkungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten in der Folge erheblich einschränkte. Denn zum einen besaß die Regierung Brandt-Scheel bis zum weltwirtschaftlichen Einbruch 1973, der das goldene Zeitalter der Nachkriegsprosperität beendete, nur wenige Jahre Zeit, um zentrale Reformversprechen zu realisieren, zum anderen führten die infolge der bundesdeutschen Verspätung aufgestauten Reformervwartungen, die von Teilen der sozial-liberalen Koalition zudem noch genährt wurden, zu illusionären Vorstellungen über den temporären Aufwand für die Durchsetzung struktureller Reformen in der von versäulten Willensbildungsprozessen gekennzeichneten bundesdeutschen Gesellschaft.

Eine solche Argumentation findet an einer rein systematisierenden politikwissenschaftlichen Sichtweise des bundesdeutschen Parteienwesens, wie sie etwa Ulrich von Alemann vornimmt, freilich kaum Halt.¹³ Dessen Herausarbeitung einer Formierungsphase (1945 – 1953), einer Konzentrierungsphase (1953 – 1976) und einer Transformationsphase (1976 – 1990) bleibt zu abstrakt, um daraus eine Kosten-Nutzen-Rechnung über die außerordentliche Stabilität eines Parteiensystems abzuleiten, bei der die Aspekte von Innovationsfähigkeit und Partizipationschancen mit einfließen. Anders verhält es sich mit den Periodisierungskriterien Helga Grebings

11 Vgl. paradigmatisch Rudolf Wildenmann, *Volksparteien. Ratlose Riesen?*, Baden-Baden 1989, S. 9, der beklagt, heute stünden »wir fast wieder da, wo es 1949 angefangen hat: bei einem VielParteiensystem nämlich, jetzt aber mit zentrifugaler Tendenz«. Vgl. dem gegenüber die ältere Polemik von Wolf-Dieter Narr, *Parteiensstaat in der BRD – ein Koloss auf tönernen Füßen, aber mit stählernen Zähnen*, in: *Auf dem Weg zum Einparteiensstaat*, hrsg. von Wolf-Dieter Narr, Opladen 1977, S. 7-25.

12 Thränhardt, *Bundesrepublik* (1996), S. 17.

13 Ulrich von Alemann, *Parteien*, Reinbek 1995. Vgl. auch ders.,: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2000.

oder Peter Lösches, die nicht nur auf den quantitativen Maßstäben der Konzentration von Wählerstimmen und der Anzahl der im Deutschen Bundestag vertretenen politischen Parteien beruhen, sondern daneben auch Legitimations- und Problemlösungsaufgaben des politischen Systems anführen. So begründet Grebing ihre zweigeteilte Periodisierung damit, dass das Parteiensystem nach seinem Aufbau, seiner Konzentration und Konsolidierung seit 1961 unter größere Legitimationszwänge geriet und sich eine zunehmende Polarisierung der politischen Kultur einstellte.¹⁴ Lösche betont, dass sich das westdeutsche politische System nach der Konzentration auf wenige Parteien in den sechziger Jahren an wachsenden innenpolitischen Problemen abzarbeiten begann.¹⁵ Zugespißt legt dies eine Interpretation nahe, derzufolge der Konzentrationsprozess im bundesdeutschen Parteiensystem primär die Folge einer innenpolitischen Abarbeitung der internationalen Konstellation war. In den sechziger Jahren geriet das »deutsche Wahlwunder«¹⁶, d.h. die Abkehr von der in der Weimarer Republik typischen Segmentierung und Unberechenbarkeit des Wählerverhaltens, durch eine neue Agenda vorwiegend innenpolitischer Themen erheblich unter Druck. Die Frage, ob Bonn nicht doch wieder Weimar werden könnte, wurde erneut bang gestellt, bis sie sich durch den »gelungenen Machtwechsel« 1969 und den Fortbestand des Dreiparteien-Systems aus CDU/CSU, FDP und SPD in den siebziger Jahren bis auf weiteres erübrigt hatte. Äußerlich kennzeichnete eine hohe Kontinuität die Struktur des bundesdeutschen Parteiensystems von 1949 bis zum Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag 1983¹⁷ – unter der Prägekraft spezifischer Startbedingungen, sich wandelnder ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen und innerer Bestimmungsfaktoren.

Voraussetzungen für die Herausbildung des bundesdeutschen Parteiensystems

Im Anfang war nicht Adenauer, sondern die internationale Politik.¹⁸ Die Siegermächte steuerten den Aufbau des deutschen Parteiensystems. Deren kanalisierende Lizenzpolitik bei der Zulassung politischer Parteien etablierte ein Vierparteien-System aus CDU/CSU, FDP/LDPD, SPD und KPD. Die Zerstörung des Deutschen Reiches und der provisorische Charakter des Wiederaufbaus machte den Parteien einen politischen Neuanfang leichter als nach dem Ersten Weltkrieg: eine deutsche Staatsgewalt existierte zunächst nicht mehr, die politische Führung des nationalsozialistischen Deutschlands war ausgeschaltet, die traditionellen Machteliten wurden um die

14 Grebing, *Die Parteien* (1993), S. 88 ff., S. 120 ff.

15 Peter Lösche, *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Stuttgart-Berlin-Köln 1993, S. 108 f.

16 *Das deutsche Wahlwunder*, hrsg. von Chr.-Claus Baer mit Erwin Faul, Frankfurt/M. u.a. 1953.

17 Vgl. Hans-Dieter Klingemann, *Kontinuität und Veränderung des deutschen Parteiensystems, 1949–1998*, in: *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland* (1999), S. 115–128.

18 So Werner Link, *Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Deutschland-Handbuch*, hrsg. von Werner Weidenfeld, Bonn 1989, S. 571, gegen das Diktum Arnulf Barings: *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München 1969 (2. Auflage unter dem Titel: *Im Anfang war Adenauer*, München 1982).

Militärführung und die ostelbische Großgrundbesitzerschicht dezimiert, der Volksgerichtshof war aufgelöst, das Berufsbeamtentum wurde durch die Alliierten zur Disposition gestellt und die Position der Montanindustriellen wurde zunächst durch die Entflechtung ihrer Unternehmen erschüttert, sodann durch die Einführung der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer geschwächt.¹⁹ In der deutschen »Zusammenbruchsgesellschaft«²⁰ reüssierten deshalb vor allem die politischen Parteien, genauer: die lizenzierten Parteien. Ihr »Vorsprung«²¹ vor anderen Institutionen des im Aufbau befindlichen politisch-administrativen Systems verschaffte ihnen zwischen 1945 und 1950 eine außergewöhnliche Patronagemacht. Das Volk – so Wilhelm Hennis – war bereits vor der Verfassungsgebung, die auf direkt-demokratische Elemente fast ausnahmslos verzichtete, durch die Parteien faktisch mediatisiert worden.²²

Auch wenn sich Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sogleich organisierten oder der katholische Klerus in Amt und Würden blieb, stellten diese weder den Primat der Politik in Frage noch fesselten sie die verantwortlichen Führungsgruppen der Parteien oder setzten die in Weimar verbreitete Praxis der Entsendung von einflussreichen Repräsentanten in die Parlamente im gleichen Umfang fort. Insofern deutete sich bereits frühzeitig mit der Entklerikalisierung und Entgewerkschaftung des Parteiensystems in den Westzonen ein größeres Eigengewicht der Parteidemokratie an. Dies entsprach auch dem Sammlungsanspruch, den die politischen Parteien fast ausnahmslos vertraten. Die CDU verstand sich nicht nur als natürlicher politischer Ausdruck des katholischen Milieus und Nachfolgerin der klassenübergreifenden Zentrumspartei, sondern auch als bürgerliche Sammlungspartei rechts von der SPD. Sie trat als interkonfessionelle Partei und »Union aller Stände und Klassen« an, die – so der Verleger Gerd Bucorius – als »größte bürgerliche Partei« und einzige »Massenpartei den Sozialisten gegenüberzutreten« könne.²³ Die FDP versuchte sich vielerorts als nationale Sammlungsbewegung und geriet deshalb in die Gefahr, von Ewiggestrigen »als nationalistische Ersatzpartei benutzt zu werden.«²⁴ Die SPD unterstrich ihre Anstrengungen für einen Neuanfang nicht nur, indem sie in Konkurrenz zur KPD das sozialistische Wählerlager hinter sich zu versammeln, sondern auch indem sie sich gegenüber den Mittelschichten zu öffnen suchte.

Es trifft nicht zu, dass sich die Parteien nach 1945 allein aus den traditionellen Fließrichtungen der deutschen politischen Strömungen speisten und dies »im Fall der sogenannten bürgerlichen Parteien« nur »mit neuen Etiketten: CDU/CSU und

19 Vgl. Winkler, *Weg nach Westen* (2000), S. 116 ff.

20 Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 4. ergänzte Auflage, Bonn 1986, S. 37 ff.

21 Wilhelm Hennis, *Die Rolle des Parlaments und die Parteidemokratie*, in: *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, hrsg. von Richard Löwenthal u. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1974, S. 205 ff.

22 Ebd., S. 213.

23 Die Zitate nach Thränhardt, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (1996), S. 35/36.

24 Ebd., S. 37.

LPD beziehungsweise FDP« geschah,²⁵ denn das Sammlungs-, Einheits- oder Unionskonzept verlangte nach ideologischen Erweiterungen. In der Union fanden sich wirtschaftsliberale, christlich-sozialistische und konservative Ansätze; in der FDP linksliberale und deutschnationale Positionen, die SPD verzichtete auf die Wiedergründung ihrer subkulturellen Vorfeldorganisationen und ging auf das Christentum der Bergpredigt zu, die KPD propagierte ein bürgerlich-demokratisches Programm. Diese ideologischen Öffnungsbemühungen der traditionellen politischen Kräfte mögen teilweise taktischer Natur und nur von begrenzter Reichweite gewesen sein; sie verdrängten die konservative, liberale und sozialistische Tendenz in der deutschen politischen Geschichte auch nicht und markierten doch eine Abkehr von den ideologischen Stromlinien, die noch in der Weimarer Republik vorherrschten.

Schwerer für die Genese des bundesdeutschen Parteiensystems als diese ideologischen Lockerungsübungen wog jedoch die von Karl Rohe scharfsichtig beobachtete Umformierung der politischen Lagerbildung, die nicht ohne Einfluss auf die herkömmliche Struktur des deutschen Parteiensystems bleiben konnte.²⁶ Das im deutschen Kaiserreich entstandene und in der Weimarer Republik ausgeprägte Dreilager-System formte das bundesdeutsche Parteiensystem nicht. Denn das Bonner Dreiparteien-System bildete das traditionelle Dreilager-System aus katholischem, sozialistischem und nationalem Lager nicht länger ab. Der entscheidende Einbruch bestand in der Aufspaltung und Auflösung des nationalen Lagers, das mit den Nationalsozialisten eine Allianz eingegangen war. Nach 1945 wurde dieses Wählerlager von den Lizenzparteien, die den ehemaligen NSDAP-Wählern allesamt Avancen machten, aufgesaugt. Dem kam entgegen, dass die Siegermächte keine Folgeorganisation der NSDAP duldeten und das NS-Regime in weiten Teilen der Bevölkerung als diskreditiert galt. In den protestantischen norddeutschen Regionen bemühte sich die CDU erfolgreich um die nationalen Wähler, in Hessen war die FDP hierbei zunächst erfolgreicher, unter den Flüchtlingen und Vertriebenen die SPD. Und selbst die KPD, die nach Stalin zwischen Hitler und den Deutschen unterschied, erteilte den nationalistischen Mitläufern des NS-Regimes politische Absolution. In der SBZ/DDR sollten die früheren NSDAP-Wähler sogar durch eine eigens eingerichtete nationale Partei in das politische Blocksystem integriert werden.

Infolge dieses Befundes relativiert Rohe die Falterische These von der ersten Bundestagswahl 1949 als letzter Reichstagswahl der Weimarer Republik zu recht.²⁷ Zwar zogen in den ersten Deutschen Bundestag elf Parteien ein, zwar zeigte sich bei der Wahl erneut der fortbestehende Zusammenhang zwischen territorialen politisch-kulturellen Traditionen, Konfessions- und Sozialstrukturen sowie den Stimmeregebnissen der Parteien, zwar erreichten die vier Lizenzparteien nur wenig mehr

25 Alf Mintzel, »Die Konzentration der politischen Kräfte auf wenige Parteien«, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 188 vom 15. August 1979, S. 14.

26 Vgl. Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, S. 164 ff.

27 Jürgen Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 236-263.

als 60 % der Zweitstimmenanteile der Wahlberechtigten und mussten im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen enttäuschende Einbußen hinnehmen, doch letztlich brachte die Wahl ebenso zum Ausdruck, dass sich »die in der sozialistischen und katholischen Subkultur gespeicherten Milieukerne jeweils durch Bestandteile des ehemaligen nationalen Lagers angereichert und damit zum Ausgangspunkt für eine volksparteiliche Entwicklung« geworden waren.²⁸ Mit anderen Worten: Das in struktureller Umformung begriffene Parteiensystem gewann seine Konturen aus dem parteipolitischen Aufbrechen des nationalen Lagers – aber nicht nur: Das katholische Lager wurde durch die interkonfessionelle Ausrichtung der Union und den Niedergang des Zentrums sowie durch die weltanschauliche Öffnung der SPD, die zusehends auch katholische Wähler gewinnen konnte, nachhaltig erschüttert. Es gab im Westen etwas Neues. Das Ruhrgebiet, in der Weimarer Republik noch die Domäne des politischen Katholizismus und eine Hochburg der kommunistischen Arbeiterbewegung, entwickelte sich zur sozialdemokratischen Musterregion.²⁹

Die traditionelle Lagerbildung, die auf sozial-strukturellen Faktoren, der Dramatisierung des Konfessionskonflikts und politisch-kulturellen Dispositionen beruhte, wurde 1946/47 zudem durch Große Koalitionen und Allparteienregierungen in den Ländern überbrückt. Der antitotalitäre Konsens der nicht-kommunistischen Parteien, der im Kalten Krieg den antifaschistischen Konsens ablöste, sorgte kurz darauf für eine prinzipielle Grenzziehung gegenüber der KPD, die aus dem westdeutschen Parteiensystem ausgestoßen wurde. Die Kommunisten »wurden gleichsam exterritorialisiert« und bekamen mit der SBZ/DDR ihr eigenes »Herrschaftsterritorium zugeschanzt«.³⁰ Deswegen bildeten sie für die SPD im Rahmen des sozialistischen Wählerlagers immer weniger eine ernsthafte Konkurrenz. Auch dies unterschied die politische Konstellation in den Westzonen und der Bundesrepublik von derjenigen der Weimarer Republik. Das Ende des zwischen demokratischer und kommunistischer Arbeiterbewegung ausgefochtenen ideologischen und organisationspolitischen Stellungskrieges um die Arbeiterklasse sorgte für die Aufweichung des sozialistischen Lagers und verschaffte der SPD eine größere Mobilität gegenüber bürgerlichen Schichten, ohne dass sie den Vorwurf des Klassenverrats fürchten und länger mit einer Abwanderung eines Teils ihrer Wähler zur KPD rechnen musste. Die Union inkorporierte Schritt für Schritt die demokratischen Konkurrenzparteien – mit Zuckerbrot und Peitsche und mittels eines über die Unternehmensverbände gespeisten Parteienfinanzierungssystems, so dass die übrig gebliebenen Splitter leicht aus dem Parteiensystem hinausgefegt werden konnten.³¹

Schließlich begünstigte die ausgesprochen positive Mitgliederentwicklung der

28 Rohe, Wahlen und Wählertraditionen (1992), S. 170.

29 Vgl. Karl Rohe, Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 508-534; Karsten Rudolph, SPD und Ruhrgebiet. »Sozialdemokratisierung« einer Region?, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung 18/1997, S. 166-180.

30 Rohe, Wahlen und Wählertraditionen (1992), S. 165.

31 Vgl. Frank Bösch, Die Entstehung des CDU-Spendensystems und die Konsolidierung der deutschen Parteienlandschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 695-711.

Lizenzparteien die strukturelle Umformung des deutschen Parteiensystems.³² Nach dem Niedergang der demokratischen Parteien in der Weimarer Republik und dem nationalsozialistischen Partei(un)wesen erscheint der außergewöhnlich hohe Zulauf, den die politischen Parteien nach dem Krieg bis zur Währungsreform genossen, dennoch erstaunlich. Honoriert wurden nicht nur die Ansätze zum Neubeginn. Offenbar hatten die Bürgerinnen und Bürger den »Vorsprung der Parteien« (Wilhelm Hennis) im politisch-administrativen System auch selbst registriert und wendeten sich dorthin, wo sie die größte Gestaltungskraft im Wiederaufbau vermuteten; betraf dieses Interesse nun politische Richtungsentscheidungen, kommunalpolitische Interessen oder Patronageerwartungen, mag dahin gestellt bleiben.

Gleichwohl verhielt sich die Masse des »Wahlvolkes« nach den in der Weimarer Republik mit äußerster Leidenschaft geführten Schlachten und der sich anschließenden nationalsozialistischen Dauermobilisierung politisch zurückhaltend. Parteipolitik besaß in weiten Teilen der Bevölkerung keinen guten Klang, die traditionelle deutsche Parteienfeindlichkeit war keineswegs verfliegen. Die CDU/CSU entsprach dem schon dadurch, dass sie bewusst auf einen Parteinamen verzichtete. Auf der anderen Seite misstrauten aber auch die Parteien »dem« Volk, schon weil es zum NS-Regime bis in den Untergang gestanden hatte. Und hatte es sich durch Hitler nicht all zu leicht verführen und gegen die »Systemparteien« Weimars in Stellung bringen lassen? Auch die SPD, die hier vielleicht noch die wenigsten Reserven aufbrachte, hielt an politischer Mobilisierung in geordneten Bahnen, d.h. unter klarer sozialdemokratischer Führung fest und entwickelte in ihrer neuen Hochburg, dem Ruhrgebiet, eine klassische Form von Stellvertreterpolitik gegenüber unübersichtlichen Ansätzen der Selbstorganisation wie sie sich in antifaschistischen Aktionsausschüssen und überparteilichen Initiativen fanden.³³ Insoweit zementierte das konforme politische Verhalten apolitischer Bürger, die nach der »systematischen Zerstörung der Politik« durch das NS-Regime³⁴ nun einen ungewöhnlichen »Arbeits- und Leistungsfanatismus«³⁵ entfalteten, die Vormachtstellung der Parteien, unterstützte deren Ablösung von angestammten Wählerlagern und erleichterte das politische Taktieren.

Vor diesem – hier nur roh skizzierten – Hintergrund erscheint die Verabschiedung des Grundgesetzes, das den politischen Zentralismus des »Dritten Reiches« durch die Wiederbelebung des Föderalismus abtrug, die Grundlagen für eine handlungsfähige Regierungsmehrheit schuf, indem es zum Beispiel das konstruktive Misstrauensvotum einführte, die Parteien als maßgebende Träger des politischen Willensbildungsprozesses

32 Vgl. Tabelle 1.

33 Vgl. Michael Zimmermann, »Geh zu Hermann, der macht dat schon.« Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet, in: »Hinterher merkt man, dass es richtig war, dass es schiefgegangen ist.« Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 2), hrsg. von Lutz Niethammer, Bonn 1983, S. 277-310.

34 Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von Lutz Niethammer u. Bernd Weisbrod, Reinbek 1991, S. 422.

35 Richard Löwenthal, Prolog: Dauer und Verwandlung, in: Die zweite Republik (1974), S. 15.

ses anerkannte und die Tätigkeit des Staatsoberhauptes auf weitgehend repräsentative Aufgaben reduzierte, nicht mehr so sehr als genuine verfassungsrechtliche Leistung jenseits des bereits aufgestellten politischen Umfeldes, sondern viel stärker als die Stipulation neuer internationaler Gegebenheiten und als Bestätigung gleichsam vor-konstitutionell gewonnener positiver politischer Erfahrungen.

Grundstruktur und Entwicklungsrichtungen des westdeutschen Parteiensystems

Eine luzide Analyse des (west)deutschen Parteiensystems hat kürzlich Hans-Dieter Klingemann vorgelegt.³⁶ Anders als das Gros der Forschung definiert Klingemann den Zeitraum zwischen der Wahl des 4. und des 9. Deutschen Bundestages als die »Konzentrations- und Konsolidierungsphase des deutschen Parteiensystems«,³⁷ weil in den Jahren von 1961 bis 1983 lediglich drei Parteien – CDU/CSU, FDP und SPD – im deutschen Parlament vertreten waren. 1949 bis 1953 waren es noch zehn Parteien gewesen, seit 1983 vier. Die Zahl der konkurrierenden Parteien lag zwar insgesamt höher, doch sorgte vor allem die seit 1953 auf das gesamte Bundesgebiet bezogene Fünfprozentssperrklausel für die Reduktion der Zahl der Parlamentsparteien. Gleichwohl konzidiert auch Klingemann, dass die aus einer christdemokratischen Gruppierung, sozialdemokratischen und liberalen Partei bestehende Grundstruktur des westdeutschen Parteiensystems bereits 1949 ausgebildet war und erst durch den Einzug der Grünen in den Bundestag aufgebrochen wurde.

In diesem Dreiparteien-System verfügten die CDU/CSU und die SPD aufgrund ihres starken Zweitstimmenanteils über starke Stellungen, beherrscht wurde es jedoch von der Union, die zwischen 1949 und 1969 einen Zweitstimmenvorsprung unter den Wahlberechtigten besaß, der von 1,4 Prozentpunkten (1949) im Minimum bis 16,2 Prozentpunkten (1957) im Maximum reichte. Seit 1961 holte die SPD auf, ohne die Union überflügeln zu können. Die FDP pendelte zwischen 11,2 % (1961) und 5 % (1969). Der Nichtwähleranteil an den Wahlberechtigten sank von 17,4 % (1949) auf 13,3 % (1969).³⁸

Neben der rechtlichen Rahmensetzung, insbesondere durch das Wahlrecht (dessen Wirkung jedoch über-, während die Wirkung des Parteienfinanzierungsgesetz unterschätzt wird³⁹), führt Klingemann die Allianzbildung zwischen politischen Parteien und sozialstrukturell geformten Wählerlagern als Bestimmungsfaktor für die Stabilität des westdeutschen Parteiensystems an. Danach band die Union vor allem das katholische Lager an sich, konnte jedoch auch dann auf überdurchschnittlich viele protestantische Wähler setzen, wenn diese über die reine Konfessionszugehörigkeit hinaus starke kirchliche Bindungen aufwiesen. Demgegenüber gelang

36 Klingemann, *Kontinuität und Veränderung* (1999).

37 Ebd., S. 116.

38 Vgl. Tabelle 3 und Tabelle 2.

39 Vgl. Beyme, *Eine lernende Demokratie*, in: *Institutionelle Grundlagen* (1999), S. 27, S. 33.

der SPD der Einbruch in konfessionelle Wählergruppen im wesentlichen dann, wenn sie in nur geringem Maße in eine Religionsgemeinschaft integriert waren. Die SPD stützte sich in erster Linie auf die Wählergruppe mit Arbeiterstatus bzw. starker gewerkschaftlicher Bindung. Eigentlich müssten die Wähleranteile der Union und der Sozialdemokratie infolge der Auflösung sozialer Milieus in Deutschland, die sich unter dem nationalsozialistischen Regime beschleunigt hatte, in der »Zusammenbruchsgesellschaft« fortsetzte und in den sechziger Jahren besiegelt schien, sich in der Bundesrepublik sukzessive verschoben haben. Dass der Unions- bzw. SPD-Anteil an den Zweitstimmen dennoch relativ stabil blieb, erklärt Klingemann aus der Fortdauer organisatorischer Bindungen. Bezogen auf die SPD lautet der Befund, dass sie ihren Wähleranteil auch bei einer Schrumpfung des Arbeitermilieus halten konnte, weil der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Beschäftigten nahezu konstant blieb.

Zudem waren die bundesdeutschen Parteien mehr als der stumme politische Ausdruck gewachsener sozialer Milieus und sich verändernder sozialstruktureller Basisfaktoren. Sie erwiesen sich unter den Bedingungen der Parteienkonkurrenz in einem demokratischen System vielmehr selbst als wandlungsfähig. Klingemann belegt dies anhand einer Untersuchung ihrer programmatischen Positionen. Insbesondere die SPD reagierte auf Wahlergebnisse mit programmatischen Veränderungen. So leitete sie nach der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl von 1957 einen Veränderungsprozess ein, in dessen Verlauf sie sich bis zur Bundestagswahl 1965 den politischen Positionen der CDU/CSU stark annäherte. Die Abwendung von der Funktionärspartei, die programmatische Neuausrichtung mit dem Godesberger Programm, die Unterstützung der Westintegration und die »Gemeinsamkeitspolitik« seit Beginn der sechziger Jahre wären hier als Stichworte für neue strategische Allianzen mit einem sich verändernden sozialistischen Wählerlager und parteiferneren Wählergruppen zu nennen. Mit dem Ende der Großen Koalition und der Etablierung der sozial-liberalen Regierung 1969 strebten die politischen Positionen der beiden Großparteien jedoch wieder auseinander. Im wesentlichen waren es nach Klingemann somit drei Faktoren, welche die Kontinuität und die Stabilität des westdeutschen Parteiensystems bestimmten: das Wahlrecht, die Veränderung der Sozialmilieus und die Politik der Parteien selbst.

Ein weiterer Faktor trat allerdings noch hinzu: die Binnenverhältnisse im Parteiensystem. Die politischen Parteien strebten anders als in Weimar die Ausübung staatlicher Macht mit Verve an und scheuten vor der Übernahme der politischen Verantwortung nicht länger zurück. Statt sich an »der überkommenen Gewaltenteilungsdoktrin« zu orientieren und »sich vor allem zur Kontrolle der Regierung berufen« zu fühlen, nahmen die Regierungsparteien mit ihrer Parlamentsmehrheit das von ihnen gestellte Kabinett prinzipiell in Schutz. Vorbei war somit die Zeit der Weimarer Grotesken, als Fraktionen gegen Vorlagen von Regierungen stimmten, in denen Mitglieder der eigenen Partei saßen. Vorbei war es auch mit dem Unvermögen, dauerhafte regierungsfähige Mehrheiten zu bilden. Aber auch die »Zusammenarbeit der systemloyalen Parteien« funktionierte, und dies schließlich in jeder

denkbaren Kombination.⁴⁰ Zwischen 1957 und 1961 besaßen die Unionsparteien die absolute Mehrheit, wenngleich sie die FDP und einen Teil der DP mit der Aufnahme in die Regierung weiterhin an sich banden, von 1961 bis 1966 hielt sich die bürgerliche Koalitionsregierung an der Macht, 1966 kam die Große Koalition aus Union und SPD zustande, die bis 1969 regierte und dann durch eine Koalition aus SPD und FDP abgelöst wurde.

»Die konservative Demokratie«⁴¹

Die Stabilisierung des westdeutschen Parteiensystems vollzog sich in einem allgemeinen Klima der »Restauration«, einer »Atmosphäre traditioneller, aus vordemokratischen Zeiten übernommener Autorität in wichtigen Lebensbereichen, von den Institutionen der Justiz und des Bildungswesens bis in einen Großteil der Familien hinein«. ⁴² Ohne diese konservative Grundeinstellung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die sich in ihrem »hochtechnisierten Biedermeier« ⁴³ wohlfühlte, ist die Ausprägung der »Kanzlerdemokratie« unter Adenauer kaum zu verstehen. Die Wahlparole der Union zur Bundestagswahl 1957 – »Keine Experimente!« – bezog sich nicht nur auf außenpolitische Entscheidungen, sie traf auch dieses Lebensgefühl und die politische Kultur des Weststaates. Spätestens als sich seit Mitte der sechziger Jahre »der Mehltau der Wehnerschen Umarmungsstrategie lähmend auf das Parlament« ⁴⁴ auswirkte und die SPD über die Koalitionsbildung mit der CDU/CSU ihre Regierungsfähigkeit zu unterstreichen suchte, musste dies zur Kritik an einem Parteiensystem herausfordern, in dem die Opposition nur noch über eine schmale parlamentarische Basis verfügte. Der FDP, die weit davon entfernt war, die Regierungspolitik grundsätzlich zu kritisieren, stand mit ihrer geringen Zahl an Abgeordneten einer erdrückenden, verfassungsändernden Parlamentsmehrheit gegenüber.

Sigmund Neumann hatte ausgehend von seiner Studie über die politischen Parteien aus dem Jahr 1932 die »Betonung der weltanschaulichen Basierung und die Zuordnung der sozialen Klassenbindungen« in der Weimarer Republik scharf kritisiert, weil sie das deutsche Parteiensystem, den Bezug auf das Ganze verhindere und geradewegs in die »Krise der Demokratie« gemündet sei. ⁴⁵ Die in den sechziger Jahren laut werdende Parteikritik beschwor die Krise der Demokratie aus der entgegengesetzten Blickrichtung. ⁴⁶ Die dem Konzept der Volkspartei geschuldete Annäherung

40 Die Zitate aus: Eckhard Jesse, Parteien in Deutschland. Ein Abriss der historischen Entwicklung, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992, S. 41 ff.

41 Löwenthal, Prolog, in: Die zweite Republik (1974), S. 10.

42 Ebd., S. 11.

43 Ebd., S. 14.

44 Hennis, Parteiendemokratie, in: Die zweite Republik (1974), S. 219.

45 Sigmund Neumann, Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932, S. 96, ders.: Zum Studium des modernen Parteiwesens, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, hrsg. vom Institut für Politische Wissenschaft, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. XVIII ff.

46 Vgl. Richard Stöss, Parteikritik und Parteiverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40 (1990) B 21, S. 15-24.

der Parteien schaltete danach nicht nur kritische Stimmen in und außerhalb der Parteien aus, sie führe auch zu einer Ablösung des Parteiensystems von größeren Wählergruppen und übergehe zentrale gesellschaftspolitische und sozial-ökonomische Konflikte. Mit anderen Worten: das bundesdeutsche Parteiensystem repräsentiere nicht mehr den von Neumann geforderten Bezug aufs Ganze.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Kritik an der Macht der Parteien, am »CDU-Staat«, welche das Übergewicht der konservativen politischen Kräfte seit 1949 und die Unions-Lastigkeit des bundesdeutschen Parteiensystems thematisierte, oder am »Einparteienstaat«, der vor allem die Annäherung der SPD an die CDU/CSU verurteilte, anhand einzelner politischer Streitfragen – etwa der außenpolitischen Haltung zum Vietnam-Krieg, der »Bildungskatastrophe« oder der Notstandsgesetzgebung ausführlich zu behandeln. Aber ihre grundsätzlichen Linien sollen wenigstens skizziert werden.

Parteienverdrossenheit und »Systemkritik«

In den sechziger Jahren war Parteienkritik Kritik am Konzept der Volkspartei. Von rechts, aus einer liberal-konservativen Position heraus, die in der Tradition Ostrogorskis stand,⁴⁷ wurde vor allem die Ablösung des bürgerlichen Parlamentarismus und des Repräsentationsprinzips durch den modernen Parteienstaat thematisiert. An die Stelle der freien parlamentarischen Willensbildung sei die Zentralisierung politischer Entscheidungen in den Massenparteien getreten, die ihre Abgeordneten wie Stimmvieh dirigieren würden.⁴⁸

Von links knüpfte man an Robert Michels Kritik des Parteiwesens an.⁴⁹ In Wolfgang Abendroth fand das Volkspartei-Konzept einen seiner schärfsten Kritiker. Er argumentierte, dass das Grundgesetz vom Gegensatz der Parteien ausgehe,⁵⁰ diese jedoch nicht mehr zu unterscheiden seien, da sie auf inhaltliche Festlegungen weitgehend verzichten würden und oligarchisch entartet seien. Die volksparteiliche Orientierung habe sie »in eine Art Verkaufskonzern von Führer-Images zwecks Erwerbs von Wählerstimmen umgewandelt«.⁵¹ Die Parteien hätten das demokratische Moment in der internen Willensbildung radikal zurückgeschnitten und würden durch die Entpolitisierung der Anhänger und Wähler eine allgemeine »Entdemokratisierung der Gesellschaft« bewirken.⁵² Jürgen Habermas war der Ansicht, dass

47 Moisei Ostrogorski, *Democracy and the Organization of Political Parties*, 2. Bde., New York/London 1922.

48 Vgl. Gerhard Leibholz, *Der Strukturwandel der modernen Demokratie*, Karlsruhe 1952, und Rolf Ebbighausen, *Legitimationskrise der Parteidemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie*, in: *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Jürgen Dittberger u. Rolf Ebbighausen, Opladen 1973, S. 27.

49 Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 21957.

50 Wolfgang Abendroth, *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme*, Pfullingen 1966, S. 77.

51 Wolfgang Abendroth, *Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 5 (1964), S. 335.

52 Ebd., S. 330.

die politischen Parteien durch private Interessengruppen mediatisiert seien, wodurch die politische Öffentlichkeit ihrer Kontrollfunktion gegenüber politischen Entscheidungen beraubt würde.⁵³ Ossip K. Flechthelm betrachtete die Volksparteien in begrifflicher Anlehnung an Max Weber als »staatsverbundene, hierarchisch-geführte Anstalten« und nicht mehr als lebendige politische Bewegungen. Ekkehart Krippendorf beschwor wegen der Asymmetrie des bundesdeutschen Parteiensystems und der perspektivlosen Anpassung der SPD an die Union nach der Bundestagswahl von 1961 und 1965 nichts weniger als das »Ende des Parteienstaates«. Michael Th. Greven griff die demokratischen Parteien als »Ordnungsfaktoren bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse« an, und Johannes Agnoli sprach von den Volksparteien als »plurale Fassung einer Einheitspartei«.⁵⁴

Zum Standort einer kritischen Beurteilung der Leistungsfähigkeit des bundesdeutschen Parteiensystems

Solche Kritik am bundesdeutschen Parteiensystem wirft auch für die historische und politikwissenschaftliche Forschung die Frage auf, ob das außergewöhnlich stabile Bonner Parteiensystem und das mit ihr eng verbundene Konzept der Volkspartei, die Kultur des politischen Konsenses und die Vermeidung auch nur eines Anscheins von auszehrendem Parteienhader strukturell negative Auswirkungen auf die Vitalität des politischen Lebens in einer sich rasch modernisierenden Gesellschaft besaß, politische Partizipationsmöglichkeiten einengte, einen politischen »Reformstau« förderte und Legitimationsprobleme produzierte. Weil die historische Bewertung dieser Frage mangels ausgedehnter empirischer Studien und internationaler Vergleiche noch in den Kinderschuhen steckt, sollen hier lediglich Hypothesen formuliert werden:⁵⁵

1. Ein Großteil der Parteienkritik der sechziger und siebziger Jahre speiste sich aus einem emphatischen Begriff von Politik und einem identitären Demokratieverständnis, welche eine niederschmetternde Enttäuschung über die Langsamkeit und Unzulänglichkeiten der etablierten Politik geradezu provozierte. Eine sachgerechte historische Urteilsbildung wäre, wenn sie sich ein identitäres Konzept von Demokratie als Selbstregierung, Lebensform und allseitigem Verhaltensprinzip zu eigen machte, eben so schlecht beraten wie wenn sie kritiklos die Ansicht vom deutschen Parteiwunder nach 1945 übernehmen würde.⁵⁶ Letzteres impliziert freilich, dass eine Position, welche die Zerstörung der Weimarer Republik nicht zuletzt einem labilen Mehrparteiensystem zuschreibt, problematisiert werden muss. In anderen Worten: Es reicht nicht aus, das Parteiensystem

53 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied/Berlin 1962.

54 Zitate und Belege bei: Stöss, *Parteienkritik* (1990), S. 17.

55 Ich folge meiner Analyse in: *Die sechziger Jahre: das Jahrzehnt der Volksparteien?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30 (1999), S. 362-376.

56 Vgl. Frank Decker, *Parteien und Parteiensysteme im Wandel*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30 (1999), S. 345-361.

der Bonner Republik durch die »Weimarer Brille« zu betrachten – wie dies bis heute überwiegend geschieht.

2. Der Erfolg des Konzepts der Volkspartei besaß aber daneben spezifische historische Voraussetzungen, die weiter als bis in die Weimarer Republik reichten.⁵⁷ In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts bezeichnete das Konzept die »Parteiung der (föderalistischen) Demokratie«,⁵⁸ die auf einem politischen Bündnis von gemäßigter Arbeiterschaft und reformbarem Bürgertum beruhte, welches das Volk gegen die Obrigkeit mobilisierte. Damit war es von links durchaus positiv konnotiert, auch wenn es schließlich durch die frühzeitige Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie als obsolet erschien.⁵⁹ Ein erheblicher Teil der Parteienkritik der sechziger und siebziger Jahre suchte eben diese Trennung zu reaktualisieren, indem er die Rückkehr der SPD zur Vertretung der sozialen Interessen einer »proletarischen Demokratie« verlangte.
3. Die nationalistische Rechte instrumentalisierte seit der Wilhelminischen Ära ihrerseits den Begriff der Volkspartei, lud ihn mit anderen politischen Inhalten auf und etikettierte mit ihm in der Weimarer Republik die bürgerlich-nationalistischen Parteien (Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei), welche die Fiktion der Volksgemeinschaft gegen den »freien Volksstaat« der reformistischen Arbeiterbewegung propagierten. So konnte sich fast jede Weimarer Partei als Volkspartei darstellen. Schon in Weimar lernten die Parteien, Parteienkritik und dem Ruf nach gemeinschaftsbildenden Kräften mit dem Konzept der Volkspartei zu begegnen.
4. Der im internationalen Vergleich exzeptionelle Siegeszug des Konzepts der Volkspartei in der Bundesrepublik wäre ohne den wirkungsvollen nationalsozialistischen Schein der »volksgemeinschaftlichen Modernisierung«⁶⁰ und die Einlösung der sozialen Versprechungen des NS-Regimes durch die demokratischen Parteien unter den Bedingungen des »Wirtschaftswunders« in den späten fünfziger und den sechziger Jahren schwerlich möglich gewesen. Das große Versprechen der »echten Volkspartei« – von dem etwa im »Bergheimer Memorandum« eines Kreises jüngerer westfälischer Sozialdemokraten, die nach der Wahlniederlage ihrer Partei 1953 die Überwindung des parteitypischen Traditionalismus forderten, die Rede

57 Vgl. Detlef Lehnert, Zur historischen Soziographie der »Volkspartei«. Wählerstruktur und Regionalisierung im deutschen Parteiensystem seit der Reichsgründung, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 1-33.

58 Richard Stöss, Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik - Eine Theorie, in: ders., Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Sonderausgabe Bd. 1, Opladen 1986, S. 122.

59 Vgl. den in seinen grundsätzlichen Aussagen nicht überholten Aufsatz von Wolfgang Schieder, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, hrsg. von Hans Mommsen, Frankfurt/M. 1974, S. 17-34, und die ältere Studie von Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863-1870, Leipzig 1912, wieder abgedruckt in ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1969, S. 108-178.

60 Bernd Weisbrod, Der Schein der Modernität. Zur Historisierung der »Volksgemeinschaft«, in: Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, hrsg. von Karsten Rudolph u. Christl Wickert, Essen 1995, S. 240.

war,⁶¹ lag immer noch in der Überwindung von Klassenschranken und Schichtengrenzen – diesmal durch eine reformerische Anpassung an den sozio-ökonomischen Wandel. Vorweggenommen werden sollte diese Leistung durch die Schaffung einer Volkspartei, die den harmonischen Zusammenhang von Partei und Volk, Staat und Gesellschaft qua Konstruktion suggerierte.⁶²

5. Das westdeutsche Parteiensystem und das Volkspartei-Konzept erklären sich nicht nur als Reflex oder »Aufarbeitung« der deutschen Parteiengeschichte. Gelernt wurde nicht nur aus der Geschichte, sondern auch an Gegenwartsproblemen. Deswegen sollten sie auch als ein spezifischer historischer Versuch gewertet werden, den Prozess wachsender gesellschaftlicher Komplexität im Übergang zur post-industriekapitalistischen Gesellschaft politisch zu bewältigen. Insoweit steht die Entwicklung des westdeutschen Parteiensystems und seiner »Volksparteien« in einem engen Zusammenhang mit der allgemeinen Modernisierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft und dem Ende der großen ideologischen Erzählungen. Es folgte den zeitgenössischen ökonomistischen, technokratischen, empiristischen und positivistischen Tendenzen wie es – zum Teil in heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen – gewachsenen Partizipationsansprüchen und ausdifferenzierteren Interessenlagen entgegenzukommen suchte. Deshalb erfuhren die demokratischen Parteien in den sechziger Jahren einen folgenreichen Schub an politischer, sozialer und organisatorischer Komplexität⁶³ sowie innerparteilicher Liberalität. In der SPD führte dies zur Einführung komplizierterer Einstimmigkeitsregelungen wie überhaupt komplizierterer und langwierigerer Entscheidungsverfahren, einer Ablösung des von Schumacher gepflegten autokratischen Führungsstils oder der Bildung neuer Arbeitsgemeinschaften, mithin zum Ende der geschlossen agierenden Funktionärspartei, die die SPD als »Schicksalsgemeinschaft« begriff.⁶⁴
6. Diese Faktoren schufen die Voraussetzungen für den Siegeslauf des Konzepts der Volksparteien⁶⁵ – ohne dass damit schon geklärt ist, ob die empirische Gestalt der deutschen Parteien dem Konzept der Volkspartei auch wirklich entsprach. Die Ergebnisse der neueren Parteilforschung⁶⁶ sprechen vielmehr dafür, dass es sich vorwiegend um einen Kampfbegriff in der inner- und zwischenparteilichen Auseinandersetzung sowie um einen von den Großparteien selbst gepflegten »Konstruktionsmythos«⁶⁷ gehandelt hat bzw. noch heute handelt.

61 Everhard Holtmann, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform, hrsg. von Martin Broszat u.a., München 1988, S. 205-208.

62 Zum normativen Gehalt des Konzepts vgl. noch ausführlicher Hermann Kaste/Joachim Raschke, Zur Politik der Volkspartei, in: Einparteienstaat (1977), S. 30 f.

63 Vgl. am Beispiel der CDU: Josef Schmid, CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990.

64 Vgl. Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992. Zur CDU vgl. Hermann Scheer, Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU. Kommentierte Materialien zur »alten« und zur »neuen« CDU, in: Einparteienstaat (1977), S. 149-172.

65 Alf Mintzel, Die Volkspartei - Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984.

66 Vgl. die Literaturangaben bei Rudolph, Die sechziger Jahre (1999).

67 Alf Mintzel, Großparteien im Parteistaat der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 (1989) B 11, S. 6.

Ein vorläufiges Fazit

Die Stabilität des bundesdeutschen Parteiensystems zwischen 1949 und 1969 beruhte auf den spezifischen politischen Voraussetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, der Fiktion der Volkspartei, einer ungleichen Chancenverteilung zwischen den konkurrierenden Parteien und der Flexibilität der Großparteien sowie der FDP, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Stabilisierend für das Gesamtsystem wirkten Phasen der politischen Polarisierung, insbesondere der Bipolarisierung. Legitimationsdefizite und der Ruf nach anderen oder neuen Parteien kam dann auf, wenn sich die beiden Großparteien annäherten oder gar koalitierten. Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich die Geschichte des deutschen Parteiensystems zwischen der Gründung der Bundesrepublik und dem »Machtwechsel« von 1969 in eine Polarisierungsperiode, die bis zum Beginn der sechziger Jahre reicht, und eine anschließende Phase der De-Polarisierung einteilen. Die Parteienkonzentration und das Konzept der Volkspartei führten dazu, dass das Aushandeln von Kompromissen angesichts heterogener sozialer Interessen und die Austragung politischer Konflikte dem Parlament und der öffentlichen politischen Willensbildung entzogen und in die Parteien vorverlegt wurde. Diese Filterfunktion in der politischen Willensbildung geriet in den sechziger Jahren stärker in die Kritik. Sie bildete den Kern der Parteienkritik, zumal dann, wenn damit Zweifel an der Form bzw. Transparenz innerparteilicher Meinungsbildung einhergingen oder wenn bemängelt wurde, dass die innerparteiliche Bewältigung gesellschaftlicher Problemlagen zu viel Zeit in Anspruch nehme und Regierungs- bzw. Parlamentsentscheidungen deshalb verzögere. Dieses Argument unterschlägt freilich die Versäulung politischer Institutionen – unter dem Stichwort »Politikverflechtung« wären hier vor allem der Bundesrat und das Bundesverfassungsgericht zu nennen – und unterstellt, dass ein in geringerem Maße konzentriertes und weniger stabiles Parteiensystem raschere parlamentarische Entscheidungen herzustellen vermag, wenn sie denn nicht gleich über Formen der direkten Demokratie wie einem Volksentscheid gesucht werden. Bei aller berechtigter Kritik am bundesdeutschen Parteiensystem – zumal wenn sie die im internationalen Vergleich verspätete Einleitung der Entspannungspolitik oder gesellschaftspolitische Reformen betrifft – kann jedoch nicht bestritten werden, dass es seine politische Grundfunktion erfüllt hat. Diese – und hier schließe ich mich der Argumentation Danilo Zolos an – besteht in modernen komplexen Gesellschaften darin, »die Verteilung sozialer Risiken selektiv zu regulieren und daher die Angst durch die agonistische Zuweisung von Sicherheitswerten zu mindern«⁶⁸ bzw. die Verteilung sozialer Chancen selektiv zu regulieren und daher Hoffnung durch agonistische Zuweisung von politischen Garantien zu verbreiten. Auf dem modernen Agon, dem Feld medienvermittelter Parteiendemokratie, wird der Kampf um Macht, um staatliche Positionen und Ressourcen mit der Minderung von Angst und Mobilisierung von Hoffnung geführt. Die Arena der Politik wäre somit nicht eine Wettkampfbahn rationalen

68 Danilo Zolo, *Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*, Göttingen 1997, S. 63.

Wettbewerbs, wie die neoklassischen Ökonomen in der Politikwissenschaft glauben machen wollen, aber auch nicht die Sphäre der Gerechtigkeit, der identitären Demokratie oder die Heimstatt des zivilbürgerlichen Ehrenamtes. Sie wäre die Stätte der Klugheit. Schon daraus folgt, dass politische Entscheidungen grundsätzlich parteiisch, partikularistisch, ja moralisch haltlos sind.⁶⁹ Das Spezifikum des politischen Systems liegt nun darin, die Macht zu besitzen, allgemeinverbindliche Entscheidungen zu treffen, die durch die Anwendung staatlicher Gewalt durchgesetzt werden. Solange das politische System imstande ist, die gegebene ungerechte Verteilung sozialer Risiken so zu regulieren, dass sie mehrheitlich akzeptiert werden können, etwa indem es sie als alternativlos darzustellen oder die Hoffnung auf eine alternative Risikenverteilung aufrecht zu erhalten vermag, bleibt es stabil. In diesem Sinn war das bundesdeutsche Parteiensystem zwischen 1949 und 1969 sehr erfolgreich.

Tabelle 1 Mitgliederentwicklung von SPD, CDU, CSU und FDP 1949 – 1970 und 1980

Jahr	Mitglieder			
	SPD	CDU	CSU	FDP
1946	711.488		69.370	
1947	875.479	ca. 400.000	82.200	
1948	844.653	ca. 340.000		
1949	736.218			
1950	683.896			
1951	649.529			82.890
1952	627.817			
1953	607.456			
1954	584.479	ca. 215.000		
1955	589.051	ca. 245.000		
1956	612.219		ca. 43.500	
1957	626.189			
1958	623.816			
1959	634.254			
1960	649.578	.	52.500	
1961	644.780	.	58.600	
1962	646.584	248.484		
1963	648.415		56.000	
1964	678.484	279.770	70.300	
1965	710.448			
1966	727.890	280.781	80.900	

69 Ebd., S. 58 f., S. 62 f. und S. 69.

Parteiensystem der Bonner Republik 1949 – 1969

1967	733.004	285.804		
1968	732.446	286.541	73.618	57.034
1969	778.945	303.532	76.655	58.750
1970	820.202	329.239		56.531
...				
1980	986.972	693.320	172.420	84.085

Nach: Grebing, Helga: Die Parteien, in: Die Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Politik, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt/M. 1983, S. 177.

Tabelle 2 Bundestagswahlergebnisse der CDU/CSU und SPD und Zweitstimmendifferenz CDU/CSU – SPD (in Prozentpunkten) 1949–1969

Wahljahr	CDU/CSU	SPD	Differenz
1949	31,0	29,2	+ 1,8
1953	45,2	28,8	+ 16,4
1957	50,2	31,8	+ 18,4
1961	45,3	36,2	+ 9,1
1965	47,6	39,3	+ 8,3
1969	46,1	42,7	+ 3,4
1972	44,9	45,8	- 0,9

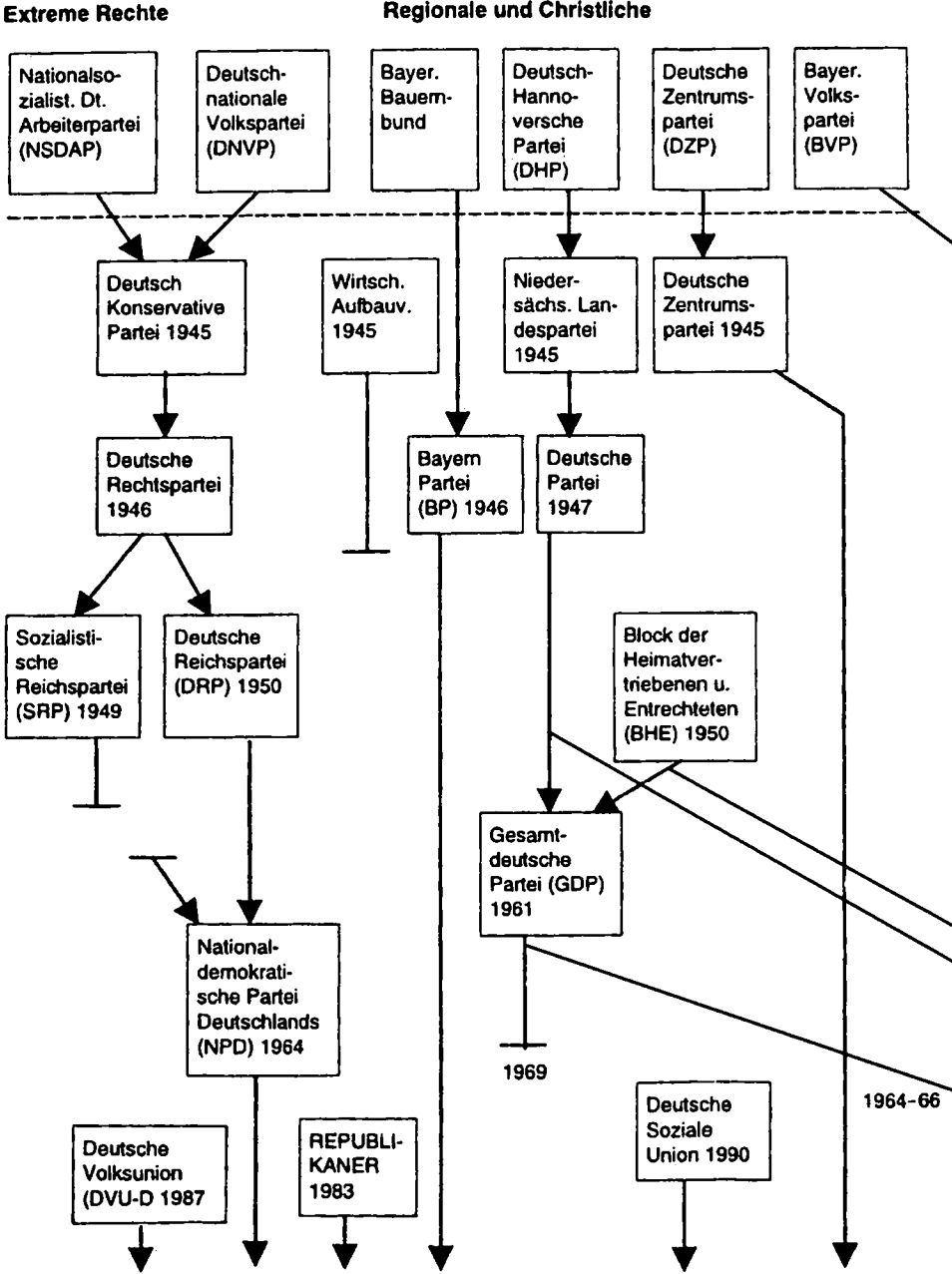
Nach: Stand und Perspektiven der Parteienforschung, hrsg. von Oskar Niedermayer u. Richard Stöss: Opladen 1993, S. 46.

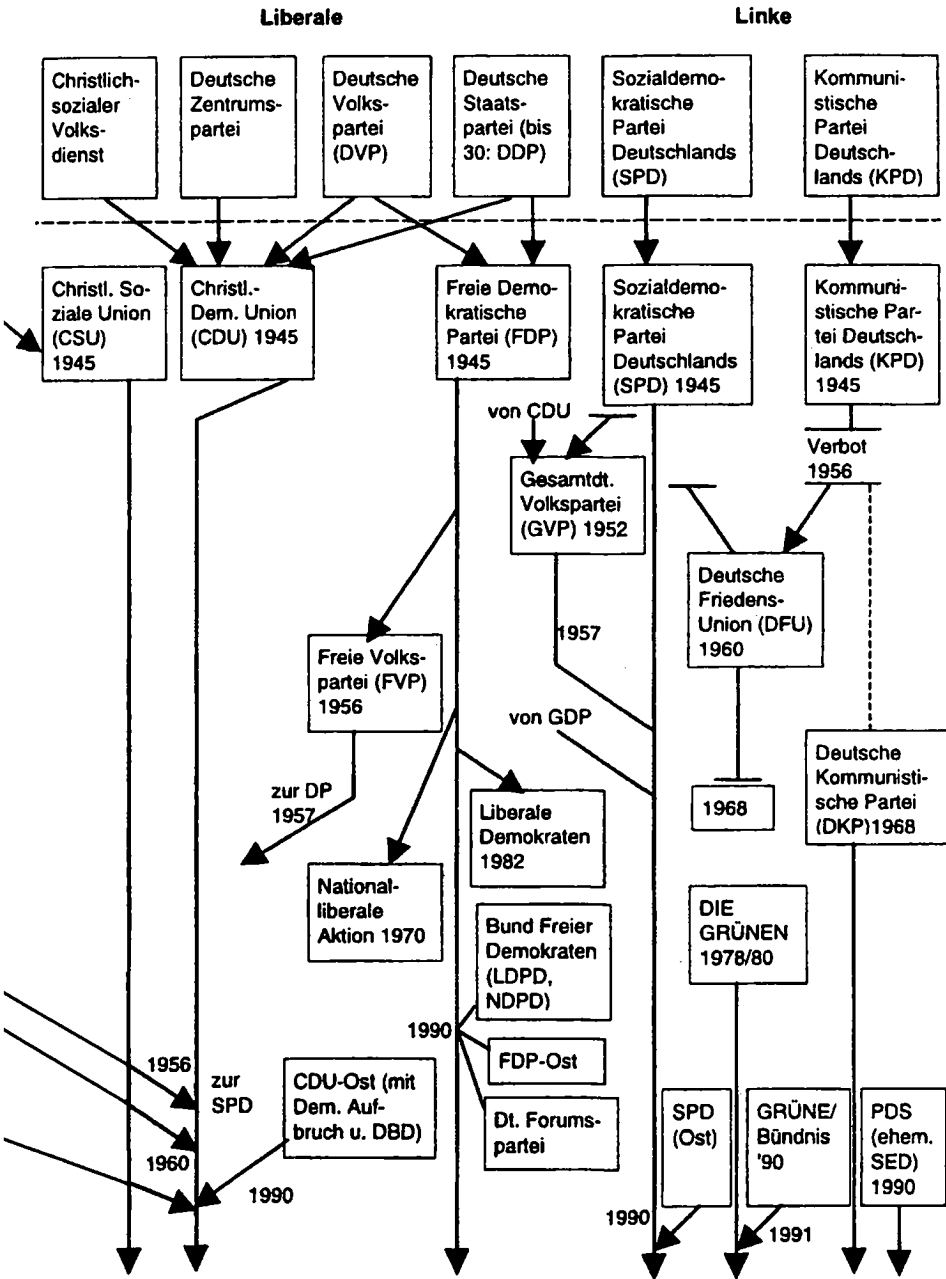
Tabelle 3 Bundestagswahlergebnisse der CDU/CSU, FDP und SPD nach Zweitstimmenanteilen an den Wahlberechtigten und Anteile der Nichtwähler 1949–1969

Wahljahr	CDU/CSU	FDP	GB/BHE	SPD	KPD	Sonstige	Nichtwähler
1949	24,3	9,3	–	22,9	4,4	21,8	17,4
1953	38,8	8,2	4,9	24,7	–	9,2	14,1
1957	44,1	6,8	–	27,9	–	9,0	12,2
1961	39,7	11,2	–	31,7	–	5,0	12,4
1965	41,3	8,2	–	34,1	–	3,0	13,4
1969	40,0	5,0	–	37,0	–	4,7	13,3

Nach: Klingemann, Hans-Dieter: Kontinuität und Veränderung des deutschen Parteiensystems, 1949–1998, in: Institutionelle Grundlagen der deutschen Demokratie, in: Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Max Kaase u. Günther Schmid (= WZB-Jahrbuch 1999), Berlin 1999, S. 120.

Die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland





Überhitzung und Abkühlung: Parteien und Gesellschaft im Zeitenwechsel der siebziger und achtziger Jahre

I. Einleitung

Parteien wandeln sich mit dem Wandel der Gesellschaft. Wie sich jedoch beide im Wechselspiel zueinander verändern und was dabei von wem beeinflusst wird, entbehrt immer noch einer befriedigenden Antwort durch die Parteienforschung.¹ Um so reizvoller ist es deshalb, der Frage nach dem Zusammenwirken von Partei- und Gesellschaftswandel gerade unter den Bedingungen aufgewühlter Verhältnisse, wie sie sich beispielhaft in den Siebzigern darbieten, nachzugehen. Zudem lohnt sich auch ein Vergleich zwischen den siebziger und achtziger Jahren der »alten« Bundesrepublik, weil wohl zu keiner anderen Phase der Nachkriegsentwicklung innerhalb einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne das Parteiensystem einem dermaßen spannungsreichen Wechselbad aus Hitze und Abkühlung, Vitalität und Schwäche, Hochzeit und Abstieg ausgesetzt war. Parteigeschichte, die das Wechselspiel von Gesellschafts-, Politik- und Parteientwicklung für die siebziger und achtziger Jahre untersucht, ist, abgesehen von Einzeldarstellungen, noch nicht geschrieben worden.²

Auszugehen ist zunächst von folgenden Voraussetzungen: Parteien verfügen über Chancen der Wahl eines vielgestaltigen Wegs, der, einmal eingeschlagen, allerdings ausgeschlagene Möglichkeiten der Reaktion auf Gesellschaftswandel zurücklässt. Dabei wandeln sich Gesellschaft und Parteien dissynchron und nur lose verbunden, weil Parteien als eine Ansammlung eigensinniger Menschen gesehen werden müssen. Für sie erschließt sich Wandel über einen komplizierten Aneignungsprozess,³ bei dem untereinander geklärt werden muss, was sich geändert hat, wie das zu innerparteilich konservierten Bildern passt und was man zu tun gedenkt. Parteien erzeugen ihre

1 Siehe hierzu Klaus von Beyme, *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000, S. 205; zum Diskussionsstand siehe Paul Pennings, Jan-Erik Lane, *Comparing Party System Change*, London, New York 1998; Peter Mair, *Party System Change, Approaches and Interpretations*, Oxford 1997; Robert Harmel, Kenneth Janda, *An Integrated Theory of Party Goals and Party Change*, in: *Journal of Theoretical Politics*, 6, 1994, S. 259-287; Andrew M. Appleton, Daniel S. Ward, *Party Response to Environmental Change*, in: *Party Politics*, 3, 1997, S. 341-362; Frank L. Wilson, *The Sources of Party Change: The Social Democratic Parties of Britain, France, Germany and Spain*, in: Kay Lawson (Hrsg.), *How Political Parties Work. Perspectives from Within*, Westport, London 1994, S. 263-283.

2 An Gesamtdarstellungen siehe Peter Lösche, *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Stuttgart, Berlin, Köln 1993; und Karlheinz Nicolauß, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn u. a. 1995.

3 Siehe hierzu Elmar Wiesendahl, *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Opladen, Wiesbaden 1995, S. 179 ff.

Wirklichkeit selbst und lassen sich dabei von außen ungern hineinregieren. Kontroversen treten deshalb auf, weil die unterschiedlichen Wirklichkeitszugänge der Ehrenamtlichen, Berufspolitiker und Stabsangestellten in Parteien konkurrierende Deutungswelten über das, was draußen geschieht, hervorbringen. Zudem werden in diesem Prozess gewachsene Organisationsidentitäten und fragile innerparteiliche Macht- und Interessenkonstellationen berührt.

Umgekehrt stoßen Parteien mit ihren strategischen Richtungsentscheidungen gesellschaftlichen Wandel an, wodurch sie ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten erweitern, aber auch durch nichtbedachte negative Folgewirkungen ihrer Handlungen Zukunft verbauen können. Intuition und strategische Weitsicht einerseits sowie Irrtümer und Fehlentscheidungen andererseits liegen dicht beieinander. Auch Faktoren wie Glück und Zufall sind bei »unverdienten« Niederlagen und unverhofften Siegen dabei, so dass retrospektiv beim Fortgang des Geschehens nicht allzu viel lineare Kausalität unterstellt werden sollte.

II. Parteien in den siebziger Jahren

Gesellschaftlicher Umbruch und herausgeforderte Parteien

Die Geschichte des ersten Machtwechsels in der Bundesrepublik Deutschland 1969 und die Zeit der sozialliberalen Reformära unter Willy Brandt haben ihre Vorgeschichte. Bereits in den sechziger Jahren erodierte die gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Grundlagen der Nachkriegszeit, und die Bundesrepublik geriet in den Sog eines allgemeinen postindustriellen Umbruchs.⁴ Diesem wiederum ging eine Phase dynamischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Modernisierung voraus, die sich in den sechziger Jahren nochmals beschleunigte.⁵

Der damals diagnostizierte Trend hin zur entideologisierten und sozial befriedeten Massenkonsumgesellschaft bot den Parteien in der Tat genügend Anlass, um sich zu weltanschaulich entschlackten Volks- und Allerweltparteien umzuwandeln.⁶ Um so überraschender setzte um die Mitte der sechziger Jahre eine Politisierungs- und Reideologisierungswelle ein, die in ihren umbruchartigen und teilweise sogar kulturevolutionären Auswüchsen die Basis der westdeutschen Nachkriegsdemokratie erschütterte. Während die Bundesbürger in der Wiederaufbauzeit noch mehrheitlich einem formaldemokratischen obrigkeitsstaatlich-passiven Politik- und Staats-

4 Siehe im Überblick Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 25, 1999, S. 132 ff.

5 Siehe hierzu aufschlussreich Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel Schildt, Detlev Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

6 Siehe hierzu paradigmatisch Otto Kirchheimer, *Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6, 1965, S. 20-41; zur Volksparteientwicklung selbst siehe kritisch Karsten Rudolph, *Die 60er Jahre – das Jahrzehnt der Volksparteien?* in: Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), S. 471-491.

bürgerverständnis verhaftet blieben, wurden nun in einem rasanten Modernisierungssprung⁷ größere Bevölkerungsteile von einer politischen Mobilisierungswelle erfasst, für die verbesserte Bildung die notwendigen kognitiven Voraussetzungen schuf. Der sich anbahnende postmaterielle Wertewandel trug mit zur Verbreitung der politischen Beteiligungskultur bei. Politischer Protest und andere damals noch »unkonventionell« genannte Formen direkter Einflussnahme auf die politische Willensbildung wurden von einer neuen Aktivbürgerschaft entdeckt, die mit »Demokratie von unten«⁸ der institutionell abgeschirmten Stellvertreterdemokratie den Kampf ansagte.

All diese Umbrüche machten die sechziger Jahre zu einer Wendezeit, durch die sich die hergebrachten kulturellen Vergesellschaftungsmuster und die unpolitische Staatsbürgerkultur der fünfziger nicht mehr auf die siebziger Jahre übertragen ließen. Die Nachkriegszeit verlor ihre politisch-kulturelle Anschlussfähigkeit, ohne jedoch vollends ins Abseits zu geraten oder gar von der Bildfläche verdrängt zu werden. Dies löste bereits in den sechziger Jahren widerstreitende Loslösungs- und gleichzeitig Verharrungsprozesse aus.⁹ Hierin äußerte sich so etwas wie ein generationsspezifischer Kulturkampf, bei dem überschießende Veränderungsbestrebungen auf heftige Abwehrreflexe stießen.

Die Parteien trafen diese Umbrüche genauso unvorbereitet wie die Gesellschaft. Im Übergang zu den siebziger Jahren wurden sie – zunächst – zu Getriebenen von konfliktgeladenen Begleiterscheinungen des beschleunigten Gesellschaftswandels und kulturellen Umbruchs. Um sie herum spielten sich ungleichzeitige, widersprüchliche und gegenläufige Entwicklungen ab, die sich für sie zu dem Problem auswuchsen, mit einer aus dem Gleichgewicht geratenen, gleichzeitig vorwärtsdrängenden, verharrenden und rückwärts gewandten Übergangsgesellschaft fertig zu werden. Dies bildete für sie ein schwer zu kalkulierendes Gefahren- und Chancopotential, wodurch im Positiven wie im Negativen ihre bisherige Wählerstärke und Wettbewerbsposition berührt wurde.

7 In Übersicht hierzu Peter Gluchowski, Fritz Plasser, Peter Ulram, Politisch-kultureller Wandel in Deutschland, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram (Hrsg.), Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, 2. Aufl., Frankfurt/M. u.a. 1992, S. 157-213. Zur kognitiven Mobilisierung siehe Russell J. Dalton, Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, 2nd ed. Chatham, N.J. 1996, S. 21 ff. und Wilhelm Bürklin, Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung, in: Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich, Thomas Leif (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 30 ff.

8 Roland Roth, Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln 1994.

9 Siehe hierzu Helga Grebing, Gesellschaftlicher Wertewandel und die Suche nach einer neuen Parteiidentität in den Sozialdemokratien Europas seit den 70er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, 29. Bd., 1989, S. 273 f.

Die SPD in der Regierungsära von Willy Brandt

Die beste Chancenverwertung der Umbruchzeit erzielte die SPD. Es ist vor allem der zupackenden Initiative von Willy Brandt als SPD-Kanzlerkandidaten und Walter Scheel als FDP-Parteivorsitzenden zu verdanken, dass noch am Abend der Bundestagswahlen vom 28. September 1969 an der Union vorbei die Weichen in Richtung auf einen Machtwechsel gestellt wurden. Risikobereitschaft besaßen die Schmiede dieses Bündnisses allemal, denn die Überlebensgarantie einer sozialliberalen Koalition hing an einer labilen parlamentarischen Mehrheit von nicht mehr als 12 Abgeordneten. Von Anfang an war unsicher, ob der in der FDP-Bundestagsfraktion vertretene nationalliberale Flügel unter Erich Mende das Bündnis mittragen würde. Dies zeigte sich spätestens Mitte 1972, als 60 % der FDP- Abgeordneten der Koalition den Rücken zugekehrt hatten. Sie wollten nicht einen Politikwechsel mittragen, der in der Tat zum epocheprägenden Markenzeichen der sozialliberalen Zeitenwende wurde, nämlich der Anspruch, die Bundesrepublik grundlegend reformieren zu wollen. Kein anderer Satz brachte den tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformanspruch der neuen Koalition zugespitzter auf den Punkt, als der Slogan »Wir wollen mehr Demokratie wagen« aus der Brandtschen Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969.

Die SPD war als Führungskraft der sozialliberalen Koalition die Aufsteigerpartei der Epoche. Zwar hatte es bei den Bundestagswahlen 1969 für sie mit 42,7 % der Stimmen nur für den zweiten Platz gereicht. Doch fuhr sie damit erstmals die Ernte als Regierungspartei ein. Bei allem innerparteilichen und außerparlamentarischen Widerstand hatte ihr die Regierungsbeteiligung an der Großen Koalition den erhofften Regierungsbefähigungsnachweis eingebracht, so dass sie unter dem populären Wirtschaftsminister Karl F. Schiller und dem angesehenen Außenminister Willy Brandt glaubwürdig mit den Slogans »Wir haben die richtigen Männer« und »Wir schaffen das moderne Deutschland« in den Wahlkampf zog und das beste Ergebnis ihrer bisherigen Geschichte erzielte. Dabei hatte sogenannten Schillerwählern imponiert, wie die SPD mit Instrumenten moderner keynesianischer Konjunktursteuerung die erste Nachkriegsrezession erfolgreich zu überwinden verstand. Dies trug ihr einen wichtigen Kompetenz- und Modernitätsvorsprung vor den Unionsparteien ein, wovon sie noch bis in die siebziger Jahre hinein zehren konnte.

Die SPD war nun unter dem Kanzler Willy Brandt an der Macht, der mit seiner Biografie und seiner charismatischen Anziehungskraft die geeignete Projektionsfläche bot, um Hoffnungen zu wecken und der SPD neue Wählerschichten zuzuführen. Allerdings versammelte sich hinter der SPD eine soziologisch auffällig heterogene Wählerkoalition, in der sich neben der treuen Industriearbeiterschaft linkspolitisierte Jugendliche und Studenten und zahlreiche aufstiegsorientierte Angestellte und Bedienstete des tertiären Staatssektors zusammenfanden. Gleichwohl befand sich die SPD für einen historischen Moment als Partei der Modernität, Entspannungs- und Reformpolitik im Einklang mit dem Zeitempfinden und Lebensgefühl breiter Wählerschichten und speziell der politisch gerade mündig gewordenen Nachkriegs-

generation. Zur Mobilisierung eines breiten öffentlich unterstützten Reformlagers trug ganz wesentlich der gesellschaftspolitisch begründete Legitimationsanspruch der SPD bei. Doch wuchsen der Regierungspartei zahlreiche Gegner zu, die sich von den »Inneren Reformen« nichts Gutes für den Erhalt ihrer Interessen und Besitzstände versprachen.

Im Kontrast zur Reformrhetorik unterlag die Regierungsarbeit der SPD in Wirklichkeit einer anderen Schwerpunktsetzung. Die wurde vom Primat der Ostpolitik bestimmt, zumal hier koalitionsintern unstrittige Konzepte vorlagen und die Verhandlungen zwischen 1969 und 1972 zielstrebig und zügig aus dem Kanzleramt heraus von Egon Bahr vorangetrieben wurden.¹⁰ Weitere Kräfte der Regierungen wurden für den Überlebenskampf der Koalition aufgezehrt, der mit dem Fraktionswechsel von Mende, Starke und Zoglmann im Herbst 1970 begann, sich bis zum gescheiterten Misstrauensvotum vom 27. April 1972 hinzog und dann im November des gleichen Jahres mit einem Triumph der SPD bei den vorgezogenen Bundestagswahlen endete. Abgestimmt wurde dabei vor allem über die Ostverträge, was die SPD mit 45,8 % der Stimmen zum klaren Wahlsieger machte. Das Ergebnis bildete für Willy Brandt einen persönlichen Triumph, dem als Friedensnobelpreisträger für seine mutige Versöhnungs- und Entspannungspolitik die Zuneigung seiner Anhänger zuflog.

Organisationspolitisch verhielt sich die SPD-Spitze gegenüber den politisch-kulturellen Umbrüchen anfangs ambivalent. Zur Absicherung ihres strategischen Öffnungs- und Anpassungskurses hatte sie lieber ihren eigenen Studentenverband SDS oder Anti-Vietnam-Protestierer aus der Partei hinausgeworfen, als auch nur andeutungsweise in die Nähe der antiautoritären Studentenbewegung gebracht zu werden. Eine strategische Kurskorrektur gab es nie, obgleich – sicherlich nicht unbeabsichtigt – die Reform- und Aufbruchrhetorik der Regierungs-SPD symbolische Anreize bot, von denen sich gerade erst durch die Studentenbewegung politisierte Jugendliche angesprochen und in ihren linken Gesellschaftsveränderungsfantasien inspiriert fühlen mussten.

Auch gingen während ihrer Linkspolisierung ab 1969 große Teile der Jugend gleichzeitig auf Distanz zur Union, die noch bis 1965 bei Bundestagswahlen traditionell einen kleinen Jungwählervorsprung erzielen konnte. 1972 wurde die SPD von den 18- bis 24-jährigen mit einem historischen Bestergebnis von 54,6 % gewählt. Wenn auch zum Zeitpunkt des sozialliberalen Regierungsantritts die Mobilisierungskonjunktur der APO bereits zur Neige ging, war ihr ideologischer Einfluss noch sehr groß, so dass Teile der akademischen Jugend und der neuen Mittelschichten mit neomarxistischem Gedankengut in die SPD strömten. Sie taten das in dem Glauben, dort eine Plattform für die Artikulation und Durchsetzung ihrer radikalen Vorstellungen vorzufinden.

Die SPD wurde von einer ungeordneten Eintrittswelle überschwemmt, die sie

10 Siehe hierzu Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 268 ff.

organisatorisch nicht zu kanalisieren vermochte. Allein 1969 hatte sie 100.000 und 1972 150.000 Neumitglieder zu verkräften.¹¹ Zwischen 1969 und 1976, als sie ihren Höchststand von 1.022.191 Mitgliedern erreichte, stießen über 400.000 neue Mitglieder im Juso-Alter zwischen 16 und 35 Jahren zu ihr, viele davon Gymnasias-ten und Studenten. Insgesamt konnte sie ihren Mitgliederbestand zwischen 1968 und 1976 um 40 % steigern. Dadurch wurde die SPD nicht nur verjüngt, sondern sie wälzte sich in ihrem Bestand soweit um, dass sie 1975 zur Hälfte aus Mitgliedern bestand, die erst nach 1969 in die Partei eingetreten waren. Sie verlor darüber ihr traditionelles arbeiterparteiliches Profil und zeigte soziologisch deutlich ausgeprägtere akademische und bürgerliche Züge. Gerade unter den Funktionären begann sie sich zu einer Partei der neuen Mittelschichten und des Öffentlichen Dienstes zu entwickeln.¹²

Der über die Mitgliederschwemme herbeigeführte Ideologieimport kam zuerst bei den Jusos an, die 1969 auf ihrem Bundeskongress eine radikale sozialistische Linkswendung vollzogen. Eine Zeit lang produzierten sie reichlich Lärm, der ihnen viel Aufmerksamkeit in den Medien und große Sympathien unter bildungsbürgerlichen Jugendlichen eintrug. Allerdings blieb ihr innerparteilicher Einfluss begrenzt, weil es ihnen nie glückte, Bündnisbeziehungen zum traditionellen Gewerkschaftsflügel herzustellen. Gleichwohl löste das Eindringen der neuen Linken innerparteiliche Schockwellen aus, weil zwischen der ideologischen Debattenkultur der Neumitglieder und der milieugetränkten arbeiterparteilichen Versammlungskultur der Altgedienten Welten lagen. Hieraus erwuchs ein tiefgreifendes Integrationsproblem. Im Widerstreit des ideologischen Flügelschlags und der gegensätzlichen Herkunft- und Erfahrungswelten zu Beginn der siebziger Jahre bildeten sich vielmehr organisierte Kreise der Parteilinken und -rechten heraus.¹³ In der Folge trugen sie stellvertretend und wie in einem Brennspeigel in ihrem Innern jene gesellschaftlichen Generations- und Kulturkonflikte aus, die sich durch die Umbruchphase in den sechziger Jahren hochgeschaukelt hatten. Dadurch lasteten die '68er der SPD nicht nur enorme Einbindungs- und Zusammenhaltskosten auf, sondern sie schreckten mit ihrer militanten Klassenkampfrhetorik zahlreiche um ihre Besitzstände fürchtende Aufsteiger und verängstigte Bürgerliche ab, die sich in die Arme der Unionsparteien flüchteten.¹⁴ SPD-Wähler selbst in sozialdemokratischen Hochburgen goutierten den militant ausgetragenen innerparteilichen Kulturkampf nicht, so dass traditionell rot regierte Großstädte wie München, Frankfurt oder Berlin an die Unionsparteien fielen.¹⁵

11 Alle Angaben zur Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung fußen auf Auskünften der Parteigeschäftsstellen und eigenen Berechnungen.

12 Siehe hierzu Peter Lösche, Franz Walter, *Die SPD. Klassenpartei. Volkspartei. Quotenpartei*, Darmstadt 1992, S. 150 ff.; Lösche, S. 134 ff.; Zur »middle-class«-Profilierung der SPD siehe auch Gerard Braunthal, *The German Social Democrats Since 1969. A Party in Power and Opposition*, 2nd ed. Boulder, San Francisco, Oxford 1994.

13 Siehe hierzu Ferdinand Müller-Rommel, *Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969-1980*, Opladen 1982.

14 Sehr kritisch hierzu Franz Walter, *Die Achtundsechziger. Liberale Zäsur der Republik?*, in: *Universitas*, 1998, Nr. 10, S. 957-963.

15 Siehe hierzu »Abstieg durch Aufsteiger und Aussteiger«, in: *Der Spiegel*, 1987, Nr. 6, S. 35-39.

Die zweite vorzeitig nach 18 Monaten am 6. Mai 1974 beendete Phase der Brandtschen Kanzlerschaft scheiterte an einer Kette widriger Umstände und an Folgewirkungen zuvor gemachter Fehler.¹⁶ Selbst nach seiner Wiederwahl stellte sich Brandt dem Primat der Innenpolitik tendenziell lust- und glücklos.¹⁷ Spätestens ließ Ende 1973 der Ölpreisschock die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wegbrechen, derer eine Politik der inneren Reformen bedurft hätte.

Nun rächte sich vor allem der überbordende Erwartungsüberschuss, den die sozialliberale Koalition selbst in die Welt gesetzt hatte.¹⁸ Von hierher rührt auch der irreparable Enttäuschungseffekt, mit dem die gerade gewonnene Jungwählerschaft sich Schritt für Schritt wieder von der SPD löste, um dann schließlich Ende der siebziger Jahre bei den Grünen zu landen. Einen wichtigen Auslöser bildete der sogenannte Extremistenbeschluss vom 28. Januar 1972, der einen Riss zwischen akademischer Jugend und SPD erzeugte und mit dazu beitrug, dass sich die auf unrealistischen Erwartungen aufgebaute Beziehung zwischen politisierter Nachkriegsgeneration und SPD schon bald wieder eintrübte. Innerparteilich ließ der Einfluss der Jusos als Sprachrohr der linken Bildungsjugend in dem Maße nach, wie sie zu einem theoretischen Sektiererklub verkümmerten. Ihr Tiefpunkt war 1977 erreicht, als die Parteiführung den gerade zum Jusovorsitzenden gewählten »Stamokap«-Vertreter Klaus-Uwe Benneter aus der Partei ausschloss.¹⁹ Numerisch begann bei den Jusos schon 1974 ein Aderlass, der sie bis 1989 von 306.000 auf 172.000 Altersgenossen in der SPD schrumpfen ließ. Zusehends überhob sich die Partei an dem nicht mehr harmonisierbaren Erwartungskonflikt, Reform- und linke Systemveränderungspartei in einem sein zu wollen. Enttäuschung trat auf beiden Seiten des Wähleranhangs auf, weil es die Partei bei ihrem Zielgruppenspagat keinem, auch nicht den Schillerwählern aus dem Aufsteigermilieu, mehr Recht machen konnte.

Die SPD in der Regierungsära Helmut Schmidts

Der Kanzlerwechsel von Brandt zu Helmut Schmidt am 16. Mai 1974 verkörperte eine tiefe Zäsur, weil sich mit ihm nicht nur ein Politikwechsel vollzog, sondern auch ein weitreichender ökonomischer und soziokultureller Klima- und Paradigmenwechsel. Die Aufbruch- und Reformeuphorie war verflogen. Stattdessen begannen sich mit der Ölpreiskrise und der anschließenden Rezession die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verschlechtern, in deren Gefolge sich Wachstumsschwäche

16 Siehe hierzu Sigfried Heimann, *Die Sozialdemokratie: Forschungsstand und offene Fragen*, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993, S. 158 f.

17 Siehe Franz Walter, *Führung in der Politik. Am Beispiel sozialdemokratischer Parteivorsitzender*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7, 1997, S. 1306.

18 Siehe hierzu Detlef Lehnert, *Die sozial-liberale Koalition. Vom »historischen Bündnis« zum wahltaktischen Bruch?*, in: Gert-Joachim Glaeßner, Jürgen Holz, Thomas Schlüter (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den 70er Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1986, S. 23.

19 Siehe hierzu Susanne Miller, Heinrich Potthoff, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1840-1990*, 7. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991, S. 240.

mit steigender Inflation und Arbeitslosigkeit verbanden. Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und des Wachstums ließen den Fortschrittsglauben schwinden und die Technikskepsis wachsen, und die Gesellschaft spaltete sich in zwei Lager: Auf der einen Seite die mehrheitlichen Anhänger der industriellen Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft, die sich allerdings entlang der alten sozialen Frage und des Verteilungskonflikts wiederum in ein linkes und rechtes Lager spalteten. Der Burgfrieden zwischen diesen beiden Streitparteien wurde politisch über »Old Politics« hergestellt, einer Ordnungs- und Verteilungspolitik, die sich um die materiellen und sozialen Versorgungs- und Sicherheitsbedürfnisse der Menschen kümmerte. Auf der anderen Seite schälte sich um die ökologische Frage herum ein in den jüngeren Bildungs- und neuen Mittelschichten verankertes postindustrielles Lager heraus, das für »New Politics« eintrat und damit für postmaterielle Teilhabe-, Lebensqualitäts-, Umweltschutz-, Friedens- und Abrüstungsanliegen. Zu diesem Lager zählten viele, die in der Umbruchzeit politisch mobilisiert worden waren und als neue Aktivbürgerschaft für »Demokratie von unten« eintraten. Der Konflikt zwischen »Sein und Haben« (Erich Fromm) »Verteilungs- und Lebensweiseparadigma« (Joachim Raschke), »Old« und »New Politics« lag quer zum klassenpolitischen Verteilungskonflikt. Schon von der gewandelten Mitgliederzusammensetzung her ging er mitten durch die SPD hindurch und spaltete gleichermaßen die sozialdemokratische Wählerschaft.

Vor diesem Hintergrund setzte die neue Schmidt-Genscher-Regierung auf den Primat der Ökonomie und auf »Old Politics«. Innere Sicherheit war das zweite große Problem, da der eskalierende RAF-Terrorismus zum alles lähmenden innenpolitischen Bedrohungsmoment emporgewachsen war. Erfolge auf beiden Politikfeldern blieben zunächst aus, so dass sich die elektorale Schwächephase der SPD in den Ländern fortsetzte. Aus den gleichen Gründen stand 1976 die knappe Wiederwahl der SPD-FDP-Koalition bei den Bundestagswahlen auf Messers Schneide. Erst als 1977 in Mogadischu eine RAF-Gefangenenbefreiung vereitelt werden konnte und die wirtschaftliche Erholung einsetzte, wendete sich das Blatt, so dass sich nun das Image des Kanzlers als erfolgreicher Weltökonom und Krisenmanager auch in einer Klimaverbesserung für die SPD auszahlte. Bei den Bundestagswahlen von 1980 erreichte Schmidt den Gipfelpunkt seiner Popularität, von der die SPD mit 42,9 % (plus 0,3) Stimmenanteil allerdings nicht so recht profitieren konnte. Die verbleibende Zeit bis zu seiner Abwahl am 1. Oktober 1982 wurde nun negativ vom Ökonomischen geprägt, zumal sich erneut eine Rezession einstellte.²⁰ Zwischen dem sozialliberalen Regierungsantritt 1969 und dem Ende der Ära Schmidt 1982 war das Wirtschaftswachstum von plus 7,5 auf minus 1,1 % gesunken und gleichzeitig die Inflationsrate von 1,6 auf 5,3 % gestiegen. Auch die Arbeitslosenquote war von 0,9 auf 7,5 % empor geschneit, genauso wie sich die Staatsquote von 38,0 auf 49,8 % vergrößert hatte. Längst überfällige Einspar- und Sozialab-

²⁰ Siehe hierzu Wolfgang Jäger, Werner Link, *Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt*, Mannheim 1987, S. 194 ff.

baumaßnahmen ernteten nun wütenden Gewerkschaftsprotest, so dass Schmidt am Ende seiner Amtszeit selbst mit seinen treuesten Bündnispartnern und Wählern über Kreuz lag.

Helmut Schmidt war als Kanzler der richtige Mann zur richtigen Zeit, der seiner Partei zweifelsohne zur Verlängerung ihrer Regierungsjahre verholfen hat. Und dies noch dazu mit einer tief zerstrittenen Partei, die sich während seiner Ära in heftige Flügelkämpfe verwickelte. Als Repräsentant jener alten Mehrheit der Partei, die Tradition und Identität aus der sozialen Frage bezog, schlüpfte er in die Rolle des entschlossenen Vertreters alter Politik und Bannerträger des industriellen Wachstumslagers. Schmidt bezog sein etatistisches Politikverständnis daraus, effektiv regieren zu wollen. Geradezu wesensfremd und verantwortungsethisch inakzeptabel war ihm auch die wertkonservative Fundamentalkritik an seiner Politik. Deshalb blieben ihm auch die ergründenden 68er und Bildungsbürger in der Partei suspekt, wobei sich beide Seiten in ihrer innigen Abneigung in nichts nachstanden.

Die Parteibasis biss sich in ihrer Vorliebe an ausufernden Theoriediskursen am »Orientierungsrahmen 85« fest, der nach langwierigen Debatten schließlich Ende 1975 in Mannheim mit dem Ergebnis beschlossen wurde, dass niemand im Regierungslager hiervon Notiz nahm. Die Programmacher des »Langzeitprogramms« waren zu Opfern des tief in der SPD verankerten politischen Steuerungsmythos und interventionistischen Politikverständnisses geworden. Dagegen wussten die Regierungsoberen der SPD sehr wohl aus den widrigen Umständen ihres Regierens, wie wenig Politik durch Entschließungen allein komplexe Wirtschafts- und Gesellschaftsabläufe zu beeinflussen vermochte. Nur waren Leitvorstellungen wie »Big Government« und »Strong Politics« der Regierung selbst gar nicht so fremd, wie sie mit ihrer Politik der Förderung der Großtechnologie, des Ausbaus der Kernenergie und dann der atomaren Nachrüstung bezeugte. Nur biss sich hier die Regierungspolitik ihrerseits an einer harten Linie fest, die im krassen Gegensatz zu den massiven Vorbehalten und Ängsten des postindustriellen Lagers stand. Dies mutete der SPD eine tiefgreifende Belastungsprobe zu. Ohnehin strapazierte die Steuer- und Terrorismusbekämpfungspolitik von 1977 die sozialdemokratische Programmidentität schon genug. Doch mit der Kernenergiepolitik und dem Nato-Beschluss von 1978 kam es faktisch zum inneren Bruch, selbst wenn auf dem Berliner Parteitag Ende 1979 noch einmal eine offene Rebellion verhindert werden konnte. Ende der siebziger Jahre war die Einheit und die Identität zwischen Regierungs-SPD und SPD-Aktiven faktisch zerbrochen.

Während dieses innerparteilichen Entfremdungsprozesses suchte sich der Protest draußen unter den postindustriell gesonnenen Anhängern aus dem SPD-Wählerumfeld andere Ventile und Ausdrucksformen. Ab Mitte der siebziger Jahre stand ein bürgerschaftliches Protestpotential bereit, das von den neuen sozialen Bewegungen nur noch mobilisiert zu werden brauchte.

Gegen Ende der Ära Schmidt waren die Scherben eines zu Bruch gegangenen politischen Aufbruchprojekts zu besichtigen. Die Partei trug vor allen Dingen die Folgelasten eines von der Regierungsseite aus betriebenen rein sachlogischen »Con-

flict Handlings«. Dabei wurde bei der atomaren Energie- und Abschreckungspolitik einfach nicht akzeptiert, dass sich deren unbefragter Reflektionshintergrund mit dem Zerfall des Wachstumsparadigmas nach 1973 aufgelöst hatte. Stattdessen hielt die Regierung unbeirrt an ihrer Linie fest, wodurch sich das unverstandene postmaterielle atomkritische Lager provoziert fühlte. Beschädigt wurde hierdurch auch die innere Verfassung der schrumpfenden SPD, in der große demoralisierte Teile in die innere Emigration getrieben wurden. In Trümmern lag zudem die Aufstiegs- und Aufbruchwählerkoalition, von der sich Jugendliche und postmaterielle Angehörige der Aufbruchgeneration auf die Seite des Protestlagers schlugen, um später bei den Grünen zu landen.

Die FDP als Konstante im Koalitionswechselfpiel der siebziger und achtziger Jahre

Die siebziger und achtziger Jahre waren für die FDP Zeiten zweimaligen Koalitionswechsels und – damit verbunden – Zeiten riskanter innerparteilicher und elektoraler Neupositionierung. Der erste Koalitionswechsel von 1969 war mutig und riskant, weil sich die FDP während der langen Adenauer- und Erhard-Zeit einen Stammplatz an der Seite der Union als verlässliche Stütze des hegemonialen Bürgerblocks erobert hatte. In Bewegung kam die FDP erst als Oppositionspartei während der Großen Koalition, als Walter Scheel 1968 Erich Mende vom Parteivorsitz ablöste.

Auch wenn die Partei bei ihrer Modernisierung zur »liberalen Reformpartei« keine echte Wahl besaß,²¹ war diese Mutation allemal hochriskant, weil damit zu rechnen war, dass die traditionell mittelständisch-besitzbürgerliche Wählerschaft und Teile der Partei selbst diesen Lagerwechsel nicht akzeptieren würden. Gleichwohl wandte sich die FDP speziell in der Bildungs- und Bürgerrechtspolitik den in Bewegung geratenen gesellschaftlichen Aufsteiger- und Modernisierungsschichten zu, denen sie sich als Pünktchenpartei und mit dem kecken Versprechen andiente, die alten Zöpfe abzuschneiden zu wollen.

Mit 5,8 % reichte es 1969 mal gerade zum Wiedereinzug in den Bundestag, womit die existenzgefährdende Zitterpartei aber erst begann. Denn der noch übermäßig stark in der Bundestagsfraktion vertretene nationalliberale Flügel wechselte nach heftigen innerparteilichen Konflikten zur Union und brachte die sozialliberale Koalition um Haaresbreite zum Einsturz. Die Umpositionierung der FDP glückte schließlich, weil es ihr gelang, sich in einem neuen Wählersegment aus höheren Statusgruppen des neuen Mittelstandes zu verankern.²² Zudem konnte der Aderlass an Altmitgliedern durch eine Eintrittswelle aus dem gesellschaftlichen Aufbruch- und Aufsteigerlager überkompensiert werden. Statt 57.034 Mitgliedern wie im Jahre

21 Siehe Jürgen Dittberner, Die Freie Demokratische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe Bd. 3, Opladen 1986, S. 1349.

22 Siehe Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl, Opladen 1987, S. 101.

1968 verfügte sie 1981 über 86.600 (plus 29,6 %) Mitglieder. Nach dem Wegfall des Mende-Flügels wurde nun die dynamische innerparteiliche Balance der FDP durch das Kräftemessen zwischen dem erstarkten linksliberalen Bürgerrechts- und dem ungebrochen einflussreichen wirtschaftsliberalen Flügel bestimmt. Die Sozial- und Linksliberalen in der Partei machten sich im Überschwang des Zeitgeistes nun an die Programmarbeit, so dass sich mit den Freiburger Thesen vom Herbst 1971 der Eindruck aufdrängte, als ob sich die Liberalen zusammen mit der traditionellen Arbeiterschaft, dem liberalen Bürgertum und reformfreudigen Teilen der neuen Mittelschichten zu einem historischen Bündnis zusammengefunden hätten. Erstmals profilierte sich die FDP identitätsstiftend als Programmpartei, was jedoch die konkrete politische Arbeit des Parlaments- und Regierungsflügels der Partei nur wenig beeindruckte.²³ Zudem griffen die FDP-Spitzen ab 1972 in dem Maße auf die Profilierung als unternehmerische Interessenpartei zurück, wie die außerparlamentarische Linkswendung der SPD ihnen die Rolle des mäßigenden Korrektivs zu spielte. So konnte sie Staatseingriffe in die privatwirtschaftliche Eigentumsordnung vereiteln. Dies hieß aber nicht, dass sich die FDP auf solchen ökonomieneutralen Feldern wie der Strafrechts-, Scheidungs-, Abtreibungs- und Bildungsreform nicht als treibende Bürgerrechtspartei profiliert hätte. Zudem hatte die wirtschaftsfreundliche Wächterrolle der FDP für die Koalition einen stabilisierenden Effekt, weil Wähler abgehalten wurden zur CDU/CSU abzuwandern.

Mit dem Wechsel im Parteivorsitz von Walter Scheel zu Hans-Dietrich Genscher begann die FDP ihre Koalition mit der SPD unter Schmidt in ein nüchternes Zweckbündnis auf Zeit umzuwandeln. Die Kieler Thesen von 1977 rückten programmatisch das in den Freiburger Thesen von 1971 entworfene Bild einer linksliberalen Reformpartei zurecht. Koalitionspolitische Lockerungsübungen wurden aber durch die Lager-Wahlkampfstrategie der CDU/CSU von 1976²⁴ und erst recht 1980 konterkariert, so dass sie hierdurch weiter an die SPD gefesselt blieb. 1980 hatte der konfrontative Strauß-Kanzlerwahlkampf zudem den vorteilhaften Effekt, der FDP zahlreiche Anti-Strauß-Wähler zuzutreiben, so dass sie ihren Stimmenanteil auf satte 10,6 % steigerte.

Die erneute koalitionspolitische Wende der FDP hin zur CDU/CSU resultierte sicherlich mit aus der akuten Not, nicht in den Abwärtsstrudel der SPD hineingerissen zu werden. Beendet wurde eine Koalition, die sich in elementaren Fragen der Haushaltssanierung und Sozialpolitik völlig zerstritten hatte. Für die FDP wiederholte sich nun 1982 unter Führung von Genscher und Graf Lambsdorff ein innerparteilich verlustreicher Häutungs- und wählerstrategischer Umpositionierungsprozess, dessen Kraftakt ihr eine schleichende Substanzauszehrung abnötigte. Dies begann mit dem Abgang prominenter Köpfe und engagierter Mitglieder des links- und

23 Siehe hierzu Dittberner, FDP, S. 18 ff, und Hans Vorländer, Die FDP zwischen Erfolg und Existenzgefährdung, in: Alf Mintzel, Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 262 ff.

24 Zur koalitionspolitischen Auflockerungsstrategie siehe Jäger/Link, S. 28 ff., S. 114 ff.

sozialliberalen Flügels,²⁵ so dass die FDP in den achtziger Jahren den Verlust eines Viertels ihrer Mitglieder zu verkraften hatte.²⁶ Sozialliberale Wähler taten es ihnen gleich und wanderten in Scharen ab zu den Grünen und der SPD. Angesichts dieses Wählerschwunds gab es allerdings kein Zurück zu den alten Mittelstandswählern. Infolgedessen fehlt der FDP seitdem ein verlässliches Stammwählersegment, das den elektoralen Substanzverlust wieder wettmachen könnte. Am deutlichsten kam die kritische Erosion der Wählerbasis auf Kommunal- und Länderbasis zur Geltung. Auf Bundesebene verfügte die FDP dagegen über mehr Kredit, weil sie mit Hans-Dietrich Genscher als Außenminister der neuen christliberalen Koalition dafür bürgte, den Entspannungskurs der alten Bundesregierung fortzusetzen. Ansonsten gab aber der mäßige Flügelschlag der Union wenig Anlass, um sich wie bisher wählerwirksam als Bremser und Korrektiv in Szene zu setzen. Auch mit der »Partei der Köpfe« war es nicht mehr so weit her, nachdem 1984 der Parteivorsitz von Genscher auf Martin Bangemann übergegangen war.

Profilgewinn versprach nur eine Wende nach rechts. Auftrieb gab dies innerparteilich den Wirtschaftsliberalen, die in die Lücke drängten, die der stark gestutzte linksliberale Flügel hinterließ. Damit begann sich auch bei der Fraktions- und Regierungs-FDP das Parteiprofil der Liberalen einseitig hin zu dem einer wirtschaftlichen Interessen- und Klientelpartei zu verengen.

Am Ende der achtziger Jahre stand die FDP an der Seite der Union nicht besonders gut da und war doch in der Gesamtbilanz der letzten beiden Jahrzehnte die erfolgreichste und einflussreichste politische Kraft unter den etablierten Parteien. Anders als die beiden Großparteien SPD und CDU/CSU, denen sie zur Macht verhalf oder die sie in die Opposition verwies, war sie die einzige Konstante in diesem Wechselspiel. Zweimal fädelt sie einen Koalitionswechsel ein, ohne je selbst ausgetauscht zu werden. Dies sicherte ihr ein Dauerabonnement auf die Rolle als ewige Regierungspartei. Als Königsmacherin und Mehrheitsbeschafferin konnte sie jeweils die Grenzen des Politikwechsels markieren, der bei einer neuen Koalitionsbildung anstand. Der Dauereinfluss auf ihr wichtige Politikfelder ging so weit, dass sie über Koalitionswechsel hinweg ihre Ansprüche auf Schlüsselressorts verewigte. Als Kleinpartei kontrollierte sie dabei eine »Access«-Struktur, über die sich partikulare gesellschaftliche Interessen bevorzugt in politische Entscheidungen transferieren ließen. Selbst als die FDP nach 1966 ihre bisherige Rolle als »klassenbewusste bürgerliche Interessenpartei«²⁷ verlor, blieb sie doch weiterhin erste Adresse ihrer unternehmerischen und mittelständischen Klientel, der durch die FDP ein durch Koalitionswechsel nicht unterbrochener bedeutender Einfluss auf wirtschafts-, gesundheits- und steuerpolitische Entscheidungen zugespielt wurde. Hierin ruhte für die FDP aber speziell nach 1982 auch die Gefahr, ihren Charakter als Wirtschafts- und Klientelpartei zu überziehen.

²⁵ Siehe hierzu Niclauff, S. 106.

²⁶ Zum Mitgliederschwund siehe Vorländer, S. 268 f.

²⁷ Theo Schiller, Wird die F.D.P. eine Partei?, in: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977.

Mit ihrer Bündnispolitik gelang es ihr nie, sich als eigenständige »dritte Kraft« zu etablieren. Sie wurde nicht um ihrer selbst gewählt, sondern als kleinerer Juniorpartner an der Seite eines weitaus größeren Koalitionspartners. So fungierte sie als Funktionspartei, um dem Seniorpartner die Steigbügel zum Erklimmen der Regierung hinzuhalten. Ihr Überleben hing und hängt deshalb davon ab, wie sich der auserkorene Partner schlägt und welche koalitionsstaktischen Erwägungen Wähler bei ihrer Stimmabgabe anstellen. Nur liegt beides außerhalb ihrer eigenen Einflusszonen.²⁸ Auf Zweit- und Leihstimmen angewiesen, verkörpert sie in der Tat die »Partei der zweiten Wahl«.²⁹

Die CDU in der Opposition

Der Abstieg der CDU/CSU in die Opposition kränkte und verbitterte sie umso mehr, weil sie nicht abgewählt, sondern als stärkste Partei mit 46,1 % und 3,4 % Vorsprung vor der SPD durch die Allianz von FDP und SPD aus der angestammten Regierungsrolle 1969 herausgedrängt wurde. Der »gestohlene Sieg« traf die Union auch deshalb ins Mark, weil sich ein Bruch mit der langjährigen christdemokratischen Regierungsvergangenheit vollzog. Schließlich hatten Adenauer und Erhard in ihrer Sicht die alte Bundesrepublik erfunden.

Die gewohnten Ressourcen des Kanzleramts und Regierungsapparats waren nicht mehr verfügbar, womit über Jahrzehnte die chronischen Leistungsdefizite des unterentwickelten CDU-Parteiapparats und der verschlafenen Mitgliederorganisation hatten überdeckt werden können. Nun rächte sich die Vernachlässigung der Partei, die solange gut gegangen war, wie der Kanzlerbonus, der Geldsegen der Industrie und das Vorfeld des katholischen Milieus diesen Modernitätsrückstand zu substituieren vermochten.

Eine Besserung der lähmenden Lage war auf die Schnelle nur von der CDU/CSU-Fraktion zu erwarten, die den Zusammenbruch der Regierungsmacht einigermaßen unbeschädigt überstanden hatte. Dies nutzte deren Vorsitzender, Rainer Barzel, dazu, den gescheiterten Altkanzler Kiesinger auch noch vom Parteivorsitz zu verdrängen. Das Steuerungs- und Policy-Zentrum der Partei war nun die Fraktion. So begann die Uminterpretation des Machtverlustes als Betriebsunfall mit der Konsequenz, als verhinderte Regierungspartei so rasch wie möglich wieder an die Macht zurückzukehren. Absolute Mehrheiten bei den Landtagswahlen 1971 und 1972 und überlaufende Nationalliberale und Vertriebenenfunktionäre aus der Regierungskoalition bestärkten Barzel darin, die Regierung möglichst bald durch Abtrünnige mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums zu stürzen. Barzel verfehlte am 27. April 1972 die Kanzlermehrheit um sicher geglaubte zwei Stimmen. Die vorgezogenen Bundestagswahlen am 19. November 1972 endeten für die Union mit 44,9 (minus 3,7) % in einer klaren Niederlage. Nach diesem schweren Rückschlag

28 Siehe Vorländer, S. 241.

29 Dittberner, FDP, S. 143 f.

als Kanzlerkandidat fehlte Barzel die Autorität, um die zerstrittene Fraktion noch auf die Duldung der Ostverträge verpflichten zu können. Schließlich trat er am 9. Mai 1973 vom Fraktionsvorsitz zurück und Carl Carstens wurde sein Nachfolger. Gescheitert war auf ganzer Linie die Strategie, sich die Macht durch Mobilisierung der Wähler gegen die Ostpolitik zurückzuholen.

Die Parteireform kam erst in Gang, als Helmut Kohl am 12. Juni 1973 dem resignierenden Barzel den Parteivorsitz abnahm. Kohl kam aus der Provinz und stand dem Bonner Politikbetrieb noch fern. In dieser Konstellation war sein weiterer Aufstieg auf das engste mit einem Bedeutungs- und Machtzuwachs der Parteiorganisation verknüpft. Insofern verbanden sich seine Ambitionen mit der Erneuerung der daniederliegenden Partei. Eine Parteireform von oben sollte ihr ein modernes Gesicht verleihen. So begann unter Kohl und den Generalsekretären Kurt Biedenkopf und ab 1976 Heiner Geißler die Zeit der gründlichen Parteierneruerung.

Die CDU verkörperte bis dahin einen mitgliederarmen, losen und föderalen Organisationsverbund mit autonomen Landesverbänden und einem Vereinigungswildwuchs. Die Spitzengremien der Partei und der Parteiapparat blieben schwach und einflusslos, solange die Partei aus dem Kanzleramt heraus geführt wurde.³⁰ An der lokalen Basis überwogen honoratiorenparteiliche, selbstgenügsame Strukturen mit überalterter Mitgliedschaft.³¹ Das Ziel der Parteireform bestand infolgedessen darin, die Partei zu einem zentral gesteuerten, mitgliederstarken, professionalisierten dynamischen Kampfverband zu machen, dessen Mobilisierungskapazität sich in Wahlschlachten auszahlen sollte.³² Nur ist der durch die Organisationserneuerung erzielte Wirkungs-, Professionalisierungs- und Zentralisierungsgrad der Partei sowohl von Beobachtern³³ als auch von unmittelbar Mitwirkenden³⁴ überschätzt bzw. überbetont worden.

Zunächst einmal lösten gezielte Mitgliederwerbemaßnahmen eine wahre Beitrittsflut aus, so dass sich die Parteimitgliedschaft innerhalb von 15 Jahren zwischen 1968 und 1983 von 286.541 auf 734.555 und damit um 256 % steigerte. Nach 1983 änderte sich der Trend, und die Partei verlor bis Ende der achtziger Jahre wegen ausbleibender Neueintritte rund 10 % ihrer Mitglieder. In der gleichen Zeit schrumpfte die zwischen 1970 und 1983 von 117.000 auf 144.000 Mitglieder angewachsene Junge Union um fast ein Viertel ihres Bestandes. Durch die Eintrittsschwemme nahmen CDU genauso wie die CSU den Charakter von Massenmitgliederparteien an. Der Mitgliederaustausch milderte das traditionell katholische,

30 Siehe hierzu Wulf Schönbohm, *Die CDU wird moderne Volkspartei*, Stuttgart 1985, S. 297 und Hans-Jürgen Lange, *Responsivität und Organisation. Eine Studie über die Modernisierung der CDU 1973-1989*, Marburg 1994, S. 114.

31 Siehe hierzu Hans-Otto Kleinmann, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 258.

32 Siehe Lange, S. 255.

33 Siehe Hermann Scheer, *Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU*, in: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), *Auf dem Wege zum Einparteiensstaat*, Opladen 1977, S. 156 f.

34 Siehe Schönbohm, S. 271, S. 300. Zur Zentralisierungskontroverse siehe auch Thomas von Winter, *Die Sozialdemokratie als Analyseobjekt oder: Wie modern ist die CDU-Forschung?*, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993, S. 61 f.

männliche und besitzbürgerliche Sozialprofil der Partei und machte sie ein Stück mehr protestantischer und weiblicher. Wie in der SPD drängten nun die neuen Mittelschichten in eine Mehrheitsposition.

Im nächsten Schritt begann die CDU damit, die gewandelte Mitgliederbasis durch breit angelegte Programmarbeit einzubinden und zu mobilisieren. Dies löste einen innerparteilichen Diskussionsprozess aus, der in dem 1978 beschlossenen Grundsatzprogramm endete.³⁵ Erwähnenswert ist daneben vor allem ihre Mannheimer Erklärung von 1975; sie erzielte mit der darin enthaltenen neuen sozialen Frage große öffentliche Aufmerksamkeit. Oberste Priorität genoss jedoch, so wie es die CSU der CDU schon früher vorgemacht hatte,³⁶ die personelle Aufstockung und technische Modernisierung des Parteiapparats, was allein in der Zentrale zwischen 1969 und 1974 zu einem Personalanstieg von 126 auf 265 Mitarbeitern führte.³⁷ Gleichzeitig wurde der Partei ein Mantel aus hauptamtlich besetzten Kreisgeschäftsstellen umgelegt, die technisch mit den Landes- und Bundeszentralen vernetzt waren.³⁸ Mit der Einrichtung eines auf Wahlkämpfe und Öffentlichkeitsarbeit spezialisierten Parteibetriebs kam es allerdings zur Kostenexplosion, so dass die Gesamtausgaben allein der Bundesgeschäftsstelle zwischen 1968 und 1977 um 379 % hochschnellten. Unter dem Diktat des knappen Geldes und wachsender Verschuldung diente deshalb die Bürotechnik in den achtziger Jahren verstärkt der Personal- und Materialkosteneinsparung.³⁹

Durch die Organisationsreform konnte ein eklatanter Mitglieder- und Mobilisierungszugewinn verzeichnet werden. Dazu hatte sich das verstaubte Erscheinungsbild der CDU in das einer modernen, mitgliederstarken, ideenreichen und angriffslustigen Partei gewandelt. Die durch interessante Programmimpulse und Fachkongresse erzielte Themenführerschaft und Kampagnenkompetenz kam hinzu. Organisatorische Schlagkraft und Kampagnenstärke hatte die Partei ihrer Modernisierung von oben zu verdanken. Nur begrenzte sich diese als Kopfgeburt einseitig auf die technischen und personellen Kapazitäten des Parteiapparats, während die Mitglieder und Basisorganisationen »politisch-inhaltlich« und in ihrem Beteiligungsniveau ausgeschlossen blieben.⁴⁰ So blieb nicht aus, dass Leistungssteigerungseffekte bei der Wählermobilisierung und der Organisationsbelebung in den achtziger Jahren bereits ver-

35 Siehe hierzu Ute Schmidt, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe Bd. 1, Opladen 1986, S. 561 ff, und Schönbohm, S. 141.

36 Siehe hierzu einschlägig Alf Mintzel, Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt - Entwicklung, Stand, Defizite und Perspektiven der CSU-Forschung, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 95 f.

37 Siehe Schönbohm, S. 267 ff.

38 Zur technischen Aufrüstung siehe Schönbohm, S. 270 f., und Lange, S. 265 f.

39 Siehe hierzu Lange, S. 264 ff.

40 Einschlägig hierzu Peter Haungs, Die CDU im Parteiensystem des vereinten Deutschlands, in: Peter Eisenmann, Gerhard Hirschner (Hrsg.), Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, Bonn 1992, S. 15 ff., und ders., Die CDU: Prototyp einer Volkspartei, in: Alf Mintzel, Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. akt. und erw. Aufl. Bonn 1992, S. 198 f.

pufft waren.⁴¹ Erhöhte Professionalität des Parteimanagements stärkte die »eher unpolitische Dienstleistungsfunktion der Bundesgeschäftsstelle«, was jedoch, wie Josef Schmid⁴² zu Recht betont, nicht mit administrativer Machtkonzentration an der Parteispitze gleichgesetzt werden kann. Hiergegen sperrte sich schon das Organisationsgefüge der Partei, das als loser Flickenteppich aus Milieuresten, Gremien-durcheinander, heterogenen Gebietseinheiten, Lebenswelten, Gruppen, Flügeln und Strömungen auch nach der Parteireform ein »Durchstechen« gar nicht zuließ.⁴³

Zudem verpuffte ein wesentlicher Teil des enormen Energiegewinns ungerichtet im Streit um die überzeugendste Oppositionsstrategie, die die CDU selbst und die Schwesterparteien CDU/CSU untereinander über die siebziger Jahre hinweg in heftige Flügelauseinandersetzungen verwickelte.⁴⁴ Der Strategie- und Zielgruppenkonflikt gewann noch dadurch an Brisanz, dass er sich auf die Rivalität zwischen Franz Josef Strauß und Helmut Kohl um die von beiden angestrebte Kanzlerschaft zuspitzte. Der Streit ging darum, ob sich die Union zur Zurückeroberung der Macht zur Mitte hin öffnen und dabei auf ein erneuertes Bündnis mit der FDP setzen, oder aber ob sie für eine eigene Mehrheit kämpfen sollte, was darauf hinauslief, das bürgerliche Lager geschlossen durch eine Konfrontationsstrategie gegen das von der FDP-SPD-Koalition angeführte Aufbruch- und Reformlager zu mobilisieren. Beide strategischen Linien standen aber nicht wirklich gleichgewichtig zur Wahl, weil es großen Teilen der CDU und CSU innerlich zuwider war, sich zum Reform- und Aufbruchlager zu öffnen. Ging es doch um einen Kulturkonflikt und damit um nichts weniger als um ihre eigene Vergangenheit und Identität, mit der sie jene bürgerlich-konventionalistische Moral und Welt verkörperte, die sich durch studentischen Aufbruch, Wertewandel, aufbegehrende Beteiligungskultur und gelockerte Alltags- und Umgangsnormen angegriffen und entwertet fühlen musste. Dies erklärt, warum sich die Union dem Gesellschaftsumbruch der sechziger Jahre irritiert und fortdauernd abweisend entgegenstellte.⁴⁵ Auch später ist sie von der Linie der Abgrenzung und Frontbildung gegenüber den neuen sozialen Bewegungen nie abgewichen.

Schließlich war es der Union aber auch über die Nachkriegszeit geglückt, durch klare Lagerabgrenzung und antisozialistische Polarisierung das heterogene bürgerliche Lager integrierend hinter sich zu scharen.⁴⁶ Nun, in der Zeit des Umbruchs, waren diese tiefsitzende antikommunistische Grundstimmung und Angst vor Veränderungen sogar besonders virulent, so dass eine »Polarisierung gegen links« starke Mobilisierungseffekte versprach, derer sich die Union bis in die späten achtziger Jahre

41 Zum letzteren siehe Lange, S. 33.

42 Josef Schmid, *Die CDU, Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Opladen 1990, S. 149.

43 Siehe hierzu Peter Lösche, *Kanzlerwahlverein? Zur Organisationskultur der CDU*, in: Tobias Dürr, Rüdiger Soldt (Hrsg.), *Die CDU nach Kohl*, Frankfurt/M. 1988, S. 75 ff.

44 Siehe hierzu Ute Schmidt, S. 512 f., 636 ff., und Kleinmann, S. 317.

45 Siehe Kleinmann, S. 268.

46 Siehe hierzu Ute Schmidt, S. 504 und Franz Walter, Frank Bösch, *Das Ende des christdemokratischen Zeitalters? Zur Zukunft eines Erfolgsmodells*, in: Tobias Dürr, Rüdiger Soldt (Hrsg.), *Die CDU nach Kohl*, Frankfurt/M. 1988, S. 50 f.

hinein dann auch konsequent bediente.⁴⁷ Allerdings wäre die polarisierende Gegenmobilisierungsstrategie nie so erfolgreich gewesen, wenn nicht das massenhafte Eindringen der Achtundsechziger in die SPD und deren verbal revolutionäres Gehabe der Union hilfreich in die Hände gespielt hätten.⁴⁸

So entschied sich die CDU – gedrängt durch Parteirechte und CSU – für die oppositionelle Konfrontations- und Polarisierungsstrategie, die in den Ländern zwar Sieg auf Sieg einbrachte, ohne dass jedoch die Rechnung auf einen Bonner Machtwechsel aufging. Dies führte zwischen den beiden ungleichen Schwesterparteien schließlich zum Eklat, nachdem Kohl als Kanzlerkandidat unter dem Wahlkampfslogan »Freiheit oder/statt Sozialismus« bei den Bundestagswahlen 1976 mit 48,6 % der Stimmen knapp an der erforderlichen absoluten Mehrheit scheiterte. Strauß ließ daraufhin am 19. November 1976 die Fraktionsgemeinschaft der CSU mit der CDU in Bonn aufkündigen. Dies war nur der letzte Schritt zu einem Bruch, dem seit 1962 verschiedene Versuche der CSU vorangegangen waren, sich als »Vierte Partei« bundesweit auszudehnen.⁴⁹ Die Sezession scheiterte jedoch bald an Widerständen aus der CSU und vor allem an der Drohung der CDU, in Bayern Fuß fassen zu wollen. Danach wechselte Kohl von Mainz als Fraktionschef nach Bonn, was aber die strategischen Nöte der Union nicht minderte. Denn die Schmidt-Genscher-Regierung hatte sich 1977 aus ihrem Popularitätstief befreit und begann wieder Boden gut zu machen. Dahinter verblasste die erhoffte Wirkung Kohls als Bonner Oppositionsführer. Diese Phase nutzte Franz Josef Strauß, um im Juli 1979 seine Kanzlerkandidatur in der CDU/CSU-Fraktion durchzusetzen. Nach einem aufgeheizten Wahlkampf endete sein Griff nach der Kanzlerschaft am 5. Oktober 1980 mit einer deftigen Wahlabfuhr, die der Union Verluste von 4,1 % eintrug und sie auf einen Stimmenanteil von 44,5 % absacken ließ. Erneut bestätigte sich, dass die fundamentale Gegenmobilisierungsstrategie die Union in die Selbstisolation und ins koalitionspolitische Abseits manövriert hatte.

III. Die Parteien in den achtziger Jahren

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen in den achtziger Jahren

Als die neue christliberale Regierungskoalition Ende 1982 ihre Arbeit aufnahm, hatte der Politisierungs- und ideologische Erregungspegel der siebziger Jahre seinen Höchststand schon überschritten. Zwar zeigten Friedens- und Anti-AKW-Bewegung noch bis Mitte der achtziger Jahre ihre beeindruckende Mobilisierungspotenz, ohne dass jedoch die neue Regierung von ihrem nachrüstungs- und atomfreundlichen Energiekurs abwich. Stattdessen versuchte sie, die politisierte Gesellschaft der

47 Siehe hierzu Eva Kolinski, Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Forschungsthemen und Entwicklungslinien, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 47.

48 Siehe hierzu sehr kritisch Walter.

49 Hierzu Kleinmann,, S. 328 ff., und Jäger/Link, , S. 36 ff.

siebziger Jahre wieder ins Private und auf die Zuschauerränge des politischen Geschehens zurückzuweisen, um die Politik wieder den Politikern zu übereignen. Förderlich war, dass die einsetzende Bewegungsflaute die Lust der Aktivbürgerschaft auf weitere Sitzblockaden und Menschenketten vergällte. Auch verstand es der Kanzler geschickt, seine Politik vor dem Zugriff durch eine weiterhin politisch interessierte Öffentlichkeit abzuschirmen. Diese reagierte mit einigem Politikverdross, was jedoch dem Kohlschen Politikbetrieb nichts anhaben konnte. Unkonventionelle demokratische Beteiligungskultur und Politik- und Demokratieverständnis der neuen Regierung fielen auseinander.

Der Unions-Erfolgslogan des Wahljahres 1983 »Den Aufschwung wählen« traf genau den Nerv der Zeit, weil die Masse der Wähler unter fortbestehendem wirtschaftlichem Krisendruck zu aller erst am Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Absicherung ihrer Besitzstände interessiert war. Dies sollte sich angesichts der anhaltenden Wachstumsschwäche und Beschäftigungskrise über die ganzen achtziger Jahre nicht ändern.

Die Bürgerinnen und Bürger hatten sich inzwischen an das Ende der ökonomischen Schönwetterdemokratie gewöhnt, was sie an wachsender Steuer- und Sozialabgabenlast zu spüren bekamen. Massenarbeitslosigkeit und neue Armut blieben verschämt innerhalb der betroffenen Kreise und ließen sich durch Arbeitslosengeld und Sozialhilfe abfedern. In ihrer breiten Mehrheit standen die saturierten Bundesbürger im Hier und Jetzt, sich über die weitere Zukunft oder gar die längerfristige Absicherung des Wohlstands oder der sozialen Wohltaten keine Gedanken machend. Nur die Angst vor Krieg und Umweltkatastrophen ließ sie immer wieder erschauern.

Das politisch gewendete Westdeutschland fand nun im Nebeneinander von Wachstum und Umwelt versöhnlicher zu sich selbst, und das in einer erkennbar offeneren, unverkrampfteren, pluraleren und duldsameren Verfassung. Gleichzeitig ging die politische Kultur liberaldemokratisch gestärkt aus den überhitzten siebziger Jahren hervor, und es entwickelte sich so etwas wie ein identitätsstiftender westdeutscher Verfassungspatriotismus.

Die CDU unter *Kanzler Kohl*

Die Ära Kohls als Kanzler begann am 1. Oktober 1982 und bildete die logische Folge des Zusammenbruchs und der Endzeitagonie der sozialliberalen Koalition. Nur hatte Kohl selbst auf diesen Zeitpunkt in seiner Karriereplanung beharrlich hingewirkt, zumal er seine seit 1968 gepflegten intensiven persönlichen Kontakte zu einflussreichen FDP-Granden zu keinem Zeitpunkt hatte abreißen lassen.⁵⁰ Die vorgezogenen Bundestagswahlen am 6. März 1983 endeten für die Union mit 48,8 % in einem fulminanten Sieg, und auch der FDP gelang es mit 7,0 % der Stimmen ihren erneuten Koalitionswechsel elektoral zu verkraften. Nun besaß die Koalition ein

⁵⁰ Siehe hierzu Klaus Dreher, Helmut Kohl, *Leben mit Macht*, Stuttgart 1998, S. 128 ff., 240 ff.

breites Mandat, um die angekündigte Wende einzuleiten. Schließlich stand hinter der Union eine Wählerkoalition, die im Kern mit jener identisch war, welche ihr über die aufgeheizten siebziger Jahre hinweg die Treue gehalten hatte. Diesem – inzwischen gealterten – Lager hatte die Union im Rahmen ihrer Polarisierungsstrategie Hoffnung gemacht, im Falle eines Wahlsiegs die von der angefeindeten SPD-FDP-Koalition verantwortete Ostpolitik und gesellschaftliche Fehlentwicklungen wieder rückgängig zu machen.

Entgegen der Regierungserklärung Kohls vom 4. Mai 1983, in der noch von einer »geistig-politischen Erneuerung« und der Reduktion »überzogener Ansprüche« die Rede war, blieb jedoch ein neoliberaler Marktradikalismus in der Regierungspraxis der neuen Koalition genau so aus wie eine sozial-moralische Kehrtwende. Fraglich ist überhaupt, ob solch ein politischer Kontinuitätsbruch der Aushandlungs- und Konsenspraxis des »Policy Immobilism«⁵¹ und des »Grand Coalition States«⁵² in Westdeutschland zumutbar gewesen wäre. Praktisch wahrte die neue Kohl-Regierung die Kontinuität zur Außenpolitik der Regierung Schmidt.⁵³ Auch gab es keinen Sozialstaatsabbau und nur mäßige soziale Einschnitte. Mit der Einführung des Erziehungsgelds und -urlaubs 1985 wuchsen eher noch die sozialen Wohltaten. Letztendlich verfolgte die Koalition einen pragmatischen Policy-Mix, der auch bei der SPD kaum hätte anders ausfallen können.⁵⁴ Gleichzeitig vermied sie jede weitsichtige Modernisierungs- oder Zukunftssicherungspolitik, um sich nicht mit einer ihrer Wählergruppen anzulegen. Keines der Strukturprobleme einer alternden Wohlstands- und Freizeitgesellschaft wurde angepackt, genau so wenig wie für die Schlüsselprobleme der Renten- und Gesundheitskrise, Beschäftigungskrise, Bildungskrise, der Staatsverschuldung oder der Zuwanderung Langfristlösungen entwickelt worden wären. Dies stand im auffallenden Kontrast zur Gestaltungsmehrheit, über die die Koalition sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat während der achtziger Jahre verfügte.

Die Regierungstätigkeit Helmut Kohls in den achtziger Jahren war glanz- und visionslos. Nicht einmal als konzeptioneller Kopf trat er hervor, wie ihm auch ein Interesse an konkreten Sachfragen abging.⁵⁵ Von der ganzen Anlage her war sein Regiment öffentlichkeitsscheu und stützte sich auf persönlich verlässliche Vertrauensbeziehungen. Politik wurde aus ihrem institutionellen Rahmen herausgelöst und informalisiert. Dies schwächte den Einfluss der Partei, der Fraktion und selbst des Kabinetts, die sich

51 Douglas Webber, Kohl's Wendepolitik After a Decade, in: *German Politics*, 1, 1992, S. 152 f.

52 Manfred G. Schmidt, *Germany. The Grand Coalition State*, in: Josep M. Colomer (Hrsg.), *Political Institutions in Europe*, London, New York 1996, S. 80 ff.

53 Siehe hierzu Wolfgang Wagner, *Der Regierungswechsel in Bonn. Außenpolitische Kontinuität nach Kanzlersturz und vorzeitigen Neuwahlen*, in: *Europa-Archiv*, 38, 1983, Nr. 6, S. 157-164.

54 Als Bilanz siehe Manfred G. Schmidt, *Sozialstaatliche Politik in der Ära Kohl*, in: Götrik Wewer (Hrsg.), *Bilanz der Ära Kohl*, Opladen 1998, S. 67 ff.

55 Götrik Wewer, *Vom »Modell Deutschland« zur Standortdebatte. Zeitpunkt und Maßstäbe einer Bilanz der Ära Kohl*, in: ders. (Hrsg.), *Bilanz der Ära Kohl*, Opladen 1998, S. 15 f., und Karl-Rudolf Korte, *Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der »Kanzlerdemokratie« des deutschen »Parteienstaates«*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29, 1988, S. 393 ff.

alle mit in kleinen Koalitionsrunden und Zirkeln herbeigeführten Entscheidungen abzufinden hatten. Kohl zeigte ausgeprägten populistischen Instinkt und bewährte sich als erfolgreicher Wahlkämpfer. Mit seiner bewusst zur Schau gestellten bürgerlichen Behäbigkeit und leutseligen Volkstümlichkeit lieferte er seiner Wählerschaft eine vertraute Projektionsfigur, in der sich viele wiedererkennen konnten. Kohl stand für das »weiter so« und ging damit eine Symbiose mit der »bundesdeutschen Bequemlichkeit und Stagnation« ein.⁵⁶ Er bürgte dafür, dass, wenn er bliebe, alles so bleiben würde. So entzog Kohl den Wählern das Motiv, einen Politikwechsel oder eine Wende herbeiwünschen zu wollen. Eher richtete sich der Überdruß gegen seine Person, so dass sich wohl angesichts seines Popularitätsverfalls 1990 das Ende seiner Ära abgezeichnet hätte, wenn nicht die friedliche Revolution in der DDR als glückliche Fügung die Fortsetzung seiner Kanzlerkarriere ermöglicht hätte.⁵⁷

Mit der Wahl Kohls zum Kanzler änderte sich seine Interessenlage und Haltung gegenüber der CDU. Für die CDU war es jedenfalls ein Glücksfall, als er 1973 als erst 43-jähriger dynamischer Verfechter moderner Parteiarbeit an die Spitze der Partei vorrückte. 25 Jahre sollte er dort verbleiben. Gerade mal 52 Jahre alt, saß *Kohl* nun mit der Machtfülle des Parteivorsitzenden und Kanzlers im Kanzleramt, was den Stellenwert der Partei für seine weiteren Ambitionen deutlich in Richtung auf die Absicherung seiner Kanzlerschaft veränderte. Für die Partei lief das auf eine strategische Verengung ihrer bisherigen Ziele und Aufgaben hinaus. Ein Eigenleben und eine der Interessenlage Kohls widersprechende Vordenker- und Impulsgeberrolle der Parteiführung und des Parteiapparats war bei dieser neuen Konstellation nicht mehr vorstellbar.

An der Spitze der Partei gab es nur noch den alten Weggefährten von Kohl aus Rheinland-Pfalz, Heiner Geißler, der sich als agiler Generalsekretär und von seinem Naturell her der Umfunktionalisierung der CDU zu einem Servicebetrieb für die Absicherung und Verewigung der Kanzlerschaft Kohls in die Wege stellen konnte. Eine zeitlang ging das arbeitsteilige Konkurrenzverhältnis noch gut, zumal Geißler bis 1985 als Familienminister in die Regierung Kohl eingebunden wurde. Dies änderte sich nach den Bundestagswahlen 1987, als der Popularitätsverschleiß Kohls die Frage aufwarf, wie die Partei auch nach dem möglichen Ende seiner Ära Identität und Fortbestand bewahren könne. Hieraus erwuchs eine ins Persönliche gehende Rivalität, die *Kohl* im September 1989 mit der Entmachtung Geißlers beendete. Das Amt des Generalsekretärs der Partei wechselte zu Volker Rühe. Gleichzeitig nutzte *Kohl* den Bremer Parteitag vom 10. bis 13. September 1989 als Strafgericht, um eine ihm bedrohlich werdende Widersachergruppe um Lothar Späth, Ernst Albrecht, Rita Süßmuth und Ulf Fink gleich mit in einem Aufwasch innerparteilich in die Schranken zu verweisen.⁵⁸ Anschließend wurden auch die Reformer aus dem zweiten Glied, die Geißler in der Bundesgeschäftsstelle um sich geschart hatte, ausgewechselt.

⁵⁶ So Walter/Bösch, S. 54 f.

⁵⁷ Siehe hierzu Dreher, S. 38 ff.

⁵⁸ Siehe Dreher, S. 413 ff.

Im inneren Machtgefüge der Union fand sich jetzt niemand mehr, der Kohl ernstlich hätte gefährlich werden oder für ein Eigengewicht der Partei hätte eintreten können. Nun saß er einer Partei vor, die über die Jahre seiner inspirationslosen Kanzlerschaft ihren kreativen Geist aufgab. Neumitglieder blieben ebenfalls weg. Bei Jugendlichen hatte die CDU ihre Attraktivität längst verloren. Und an der Parteibasis herrschte Lethargie und allgemeine Demobilisierung. Unter den Aktiven und Ehrenamtlichen hatte ein Alterungs- und Verharschungsprozess eingesetzt, der Kohl sogar den Begriff der »Verbonzung der Partei« abnötigte. Ende der achtziger Jahre nach 17 Jahren Parteivorsitz und 7 Jahren Kanzlerschaft von Kohl bildete die CDU nur noch einen Schatten jener Partei, die mit ihm den Weg der Erneuerung und politischen Mobilisierung gegangen war.

Der Aufstieg der Grünen

Die Grünen waren 1980 auf Bundesebene aus grün-alternativen Ländergruppierungen hervorgegangen, deren Wurzeln sich bis zu Altachtundsechzigern, versprengten K-Gruppen, Öko-Linken aus der SPD und der alternativen Szene und Umweltschützern zurückverfolgen lässt. Bevor sie 1983 mit 5,6 % der Stimmen in den Bundestag einzogen, war ihnen bereits der Sprung in sechs Landtage geglückt. Ihre Wählerbasis bauten sie mit ihrem 8,3 %-Zweitstimmenerfolg bei der Bundestagswahl 1987 aus, und 1990, vor der Deutschen Einheit, waren sie außer in Schleswig-Holstein und dem Saarland in allen Landtagen vertreten.⁵⁹

Erstmalig nach 1957 gelang es einer Kleinpartei – dazu noch einer Außenseiterpartei – in die parlamentarische Arena des etablierten Parteiengevierts aus CDU, CSU, SPD und FDP vorzudringen. Unter Wettbewerbsgesichtspunkten kam ihnen entgegen, dass die damalige Versorgung des bundesdeutschen Wählermarktes durch das bestehende Parteienoligopol eine Deckungslücke aufwies. Der Gesellschaftsumbruch der sechziger Jahre hatte in den siebziger Jahren eine veränderte Präferenzstruktur der Wählerschaft erzeugt, die sich seit der Regierung Schmidt nicht hinreichend in der Angebotsstruktur der etablierten Parteien widerspiegelte. In diese Vertretungslücke stießen die Grünen mit der Politisierung der ökologischen und Abrüstungsfrage hinein, so dass sie diese Marktnische für sich besetzen konnten. Diese spezielle Konstellation spielte den Grünen die einmalige Chance zu, sich bündnispolitisch erfolgreich als Sprachrohr und parlamentarischer Arm eines politisch deprivierten Protestpotentials anzudienen.

Für die eigene Identitätsbildung und als Projektionsfläche für ihre Anhänger- und Wählerschaft stilisierten sich die Grünen zur Protestpartei, was von Petra Kelly⁶⁰ sinnfällig auf den Begriff der »Antiparteienpartei« gebracht wurde. Zum Grün-

59 Zum Abschneiden der Grünen bei den Wahlen siehe Ferdinand Müller-Rommel, Thomas Poguntke, Die Grünen, in: Alf Mintzel, Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 284 f.

60 Petra Kelly, Um Hoffnung kämpfen, Bornheim-Merten 1983, S. 20.

dungsmythos gehörte zudem, sich als authentischer Teil der neuen sozialen Bewegungen auszugeben.⁶¹ Dies stimmte nie. Denn sie bildeten eine Kleinpartei, die noch dazu bei ihrer raren Mitgliederzahl (1980: unter 20.000, 1987: 42.000) und schwachen organisatorischen Substanz diesen Anspruch nie einzulösen vermochte. Umso wichtiger war für sie der symbolisch-programmatische Brückenbau ihres Grundsatzzprogramms von 1980, in dem sie sich zu einer radikalökologischen und pazifistischen Kehrtwende in Fragen des Wirtschaftens, der Energieversorgung, der Rüstungs- und Sicherheitspolitik und des Umgangs mit der Natur bekannte. Innerparteilich besonders homogenisierend wirkte dieses Programm jedoch nicht, sondern es begann sich bei den Grünen bald ein weitläufiges separatistisches Strömungsspektrum herauszubilden.⁶² Ein weiteres symbolträchtiges Erkennungs- und Abgrenzungskennzeichen bildete die Basisdemokratie, die sich an solchen Regeln wie dem imperativen Mandat, dem Dezentralismus und der Offenheit und Öffentlichkeit von Versammlungen festmachte. Wichtiger noch waren Vorkehrungen gegen grüne Berufspolitikerherrlichkeit und Prominentenkult, die sich in solchen Prinzipien wie Ämterbegrenzung und -rotation, Ehrenamtlichkeit politischer Ämter, Begrenzung von Abgeordnetenbezügen und Trennung von Amt und Mandat niederschlugen. Der organisatorischen Effizienz der Grünen tat das alles nicht besonders gut,⁶³ und faktisch blieben sie nicht davor bewahrt, dass sich bei ihnen oligarchische Cliquenwirtschaft innerhalb der Parteiströmungen breit machte.⁶⁴ Die Abschaffung der Ämterrotation und Ämterbefristung und bessere Bezahlung ihrer Mandatsträgerinnen und -träger ließ sie aus ihrer basisdemokratischen Formierungsphase rasch herauswachsen. Dagegen nahm die Partei das Prinzip der Geschlechtergleichstellung weiterhin sehr ernst, so dass Spitzenämter paritätisch von Frauen und Männern besetzt wurden.

Organisations- und Programm Besonderheiten allein sorgten bereits für ein unverwechselbares Profil der Grünen. Profilverstärkend wirkte aber noch dazu ihre außergewöhnliche öffentliche Darbietung als Partei. Hierzu gehörte der Hapeningcharakter von Versammlungen und Parteitag der Grünen, auf denen hingebungsvoll einer chaotischen und anarchischen Streit- und Debattenkultur gefrönt wurde. Als nicht weniger profilierungsträchtig erwies sich die halbstarke Attitüde, mit denen sich die gewählten grün-alternativen Aktivisten die Räumlichkeiten des etablierten Parteien- und Politikbetriebs aneigneten und in ironisierender Distanz parlamentarische Sitte- und Anstandsnormen verletzten.

61 Siehe hierzu Poguntke, 1993, S. 202 f.

62 Siehe hierzu Joachim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 211 ff., und Helmut Fagt, *Die Mandatsträger der Grünen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/1986, S. 29 ff.

63 Siehe Raschke, 1993, S. 430 ff.

64 Siehe zu den Grenzen und nichtintendierten Folgen der Basisdemokratie Thomas Poguntke, *Basisdemokratie als grünes Gegenmodell?*, in: *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart, Berlin, Köln 1990, S. 89 ff., und Joseph Huber, *Basisdemokratie und Parlamentarismus. Zum Politikverständnis der Grünen*, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Was sollen die Grünen im Parlament?*, Frankfurt/M. 1983, S. 229.

Was die entrüstete und angewiderte bürgerlich-konventionalistische Öffentlichkeit nie begriff, war, dass diese normenabweichenden Symbolhandlungen und Inszenierungen jenen Zielgruppen imponierten, die den Grünen über die Fünf-Prozent-Hürde halfen. Dazu zählten viele Jungwähler, bei denen sie in den achtziger Jahren doppelt so hohe Anteilswerte erzielten wie bei ihrem Wählerdurchschnitt. Viele unter ihnen unterstützten die Grünen nicht zuletzt wegen des Stellvertreterkonflikts, den diese auf der politischen Bühne mit den Parteien ihrer Väter und Mütter und der von ihnen vertretenen politischen Vorstellungen ausfochten. Angetan waren aber auch linksliberale, gutsituierte bürgerliche Wählerschichten, die der SPD verloren gingen, so dass die Grünen auf einem vergleichsweise jungen, gebildeten und in großstädtischen Dienstleistungszentren beschäftigten Wählersockel fußen.

Zu den ungelösten Geburtsfehlern grüner Parteibildung gehörte bis zu Beginn der neunziger Jahre das Problem, sich nicht zwischen Bewegungs- und Parlamentsidentität entscheiden zu können. Ein tragender Struktur- und Strategiekonsens wurde nie erzielt, sondern die Grünen verzehrten sich bis zum Auszug des ökosozialistischen und radikalsozialistischen Flügels unter Führung von Jutta Dittfurth 1992 in einem strategischen Richtungsstreit, der die Partei in zwei Lager spaltete. Auf der einen Seite die »Fundis«, die die Teilnahme an Wahlen und die Eroberung von Parlamentssitzen als Zweck betrachteten, radikalen Systemalternativen eine öffentlichkeitswirksame Artikulationsplattform zu verschaffen. Auf der anderen Seite die »Realos«, die in der Parlamentarisierung der Grünen einen Schritt auf dem Weg zukünftiger Regierungsbeteiligung sahen, um grün-alternativen Anliegen praktisch Geltung zu verschaffen.

Gescheiterte erste rot-grüne Bündnisse in Hessen und Berlin offenbarten ein strategisches Dilemma, das die Regierungsteilnahme und notwendige Koalitionsfähigkeit der Grünen dauerhaft beeinträchtigte. Denn als politisch randständige Kleinanbieter auf dem Wählermarkt boten sie einerseits sehr leicht zu polarisierende Minderheitsthemen feil, die zwar – wie bei der atomaren Ausstiegs- oder Abrüstungsfrage – bei ihrer eingeschworenen Wähler- und Anhängerschaft Anklang fanden, aber von breiten Wählermehrheiten abgelehnt wurden. Dermaßen angefochten ließen sich gegen grüne Forderungen leichter Hand Sicherheits- und Arbeitsplatzverlustängste mobilisieren. Die Koalitionsfähigkeit der Grünen litt zum anderen auch unter ihrer exzessiven Streitkultur und der begrenzten Durchsetzungschance von Koalitionskompromissen gegenüber der einflussreichen Parteibasis. Bündnispolitisch wiesen Grüne all das nicht auf, was eine Partnerschaft aus Zuneigung oder Seelenverwandtschaft mit der alten SPD hätte begründen können. Sie waren für die SPD ungeliebte Koalitionspartner aus Not, die ihr aus Mangel an Alternativen und als Lückenbüßer und Mehrheitsbeschaffer an die Regierung verhelfen sollten. Umgekehrt blieb ihnen keine andere Wahl, als sich im Streben nach Regierungsbeteiligung als Juniorpartner in koalitionspolitische Gefangenschaft der SPD zu begeben.

Die SPD in der Opposition

Während ihrer Oppositionsjahre in den achtziger Jahren verzehrte sich die SPD an Orientierungslosigkeit und an strategischen Sackgassenmanövern. Zunächst einmal empfand die Partei das Ende der *Schmidt*-Regierung jedoch wie die Befreiung von einer Last, und mit der neuen Oppositionsrolle ging anfänglich ein spürbares Aufatmen einher.⁶⁵ Ernüchterung trat jedoch spätestens am Bundestagswahlabend des 10. März 1983 ein, der der Partei einen herben Verlust von 4,7 % und den Abstieg auf ein 38,2 %-Niveau bescherte. 1987 fuhr sie mit 37,0 % ein noch schlechteres Ergebnis ein, um schließlich 1990 (gesamtdeutsch) bei einem historischen Tiefstand von 33,8 % zu landen. Dagegen hellten sich die Länderwahlergebnisse ab 1985 auf, so dass es ihr 1990 gelang, eine Bundesratsmehrheit zu erzielen. Einem Machtwechsel in Bonn ist sie dabei keinen Schritt nähergekommen.

Der elektorale Niedergang der SPD begann, weil, wie sich schon 1983 zeigte, die alte Reformwählerkoalition auseinandergebrochen war. Während sich die Partei bei ihrer alten Stammklientel ungelernter und gelernter Arbeiter noch behaupten konnte, ließen sie sowohl Teile der neuen Mittelschichten als auch Jungwähler im Stich, die sich den Grünen zuwandten.⁶⁶ Diese zogen zu einem Drittel Wähler ab, die zuvor noch ihre Stimme bei der SPD abgegeben hatten. Von nun an stand sie vor einem strategischen Problem. Die Bündnisfrage spitzte sich erstmals 1981 in einer offenen Auseinandersetzung zwischen Willy Brandt und Richard Löwenthal zu, bei der Brandt für eine Öffnung gegenüber den »neuen ›angegrünten‹ Schichten« und den Themen der neuen sozialen Bewegungen eintrat. Umgekehrt plädierte Löwenthal für eine Rückbesinnung der SPD auf ihre Stammwählerschaft, nämlich die »Masse der Berufstätigen aller Art«, während er gegenüber den »abdriftenden Jugendlichen«, also den »Protestlern« und »Aufsteigern«, eine klare Grenze gezogen sehen wollte.⁶⁷

Als Oppositionspartei streifte die SPD die gouvernementalen Fesseln ab, die sie unter der Schmidtschen Energie- und Rüstungspolitik und der Haushaltskonsolidierung in identitätsbeängstigende Flügelbildungen hatte erstarren lassen.⁶⁸ Auf einem Sonderparteitag im November 1983 warf der lange Zeit malträtiertere und demoralisierte Delegierten- und Funktionärskörper der SPD in fast schon pietätloser Hast die Schmidtsche Nachrüstungspolitik über Bord; mit dem Ausstiegsbeschluss von 1986 lief die Partei schließlich ins Lager der Kernkraftgegner über.

65 Siehe hierzu Detlef Lehnert, *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983*, Frankfurt/M. 1983, S. 229.

66 Siehe hierzu Manfred Berger, Wolfgang C. Gibowski, Dieter Roth, *Das Eis schmilzt zuerst an den Rändern. Zur Infas-These von den Stammwählerverlusten der SPD*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 15, 1984, S. 307 f.; vgl. auch Hermann Schmitt, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: Mintzel/Obereuter (Hrsg.), S. 143 f.

67 Dokumentiert ist die Rede Brandts zur sozialdemokratischen Identität und die Replik Löwenthals »Identität und Zukunft der SPD« in der *Neuen Gesellschaft*, 28, 1981, Heft 12, S. 1065-1071.

68 Siehe hierzu William E. Paterson, *The German Social Democratic Party*, in: Ders., Alastair H. Thomas (Hrsg.), *The Future of Social Democracy*, Oxford 1986, S. 131, und Horst W. Schmolinger, *Veränderung und Entwicklung des Parteiensystems*, in: Gert-Joachim Glaesner, Jürgen Holz, Thomas Schlüter (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1984, S. 51 f.

Halt gaben diese Befreiungsschläge jedoch nicht, zumal es die Partei weiterhin orientierungslos zwischen der alten Arbeiterbewegung und dem Sirengesang der neuen sozialen Bewegungen hin und her riss. Für die programmatische Neuausrichtung bildete die Arbeit am Irseer Entwurf zwischen 1984 und 1986 nur einen Zwischenschritt. Ab 1987 beschäftigte sich die Partei dann mit einem neuen Grundsatzzprogramm, das 1989 als Berliner Programm verabschiedet wurde. Von Anstößen oder Zukunftsperspektiven gab es da nicht viel zu lesen, denn die SPD arbeitete mit ihrem Bündnisangebot an die neuen sozialen Bewegungen noch den Zeitgeist der frühen achtziger Jahre ab, während diese sich bereits im Abstieg befanden.⁶⁹ Zum Wirklichkeitsverlust trug bei, dass sie sich zusehends nur noch mit sich selbst beschäftigte, was nicht einmal ihrer Moral gut tat. Die Eintrittskohorte der Achtundsechziger blieb unter sich. Die Aktiven und Ehrenamtlichen rückten mehr nach links, während sich gleichzeitig die SPD-Wähler mehr nach rechts orientierten.⁷⁰ Immerhin löste die Einführung der 40-prozentigen Frauenquote nach 1988 in den Vorständen und parlamentarischen Vertretungsgruppen der SPD einiges Stühlerücken aus, doch blieb es nach 1983 bei einem 22/23-Prozent-Frauenanteil unter den Mitgliedern.

Selbst die Regeneration des Führungspersonals zog sich übermäßig lang hin, weil der gealterte Brandt als Integrationsfigur unentbehrlich blieb. Im März 1987 gab er als SPD-Chef auf, ohne dass an der Parteispitze der Übergang zu den »Enkeln« geglückt wäre. Zwar hatten die Achtundsechziger ab 1984 im Parteivorstand die alte Schmidtgarde verdrängt, ohne sich jedoch mit ihrer Mehrheit auf einen Brandt-Nachfolger aus ihren Reihen verständigen zu können. So wurde Hans-Jochen Vogel, der bereits 1983 den Fraktionsvorsitz von Herbert Wehner übernommen hatte, Nachfolger als Parteivorsitzender. Als Kanzlerkandidat scheiterte er bei den Bundestagswahlen 1983 ebenso wie Johannes Rau 1987. Als schließlich 1989 Oskar Lafontaine nach der Kanzlerkandidatur griff, kam er mit seinem ökologisch-ökonomischen Umbaukonzept für die alte Bundesrepublik zu spät, weil 1990 die Deutsche Einheit darüber hinwegfegte.

Gemessen am Wiedergewinn ihrer Mehrheitsfähigkeit waren die achtziger Jahre für die SPD eine Phase strategischer Hilflosigkeit und Desorientierung. Auf der einen Seite war sie nach der Verflüchtigung der gesellschaftlichen Reformkoalition ihres alten Koordinatensystems beraubt. Auf der anderen Seite nahm die Partei mit Argwohn wahr, dass sie die Zugewinne der Grünen bei sich wie in einem Nullsummenspiel als Schwächung ihrer Wählerbasis zu verbuchen hatte. SPD und Grüne tummelten sich elektoral in einem Überlappungsbereich ohne Aussicht auf einen mehrheitsbildenden Summeneffekt. Das strategische Dilemma der SPD bestand darin, realistischerweise nur mit den Grünen wieder an die Macht zurückgelangen zu können. Bündnisse mit den Grünen schreckten aber das eigene Stammlager ab. Dann war da noch die Union, die jede Chance nutzen würde, um gegen das rot-grüne Chaos zu mobilisieren.

69 Zu den Binnenverhältnissen der SPD während der achtziger Jahre siehe Heimann, S. 161 ff.

70 Siehe hierzu Schmitt, S. 135 ff.

Für die Lösung dieses strategischen Dilemmas hat die SPD über die achtziger Jahre nie eine klare, innerparteilich konsistente Linie entwickeln und durchhalten können. Von vornherein illusorisch war der Versuch, diesem Dilemma zu entgehen und, woran Johannes Rau bei den Bundestagswahlen 1987 scheiterte, durch das Wahlziel einer »eigenen Mehrheit« zu entgehen.⁷¹ Andere, darunter viele ergrünte Parteimitglieder, verloren ihren Instinkt für Mehrheiten, indem sie die SPD für grün-alternative Rand- und Minderheitenthemen stark zu machen versuchten. Dies machte die Grünen erst stark, während die SPD Positionen preisgab, die ihr Interessenvertretungsprofil als Milieu- und Arbeiternehmerpartei geschärft hätten.

In der Wählergunst sackte die SPD in den achtziger Jahren deshalb unter die 40-Prozent-Marke ab.⁷² Der elektorale Bindungsverlust der SPD ging am Ende so weit, dass selbst ihre sozialkonservativen Stammwähler in den großstädtischen Arbeitervierteln mit den Republikanern zu liebäugeln begannen. Der »Kurs der Integration«⁷³ zwischen neuen sozialen Bewegungen, Aufsteigern, technischer Intelligenz und Selbständigen war zwar als Problem erkannt; nur fehlte der matten SPD die mitreißende Botschaft und Vision, der soziale Kitt, auch das Anheimelnde und nicht zuletzt das ausstrahlungsfähige Spitzenpersonal, um dieses denkbar weit gespannte Wählerpotential zusammenzuführen.

IV. Gesellschafts- und Parteiensystemwandel in den siebziger und achtziger Jahren

Die siebziger Jahre waren vor allen Dingen wegen der enorm gesteigerten Wettbewerbsintensität unter den Parteien aufgeheizte und turbulente Jahre. In diesem Jahrzehnt wurden erstmalig in Deutschland streitbare Zivilgesellschaft und vitale Parteiendemokratie verzahnt und gleichzeitig auf ihre Belastungsgrenzen hin ausgelotet. Politisierte Gesellschaft und polarisiertes Parteiensystem bedingten sich wechselseitig. Die Parteien standen nicht neben oder über den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern aktiv und parteinehmend mittendrin. Mobilisierung und Gegenmobilisierung schaukelten die gesellschaftlich induzierten Konflikte hoch, so dass sich die Lager hinter den Parteien zu beweglichen Wählerkoalitionen formierten. Der Sog der Polarisierung war so stark, dass die Parteien bei der ihnen entgegengebrachten Parteienidentifikation Spitzenwerte erzielten.⁷⁴ Das Parteiensystem der frühen Siebziger nahm durch offensives »Conflict-Handling« der Parteien die gesellschaftlichen Umbruch- und Modernisierungskonflikte katalysierend in sich

71 Siehe hierzu Fogt, S. 28 ff.

72 Zur fragmentierten sozialdemokratischen Wählerlandschaft siehe Thomas Leif, Joachim Raschke, Rudolf Scharping. Die SPD und die Macht, Reinbek 1994, S. 89 ff.

73 Siehe Peter Glotz, Schriftlicher Bericht des Bundesgeschäftsführers zum Nürnberger Parteitag der SPD 1986 vom 28.8.1986.

74 Siehe hierzu Hermann Schmitt, Sören Holmberg, Political Parties in Decline?, in: Hans-Dieter Klingemann, Dieter Fuchs (Hrsg.), Citizens and the State, New York 1995, S. 115 ff.

auf, ohne dass sie an diesem nicht ungefährlichen Übersetzungs- und Zuspitzungsprozess zerbrochen wären.

Bis zu den Bundestagswahlen 1972 heizte sich das Konfrontationsklima bis zum Siedepunkt auf, um sich dann mit der Schmidt-Regierung ab 1974 wieder zu entspannen. Nach 1976 fehlte der von den Unionsparteien fortgeführten Polarisierungsstrategie der Gegenpart, um den Mobilisierungsschwung in noch weitere Höhen treiben zu können. Stattdessen wurde ab Mitte der siebziger Jahre die noch im Reform- und Aufbruchlager angesammelte Politisierungsenergie von den neuen sozialen Bewegungen aufgesaugt. Westdeutschland blieb damit auch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im Mobilisierungshoch. Es wurden von der Union und den neuen sozialen Bewegungen zwar sehr unterschiedliche Konfliktfelder politisiert, die sich aber in der Stoßrichtung gleichermaßen gegen das Regierungslager richteten, das dadurch in eine Zangensituation geriet.

Bis auf die Ausnahmewahl von 1972 spiegelte das Parteiensystem der Siebziger das Kräftegefälle zwischen SPD und CDU/CSU zugunsten der Unionsparteien wider.⁷⁵ Der CDU/CSU wurde zwischen 1969 und 1982 nur deshalb das Regieren verwehrt, weil die FDP aus dem bürgerlichen Lager ausbrach und der schwächeren SPD koalitionsarithmetisch zur Regierungsmehrheit verhalf. Anders als vermutet entstand ein echter Linksblock dadurch⁷⁶ jedoch nicht, weil die FDP zuvor zu einer linken Lagerpartei hätte mutieren müssen. In Wirklichkeit bestand die Systemfunktion der FDP umgekehrt darin, einen Linksrutsch der SPD/FDP-Koalition zu verhindern.

Trotz oder gerade wegen des Überhitzungszustands waren die siebziger Jahre für das Verhältnis von Parteien und Gesellschaft überwiegend unbeschwerte Jahre. Zwar führte die Dialektik von Mobilisierung und Gegenmobilisierung zu einem blockbildenden Spaltungseffekt, der jedoch in der Folgewirkung Gesellschaft und Parteiensystem als Ganzes im Schulterschluss zueinander finden ließ. Auch im Einzelnen erzielten die Parteien aus der Mobilisierungshochphase Profit, zumal deren Regierungsflügel zusammen mit den Parteiorganisationen und ihrer Wähler- und Anhängerschaft ein Höchstmaß an Einklang und Identifikation aufwiesen.⁷⁷ Insgesamt erlebte das etablierte Parteiensystem unter Führung der beiden Großparteien seine Hochzeit.⁷⁸ Die Parteien strotzten nur so vor Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Integrationsenergien, und die Wahlbeteiligung erreichte Spitzenwerte.

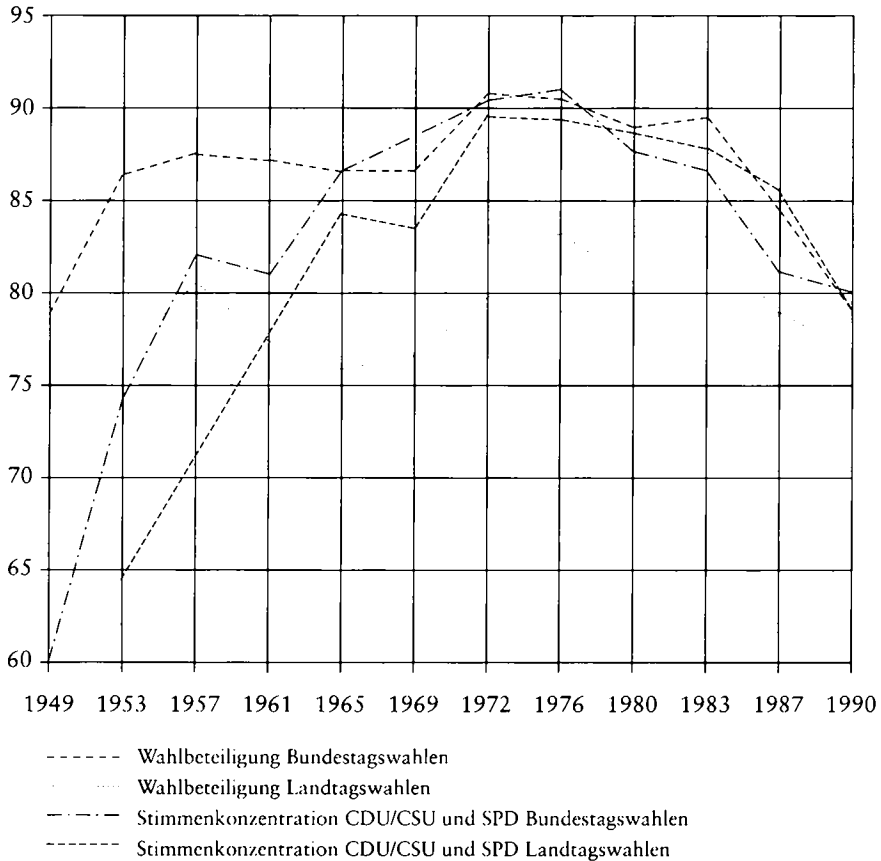
75 Siehe hierzu Oskar Niedermayer, *Das gesamtdeutsche Parteiensystem*, in: Oskar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997, S. 112 ff.

76 Siehe Eckhard Jesse, *Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990*, in: Oskar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997, S. 73.

77 Siehe hierzu Hans-Dieter Klingemann, *Kontinuität und Veränderung des deutschen Parteiensystems 1949-1998*, in: Max Kaase, Gunther Schmid (Hrsg.), *Eine lernende Demokratie: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1999, S. 126.

78 Zu den Entwicklungsphasen des westdeutschen Parteiensystems siehe Elmar Wiesendahl, *Wie geht es weiter mit den Volksparteien in Deutschland?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2, 1998, S. 16 f.

Abb.1: Die Entwicklung des Volksparteiensystems 1949-1990 (in Prozentpunkten)



Quelle: Amtliche Wahlstatistiken, eigene Berechnungen. In die Berechnungen für das Jahr 1990 sind nur die Wahlergebnisse des westdeutschen Wahlgebiets eingeflossen.

Gleichzeitig erklimmen die Großparteien den Gipfelpunkt ihres elektoralen Rückhalts. Parteiorganisatorisch erreichten die Parteien ebenfalls ihre nachkriegsgeschichtliche Bestform. Noch konvergierte der Schwung der partizipatorischen Revolution mit der Bereitschaft, sich parteipolitisch zu binden. Zugleich erzeugte der Polarisierungsgipfel 1972 eine einzigartige öffentliche Bekenntniswelle und Eintrittsschwemme in die Großparteien.⁷⁹ Die Mitgliederzahlen der Bundestagsparteien steigerten sich zwischen 1968 und 1983 um zwei Drittel auf fast zwei Millionen.

⁷⁹ Siehe hierzu Schmollinger, S. 40; und Elmar Wiesendahl, Der Marsch aus den Institutionen: Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21, 1990, S. 8 ff.

Organisatorisch wurden die Parteien modernisiert und rundumerneuert. Mit ihrer Verapparaturung begannen sie sich zu »halbstaatlichen politischen Dienstleistungsorganisationen«⁸⁰ zu verwandeln.

Aus der Gesamtbetrachtung heraus verarbeiteten die Parteien einen unausweichlichen gesellschaftlichen Modernisierungskonflikt, bei dem sie sich als außerordentlich konflikt- und belastungsfähig erwiesen. Der konfrontative Parteienwettbewerb übernahm eine Katalysatorfunktion, über die die umbruchbedingten Spannungspotentiale zwar erhitzt, aber gleichzeitig erfolgreich in das Parteiensystem hineingelenkt und dort absorbiert wurden. Die ausgeprägte Konfliktelastizität der Parteien war Ursache für die stabile Tektonik des Gesamtsystems. Dessen Stabilität war der Lohn für die hohe gesellschaftliche Integrations- und Konfliktverarbeitungsleistung der Parteien in den siebziger Jahren. Entsprechend gab es in jener Phase viel Wandel *im* Parteiensystem, was jedoch nicht mit dem Wandel des Parteiensystems verwechselt werden darf.⁸¹

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde dann aber deutlich, dass eine Gesellschaft, die sich fortbewegt, Parteien braucht, die sich ebenfalls bewegen. Deshalb erweiterte sich auch das Parteiensystem, weil keine der Altparteien die Flexibilität aufbrachte, um sich substantiell gegenüber der neu aufkommenden ökologischen Frage zu öffnen. Damit entglitt den Altparteien auch die Kontrolle über die weitere Konfliktentwicklung. Die ökologische Frage wurde zwar in die Mitgliederorganisationen von SPD und FDP implantiert, um dann jedoch der Raison der Regierungsakteure geopfert zu werden, was der interessierten Öffentlichkeit und Wählerschaft die postmaterielle Repräsentationslücke umso anschaulicher vor Augen führte. Mit diesem Rückenwind konnte der Ökologiekonflikt von den sozialen Bewegungen aus dem Gesellschaftlichen heraus gegen die herrschenden Parteien mobilisiert werden. Starrheit und Anpassungsunfähigkeit der Regierungsparteien veranlassten das politisierte Protestpotential, sich selbsttätig von außen mit Hilfe der Grünen im Parteien- und Parlamentsbetrieb zu etablieren. Sie übernahmen dadurch einen wichtigen Integrationsbeitrag, indem sie den Ökologiekonflikt parlamentarisch kanalisiert. Auch glückte es ihnen, den entfremdeten Bevölkerungsteil ans erweiterte Parteiensystem wieder anzubinden.⁸²

Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag und die Landesparlamente zu Beginn der achtziger Jahre wandelte sich das über 20 Jahre hyperstabile westdeutsche Drei- zu einem Vierparteiensystem. Die Grünen veränderten mit ihrer parlamentarischen Präsenz die bestehende Kräftekonstellation, wobei sich allerdings die charakteristische Spaltung des Parteiensystems in ein polarisiertes schwarz-gelbes und nun rot-grünes Blocksystem eher noch verfestigte.⁸³ Die Grünen gliederten sich in das

80 Alf Mintzel, Heinrich Oberreuter, Zukunftsperspektiven des Parteiensystems, in: dies., (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. Bonn 1992, S. 494 ff.

81 Siehe hierzu Frank Decker, Parteien und Parteiensysteme im Wandel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 30, 1999, S. 349.

82 Siehe hierzu Joyce M. Mushaben, The Changing Structure and Function of Party: The Case of the West German Left, in: Polity, 1986, S. 439.

83 Siehe hierzu Manfred Berger, Wolfgang Gibowski, Matthias Jung u.a., Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 18, 1987, S. 283.

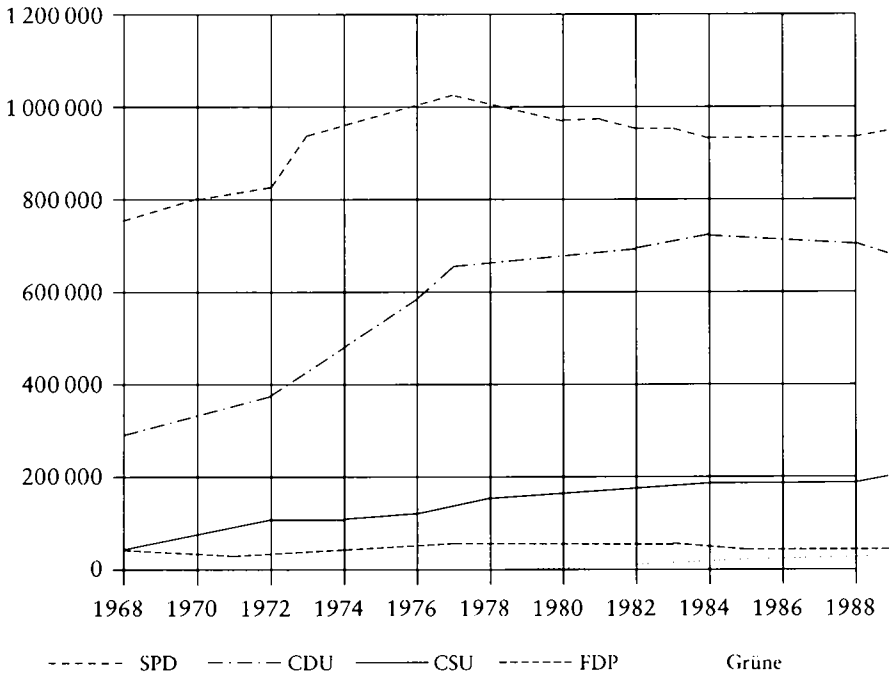
Linkslager ein, was erstmals in der Nachkriegsgeschichte zu einer ausgewogeneren Lagerbalance führte. Für die SPD ergab sich sogar die zuvor noch nicht da gewesene Option, mit Hilfe der Grünen lagerimmanent jenseits der Mitte eine Mehrheit zu organisieren. Koalitionsarithmetisch stellte sich dazu noch die Chance auf eine Ampelkoalition, so dass sich ihre Koalitionsspielräume deutlich erweiterten. Umso mehr ging es der Union bei der für sie ungünstigeren Kräfteverteilungskonstellation darum, die FDP im Bund und den Ländern fest an sich zu schmieden und durch eigene Stärke rot-grüne Mehrheitsbündnisse zu verhindern.

Nach dem Hoch in den Siebzigern ging dann in den achtziger Jahren speziell bei den Großparteien der Mobilisierungsschwung und die alte Integrationskraft verloren.⁸⁴ Die Abschwungphase machte sich in nachlassender Wahlbeteiligung und Stimmenverlusten zu ihren Ungunsten bemerkbar (siehe Abbildung 1). So fiel die Wahlbeteiligung, alle Wahlen zwischen 1980 und 1990 zusammengenommen, von 88,6 auf 76,6 %. Im gleichen Zeitraum sank der gemeinsame Stimmenanteil von CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen von 87,4 auf 80,1 %. Bei Landtagswahlen schrumpfte ihr Wählerrückhalt von 88,5 auf 78,3 %. Absolute Mehrheiten waren für beide Großparteien so gut wie nicht mehr zu verwirklichen. Dafür fehlte ihnen die Kraft, um die beweglicher gewordenen Wähler noch zur gewohnten Stimmabgabetreue zu verpflichten.

Ab der Wende 1982/83 waren allgemeine Ermattungserscheinungen des Parteiensystems unübersehbar. Dessen Leistungsfähigkeit und Anziehungskraft ließ nach, und die Beziehungen zur Gesellschaft und Wählerumwelt begannen sich spürbar zu verschlechtern. Die Hintergründe sind komplex, doch rächte sich nun die Risikoscheu und Ideennartheit der Parteien, um die sozialen Strukturprobleme der alternierenden Gesellschaft anzupacken. Schon in den siebziger Jahren ging das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien zurück und damit der Glaube, dass Regierungswechsel hieran etwas ändern könnten. Desillusionierung machte sich im postmateriellen Lager in dem Maße breit, wie sich die Schmidt-Regierung in ihrer Politik vom Krisenbewusstsein dieses Bevölkerungsteils entfernte. Arbeitnehmer sahen sich als Leidtragende einer Politik, die der Beschäftigungskrise nicht mehr Herr wurde. In den Vorstädten wuchsen ökonomisch Marginalisierte aus dem Arbeitermilieu heran, denen die Folgen massiv expandierender unregelter Zu- und Einwanderung aufgehalst wurden.

⁸⁴ Hierzu Elmar Wiesendahl, Parteien in der Krise. Mobilisierungsdefizite, Integrations- und Organisationsschwächen der Parteien in Deutschland, in: Sozialwissenschaftliche Informationen (SoWi), 22, 1993, Heft 2, S. 77-87; siehe auch Elmar Wiesendahl, Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34-35, 1992, S. 3 f.

Abb. 2: Mitgliederentwicklung von SPD, CDU, CSU, FDP und Grüne 1968 – 1989 (in absoluten Zahlen)



Quelle: Angaben der Parteigeschäftsstellen, eigene Berechnungen

Infolgedessen begann sich die Beziehung zwischen Parteien und Bürgern abzukühlen. Die Faszination der Parteien als mitreißende Identifikationsobjekte ging verloren. Zwischen 1980 und 1990 schrumpfte die Gruppe der stark an Parteien Gebundenen von rund 45 % auf ein Drittel.⁸⁵ Selbst im Interessenvermittlungs- und politischen Willensbildungsbereich wurde der Einfluss und Stellenwert der Parteien erkennbar schwächer, ganz im Gegensatz zum ungebrochen staatlichen Einflussbereich, wo die parteipolitische Ämterpatronage und staatliche Parteienfinanzierung erst zur vollen Blüte gelangten. Dagegen kann von einer Schlüsselrolle der Parteien im Agenda-Setting-Prozess in den achtziger Jahren nicht mehr geredet werden, und auch ihre Themenführerschaft und Deutungshoheit im Meinungsbildungsprozess ging ihnen verloren. Umgekehrt liefen sie Meinungstrends hinterher, ohne selbst über eine überzeugende Zielperspektive zu verfügen. Zukunftsentwürfe zum Gesellschaftsfortgang blieben Mangelware. Sie regten nicht mehr auf, sondern verbreiteten Langeweile.

85 Siehe hierzu Dieter Roth, Andreas M. Wüst, Parteien und Wähler. Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Ungewissheiten der Macht: Parteien, Wähler, Wahlentscheidungen, München 1998, S. 119.

Die Indifferenz steigerte sich zur Ablehnung durch eine Skandalserie, die mit dem Neue Heimat-Skandal 1982 begann, mit dem Flickskandal 1983/84 weiterging und schließlich 1987 in der Barschel-Affäre kulminierte. Hierdurch erlitt die politische Klasse einen dramatischen Kreditverfall, und die mitbeschädigten Parteien konnten ihrem stetigen Vertrauensverlust nichts mehr entgegensetzen.⁸⁶

Schaden erlitten die Parteien auch in ihrer Organisationspotenz und Vitalität, weil sie in den achtziger Jahren als Plattformen des bürgerschaftlichen Engagements erkennbar gemieden wurden. Nun wirkte sich verstärkt gegen sie aus, dass ihnen schon in der vorhergehenden Dekade Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen als ernsthafte Rivalen um die beteiligungsbereite Aktivbürgerschaft erwachsen waren.⁸⁷

Dabei ging das Politikinteresse und die politische Beteiligungsbereitschaft der Bundesbürger nicht einmal zurück, doch die Parteien konnten davon nicht mehr profitieren. Denn politische Beteiligung ging verstärkt an ihnen vorbei und richtete sich immer häufiger gegen sie. Gleichzeitig schrumpfte ihr Mitgliederbestand, weil die Eintrittszahlen in den achtziger Jahren auf ein Drittel dessen zurückfiel, was noch in den siebziger Jahren in die Parteien hineingeströmt war. Insbesondere junge Leute blieben weg, so dass das chronische Jungmitgliederdefizit sich schleichend zu einer Überalterungs- und Regenerationskrise der Parteien auswuchs.⁸⁸ Längst überfällige Reformansätze zur Erneuerung und Belebung der Mitgliederorganisationen zu Beginn der Neunziger kamen viel zu spät, weil sich die über lange Jahre eingeschlichenen Abschottungstendenzen nach außen und Vitalitätsverluste im Innern nicht mehr durch halbherzige Wiederbelebungsmaßnahmen von oben wirksam beseitigen ließen. Jetzt rächte sich, dass sich die Parteien nur in ihrem Spitzen- und Managementbereich in den Siebzigern modernisiert hatten, während die innerparteiliche Beteiligungskultur weiter an den überständigen Ritualen festhielt, die zu Gründungszeiten der Parteien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingeführt worden waren.

Diese sozialen, mentalen und elektoralen Erosions- und Entwurzelungstendenzen wirkten über die ganzen achtziger Jahre fort, so dass sich schließlich Parteiensystem und Gesellschaft in einem Zustand offenkundiger Loslösung und Beziehungsverarmung gegenüber standen. Am Vorabend der deutschen Einheit war das Verhältnis zwischen der zur Ruhe gekommenen westdeutschen Gesellschaft und dem demobilisierten Parteiensystem soweit abgekühlt, dass mit Blick auf die Zukunft der Parteien nichts mehr dafür spricht, je wieder an das goldene Zeitalter der siebziger Jahre anschließen zu können.

⁸⁶ Siehe hierzu Wiesendahl, *Parteien in der Krise*, S. 80 ff.

⁸⁷ Elmar Wiesendahl, *Etablierte Parteien im Abseits? Das Volksparteiensystem der Bundesrepublik vor den Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen*, in: Ulrike Wasmuth (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt 1989, S. 98 ff.; vgl. auch Bürklin, S. 22 ff.

⁸⁸ Elmar Wiesendahl, *Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation*, in: Ansgar Klein, Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen*, Bonn 1997, S. 357.

Personenregister

- Abendroth, Wolfgang 129
Adenauer, Konrad 67, 92, 107, 118, 121, 128, 147, 150
Agnoli, Johannes 130
Albrecht, Ernst 157
Alemann, Ulrich von 120
Amelunxen, Rudolf 117
- Baden, Max von 57
Bahr, Egon 142
Bangemann, Martin 149
Barnat, Julius 74
Barschel, Uwe 168
Barzel, Rainer 150, 151
Bassermann, Friedrich Daniel 53
Bebel, August 30, 49, 53
Benneter, Klaus-Uwe 144
Bevin, Ernest 85
Beyme, Klaus 119
Biedenkopf, Kurt 151
Biefang, Andreas 12, 16
Bismarck, Klaus von 116
Bismarck, Otto von 19, 21, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 43, 45, 46, 49, 53, 57, 64
Boldt, Werner 13
Bolz, Lothar 88
Bormann, Martin 72
Bozi, Alfred 105
Bracher, Karl-Dietrich 73
Brandt, Willy 118, 120, 139, 141, 142, 144, 161, 162
Brüning, Heinrich 67, 69, 75
Bucerius, Gerd 122
Bueck, Henry Axel 54
Bülow, Bernhard von 38, 42
- Caprivi, Georg Leo Graf von 38, 46, 50
Carstens, Karl 151
Chamberlain, Houston Stewart 73
- Dahrendorf, Gustav 84
Ditt, Karl 103
Dittfurth, Jutta 160
Dönitz, Karl 72
Drake, Heinrich 102
- Ebert, Friedrich 65
Eisenhower, Dwight David 72
Engels, Friedrich 88
Erhard, Ludwig 147, 150
Erzberger, Matthias 54, 67
- Falter, Jürgen 74, 123
Fest, Joachim 72
Fink, Ulf 157
Fischer, Fritz 7
Flechtheim, Ossip K. 130
Flick, Friedrich 168
Freiligrath, Ferdinand 9
Friedensburg, Ferdinand 77
Friedrich, Carl J. 100
Fromm, Erich 145
- Geißler, Heiner 151, 157
Genscher, Hans-Dietrich 145, 148, 149, 154
Gerlach, Ludwig von 9
Goebbels, Joseph 72, 73, 80
Goldenbaum, Bruno 88
Gomolka, Alfred 91
Göring, Hermann 70, 72
Gortemaker, Manfred 118
Gothin, Georg 44
Götting, Gerald 90
Grebing, Helga 120, 121
Greven, Michael Th. 130
Grimme, Adolf 115
Groener, Wilhelm 57
Gronowski, Johannes 105
Gross, Emil 102
Grotewohl, Otto 102
- Habermas, Jürgen 129
Halder, Franz 73
Harich, Wolfgang 92
Hauff, Wilhelm 73
Hauptmann, Gerhart 39
Hauser, Christoph 12
Haußmann, Wolfgang 110
Hennis, Wilhelm 122, 125
Hermes, Andreas 83, 84, 105
Herwegh, Georg 9
Heuß, Theodor 109, 111, 118
Himmler, Heinrich 72
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und 70, 75, 78
Hitler, Adolf 23, 70, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 83, 104, 112, 115, 117, 123
Hitze, Franz 32
Holtmann, Everhard 96
Holzapfel, Friedrich 105, 107
Huber, Ernst Rudolf 45
Hugenberg, Alfred 70
- Jörg, Josef Edmund 52
Jünger, Ernst 65

- Kaas, Ludwig 67
 Kaiser, Jacob 83, 88
 Kannengießler, Josef 105
 Kapp, Wolfgang 115
 Kelly, Petra 158
 Keynes, John Maynard 141
 Kiesinger, Kurt Georg 150
 Kirchheimer, Otto 97
 Klingemann, Hans-Dieter 126, 127
 Koch, Christian 109
 Kohl, Helmut 151, 153, 154, 155, 156, 157,
 158
 Krippendorf, Ekkehart 130
 Krone, Heinrich 106
 Krupp, Alfred 27, 30, 104
 Külz, Wilhelm 111
- Ladebeck, Arthur 99
 Laffon, Emile 99
 Lafontaine, Oskar 162
 Lambsdorff, Otto Graf 148
 Lammers, Hans Heinrich 81
 Landahl, Heinrich 100
 Lange, Helene 40
 Langewiesche, Dieter 13
 Lassalle, Ferdinand 30, 31
 Lemmer, Ernst 105
 Lenin, Wladimir Iljitsch 87
 Leonhard, Wolfgang 82
 Lepsius, M. Rainer 33
 Leuschner, Wilhelm 65
 Liebknecht, Wilhelm 15, 30
 Lösche, Peter 121
 Löwenthal, Richard 161
 Ludendorff, Erich 57
 Luys, Karin 12
- Maier, Reinhold 109
 Mann, Klaus 94
 Mann, Thomas 94
 Marcuse, Herbert 97
 Marshall, George 104, 112
 Marx, Karl 15, 31, 32, 88
 Meinecke, Friedrich 57, 74
 Meixner, Georg 107
 Mende, Erich 141, 142, 147, 148
 Merkel, Wolfgang 104
 Michels, Robert 129
 Micendorff, Carlo 65
 Miquel, Johannes von 50
 Moeller van den Bruck, Arthur 73
 Mohl, Moritz 14
 Mommsen, Wolfgang J. 52
 Morsey, Rudolf 118
 Mussolini, Benito 76, 77
 Müller, Josef 108
- Naumann, Friedrich 47, 48, 53, 65
 Nestroy, Josef 99
 Neumann, Franz L. 97
 Neumann, Sigmund 59, 128, 129
 Nipperdey, Thomas 11, 38
- Ostrogorski, Moisei 129
 Otto, Louise 18
- Papen, Franz von 70, 78
 Petersen, Rudolf 99, 100
 Peukert, Detlev 71
 Pieck, Wilhelm 83
- Quidde, Ludwig 53
- Raschke, Joachim 145
 Rathenau, Walther 115
 Rau, Johannes 162, 163
 Recker, Marie-Luise 119
 Ribbentrop, Joachim von 72
 Richter, Hans Werner 75
 Richter, Michael 91
 Ringer, Fritz Karl 39
 Ritter, Gerhard A. 16, 17
 Robinsohn, Hans 109
 Rogers, Daniel E. 100
 Rohe, Karl 123
 Röhm, Ernst 79
 Rosenberg, Alfred 73
 Ruhe, Volker 157
 Rumbold, Horace 77
- Schäfer, Dietrich 45
 Schäffer, Fritz 107
 Scheel, Walter 120, 141, 147, 148
 Scheidemann, Philipp 65
 Schiller, Karl F. 141, 144
 Schleicher, Kurt von 70, 78
 Schmid, Josef 153
 Schmidt, Helmut 144, 145, 146, 148, 153, 154,
 156, 158, 161, 162, 164, 167
 Schönen, Willi 101
 Schörner, Ferdinand 72
 Schreck, Carl 102
 Schreiber, Walter 84
 Schücking, Walther 53
 Schulte, Kaspar 105, 106
 Schumacher, Kurt 65, 87, 94, 102, 104, 112,
 132
 Schwentker, Wolfgang 13
 Severing, Carl 102
 Simon, Paul 105
 Späth, Lothar 157
 Speer, Albert 72
 Spengler, Oswald 73, 75

- Stalin, Josif Wissarionowitsch 83, 86, 87, 88, 123
 Starke, Heinz 142
 Stegerwald, Adam 105
 Stoecker, Adolf 33, 51
 Stötzel, Gerhard 30
 Strasser, Gregor 70, 77
 Strassmann, Ernst 109
 Strauß, Franz Josef 148, 153, 154
 Stresemann, Gustav 46, 47, 65, 66
 Süsmuth, Rita 157
 Sywottek, Arnold 8, 112
- Tenfelde, Klaus 37
 Tessendorf, Hermann 31
 Thälmann, Ernst 78
 Thränhardt, Dietrich 119
 Tito, Josip 88
 Tölle, Christoph 117
 Tormin, Walter 7, 8, 10, 11, 12, 16, 17, 18, 23,
 60
- Uhland, Ludwig 16
 Ulbricht, Walter 92
- Vogel, Hans-Jochen 162
- Weber, Max 53, 130
 Wehner, Herbert 128, 162
 Weitz, Heinrich 98
 Weizsäcker, Ernst von 73
 Wels, Otto 65
 Werner, Anton von 39
 Wilhelm II. 39, 43, 50, 51, 53, 54, 56, 131
 Winkler, Heinrich August 45, 46
 Windthorst, Ludwig 30
 Wirth, Joseph 67
- Young, Owen D. 77
- Zoglmann, Siegfried 142
 Zolo, Danilo 133

Verzeichnis der Autorin und der Autoren

Lothar Albertin, Dr. phil., geb. 1924, Prof. em. für Zeitgeschichte und Politikwissenschaft an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u.a.: Lothar Albertin, Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945-1948, Paderborn 1998; ders./Hans F.W. Gringmuth, Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP, Düsseldorf 1995.

Manfred Funke, Dr. phil., geb. 1939, apl. Prof. an der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u.a.: Manfred Funke u.a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf 1987; ders., Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen. Ein Essay, Düsseldorf 1989.

Karsten Rudolph, Dr. phil., geb. 1962, Privatdozent, Hochschulassistent am Institut für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen u.a.: Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Köln u.a. 1995; ders., Die 60er Jahre – das Jahrzehnt der Volksparteien?, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried, Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 471-491.

Axel Schildt, Dr. phil., geb. 1951, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

Veröffentlichungen u.a.: Konservatismus in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998; Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999.

Klaus Schönhoven, Dr. phil., geb. 1942, Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u.a.: Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1988; ders./Hans-Jochen Vogel, Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus. Ein historisches Lesebuch, Bonn 1998.

- Wolfram Siemann*, Dr. phil., geb. 1946, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig Maximilians-Universität München.
Veröffentlichungen u.a.: Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt/M. 1985; ders., Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871, Frankfurt/M. 1990.
- Arnold Sywottek*, Dr. phil., (1942-2000), Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg. Von 1997 bis 2000 Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).
Veröffentlichungen u.a.: Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946, Düsseldorf 1971; Axel Schildt/ders. (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998.
- Klaus Tenfelde*, Dr. phil., geb. 1944, Professor am Institut für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum.
Veröffentlichungen u.a.: Klaus Tenfelde, Bismarck und die Sozialdemokratie, in: Lothar Gall (Hrsg.), Otto von Bismarck und die Parteien, Paderborn u.a. 2001, S. 111-135; ders., Europäische Arbeiterbewegungen im 20. Jahrhundert, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2001, S. 9-40.
- Barbara Vogel*, Dr. phil., geb. 1940, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg.
Veröffentlichungen u.a.: Barbara Vogel (Hrsg.), Frauen in der Ständegesellschaft: Leben und Arbeiten in der Stadt vom späten Mittelalter bis zur Neuzeit, Hamburg 1989; Kirsten Heinsohn, Barbara Vogel, Ulrike Weckel (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/M., New York 1997.
- Elmar Wiesendahl*, Dr. rer. pol., geb. 1945, Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München.
Veröffentlichungen u.a.: Elmar Wiesendahl, Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen 1980; ders., Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/Wiesbaden 1998.

Band 1

Frank Bajohr (Hrsg.)

Norddeutschland im Nationalsozialismus

456 S., Broschur, 25,- €
ISBN 3-87916-008-2

Band 3

Michael Wildt

Am Beginn der »Konsumgesellschaft«

Mangelerfahrung, Lebenshaltung,
Wohlstandshoffnung in Westdeutschland
in den fünfziger Jahren
396 S., Broschur, 25,- €
ISBN 3-87916-022-8

Band 5

Frank Bajohr / Joachim Szodrzynski (Hrsg.)

Hamburg in der NS-Zeit

Ergebnisse neuerer Forschungen
312 S., Broschur, 25,- €
ISBN 3-87916-030-9

Band 7

Sybille Baumbach / Uwe Kaminsky /
Alfons Kenkmann / Beate Meyer

Rückblenden

Lebensgeschichtliche Interviews mit
Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg
472 S., Broschur, 30,- €
ISBN 3-87916-042-2

Band 2

Klaus Böhme / Uwe Lohalm (Hrsg.)

Wege in den Tod

Hamburgs Anstalt Langenhorn und
die Euthanasie in der Zeit
des Nationalsozialismus
512 S., Broschur, 25,- €
ISBN 3-87916-406-1

Band 4

Walter Tormin

Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950

392 S., Broschur, 25,- €
ISBN 3-87916-028-7

Band 6

Werner Johe

Hitler in Hamburg

Dokumente zu einem besonderen
Verhältnis
250 S., Broschur, 25,- €
ISBN 3-87916-038-4

Band 9

Joachim Käppner

Erstarnte Geschichte

Faschismus und Holocaust im Spiegel
der Geschichtswissenschaft und
Geschichtspropaganda der DDR
320 S., Broschur, 30,- €
ISBN 3-87916-055-4